

Aalener Jahrbuch 2000

Themen-
schwerpunkt:

Die Nachkriegszeit in Aalen

Geschichts- und
Altertumsverein
Aalen e.V.
Bearbeitet
von Roland Schurig

Zur Einführung: Niemand konnte es ahnen

Im folgenden Beitrag soll von einem Komplex von Ereignissen berichtet werden, wie er nach Umfang und nachhaltiger Wirkung niemals zuvor in der Geschichte unseres Raumes zu beobachten war. – Den nüchternen Berichtersteller bewegt der eindringliche Wunsch, dass sich solches auch nie mehr, weder hier noch in anderen Teilen der Erde, wiederholen möge! –

Niemals sind so viele Menschen in das Gebiet des damaligen Landkreises Aalen transportiert, dort ausgeladen und bis in die letzten Winkel des Kreises verteilt worden, wie innerhalb weniger Jahre nach

dem Zweiten Weltkrieg, massiert vor allem in den Jahren 1945 bis 1948, danach aber weitergehend mit abnehmenden Zahlen fortgesetzt bis in die Gegenwart durch den Zuzug sogenannter Spätaussiedler. – Von den Millionen Opfern der Vertreibung aus den deutschen Ost- und Siedlungsgebieten gelangten mehr als 32 500 Menschen in den damaligen Kreis Aalen.

Der Kreis Aalen zählte im Jahre 1939 bei der letzten Volkszählung vor dem Zweiten Weltkrieg etwa 82 000 Einwohner in 65 Gemeinden. Von diesen 65 Gemeinden waren nur sechs als Industriegemein-



Ankunft eines Transportzuges mit Vertriebenen.

den, weitere sechs als Arbeiterwohngemeinden und die restlichen 53 als landwirtschaftlich geprägte Gemeinden zu bezeichnen.

Rechnet man die Zahl von 82 000 „Altbürgern“ des Jahres 1939 als Ausgangsbasis von 100 Prozent, so ergeben die ca. 32 500 Ankömmlinge zusätzlich 40 Prozent an Einwohnern. – Dieser Zuwachs an Bevölkerung in der Nachkriegszeit entspricht etwa der Summe der Einwohnerschaft der vier größten Orte des Kreises im Jahre 1939: Das waren Aalen, Ellwangen, Wasseralfingen und Unterkochen zusammengekommen.

Die heimatlos gemachten Menschen waren da und mussten untergebracht werden. Es gab keinen Ausweg für die Einheimischen, sich dem Zwang der Aufnahme so vieler Fremder zu entziehen, noch bot sich den Zugewiesenen eine Chance des Auswegs, in andere Regionen auszuweichen, geschweige denn dorthin zurückzukehren, woher sie vertrieben worden waren.

Etwa ein Fünftel der gesamten deutschen Bevölkerung hatte dieserart seine Heimat verloren, war seines Eigentums und seiner Rechte beraubt worden und sollte in jenen drei Vierteln einstiger deutscher Staatlichkeit untergebracht werden, die, vielfach vom Krieg zerstört, nach dem Krieg in vier Besatzungszonen der siegreichen alliierten Mächte aufgeteilt worden waren.

Sein persönliches Schicksal musste jeder Betroffene für sich selbst durchstehen und meistern, oder er musste daran zugrunde gehen. Von der gleichen Notlage betroffen, zeichneten sich aber sehr bald wenige Problemkreise ab, die für alle Heimatvertriebenen gleichermaßen galten:

- 1) Unterbringung in zumutbarem Wohnraum,
- 2) Arbeitsmöglichkeit,
- 3) wirtschaftliche Versorgung
- 4) gesellschaftliche Aufnahme und Eingliederung.

Die Bewältigung dieser Aufgaben sollte für die kommenden Jahre und Jahrzehnte, bedingt durch ihre immense Dimension und in engster Verbindung mit anderen akuten wie langfristigen Aufgabenbereichen, die größte gesellschaftliche Heraus-

forderung darstellen. Nicht zu beschreiben sind Aufwand und Umfang an Leistungen der betroffenen Verwaltungsinstanzen, an Hilfeleistungen im privaten und öffentlichen Bereich, an persönlichem Einsatz und Verzicht, an gegenseitigem guten Willen bei der Lösung der Probleme in allen Bereichen, der Begegnung zwischen Alteingesessenen und den Aufzunehmenden, und das alles in einem Land, das ausgemergelt und vernichtet am Boden lag.

Welche Veränderungen in allen Bereichen des Lebens sich vollziehen mussten, welche Eingriffe in die Siedlungsstruktur notwendig waren, um die Unterbringung in menschenwürdigem Wohnraum zu ermöglichen, um Arbeitsplätze zu schaffen, um die Kapazitäten aller Formen der Daseinsvorsorge für den riesigen Bevölkerungsschub herzustellen, lässt sich kaum noch erahnen.

In der Darstellung wird versucht, das lokale oder regionale Geschehen stets im Zusammenhang mit der Entwicklung im damaligen Land Württemberg-Baden aufzuzeigen. Soweit vorhanden, werden authentische Berichte aus der Zeit von 1945 bis 1955 wiedergegeben.

Aus ihrer Diktion spricht oft noch die erfahrene oder erlebte Betroffenheit. Die Not der Zeit, die persönliche Überlastung, der Mangel an Schreibmaterial und Personal, die räumliche Enge ließen nicht sehr viele Dokumente entstehen und überdauern.

Dass sich aus dem quantitativen Zuwachs an Bevölkerung wie aus der qualitativen Unterschiedlichkeit der „Neubürger“ im Zusammenleben mit den „Altbürgern“ ein „neues Volk“ entwickeln würde, wagte am Anfang der Symbiose wohl kaum jemand bewusst und klar aufzunehmen. – Dankbar lässt sich nur vermerken, dass dies alles erfolgreich geschehen ist!

Alois Schubert

Flucht und Vertreibung

Historische Hintergründe – das Geschehen – Bevölkerungszahlen

Als der Zweite Weltkrieg sich über Europa ausbreitete, begann für Millionen Menschen eine Phase der Trennung von ihrer Heimat. Als der Krieg zu Ende ging, schien für viele die Hoffnung auf Rückkehr in die alten Wohnsitze zunächst in Erfüllung zu gehen. Aber genau das Gegenteil trat für die deutsche Bevölkerung in Ostpreußen, Danzig, Pommern, Westpreußen, Brandenburg, in Schlesien, in Böhmen, in Mähren, in der Slowakei und in Ungarn, in Jugoslawien, in den deutschen Sprachinseln Ost- und Südosteuropas ein: Jenen Bevölkerungsteilen, die vor der Roten Armee in westliche Richtungen ausgewichen waren, wurde die Heimkehr für immer verweigert.

Die in der Heimat verbliebenen Bevölkerungsteile mussten zunächst nach dem Einmarsch der Roten Armee eine furchtbare Leidenszeit erleben, im polnischen und tschechischen Machtbereich unter einem Schreckensregiment vegetieren, mussten Zwangsarbeit leisten, wurden völlig entrechtet und enteignet und im eigenen Besitz nur noch für kurze Zeit geduldet. In einigen, vor allem grenznahen Gebieten, begannen kurz nach Kriegsende unter unmenschlichen Voraussetzungen die sogenannten „wilden Vertreibungen“, vor allem in die westlichen Besatzungszonen Deutschlands.

Den „wilden Vertreibungen“ folgten in einer zweiten Welle sogenannte „geordnete“ Vertreibungen, die in ihrer inhumanen Art der Durchführung nicht den in Potsdam geforderten „ordentlichen und humanen Formen“ entsprachen, die aber in ihrer Schlussbilanz die größte Völkervertreibung der Weltgeschichte darstellen.

Die Frage nach dem Warum der unmenschlichen Vertreibungen wird sehr gerne und kurz als Reaktion auf die nazistischen Greuel in den besetzten Gebieten, auf Versklavung, auf Ausrottungsabsichten und Terror im Zuge der Okkupation be-

antwortet. Es wird dabei kurzschlüssig übersehen, dass mit dieser Argumentation auch die Unterstellung einer Kollektivschuld gegenüber allen Opfern der Vertreibung verbunden ist, die es absolut nicht gegeben haben kann; denn auch Säuglinge und Kinder, hilfsbedürftige Greise und Behinderte, Widerständler gegen den Nationalsozialismus, selbst Juden und KZ-Opfer waren von der Vertreibung betroffen, einfach weil sie Deutsche waren.

Eine gründlichere Beschäftigung mit der vorausgehenden Geschichte lässt erkennen, dass langfristige Entwicklungen dem Geschehen vorausgegangen waren, und dass die Situation am Ende des Zweiten Weltkrieges die Chance bot, langgehegte politische Wunschvorstellungen der Vertreiberstaaten in die Tat umsetzen zu können: Die gewaltsame Vertreibung der deutschen Bevölkerung aus den Ostprovinzen, aus den Sudetenländern, aus Ost-, Mittel- und Südosteuropa war letztlich „Ausfluss und Resultat der seit der Französischen Revolution auftretenden Leitidee des homogenen Nationalstaats.“¹

Dies führte zur Vorstellung, dass sich „Volkstum- und Staatsgrenzen zu decken hätten“, dass im integralen Nationalstaat möglichst alle Menschen der je eigenen Volkszugehörigkeit vereint sein sollten, andererseits aber, „alle fremden Elemente mit Hilfe administrativer Maßnahmen und wirtschaftlicher Restriktionen aus dem eigenen Staatsgebiet hinauszudrängen“ seien. „Ein Volk – ein Staat“ war die Leitidee. Bereits im 19. Jahrhundert begann sich diese nationalistische Denkweise auszubreiten, führte bereits vor dem Ersten Weltkrieg zu massenhaften Bevölkerungsverschiebungen, u. a. auf dem Balkan, die nach dem Ersten Weltkrieg durch das Entstehen neuer Nationalstaaten noch gefördert wurden.

Deutsche Staatsgebiete
und
deutsche Siedlungsgebiete

DÄNEMARK
Schleswig-Holstein
Hamburg
Mecklenburg
Brandenburg
Berlin
Frankfurt
Thüringen
Sachsen
Sachsen-Anhalt
Bayern
München
Vorarlberg
Tirol
Salzburg
Steiermark
Kärnten
Südtirol
Baden-Württemberg
Hessen

Ostsee
Polen
Polen-Deutsche
Sudetendeutsche
Karpato-Deutsche
Westungarndeutsche
Donau-Schwaben
Gottscheer
JUGOSLAWIEN
Slawonien
Batschka
Belgrad

Estland
Lettland
Litauen
Sowjetunion
Wolgendeutsche
Wolhynien-Deutsche
Galizien-Deutsche
Bukowina-Deutsche
Schwarzmeerdeutsche
Bessarabien-Deutsche
Siebenbürger Sachsen
Dobrukschen-Deutsche
RUMÄNIEN
Kronstadt
Bukarest

Weitere
Russland-Deutsche
Kasachstan,
Kirgisien,
Tadshikistan,
Usbekistan u.a.

ITALIEN

Die Karte mit den Staatsgrenzen vom 31. 12. 1937 zeigt die ehemaligen deutschen Sprach- und Siedlungsgebiete in den Staaten Süd- und Osteuropas.

Die Sprachenkarte von 1910 zeigt, in welch weitläufigen Gebieten des östlichen Europas, über die Staats- und Volksgrenzen hinweg, zahlreiche deutsche Siedlungen verbreitet waren, „von den Südostprovinzen des russischen Reiches bis an die Ufer der Wolga und an die Küsten des Schwarzen Meeres“. Andererseits zeigt die Karte aber auch, dass nicht nur deutsche Sprachinseln in fremdvölkischen Gebieten verbreitet waren, sondern dass

weitläufige Gebiete mit gemischtsprachiger Besiedlung überzogen waren, dass in Ost-, Mittel- und Südosteuropa die Gemengelage der Nationalitäten besonders ausgeprägt war.

Bis ins 19. Jahrhundert hinein galt „die althergebrachte Vorstellung, dass es gut und richtig sei, wenn mehrere Nationalitäten in einem übernationalen Staatsverband friedlich nebeneinander lebten, wie es die Habsburger Monarchie, das Russi-

sche Reich und zum kleineren Teil auch Preußen paradigmatisch vorlebten.“

Demgegenüber „resultierte aus einer Denkungsart, die nur die eigene Nation verherrlichte, für die mitwohnenden Angehörigen eines anderen Volkstums bald eine besondere Gefährdung: Denn die letzte Konsequenz einer solchen Überzeugung musste unausweichlich sein, dass sich die nationale Minderheit der das „Staatsvolk“ stellenden Mehrheit unterzuordnen, ja sich zu assimilieren oder aber im Weigerungsfall das Land zu verlassen habe.“

Entwicklungen bereits in der Zwischenkriegszeit, vor allem in Polen, und Russland/Sowjetunion, der Tschechoslowakei, Griechenland, Türkei wiesen in unterschiedlichster Intensität auf die oben genannten Intentionen hin. Auch Hitler kündigte in einer Reichstagsrede vom 23. August 1944 „eine neue Ordnung der ethnographischen Verhältnisse“ in dieser Region an. Die Umsiedlungspolitik des „Dritten Reiches“ aus Ost- und Südosteuropa 1939 bis 1944, getragen vom deutsch-sowjetischen Freundschaftsvertrag vom 28. September 1939, hätte sich konsequent und potenziert in diese Richtung entfaltet.

Die „Heimholungen“ und Zwangsumsiedlungen deutscher Volksgruppen noch vor und während der ersten Zeit des Zweiten Weltkrieges zwang diese zur Ansiedlung in Gebiete der neuen Reichsgaue Wartheland und Danzig-Westpreußen, von wo kurz zuvor die polnischen Eigentümer in das sogenannte Generalgouvernement abgeschoben worden waren.

Schon während des Krieges erörterten die zukünftigen alliierten Siegermächte die territoriale Neuordnung Mitteleuropas nach dem Krieg und trafen diesbezügliche Entscheidungen. Für eine Westweiterung der Sowjetunion auf Kosten Polens sollte Polen durch eine Amputation Ostdeutschlands entschädigt werden.

„Westliche Politiker, insbesondere Churchill, stimmten damals grundsätzlich der Vertreibung von Deutschen zu, auch wenn sie später auf deren brutalen Durchführung keinen Einfluss mehr hatten und sich auch amerikanische und englische Politiker über das Ausmaß der zum Kriegsende an den Ost- und Sudetendeutschen begangenen Verbrechen entrüsteten.“

Churchill zur Vertreibung

Am 13. Dezember 1944 erklärte der britische Premierminister Winston Churchill vor dem Unterhaus in London:

„Natürlich würde ein Bevölkerungsaustausch im Osten und Norden die Folge sein. Die Umsiedlung von mehreren Millionen Menschen müsste vom Osten nach dem Westen oder Norden durchgeführt werden, ebenso die Vertreibung der Deutschen – denn das wurde vorgeschlagen; völlige Vertreibung der Deutschen – aus den Gebieten, die Polen im Westen und Norden gewinnt.

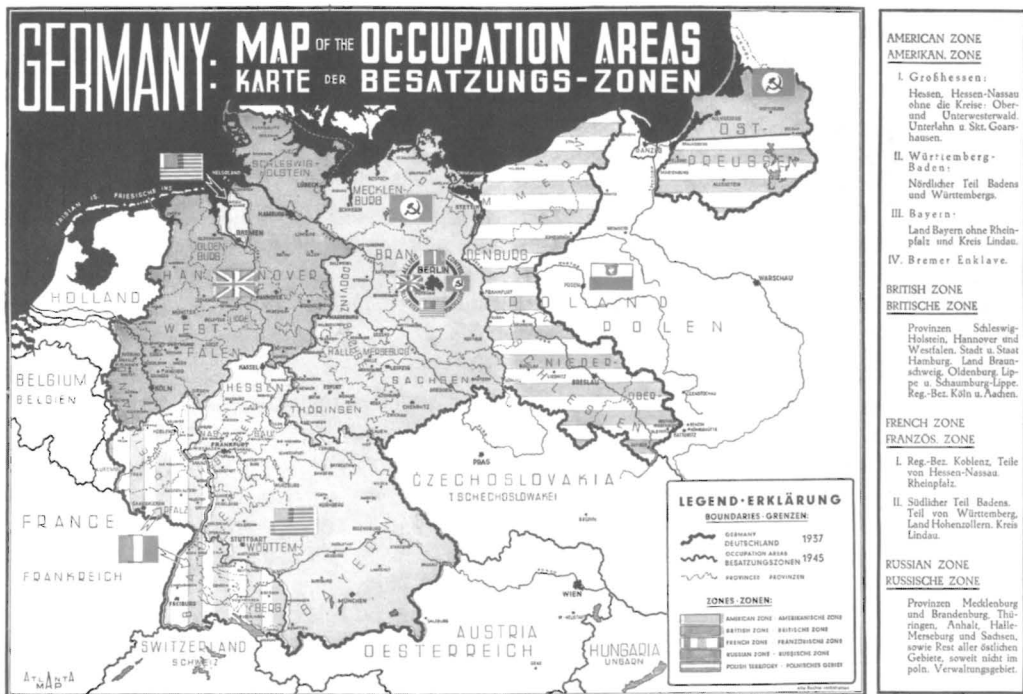
Denn die Vertreibung ist, soweit wir in der Lage sind es zu überschauen, das befriedigendste und dauerhafteste Mittel. Es wird keine Mischung der Bevölkerung geben, wodurch endlose Unannehmlichkeiten entstehen, wie zum Beispiel im Fall Elsass-Lothringen.

Reiner Tisch wird gemacht werden. Mich beunruhigt die Aussicht des Bevölkerungsaustausches ebenso wenig wie die großen Umsiedlungen, die unter modernen Bedingungen viel leichter möglich sind als je zuvor.“²

Bereits zur Zeit der Kapitulation der 6. Deutschen Armee vor Stalingrad am 2. Februar 1943 wurden Pläne zur Neugestaltung Polens nach einem Sieg über das NS-Deutschland gemacht, während der tschechische Exilpräsident Benesch sich von den Alliierten schon 1942 und 1943 seine Pläne zur vollständigen Ausweisung der Deutschen und Magyaren aus der CSR hatte billigen lassen. Das Ziel war, durch die Ausweisung der deutschen (bzw. auch magyarischen) Bevölkerung Polen und die CSR als reine Nationalstaaten entstehen zu lassen.

Die enteigneten und heimatlos gemachten deutschen Mitbürger sollten in die bei Deutschland verbliebenen mittleren und westlichen Gebiete des Reichs ausgewiesen werden.

„Polen erstrebte eine verkürzte und begradigte polnische Westgrenze und bezeichnete schon im Dezember 1942 eine Grenze an Oder und Neiße als eine für „Polen natürliche Sicherheitsgrenze gegen Deutschland.“³



Karte der alliierten Besatzungszonen.

Das bedeutete für Polen den Gewinn von Ostpreußen, Westpreußen, Danzig, Ost-Brandenburg, Pommern und Schlesien, wobei der nördliche Teil Ostpreußens an die Sowjetunion gelangte.

Bereits 1941 wurden in der UdSSR die dort ansässigen Wolgadeutschen in die asiatischen Sowjetrepubliken verschleppt. Als „Reparationen in Sachleistungen“¹⁴ deportierten die Sowjets etwa 900 000 deutsche Männer und Frauen in sowjetische Arbeitslager.

Als im Winter 1944/45 die Sowjetarmeen sich dem deutschen Reichsgebiet näherten, verließen immer mehr Menschen in langen, grauenvollen Flüchtlingstrecken hungrig, bitter frierend, rücksichtslosen Luftangriffen ausgesetzt, ihre Heimat in der Hoffnung, sich vor der Kriegsfurie in Sicherheit bringen zu können.

Von den sowjetischen Truppen überrollt, wurden viele Opfer und Zeugen der fürchterlichen Ausschreitungen der Rotarmisten, erlebten unzählige die Verschleppung in die UdSSR in sowjetische

Arbeitslager, wurde anderen die Rückkehr in die verlassenen Heimatgebiete verweigert, wurden aus Flüchtlingen Heimatvertriebene.

In den deutschen Gebieten östlich der Oder-Neiße-Linie übernahm Polen die Zivilverwaltung der von den Sowjettruppen eroberten Gebiete.

Damit begann sofort die Enteignung und Vertreibung der „vogelfrei“ gewordenen deutschen Bevölkerung, brutale Maßnahmen, für die später der Begriff der „wilden Vertreibung“ geprägt wurde. Auch in einem Teil der sudetendeutschen Gebiete in der Tschechoslowakei wurde ähnlich verfahren; der berüchtigte „Brünner Todesmarsch“ vom 30. Mai 1945 mag als Beispiel gelten.

Vom 17. Juni bis 2. August 1945 tagten in Potsdam im Schloss Cäcilienhof die Regierungschefs der USA (Truman), der Sowjetunion (Stalin) und Großbritanniens (Churchill bzw. Attlee) zur Regelung der Nachkriegsprobleme im besiegten Deutschland. Die gefassten Beschlüsse wurden in der „Potsdamer Deklaration“ zusammenfasst; Frankreich, das an

der Konferenz nicht teilgenommen hatte, stimmte am 7. August 1945 nachträglich mit Vorbehalten zu.

Vorbehaltlich einer friedensvertraglichen Regelung wurden die Stadt Königsberg und das anliegende Gebiet unter die Verwaltung der Sowjetunion gestellt und die West- und Nordgrenze Polens festgelegt (Oder-Neiße-Linie); die Ausweisung Deutscher aus Polen, der Tschechoslowakei und Ungarn wurde festgelegt. Der § XIII regelte die „ordnungsgemäße Überführung deutscher Bevölkerungsteile“.

Hier sein Text in deutscher Übersetzung:

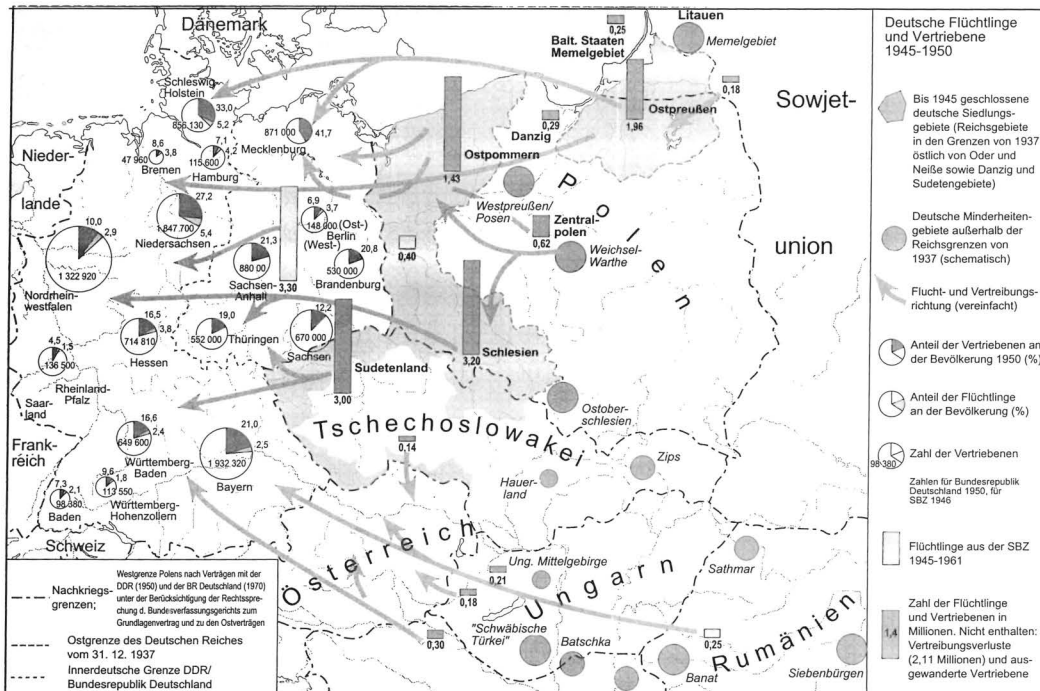
„§ XIII. Ordnungsgemäße Überführung Deutscher Bevölkerungsteile. Die Konferenz erzielte folgendes Abkommen über die Ausweisung Deutscher aus Polen, der Tschechoslowakei und Ungarn: Die drei Regierungen haben die Frage unter allen Gesichtspunkten beraten und erkennen an, dass die Überführung der deutschen Bevölkerung oder Teile derselben, die in Polen, der Tschechoslowakei und Ungarn zurückgeblieben sind, nach Deutschland durchgeführt werden muss. Sie stimmten darin

überein, dass jede derartige Überführung, die stattfinden wird, in ordnungsgemäßer und humaner Weise erfolgen soll.

Da der Einstrom einer großen Zahl Deutscher nach Deutschland die Lasten vergrößern würde, die die Besatzungsbehörden bereits jetzt zu tragen haben, sind die drei Regierungen der Meinung, dass der alliierte Kontrollrat in Deutschland das Problem in Hinblick auf die Frage einer gerechten Verteilung dieser Deutschen auf die einzelnen Besatzungszonen prüfen solle.

Die Vertreter der drei Regierungen im Kontrollrat sind daher angewiesen, sobald wie möglich über das Ausmaß zu berichten, in dem solche Personen schon jetzt aus Polen, der Tschechoslowakei und Ungarn nach Deutschland eingeströmt sind. Des Weiteren sind unter Berücksichtigung der augenblicklichen Lage in Deutschland Schätzungen über den Zeitpunkt und das Ausmaß weiterer möglicher Überführungen vorzulegen.

Die tschechoslowakische Regierung, die Provisorische Polnische Regierung und der Kontrollrat in Ungarn werden zur selben Zeit von obigem in



Kenntnis gesetzt und aufgefordert, weitere Ausweisungen hintanzustellen, bis die betroffenen Regierungen die Berichte ihrer Vertreter beim Kontrollrat prüfen konnten.“⁵

Mit der Aufforderung, die Ausweisungen vorläufig einzustellen, gingen die Vertreiber nur willkürlich um. Es erfolgte die Zusammenfassung der Deutschen in Lagern und der Einsatz zur Zwangsarbeit. Die Phase der „kontrollierten“ Vertreibung begann mit der Verabschiedung eines Ausweisungsplanes des Alliierten Kontrollrates am 17. Oktober 1945. Der Einweisung ins Lager folgte der Transport in Güterzügen in Richtung Westen.

Es durften nur wenige Kilo Gepäck mitgenommen werden. Häufig wurde auch dieses noch geplündert. Die Mitnahme von Wertsachen, Sparbüchern etc. war verboten. Sämtlicher Besitz wurde enteignet. Die Tschechoslowakei sah im Oktober 1946 die Vertreibung der Sudetendeutschen als abgeschlossen an. Der Rest der noch nicht vertriebenen Deutschen wurde zurückbehalten, um dem entstandenen Mangel an Facharbeitern abzuhelpfen.

Die Ausweisung aus dem polnischen Machtbereich setzte im September 1945 ein und vollzog sich in mehreren Schüben bis 1950. In Ungarn begann die Vertreibung im Januar 1946 und dauerte bis Jahresende. Eine zweite Welle folgte vom August 1947 bis Frühjahr 1948. Sie betraf etwa die Hälfte der Volksgruppe.

Keine Vertreibung seiner deutschen Bürger verfügte der rumänische Staat. Allerdings wurden auch hier wie in den übrigen Ostblockstaaten Deutsche als Zwangsarbeiter in die Sowjetunion deportiert. Schlimmste Verfolgungen erlitten dagegen die Deutschen in Jugoslawien. Enteignung, Terror, Verschleppung, Lagerhaft, Misshandlungen und Massenhinrichtungen gingen der Flucht und später der Ausweisung voraus. Die deutsche Minderheit wurde zwischen 1944 und 1950 fast vollständig vernichtet.

Die genaue Zahl der Opfer der Vertreibung festzustellen, ist infolge der vielfältigen Bevölkerungsverschiebung nicht möglich, bei Terrormaßnahmen wurde keine Statistik geführt. Das Statistische Bundesamt hat bei genauer Verwertung aller zur Verfügung stehenden Daten das folgende Ergebnis ermittelt:

Die Deutsche Bevölkerung der Vertreibungsgebiete⁶

Vor der Flucht und Vertreibung
Deutsche Bevölkerung im Jahre 1939

Ostgebiete des Deutschen Reiches	9 575 000
davon	
Ostpreußen	2 473 000
Ost-Pommern	1 884 000
Ost-Brandenburg	642 000
Schlesien	4 577 000
 Tschechoslowakei	 3 477 000
Baltische Staaten u. Memelland	250 000
Danzig	380 000
Polen	1 371 000
Ungarn	623 000
Jugoslawien	537 000
Rumänien	786 000
Zusammen*)	16 999 000

Geburtenüberschuss 1939 bis 1945	+ 659 000
	17 658 000

Kriegsverluste 1939 bis 1945	- 1 100 000
------------------------------	-------------

Deutsche Bevölkerung bei Kriegsende	16 558 000
-------------------------------------	------------

*) dazu in der Sowjetunion 1,5 bis 2 Mill.

Kriegsverluste	1 100 000
Vertreibungsverluste	2 111 000
Gesamt-Verluste	3 211 000

Das heißt, von den 1939 in den Vertreibungsgebieten ansässigen Deutschen ist jeder Fünfte gefallen oder umgekommen.

Flucht und Vertreibung (1945 – 1950)

I. Flüchtlinge und Vertriebene

aus den Ostgebieten des Deutschen Reiches	6 944 000
aus der Tschechoslowakei	2 921 000
aus den übrigen Ländern	1 865 000
	11 730 000

In der Heimat Verbliebene

in den Ostgebieten des Deutschen Reiches	1 101 000
in der Tschechoslowakei	250 000
in den übrigen Ländern	1 294 000
	2 645 000

II. Vermutlich noch lebende Gefangene (1950)

72 000

Summe I. + II.

14 447 000

III. Tote und Vermisste während der Flucht und Vertreibung

in den Ostgebieten des Deutschen Reiches	1 225 000
in der Tschechoslowakei	267 000
in den übrigen Ländern (ohne UdSSR)	619 000
	2 111 000

Summe I. + II. + III.

16 558 000

Gesamtzahl der deutschen Vertriebenen 1982 (geschätzt)

in der Bundesrepublik Deutschland	11 000 000
in der DDR und Ostberlin	4 070 000
in Österreich und anderen westlichen Ländern	500 000

Von 1950 bis Ende 1995 nahm die Bundesrepublik Deutschland über 3 500 000 Spätaussiedler, darunter je 1,4 Millionen aus Polen bzw. Oder-Neiße-Gebiet und aus der UdSSR/GUS, aus den Vertreibungsgebieten auf.

Alois Schubert



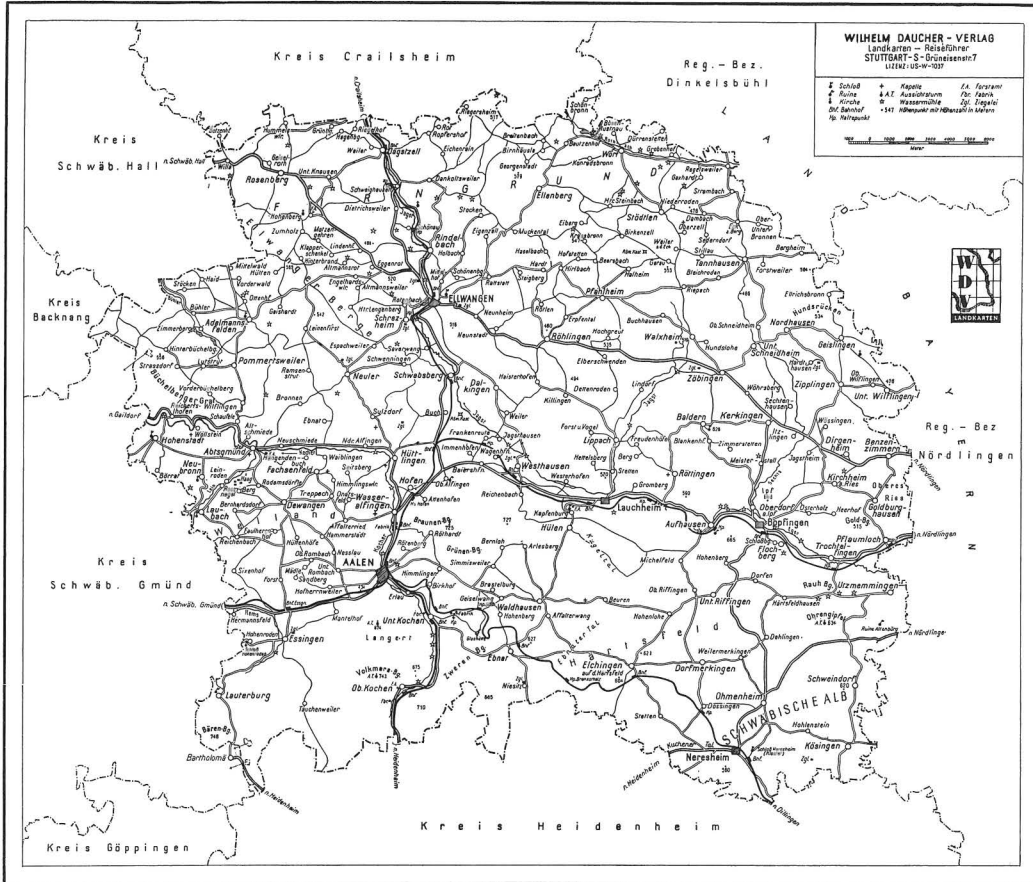
Die ergreifende Szene eines Zuges Vertriebener ist auf der Titelseite des Buches „Ostdeutsche Passion“, erschienen im November 1948, dargestellt. Der Autor, Father E. J. Reichenberger, war katholischer Priester.

Zwischen den beiden Weltkriegen war er als Generaldirektor des „Volksbund deutscher Katholiken“ in der Tschechoslowakei tätig. Vor dem Zugriff der Gestapo gelang ihm 1938 die Emigration in die USA.

Dort nahm er die amerikanische Staatsbürgerschaft an und wurde Seelsorger in einer kleinen Gemeinde im Mittleren Westen.

Als er vom Schicksal seiner ehemaligen Landsleute nach dem Kriegsende erfuhr, bemühte er sich, die amerikanische Öffentlichkeit und später auch die Weltöffentlichkeit durch intensive journalistische Arbeit über die Vertreibungsverbrechen an den Ost- und Sudetendeutschen aufzuklären.

KREIS AALEN 1:150 000



Der Kreis Aalen als Aufnahme- gebiet

In mehrfacher Weise hatte das Gebiet des Landkreises Aalen im Verlauf des Zweiten Weltkrieges, zumeist allerdings nur in abgeschwächter Form, Bevölkerungsbewegungen hinnehmen müssen.

Bereits in der Anfangszeit des Krieges lebten in Bopfingen Evakuierte aus Rastatt und Karlsruhe, aus Pirmasens, Bergzabern und Zweibrücken, die aus dem von Kampfhandlungen gegen Frankreich bedrohten Gebiet des Westwalls ins Ries in Sicherheit gebracht worden waren. Im Frühsommer 1940, nach dem Frankreichfeldzug, konnten sie wieder heimkehren.

Gegen Ende des Krieges war der Landkreis Aufnahmegebiet für Evakuierte aus den vom Bombenkrieg bedrohten oder betroffenen Gegenden des Reiches. Nur allmählich vollzog sich deren Heimkehr nach Kriegsende.

Während der Kriegszeit waren auch in den Bauerndörfern des Sechta-Ries-Gebietes zivile Ausländer und Kriegsgefangene aus den von deutschen Truppen besetzten europäischen Ländern zur Behebung des Arbeitskräftemangels, der durch den Kriegsdienst der männlichen Bevölkerung entstanden war, in der Landwirtschaft eingesetzt. Ihre Rückkehr in die Heimatländer nach Kriegsende schuf erneut Arbeitskräftemangel.

Im Winter und Frühjahr 1944/45 suchten viele Flüchtlinge, vor allem aus Ostpreußen, Pommern, Schlesien, die dem Rückzug der deutschen Truppen vorauseilten und dem Vordringen der sowjetischen Armeen in die deutschen Ostgebiete zu entgehen trachteten, auch in Süddeutschland Schutz und Unterkunft.

Im Sommer und Herbst 1945 folgten diesen ostdeutschen Flüchtlingen, denen eine Rückkehr in ihre Heimat bereits verwehrt war.

Die ersten Opfer der sogenannten „wildten Vertreibungen“ aus der Tschechoslowakei und aus



Notdürftig verpflegt sitzen diese Frauen mit ihrem gesamten Hab und Gut auf dem Gleiskörper vor den Güterwagen des Transportzuges.

den von den Polen besetzten deutschen Ostgebieten.

Diese Bevölkerungsbewegungen standen aber zahlenmäßig in gar keinem Verhältnis zu dem Geschehen, das ab Mitte Januar 1946 in Gang gesetzt wurde. Um diese Zeit wurde die von den alliierten Siegermächten in Jalta und Potsdam beschlossene Vertreibung der Deutschen aus Polen, aus den deutschen Gebieten jenseits von Oder und Neiße, aus der Tschechoslowakei und zunächst auch aus Ungarn gestartet.

Das Aufnahme- und Durchgangslager Wasseralfingen

Als der Krieg zu Ende war, durften die Kriegsgefangenen und Verschleppten, die sich in deutschem Gewahrsam befunden hatten, natürlich in ihre Heimatländer zurückkehren. Vor allem viele Polen aber verweigerten die Rückkehr in ihre kommunistisch gewordene Heimat. Zunächst blieben sie in den Barackenlagern in Wasseralfingen, die seither in der Kriegszeit ihr Aufenthalt gewesen waren, wurden aber vor dem Winter 1945/46 in Wasseralfingen in die umliegenden Wohnsiedlungen auf Befehl der Militärregierung umquartiert. Die einheimische Bevölkerung hatte ihr Eigentum zu räumen. Erst 1950 durften die deutschen Bewohner wieder ihre Häuser beziehen.

In Wasseralfingen waren im Laufe des Zweiten Weltkrieges mehrere Lager zur Unterbringung von Arbeitskräften für die beiden kriegswichtigen Großbetriebe errichtet worden. Als Arbeitskräfte wurden Kriegsgefangene, und sogenannte Fremdarbeiter, später auch KZ-Häftlinge eingesetzt.

- 1941/42 Südlager (für Schwäb. Hüttenwerke/SHW) mit 8 Baracken
- 1942 Nordlager (für SHW) mit 7 Baracken
- 1943 Lager am Gelände des jetzigen Viktoria-Sportplatzes (für polnische und russische Familien)
- 1942 Ruckenlager (für Fa. Alfing), (für „Fremdarbeiter“) 12 Baracken (teilweise unterkellert) – ins Werksgelände einbezogen.
- 1942 Lager am Kappelberg mit 10 Baracken
- 1943/44 wurden die Lager erweitert
- 1943 Lager Wiesendorf zur Aufnahme eines Außenkommandos des Konzentrationslagers Katzweiler/Elsass mit 9 Baracken. Die Lager waren streng bewacht.⁷ Kurz vor Kriegsende wurde dieses Lager nach dem Abtransport der Häftlinge mit einer SS-Kompanie belegt. „Nach Kriegsende kamen Russenfamilien in das Lager im Wiesendorf.“⁸

Die Baracken der Lager waren sämtlich eingeschossig mit einem flachen Giebel Dach und aus Holz erbaut. Lediglich die Küchenbaracke war ein



Das Ruckenlager in Wasseralfingen mit seinen zahlreichen Baracken war für viele Heimatvertriebene das erste Aufnahmelager in Deutschland. Von hier aus wurden sie in die neuen Wohnorte verteilt.

Steinbau und unterkellert. Neben den Unterkunftsbaracken gab es je eine Wasch- und eine Wirtschaftsbaracke.⁹

Der Kranz von Barackenlagern, der Wasseralfingen umgab, sollte, im Zusammenhang mit der verkehrsgünstigen Lage an der Eisenbahn und dem Vorhandensein eines weitläufigen Bahnhofsgeländes, Wasseralfingen zum Zentrum einer neuen Zweckbestimmung werden lassen: Wasseralfingen wurde zum zentralen Ankunfts- und Durchgangsort für die Massen von Heimatvertriebenen, die nach dem Kriege in regelmäßigen Transporten in den ehemaligen Kreis Aalen deportiert wurden.

Die Militärregierung hatte nach Kriegsende den Freiherrn Max von Lütgendorff als Landrat eingesetzt. Er musste das Chaos des ersten Jahres nach dem Zusammenbruch bewältigen. Im Mai 1946 wählte der damalige Kreistag Herrn Dr. Anton Huber zum Landrat. Im Juni 1946 trat Dr. Huber sein schweres Amt an. „Zu diesem Zeitpunkt war der große Flüchtlingsstrom aus dem Osten, aus Böhmen, Mähren und Ungarn schon in Gang gekommen. Der Landkreis Aalen hatte seinen Teil zur Aufnahme der unglücklichen Menschen beizutragen und ihnen zu helfen“, schreibt Dr. Huber und schildert als der Verantwortliche für die Lösung der Probleme im Rückblick das Geschehen wie folgt:¹⁰ „In Wasseralfingen befand sich in Gestalt von zwei großen Barackenlagern das Aufnahme- und Durchgangslager für die Neuankommenden (das Rückenlager und das Nordlager). Wie schon 1945 viele Flüchtlinge aus Ostpreußen und Schlesien, so traf in Wasseralfingen ab 10. März 1946 alle zehn Tage ein Eisenbahnzug mit 1000 bis 1200 Menschen ein, die vorwiegend aus Böhmen, Mähren und Ungarn stammten. Nach jeweils diesen zehn Tagen musste das Lager für den nächsten ankommenden Transport geräumt sein. Als sich dieser Vorgang zehn Mal wiederholt hatte, kam es im Kreistag zu einer ersten Diskussion über die bedrohlich erscheinende Entwicklung. In einer für die Regierung in Stuttgart und die amerikanische Militärregierung bestimmten Entschließung wurde festgestellt, dass die Aufnahmemöglichkeiten erschöpft seien und weitere Zuweisungen unerträgliche Zustände zur Folge hätten. Diese Entschließung machte in Stuttgart, erst recht bei der amerikanischen Militärregierung,

nicht den geringsten Eindruck. Die Transporte gingen unvermindert weiter.

Die Ankömmlinge in Wasseralfingen wurden im Lager verköstigt – hauptsächlich von Angehörigen des Roten Kreuzes, registriert, ärztlich betreut und dann in rasch zusammengestellten Gruppen den Gemeinden zugeteilt. In Omnibussen und auf Lastwagen wurden sie an ihren Bestimmungsort befördert, wo sie vom Bürgermeister der Gemeinde in Empfang genommen wurden. Den Leuten ein Dach über den Kopf zu verschaffen, war alsdann die Aufgabe der Gemeinde, genauer gesagt des Bürgermeisters und seiner Mitarbeiter. Das war der ungleich schwierigere Teil der Aufgabe; sie bestand in der Einweisung in Wohnraum, der eigentlich gar nicht zur Verfügung stand. Die Menschen mussten zusammenrücken, und wenn das nicht freiwillig ging, zusammengedrängt werden. Die Aufgabe des Landratsamtes war vergleichsweise einfacher und leichter. Es hatte vor allem darüber zu wachen, dass die Gemeinden nicht der nahe liegenden Versuchung nachgaben, in die Bildung von Sammelunterkünften auszuweichen. Wo welche entstanden, musste auf rascheste Auflösung gedrängt werden.

Durch Umsiedlung aus Schleswig-Holstein und aus Bayern erfolgten in den folgenden Jahren 1947 und 1948 noch weitere Zuweisungen, so dass sich bis Mitte des Jahres 1948 die Zahl der Aufzunehmenden auf 34 000 erhöhte. Diesen 34 000 Menschen musste also in den Wohnungen von 82 000 Menschen Platz geschaffen werden mit der Möglichkeit zu kochen, zu waschen usw. Wie spielte sich dieses Geschehen in den Gemeinden ab? Fürs erste möchte ich sagen: wie bei einer Naturkatastrophe. Stellen wir uns eine Erdbeben- oder eine Flutkatastrophe vor. Tausende und Abertausende müssen evakuiert und versorgt werden. Nach Überwindung des ersten Schrecks stellt sich alles auf Hilfe ein. Eine große Rolle spielte im Jahre 1946 die abgrundtiefe Erschütterung und Zerknirschung der Menschen, verbunden mit einer uns heute fast unvorstellbaren Hilfsbereitschaft. Natürlich gab es auch Widerstand. Manche haben sich gegen die Zumutung, Küche, Waschgelegenheit, WC usw. mit Fremden zu teilen, gesträubt und trotz beharrlichen Zuredens nicht mitgemacht. Sie beriefen sich auf ihr

Recht, ihr Haus oder ihre Wohnung allein zu bewohnen. Aber eben dieses Recht war aufgehoben; die Behörden waren nicht nur berechtigt, sondern angehalten, wo immer nötig, Wohnraum zu beschlagnahmen. Und das geschah denn auch. In den allermeisten Fällen aber erfolgte die Aufnahme reibungslos; das muss zur Ehre der einheimischen Bevölkerung gesagt werden.

Es soll nicht unterschlagen werden, dass auch die Autorität der Militärregierung eine Rolle spielte; der Respekt vor ihr war größer als der Respekt vor den deutschen Ämtern. Das Landratsamt hat die Hilfe der Militärregierung oder der Militärpolizei nie in Anspruch genommen. Ich kann mich jedenfalls nicht erinnern, dass wir zu diesem Mittel gegriffen hätten, um den Widerstand gegen eine Einweisung von Vertriebenen zu brechen. Die Hilfe der deutschen Polizei ist dagegen sehr wohl in Anspruch genommen worden.

Es gab auch den Fall, dass ein Bürgermeister sich weigerte, Wohnungsbeschlagnahmen vorzunehmen – mit der Begründung, „einem Wahlbürgermeister ist solche Menschenquälerei nicht zuzumuten.“ Das Landratsamt hat ihm nicht die Militärpolizei auf den Hals gehetzt, ihn auch nicht gemäßregelt, sondern einfach die Wohnungsbewirtschaftung in der betreffenden Gemeinde in eigene Regie genommen. Das war aber nur in einem einzigen Fall notwendig. Der kneifende Bürgermeister erhielt bei der nächsten Wahl die Quittung. In einem anderen Fall hat sich die Militärregierung von sich aus eingeschaltet, um in einer Gemeinde den Verantwortlichen Dampf zu machen.

Insgesamt muss man sich schon wundern, wie die Bürgermeister diese schwierige und delicate Aufgabe bewältigt haben. Ein Bürgermeister, danach gefragt, wie er das Kunststück fertig brachte, erklärte mir das so: „Zuerst kam das Pfarrhaus dran, dann das Schulhaus, aber nicht mit den Schulsälen, sondern den Lehrerwohnungen (die Lehrerdienstwohnungen waren geräumig), mein eigenes Haus habe ich von unten bis oben angefüllt. So konnte mir niemand entgegenhalten, dass der Pfarrer oder der Lehrer oder der Bürgermeister geschont werden.“ In der betreffenden Gemeinde waren eine Zeit lang so viele Vertriebene aufgenommen, wie es Einheimische gab.

Wie sich die Dinge nach erfolgter Zuweisung und Aufnahme gestalteten, hing vom Charakter der Menschen ab. Wenn bei einer bereitwilligen und entgegenkommenden einheimischen Familie ein ebenso rücksichtsvoller und anspruchsloser Vertriebener einzog, ging es gut. Wollte es der Zufall, dass wenig tolerante Menschen in einer Wohnung zusammenleben mussten, ging es nicht gut. Dazwischen lagen unzählige Variationen. Spannungen, Streit und Unzufriedenheit blieben nicht aus, wie sich auf der anderen Seite freundschaftliche Beziehungen zwischen einheimischen Familien und zugewiesenen Vertriebenen in viel größerer Zahl entwickelt haben. Alles in allem kann gesagt werden, dass der gesamte Prozess besser verlaufen ist, als es ursprünglich die meisten für möglich gehalten hatten.

In einer kleinen Riesgemeinde hat sich die Aufnahme von Flüchtlingen und Vertriebenen im Gemeinderatsprotokoll niedergeschlagen. Es begann im November 1945 mit dem Bericht, dass am 24. Oktober ein Transport mit 23 Ostflüchtlingsen eingetroffen sei. Am 2. November kam ein zweiter Transport mit 20 Personen; der Bürgermeister berichtete dem Gemeinderat, es seien alle gut untergebracht worden. Jede Familie habe – es ging ja in den Winter – einen Raummeter Holz erhalten; Lieferanten waren das Haus Oettingen-Wallerstein und der Gemeindewald einer benachbarten Gemeinde. Dann folgte im Protokoll ein besonders bemerkenswerter Eintrag: „Vom Kreisbauamt kam eine kleine Zementzuteilung.“ Wir sehen, schlechthin alles, auch Baustoffe, war rationiert. Eine kleine Zementzuteilung für eine Gemeinde, die schon über 40 Vertriebene aufgenommen hatte, war ein solches Ereignis, dass sie ins Gemeinderatsprotokoll kam. „Alle Wohnräume wurden erfasst und ein Wohnungsausschuss gebildet“, berichtete der Bürgermeister weiter. Danach kam eine längere Pause. Die ersten Ankömmlinge waren Leute, die vor der „russischen Walze“ geflüchtet waren; sie stammten aus Schlesien und Ostpreußen. Am 8. 7. 1946 vermerkt das Protokoll: „Am 5. 7. 1946 traf ein Transport von Ostflüchtlingsen aus der Tschechoslowakei ein mit 18 Personen, welche wieder in gute Quartiere eingewiesen wurden.“

Die Bezeichnung „Ostflüchtlingsen“ wurde weiter



Auch das Kappelberglager wurde für die Unterbringung der Vertriebenen genutzt.

verwendet, obwohl es sich nun um durch Befehl der Siegermächte ihrer Heimat beraubte Menschen handelte. Am 21. 8. 1946 kam abermals ein Transport mit 18 Vertriebenen in die Gemeinde. Diesmal mussten sie vorerst in einem Sammelquartier im Schulsaal untergebracht werden, da Widerstand aufgekommen war. Wohnungseigentümer haben sich beschwerdeführend an den Kreisbeauftragten für das Flüchtlingswesen gewandt; dieser hat die Beschwerden entgegengenommen. Noch ehe über sie entschieden war, erklärte der Bürgermeister: „Wenn Ihr die Beschwerden annehmt, müsst Ihr die Leute auch selbst unterbringen.“ Wie die Entscheidung ausgefallen ist, berichtet das Gemeindeprotokoll nicht. Die betroffenen Vertriebenen aber wurden in der Gemeinde untergebracht.

Krieg und Vertreibung hatten eine ungeheure Zerstreuung der Menschen bewirkt; zahlreiche Menschen waren auf der Suche nach Angehörigen. Was ist natürlicher als der Wunsch nach Zusammenführung der Familie? So registrierte denn auch das Gemeinderatsprotokoll schon am 13. 9. 1945 den ersten Antrag auf Zuzugsgenehmigung von jemanden, der nicht zugewiesen war. Ohne Geneh-

migung des Zuzugs gab es keine Wohnungszuweisung und keine Lebensmittelkarten. Der Antrag wurde abgelehnt mit der Begründung, die Gemeinde könne die Versorgung der Zugewiesenen kaum noch gewährleisten. So hart die Ablehnung war, zusätzliche Aufnahmen waren nicht möglich. Am 9. November 1946 lagen weitere Anträge auf Erteilung der Zuzugsgenehmigung vor; sie verfielen mit gleicher Begründung der Ablehnung.

Erste Versuche, die Zugewiesenen und Aufgenommenen mit dem Nötigsten zu versorgen, kennzeichnen die trostlose Lage. Eine Gemeinde beschaffte auf eigene Rechnung einige Herde und Öfen, um sie leih- bzw. mietweise zur Verfügung zu stellen. Das Landratsamt appellierte – nicht vergebens – an die Schreiner, Bettstellen – auch unentgeltlich – zu liefern oder benützbar zu machen. Das Gemeinderatsprotokoll registrierte auch eine Aufforderung des Landratsamts, nach Möglichkeiten zu suchen, um auf einfachste Weise, durch bauliche Behelfsmaßnahmen, z. B. Einbauten in Nebengebäuden, Wohnraum zu schaffen: „Fürs erste wenigstens eine auf 100 Einwohner.“ Dafür könne Zuteilung von Baumaterial in kleinen Mengen in Aussicht gestellt

werden. Die Gemeinden und eher noch mehr Privatpersonen wussten bald, wie man an Baumaterial herankommen konnte.

Auch über eine Bürgermeistertagung berichtet der Bürgermeister dem Gemeinderat, bei welcher empfohlen wurde, den Vertriebenen Gartenland zur Verfügung zu stellen, pro Familie 10 Ar. Die Aufnahme dieser Empfehlung sei zwiespältig gewesen. Die eine Gemeinde habe gar kein eigenes Land, eine andere nur in der Markung weit zerstreut und weitab vom Dorf.

Es seien aber auch Zweifel geäußert worden, ob diese Hilfe sinnvoll sei, da doch für die Vertriebenen in den Landgemeinden keine Beschäftigungsmöglichkeiten bestünden und sie über kurz oder lang anderwärts ihre künftige Existenz suchen müssten.

Im Gemeinderatsprotokoll ist auch festgehalten, dass man versuche, Arbeit in der Gemeinde, z.B. im Steinbruch, zuzuteilen. Am 15. Oktober 1946 registrierte das Protokoll die Ankunft von drei weiteren Familien mit acht Personen, „in guten Quartieren untergebracht“. Am 18. Oktober 1946 fand eine Inspektion durch den Lagerarzt von Wasseralfingen statt; das Ergebnis: „Ohne Beanstandung“. – Soweit der Bericht des einst zuständigen Landrats Dr. Anton Huber.

Zurück zum Standort Wasseralfingen:

Es lag nahe, alle Baracken rings um Wasseralfingen mit Heimatvertriebenen zu belegen. Insbesondere zahlenmäßig große Familien waren leichter im Lager unterzubringen, als für sie privaten Wohnraum zu beschaffen. Insgesamt wohnten zirka 100 Familien primitiv in den Baracken im Kappelberglager und im Südlager (bei der Kanalbrücke nach Weidenfeld). Erst im Jahre 1955 konnte das Rückenlager aufgelöst werden.

Von den neun Baracken des Lagers im Wiesendorf wurden sieben in den Jahren 1946 bis 1950 abgebrochen. In der ehemaligen Küchenbaracke gründete ein Vertriebener 1948 die „Sägen- und Werkzeugfabrik Wasseralfingen GmbH.“ Eine ehemalige Unterakunftsbaracke diente dem Unternehmen als Wohnbaracke bis 1957, während die Fabrikbaracke schon 1954 abgebrochen werden musste. Das Kappelberglager bestand noch bis in die frühen Sechzigerjahre.

„Stand der Heimatvertriebenen im Kreis Aalen“⁴¹

Die nachfolgend wiedergegebene Tabelle belegt den Bevölkerungszuwachs bis zum 1. 4. 1955 für den Gesamtkreis Aalen ebenso wie für die einzelnen Städte und Gemeinden des Kreises. Es ist ersichtlich, dass bis zur ersten Zählung am 1. 3. 1947 der größte Zustrom an Vertriebenen erfolgt war, sich die Zahl durch weiteren Zuzug aber auch in den folgenden Jahren bis 1955, also zehn Jahre nach Kriegsende, um weitere 9 % steigerte. 1950 gehörten 26,8 % der Kreisbevölkerung zum Komplex „Flüchtlinge und Heimatvertriebene.“ – Aus der anliegenden Tabelle ist auch die Bevölkerungsbewegung innerhalb des Landkreises abzulesen. Sie weist deutlich aus, dass nach der ursprünglichen Einweisung in unzerstörte Dörfer sich eine Wanderungsbewegung hin zu Standorten mit Arbeitsmöglichkeiten oder in deren Umfeld vollzog.

Stand der Heimatvertriebenen im Kreis Aalen

Gemeinde	1. 3. 1947	1. 7. 1948	1. 4. 1955
1. Aalen, Stadt	+5199	6238	8054
2. Abtsgmünd	+463	494	532
3. Adelmansfelden	-448	439	313
4. Aufhausen	-251	260	203
5. Baldern	-156	168	152
6. Benzenzimmern	-100	93	41
7. Bopfingen, Stadt	-666	726	1159
8. Dalkingen	-298	312	235
9. Dewangen	-352	390	247
10. Dirgenheim	125	125	79
11. Dorfmerkingen	-266	266	129
12. Ebnat	-414	427	404
13. Elchingen (Härtsfeld)	-323	329	285
14. Ellenberg	-409	419	202
15. Ellwangen, Stadt	+2328	2620	2021
16. Essingen	+678	687	756
17. Fachsenfeld	+199	203	291
18. Flochberg	-203	218	178
19. Geislingen	-181	176	65
20. Goldburghausen	-201	217	127
21. Hofen	+298	282	299
22. Hohenstadt	-186	209	182
23. Hülen	-146	151	122
24. Hüttlingen	+537	555	742
25. Jagstzell	-429	463	409
26. Kerkingen	-252	297	198
27. Kirchheim a. Ries	-383	411	378

Gemeinde	1. 3. 1947	1. 7. 1948	1. 4. 1955
28. Kösing	-132	146	65
29. Laubach	-135	135	82
30. Lauchheim, Stadt	+415	448	498
31. Lauterburg	-175	168	133
32. Lippach	-167	184	104
33. Neresheim, Stadt	559	608	603
34. Neubronn	-155	171	100
35. Neuler	-432	480	390
36. Nordhausen	-137	148	63
37. Oberdorf a. lpf	+494	480	525
38. Oberkochen	-533	711	1646
39. Ohmenheim	-212	227	114
40. Pfahlheim	-507	521	271
41. Pflaumloch	-229	239	226
42. Pommertsweiler	-241	270	168
43. Rindelbach	+453	467	512
44. Röhlingen	-719	753	559
45. Röttingen	-220	222	127
46. Rosenberg	-453	462	374
47. Schloßberg	+12	22	25
48. Schrezheim	-518	560	436
49. Schwabsberg	-322	329	249
50. Schweindorf	-178	181	64
51. Stödtlen	-474	479	302
52. Tannhausen	-392	382	214
53. Trochtelfingen	-299	315	291
54. Unterkochen	+1043	1188	1489
55. Unterriffingen	-137	170	94
56. Unterschneidheim	-328	319	167
57. Unterwiltlingen	-177	195	87
58. Utzmemmingen	-211	221	151
59. Waldhausen	-318	329	257
60. Walxheim	-223	215	93
61. Wasseralfingen	+884	1140	2039
62. Westhausen	+636	699	785
63. Wört	-328	337	231
64. Zipplingen	-378	382	137
65. Zöbingen	-290	299	154
insgesamt:	28998	31777	32526

+ = Zunahme der Vertriebenen;

- = Abnahme der Vertriebenen.

Größte Abnahmen hatten Zipplingen, Geislingen und Schweindorf. Größte Zunahmen hatten Aalen, Wasseralfingen und Oberkochen.

Rückblick des Kreisbeauftragten für das Flüchtlingswesen, Herbert Deppner

„Die zehnte Wiederkehr des Jahrestages der Vertreibung von Millionen Deutschen aus ihrer angestammten Heimat gibt auch für den Kreis Aalen und hier für die Dienststelle des Kreisbeauftragten für das Flüchtlingswesen Anlass zu einem Rückblick auf das, was für die Eingliederung der Heimatvertriebenen im Kreis Aalen seit dem Jahre 1945 getan wurde.

Das Jahr 1945 brachte für den Kreis Aalen ein neues Problem, den ersten Flüchtlingstransport, die ersten Menschen, die gegen jeden Rechtsbegriff von ihrer Heimat, von Haus und Hof vertrieben wurden. Der erste Transport der Heimatvertriebenen für den Kreis Aalen bestand aus 1200 Schlesiern, die auf einige Gemeinden des Kreises Aalen, insbesondere in leerstehende RAD-Baracken, eingewiesen wurden.

Dieser erste Transport war die Einleitung zu einer Kette von weiteren Transporten, die ab 3. März 1946 in pausenloser Folge im Kreis Aalen eintrafen.

Am 3. März 1946, früh 7 Uhr, traf auf dem Bahnhof Wasseralfingen der erste endlose Güterzug, bewacht von amerikanischen Soldaten, ein, dessen Inhalt sich aus 1200 Volksdeutschen aus Ungarn zusammensetzte. Jeder zehnte Tag brachte in der Folge einen weiteren Transport, jeden zehnten Tag rollte auf dem Bahnhof in Wasseralfingen ein weiterer Güterzug, bewacht von russischen oder amerikanischen Soldaten, ein. Jeder Güterzug spie in Wasseralfingen 1200 Menschen aus, die die absolute Rechtlosigkeit an sich erduldet hatten.

Das Landratsamt Aalen hatte im Jahre 1945 die Dienststelle des Kreisbeauftragten für das Flüchtlingswesen errichtet und dieses Einmann-Referat als ausreichende Verwaltungsgrundlage für die Aufnahme der ankommenden Menschen vorgesehen.

Der Kreis Aalen mit seiner damaligen Wohnbevölkerung von rund 85 000 Personen erhielt durch die Besatzungsmacht über die zuständigen Stuttgarter Dienststellen ein Aufnahmesoll von 16 500

Personen zudiktiert, das in kurzer Folge auf 25 000, dann auf 32 000 Personen erhöht wurde. Auf Grund dieser Tatsache musste die Dienststelle des Kreisbeauftragten für das Flüchtlingswesen in ihrer personellen Besetzung verzehnfacht werden, damit die Aufnahme, die Verteilung, die Unterbringung und Versorgung der vielen Menschen, die zum größten Teil ohne Hausrat angekommen waren, erfolgen konnte.

Es fehlte jede Gesetzesgrundlage, es fehlte jede Erfahrung, es fehlte jede Übersicht.

Es wurde notwendig, die ankommenden Menschen möglichst gerecht auf die 65 Gemeinden des Kreises zu verteilen, es wurde notwendig, einen Belegungsschlüssel zu errechnen, dessen Grundlage Bevölkerungsdichte und die vorhandenen Wohnräume der Gemeinden bildete. Es wurde notwendig, Lastzüge, Omnibusse und Pkws zu organisieren, damit die ankommenden Menschen aus dem Lager, aus den Waggonen in den Kreis, in die Gemeinden geschleust werden konnten. Es wurde notwendig, Wohnraumerfassungskommissionen und Einweisungskommissionen aufzustellen, damit ein möglichst reibungsloser Ablauf gewährleistet wurde.

Es wurde notwendig im Zeitplan der Bewirtschaftung, dass das Landratsamt, das Kreisfürsorgeamt, die Fahrbereitschaft, das Ernährungsamt, das Wirtschaftsamt, das Gesundheitsamt und die Bürgermeisterämter der Gemeinden zu einer gemeinsamen Aktion zur Aufnahme und Unterbringung der Menschen zusammengeschlossen wurden. Es wurde improvisiert, es wurde gearbeitet. Die Aufnahme und Unterbringung der 32 000 Menschen im Kreis Aalen ist letztlich trotz aller Arbeit nur durch die Aufgeschlossenheit der einheimischen Bevölkerung des Kreises möglich gewesen.

Gewiss gab es, bedingt durch die überbelegten Wohnungen, hier und dort Reibereien, ja sogar böswilligen Unverstand, aber das waren in der Regel Einzelfälle, und diese sollten der Gesamtarbeit keinen Abbruch tun.

Nach der erfolgten wohnraummäßigen Unterbringung erwies es sich als zweckmäßig, dass in jeder Gemeinde ein Sprecher der Heimatvertriebenen ernannt wurde, der im Auftrag seiner Schicksals-

gefährten bei der Verteilung der staatlich beschafften Wirtschaftsgüter mitwirkte und der die Sorgen und Wünsche seiner Schicksalsgefährten den zuständigen Stellen der Gemeinde und des Kreises überbrachte. Durch die etwa 160 Forum-Veranstaltungen im Kreis Aalen war darüber hinaus den Heimatvertriebenen und den Heimatverbliebenen Gelegenheit gegeben direkt mit den Vertretern der Behörden zu sprechen und dort ihre Sorgen und Wünsche an den Mann zu bringen. Mit den ankommenden Transporten kamen auch viele alte, zum großen Teil pflegebedürftige und alleinstehende Menschen in den Kreis Aalen. Hier war die Schaffung von Altersheimen vordringlichste Aufgabe, und es gelang nach vielen Bemühungen noch im Jahre 1946, im Kreis Aalen insgesamt drei Altersheime, eins in Wasseraltingen, eins in Neresheim und eins in Kirchheim zu errichten und diese Heime mit dem Notwendigsten zur Aufnahme der alten Leute auszustatten.

Hier sei ein Wort des Dankes an den damaligen Kreisbeauftragten für das Flüchtlingswesen, Herrn Otto Gentner, am Platze, der bis zu seinem auf Grund seiner beruflichen Entwicklung erfolgten Ausscheiden am 31. 12. 1948 sich für die Belange der Heimatvertriebenen in selbstloser Weise verwendet hat.

Am 20. 6. 1948 begann auch für die Heimatvertriebenen der Aufbruch, begann sich der bisher noch unter dem Druck der Ereignisse verborgen gehaltene Wille zur Schaffung einer eigenen Scholle, zur Schaffung der eigenen Existenz zu regen. Es begann die Gründerzeit, und ein Teil der Heimatvertriebenen schaffte sich kraft seiner beruflichen Voraussetzung eine eigene Existenz.

Die Gewerbefreiheit, die Abteilung Gewerbeförderung beim Landratsamt gaben im Handwerk und im Handel der heimatvertriebenen Bevölkerung ihre Unterstützung. Der Lastenausgleich begann mit dem Soforthilfeamt, mit der Hausratshilfe, mit der Kredithilfe, um ebenfalls der heimatvertriebenen Wirtschaft Hilfe zu geben.

Der soziale Wohnungsbau unternahm die ersten Gehversuche, und es konnten im Jahre 1950 bereits die ersten Häuser für unsere Heimatvertriebenen erstellt werden.

Auf dem landwirtschaftlichen Sektor wurde die im Jahre 1946 begonnene Gartenlandaktion ausgeweitet in der Form, dass über die Württembergische Landessiedlung die vorhandenen Böden oder auslaufenden landwirtschaftlichen Höfe für die heimatvertriebene Landwirtschaft erschlossen wurde.

Es wurde von dem bisher improvisierten ein planvolles, auf weite Sicht festgelegtes Programm festgelegt. Nebenerwerbsiedlungen wuchsen in den Gemeinden aus dem Boden und gaben den heimatvertriebenen Landwirten in Ermangelung der notwendigen Höfe eine kleine, aber eigene Scholle.

Im Kreis Aalen waren durch die im Jahre 1946/1947 bedingten Verhältnisse viele Familien in verkehrsfernen Landgemeinden eingewiesen und hatten in der Zwischenzeit die aus der Gefangenschaft zurückgekehrten Männer ihren Arbeitsplatz nunmehr in den Schwerpunkten des Kreises und des Landes gefunden. Diese Menschen versuchten nun, ihren Wohnsitz an ihre Arbeitsstätte zu verlegen, und so wurden in kurzer Zeit beim Kreisbeauftragten für das Flüchtlingswesen insgesamt 1050 dringliche Pendlerfamilien registriert. Die Umsiedlung auf staatlicher und kreislicher Basis begann im Jahre 1950, und bis zum 31. 8. 1955 sind insgesamt 634 Wochen- und Tagespendlerfamilien an ihren Arbeitsplatz oder zumindest in nächste Nähe desselben umgesetzt worden.

Das deutsche Wirtschaftswunder, das sich zum kleinen Teil auch im Kreis Aalen vollzog, wäre

auch hier nicht möglich gewesen ohne die tatkräftige, opferbereite Mithilfe der Heimatvertriebenen.

Und doch ist die Eingliederung noch nicht beendet; es gibt noch etwa ein Drittel Heimatvertriebener im Kreis Aalen, das von einer Eingliederung bisher nicht erfasst wurde. Den vielen heimatvertriebenen Landwirten, denen bisher nicht geholfen werden konnte, den vielen älteren Angestellten, die als Hilfsarbeiter oder berufsfremd eingesetzt sind, und den Kriegswitwen mit ihren auf dem Lande kaum in eine Lehrstelle zu vermittelnden Kindern gilt auch weiterhin unsere gemeinsame Sorge.

Die Zusammenführung der Familien ist trotz der vergangenen zehn Jahre nicht abgeschlossen. Viele Angehörige unserer Heimatvertriebenen befinden sich noch in Polen, in der CSR, in Jugoslawien usw., viele Städter sind 1945/46/47 auf dem flachen Lande untergekommen; viele katholische Heimatvertriebene fühlen sich in einer evangelischen Gemeinde und viele evangelische Heimatvertriebene in einer katholischen Gemeinde nicht endgültig untergebracht.

Es ist in den bisher vergangenen zehn Jahren im Kreis Aalen bezüglich der Eingliederung der Heimatvertriebenen viel getan worden, und wir können alle, Heimatvertriebene und Heimatverbliebene, mit Stolz auf die geleistete Arbeit zurückblicken. Es bleibt noch viel zu tun, um das Ziel zu erreichen. Das Ziel ist erkennbar, der Weg dorthin liegt noch vor uns.“

Beispiel einer Arbeitstagung

Die im folgenden wiedergegebene Einladung des Landratsamtes Aalen vom 25. Juni 1946 zu einer Arbeitstagung der Flüchtlingsvertrauensleute und der Bürgermeister des Kreises Aalen beweist die Vielseitigkeit der Probleme, die zu lösen waren.

Landratsamt Aalen Aalen, den 25. Juni 1949
VIII/9920
Ref. Flüchtlingswesen

Betr.: Arbeitstagung der Flüchtlingsvertrauensleute
und Bürgermeister des Kreises Aalen

Am Freitag, den 22. Juli 1949, vormittags 8 Uhr 30, findet im Gasthaus zur „Eintracht“ in Aalen eine Arbeitstagung der Flüchtlingsvertrauensleute und Bürgermeister des Kreises Aalen unter Anwesenheit des Staatsbeauftragten f. d. Flüchtlingswesen, Herrn Dir. Bettinger statt.

Tagesordnung

1. Begrüßung durch Herrn Landrat Dr. Huber
2. Neubürgerfragen, Referent:
Der Kreisbeauftragte f. d. Flüchtlingswesen, Herr Deppner
3. Bericht des Neubürger-, Kreistags und Kreisratsmitgliedes Herrn Dr. Grimmer
4. Beschäftigungsstand, Arbeitslosigkeit und Arbeitslosenfürsorge.
Referent: Der Leiter des Arbeitsamtes Aalen/-Heidenheim, Herr Reg. Rat Vogler.
5. Rentenangelegenheiten, Sozialversicherungsfragen.
Referent: Der Amtsleiter des Kreisfürsorgeamtes Aalen, Herr Kreisoberinsp. Köder.
6. Pensionsansprüche, Pensionszahlungen, Pensionierungen.
Referent: Geschäftsleiter Herr Reg. Insp. Weber.
7. Lastenausgleich.
Referent: Herr Landrat Dr. Huber.

Ende der Tagung gegen 13 Uhr.

Es besteht die Möglichkeit, weitere Programmpunkte, die durch Anregung der Tagungsteilnehmer

dem Kreisbeauftragten f. d. Flüchtlingswesen übermittelt werden, auf die Tagesordnung zu setzen. Diesbezügl. Vorschläge sind bis Dienstag, den 12. 7. 49, der Dienststelle des Kreisbeauftragten schriftlich einzureichen.

Diese Zuschrift gilt als persönliche Einladung. Sie kann nur auf einen ordentlich bestellten Vertreter, nicht aber auf mehrere Personen übertragen werden.

Der Kreisbeauftragte f. d. Flüchtlingswesen
gez. Deppner.

Die Situation in der Stadt Aalen

Nach dem Einmarsch der US-Truppen blieb der seitherige Bürgermeister Dr. Karl Schübel mit Zustimmung der Besatzungsmacht bis Juli 1945 Leiter der Stadtverwaltung. Von den Amerikanern abgesetzt, trat an seiner Stelle der frühere Sekretär der christlichen Gewerkschaften, Otto Balluff. Die Bürger wählten ihn 1948 zum Oberbürgermeister. Balluff verstarb überraschend am 26. Januar 1949.

Ihm folgte, mit einem überwältigendem Ergebnis wiedergewählt, als Oberbürgermeister Dr. Karl Schübel. 1947 war Aalen „unmittelbare Kreisstadt“ geworden und damit unabhängig von den Entscheidungen des Landratsamtes. Der Bürgermeister wurde Oberbürgermeister. In einer ersten Bürgerversammlung am 19. 9. 1945 informierte Bürgermeister Balluff die Bürger Aalens über die Lage der Stadt:¹³

Hauptaufgabe ist die Beseitigung der Kriegsschäden. Diese wird durch den Mangel an Baumaterialien sehr beeinträchtigt. Es herrscht Wohnungsmangel. Dieser wird verstärkt durch den Bedarf der Besatzungsmacht (110 Häuser besetzt) und durch die Niederlassung ehemaliger, hier entlassener Soldaten am Ort. Es fehlen 500 bis 600 Wohnungen. Eine Zuzugssperre soll helfen.

Mangel besteht vor allem an Kohle, Baustoffen, Öfen aller Art, elektrische Kochplatten, Schuhen, Textilien aller Art und Rohstoffen aller Art, um die Produktion wieder aufnehmen zu können. Mancher Bedarf wird durch Tauschhandel, aber auch illegal durch Schwarzhandel, gedeckt.

In der nächsten Bürgerversammlung am 17. 1. 1946¹⁴ wird von der personellen Unterbesetzung bei der Stadtverwaltung berichtet, aber auch von einer erfolgreichen Kleider- und Schuhsammlung zugunsten der zahlreichen Bedürftigen.

Ein neues Problem tritt auf: „In den letzten 2 Monaten haben wir 250 Ostflüchtlinge in Aalen aufnehmen müssen und im Verlauf der nächsten Monate haben wir 5 – 6000 noch zu erwarten.“

Zum Ausgleich wird die Heimkehr der Kriegsevakuierten gefordert. Von 1077 Personen werden aber nur 328 zurückgeführt, während 749 in Aalen bleiben. Für die Ansprüche der Polen in Wasseraltingen werden Einrichtungsgegenstände beschlagnahmt. Die Bemühungen, die Versorgung der Bevölkerung mit Brennholz zu verbessern, werden durch Holzdiebstähle durchkreuzt. Uniformen der deutschen Wehrmacht dürfen nicht als Kleidung getragen werden; hier hilft Umfärben. Belegten früher 2 bis 3 Personen eine Wohnung, so sind es in dieser Zeit 6 bis 8 Personen.

Für eine weitere Bürgerversammlung am 27. 1. 1947¹⁵ berichtet das Wohnungsamt an das Hauptamt: Beim Einmarsch der US-Armee lebten in Aalen 21 790 Menschen. Bis 1. 7. 1946 wurden 2023 „Flüchtlinge“ (einschließlich entlassene Soldaten) aufgenommen.

Am 1. 9. 1946: 3569 „Flüchtlinge“

Am 1. 11. 1946: 4611 „Flüchtlinge“

Am 1. 1. 1947: 4775 „Flüchtlinge“

Am 27. 1. 1947: 5073 „Flüchtlinge“

(Von ihnen leben noch 284 in Massenquartieren. Sie sind bis 31. 1. 1947 in Privatquartiere einzuweisen)

Am 24. 2. 1947: 5283 „Flüchtlinge“

*Das Aufnahmesoll beträgt für Aalen
6008 „Flüchtlinge“.*

Ab 15. März 1947 ist mit weiteren 900 „Flüchtlingen“ zu rechnen. Zwischenzeitlich sind 13 weitere Gebäude für Zwecke der US-Armee beschlagnahmt worden.

Das „Städtische Wohlfahrtsamt“ ist vor allem mit der „Fürsorge für die Flüchtlinge“ befasst. Ein „Flüchtlingsbetreuer“ kümmert sich vor allem um

Unterbringung, Hausrat, Wäsche, Kleidung, berät bei Unterstützungsanträgen, Versorgungs- und Rentenansprüchen.

Im August 1946 wird im Spritzenhaus eine Gemeinschaftsküche eröffnet. In 4 Monaten werden dort 9860 warme Essen ausgegeben. Zwei Wärmestuben sind täglich von (10 bis 20 Uhr) geöffnet und werden rege benützt.

Die beiden Altersheime sind stark belegt. Durch ihre Inanspruchnahme wird Wohnraum frei. Das „Wirtschaftsamt“ ist die Ausgabestelle für Lebensmittelkarten und Bezugscheine für Textilien, Schuhe und die geringe Zahl von Herden und Öfen, aber auch von Haushaltsgeräten. Für den riesigen Bedarf sind die zur Verfügung stehenden Kontingente lächerlich gering. Die Vertriebenen haben erhöhten Bedarf.

Noch vor Februar 1947 war es gelungen, Teile der früheren Wehrkreis-, Reit- und Fahrschule zu pachten. In den Mannschaftsgebäuden konnten Wohnungen eingebaut werden. Ein Reithaus und die früheren Stallungen wurde gewerblichen Betrieben zugeführt. In der früheren Verpflegungsanlage wurden „ausgewiesene Unternehmen und hier vor allem die Kleiderfabrik Greiff angesiedelt.“ Der Gemeinderat hatte beschlossen, hier auch die „Gablonzer Glas und Schmuckwarenindustrie unterzubringen.“

Zum Jahresende 1948 wendet sich Oberbürgermeister Balluff wieder an die Bürger seiner Stadt mit „Rück- und Ausblick“ und nennt das Jahr 1948 „Ein Jahr voller Schwierigkeiten, ja sogar ein Jahr des Kampfes um die Erhaltung des Erreichten.“¹⁶

Die Hauptsorge ist immer noch die Wohnraumnot, nicht zuletzt bedingt durch die Aufnahme von über 6000 Heimatvertriebenen und über 1000 hier verbliebenen entlassenen Soldaten. Ein weiterer permanenter Zuzug ist nicht aufzuhalten. Das Hauptanliegen, nämlich Wohnraum zu schaffen, hemmt immer noch der Mangel an Baumaterialien.

Der Zustrom an Einwohnern zwingt zu Erweiterungen der Wasserversorgung und der Kanalisation, des Waldfriedhofs und des Straßennetzes, im Bereich des Schulwesens, der Bereitstellung von Bauplätzen in großer Zahl für den Wohnungsbau einschließlich der Erschließungsmaßnahmen. Der Oberbürgermeister spricht Alt- und Neubürger in

gleicher Weise an, wünscht die „Beseitigung alles Trennenden“ und das Zusammenwirken aller für das Jahr 1949.

Von der Wohnungsnot in der Kreisstadt sprechen auch die folgenden Ausführungen von Oberbürgermeister Dr. Schübel.¹⁷ Eine Auswahl imponierender Fakten belegt die erfolgreichen Bemühungen in der ersten Dekade der Nachkriegszeit die riesigen anstehenden Probleme mit beispielloser Anstrengungsbereitschaft zu meistern.

- Mehr als 30 % der Stadtbevölkerung sind im Jahre 1955 Heimatvertriebene.
- Der Zuwachs an überbauter Fläche im Stadtgebiet von 1945 bis 1955 beträgt 48,8 Prozent.
- Die Zahl der Ehen zwischen Alt- und Neubürgern ist von 8 im Jahre 1945 auf 87 im Jahre 1952 angestiegen und seither nahezu gleich geblieben.
- Die Gesamtschülerzahlen sind zwischen 1939 und 1955 angewachsen:

bei den Volksschulen	von 1721 auf 2606
beim Schubartgymnasium	von 341 auf 798
beim Mädchenprogymnasium	von 146 auf 404
bei der Gewerblichen	
Berufsschule	von 1069 auf 1965
bei der kaufmännischen	
Berufsschule	von 289 auf 765
bei der Hauswirtschaftlichen	
Berufsschule	von 153 auf 364
bei der Frauenarbeitsschule	von 73 auf 101

Neu errichtet wurden die Pestalozzischule, eine Mittelschule, die sich eines sehr guten Zuspruchs erfreut, und die Höhere Handelsschule. Auch eine Erziehungsberatungsstelle wurde geschaffen.

Aalen besitzt damit ein gut ausgewogenes Schulsystem wie wohl kaum eine andere Stadt unserer Größe. Die vorhandenen Schulgebäude, die in der Nachkriegszeit durch Besetzung, Überbelegung und die Unmöglichkeit der Ersatzbeschaffung und Instandsetzung erheblich gelitten hatten, wurden seit 1948 planmäßig in einen tadellosen und neuwertigen Zustand gebracht. Zusätzliche Schulräume für die Volksschule wurden durch Um- und Anbauten in den beiden Schulgebäuden des Stadtbezirks Unterrombach, in der Bohlschule, in der alten Gewerbeschule, für die Pestalozzischule und in

der Parkschule gewonnen. Der Neubau eines Berufsschulsammelgebäudes auf dem Galgenberg, bei dem gegenwärtig in einem dritten Bauabschnitt die Lehrwerkstätten erstehen, bedeutet durch die Heranbildung eines tüchtigen Nachwuchses für die örtliche gewerbliche Wirtschaft nicht zuletzt eine beachtliche Förderung von Industrie, Handel, Gewerbe und Handwerk der Stadt und der Verbandsgemeinden. Alles in allem sind zu den im Jahre 1939 vorhandenen 85 Klassen- und 12 Sonderräumen an sämtlichen Schulen 50 Klassen- und 17 Sonderräume neu hinzugekommen. Trotzdem fehlen unter Einrechnung des Bedarfs der in den nächsten Jahren noch voll auszubauenden Mittelschule und Höheren Handelsschule noch immer 43 Klassen- und 20 Sonderräume.

Der Gemeinderat hat deshalb kürzlich beschlossen, ein 16klassiges Volksschulgebäude im Osten der Stadt zu erstellen und für das Berufsschulsammelgebäude einen Turn- und Vortragssaal zu bauen. Nicht unerwähnt bleiben darf, dass an den hiesigen Schulen zahlreiche heimatvertriebene Lehrer als Erzieher wirken.

Als Voraussetzung für den Wohnungsbau waren in der Stadt umfangreiche Planungsarbeiten durchzuführen:

1950 Flächennutzungsplan mit Teilnutzungsplänen;
Erschließung von Baugelände;
Ausbau und Neubau von Ortsstraßen;
Kanalisation und Versorgungsleitungen
Neubaugebiete sind Hüttfeld, Zebert, Pelzwäsen, Röttenberg, Tännich, Gartenstraße, Heimatwinkel und Grauleshof.

(Über den Wohnungsbau selbst informieren die Zitate von Dr. Schübel's Ausführungen unter Ziff. 06.3 dieser Schrift.)

- „Ein unablässiges Anliegen der Stadtverwaltung ist die Förderung von Gewerbe, Handel und Industrie“. An 19 Gewerbebetriebe von Heimatvertriebenen konnten in der ehemaligen Remonte, im seinerzeitigen Ersatzverpflegungsmagazin und dem einstigen Heereszeugamt Betriebsräume mit einer Fläche von 13 100 qm vermittelt werden. Bauplätze sind zugesagt. Eine besonders günstige

Entwicklung unter den Flüchtlingsbetrieben war den Firmen Greiff-Werke, Pello-Pilz KG und Gustav Winkler GmbH vergönnt.

130 Heimatvertriebene gehören zu den 1300 gewerbesteuerpflichtigen Betrieben und Selbstständigen der Stadt.

- In Unterrombach und Hofherrnweiler wurden 80 Nebenerwerbssiedlungen für vertriebene Bauern geschaffen.
- Als sehr positiv bewertet der Oberbürgermeister die Mitwirkung von Heimatvertriebenen, zum Teil an leitender Stelle, im Bereich der kulturellen und gesellschaftlichen Vereine und Organisationen.
- Über noch mehr Erreichtes könnte berichtet werden, aber die Lösung großer weiterer Aufgaben stand noch bevor. Ihre Bewältigung sollte nach Meinung des Oberbürgermeisters mit der gemeinsamen Initiative von Alt- und Neubürgern möglich sein.

Die Situation in Ellwangen

Im Jahre 1961 leistete sich die Stadt Ellwangen die Herausgabe eines „Volks- und Heimatbuches“,¹⁸ um „das Wissen und das Werden und Wachsen unserer Stadt“ den Bürgern der Stadt zu vermitteln. Der Autor Rektor Josef Fischer widmete auch den Heimatvertriebenen ein eigenes Kapitel, hatten sie doch seit 1945 wirklich zum „Wachsen“ der Stadt wesentlich beigetragen. Im Ellwanger Jahrbuch 1936 – 1946 wird der Bevölkerungsstand am 16. 3. 1933 mit 5924 und am 29. 10. 1946 mit 9415 Personen angegeben. Am 31. 12. 1946 befanden sich 3307 Flüchtlinge und Heimatvertriebene in Ellwangen.¹⁹ Das bedeutete, dass auf je 2 Alt-Ellwanger 1 Neubürger zu benennen war.

Die Wohnungssituation war nach Einschätzung des Gemeinderats bereits im August 1945 „prekär“. Sechzig Wohnungen waren im Krieg zerstört worden, hundertsechzig wurden von der US-Army beschlagnahmt. Im Frühjahr 1946 mussten rund 3000 ukrainische Displaced Persons im Lager Mühlbergkaserne untergebracht werden. Dieses Lager war für die Aufnahme von deutschen Vertriebenen vorgesehen gewesen. Deren Transporte trafen bereits seit März 1946 regelmäßig in Wasseralfingen ein.



Wir sind nur Gast auf Erden

Das Motiv der biblischen Herbergssuche durch Maria und Josef war ein Symbol, das in der Nachkriegszeit oft verwendet wurde, um die Heimatlosigkeit und die erfahrene Ablehnung in der Fremde darzustellen. Dr. Konrad Theiss hatte als Caritasdirektor die Herausgabe eines Trostbüchleins für die Vertriebenen veranlasst. Seine Vorderseite war mit diesem Motiv geschmückt.

Wegen des UNRRA-Lagers wurden zunächst keine Vertriebenen nach Ellwangen geschleust, aber Ende Juni endete die Schonfrist. Die Unterbringung der Vertriebenen erfolgte zunächst in der Bergkaserne, danach kam die Zuweisung in die erfassten Wohnungen. Unterkunftsmöglichkeiten boten Barackenlager im Goldrain und im Mittelhof, weitere Baracken sollten angemietet werden. Der weitere Zustrom an Vertriebenen ließ auch die Wohnungsnot anschwellen. Im Juni 1947 wurde eine durchschnittliche Belegungsdichte von 8 qm pro Einwohner registriert, im November 1948 gab es immer „noch 309 Wohnungssuchende, unter ihnen

50 dringende Fälle, bei denen bis zu vier Personen auf 15 qm leben mussten.“²⁰

Auch im Herbst 1950 waren in Ellwangen noch ungefähr 100 Elendswohnungen zu bemängeln. Die Volks- und Berufszählung vom 13. 9. 1950 ergab, dass 12,24 % der 10 390 Einwohner Ellwangers in Notwohnungen hausten. Im Durchschnitt teilten sich 1,62 Wohnparteien eine Normalwohnung. Ohne Anrechnung der Küche wurde ein Raum von 1,33 Personen bewohnt.“²¹ Trotzdem ist die Zahl von 1260 Vertriebenenfamilien mit 2620 Personen beeindruckend, die in den Jahren 1946/48 Unterkunft gefunden haben.“²²

Stadtverwaltung und Gemeinderat waren regelmäßig mit den Problemen der Neubürger befasst, so dass am 21. 4. 1947 ein eigener „Ausschuss für Neubürgerfragen“ gebildet wurde, in der Annahme, dass die immer schwieriger werdenden Neubürgerfragen in einer engeren Ausschussarbeit besser geregelt werden können. Mitglieder des Gemeinderats, der caritativen Vereine, Vertreter der „Flüchtlinge“ sowie Sachbearbeiter des Bürgermeisteramtes wirkten zusammen.“²³ Wirkungsvolle Abhilfe konnte, wie überall nur durch umfangreiche Bauprogramme geschaffen werden. Dem standen vor der Währungsreform 1948 der Mangel an Baumaterialien, an Kapital und in Ellwangen an Bauland im Besitz der Kommune gegenüber. – Ein Versuch, mit Trockenlehmziegeln zu bauen, führte schon 1947 zum Bau der ersten „drei Neubürgerhäuser“. Die Gründung von Siedlergemeinschaften wurde von der Stadtverwaltung wie auch von der Gemeinnützigen Bau- und Siedlungsgenossenschaft Ellwangen oder von der Kreisbaugenossenschaft Aalen (bis 1950) unterstützt.

Neben dem Problem der Versorgung der Vertriebenen mit Wohnraum trat gleichzeitig das Problem der Sicherung ihrer wirtschaftlichen Existenz. Für Ellwangen war es deshalb günstig, dass eine Vorläufer-Firma der VARTA die Fertigung nach Ellwangen verlegte und damit im großen Rahmen Arbeitsplätze schuf. Die Ansiedlung weiterer Firmen erfolgte, so dass auch die wirtschaftliche Integration der Vertriebenen gelingen konnte. Einige selbstständige Unternehmer starteten eigene Betriebe und auch wenige Ärzte und Rechtsanwälte eröffneten ihre Praxen.

Die Sicherung der Verdienstbasis bot auch den Vertriebenen die Chance, selbst zur Behebung der Wohnungsnot beizutragen, dem Gedanken an den Bau von Eigenheimen näher zu treten; waren doch die Wohnungen meist eng und unzureichend, die Küchen und Sanitärräume in gemeinsamer Benutzung mit anderen.

Die „Gemeinnützige Baugenossenschaft“ (selbst schon 1921 gegründet) entfaltet eine rege Bautätigkeit, so dass von 1950 bis 1957 „in Miet- und Erwerbshäusern und in Nebenerwerbssiedlungen von ihr 1245 Wohnungen erstellt worden sind. In 75 Prozent der neu geschaffenen Wohnungen haben Heimatvertriebene wieder ein Heim gefunden“.²⁴

Seit Mitte der 50er-Jahre bis 1959 entstand ein kleiner neuer Stadtteil mit der Nebenerwerbssiedlung Braune Hardt. Siebzig Siedlerstellen boten die Möglichkeit, vertriebene Landwirte in neuen Wohnungen unterzubringen und ihnen durch die Tätigkeit im eigenen Nebenerwerbsbetrieb eine zusätzliche Existenzgrundlage und die Tätigkeit im einst gewohnten Lebensumfeld auszuüben. Diese Maßnahme zur Eingliederung wurde staatlich gefördert und von den Betroffenen gerne angenommen.

Eine sehr natürliche Weise der Eingliederung waren auch Eheschließungen zwischen Einheimischen und Vertriebenen. Eine Statistik, von Prof. Immo Eberl erstellt, weist für die Jahre von 1945 bis 1955 diesbezüglich folgende Zahlen aus.²⁵

Anteil der Eheschließungen in Prozent von den gesamten Eheschließungen:

1945:	4 – 8,5 %
1946:	10 – 5,3 %
1947:	13 – 5,9 %
1948:	16 – 10,8 %
1949:	16 – 10,8 %
1950:	8 – 7,9 %
1951:	8 – 9,8 %
1952:	6 – 6,7 %
1953:	9 – 10,0 %
1954:	13 – 11,9 %
1955:	5 – 5,7 %

„Alt- und Neubürger haben sich in den vergangenen Jahren bemüht, die Probleme der Gegenwart zu meistern und harmonisch zusammenzuarbeiten“.²⁶

Alois Schubert

Die „Flüchtlings- verwaltung“

Die Vertriebenen kamen 1945 nicht in ein Land mit bestehender staatlicher Verwaltung, die Maßnahmen für ihre Aufnahme und Betreuung vorbereitet hatte, sondern in „Besatzungszonen“, in denen die jeweilige Besatzungsmacht die Verwaltung neu ordnete. Der Bereich des Landkreises Aalen gehörte zum neu geschaffenen Land Württemberg-Baden innerhalb der US-Besatzungszone. Mit dem Beginn der Ausweisung fiel der neu entstehenden Verwaltung auch die Aufgabe der Unterbringung der bereits ins Land gelangten und der neu dazugekommenen Vertriebenen zu. Deshalb wurde am 10. November 1945 ein „Staatskommissariat für das Flüchtlingswesen in Württemberg-Baden“ errichtet und dem Innenministerium zugeordnet. Einen Tag später wurde ein Landesausschuss „Flüchtlingsfürsorge“ beim Länderrat in Stuttgart errichtet. Das Aufnahmesoll für die US-Zone betrug etwa 3 Millionen; davon sollte Württemberg-Baden 23% (= 690 000) übernehmen. Laut Ankunftsplan sollten bereits im Dezember 1945 noch 200 000 Menschen eintreffen, gefolgt von je 100 000 im Januar und Februar, im März 200 000 im April, Mai und Juni je 400 000, im Juli 200 000 usw.²⁷

Aufbau und Entwicklung von Verwaltung und Rechtsvorschriften

Zur Bewältigung der Aufgaben vor Ort musste eiligst eine Vertriebenenverwaltung unterhalb des Staatskommissariats aufgebaut werden. Bei jedem Landratsamt wurde ein Kreiskommissariat für das Flüchtlingswesen eingerichtet. Auf diesen vorläufigen Maßnahmen baute sich in der folgenden Zeit eine dem Umfang der wachsenden Aufgaben folgende „Flüchtlingsverwaltung“ auf.

Die Einschleusung der Transporte der Vertriebenen

nach Restdeutschland erfolgte über festgelegte Grenzdurchgangslager, z. B. Furth im Walde. Dort wurden die Vertriebenen aufgenommen und organisatorisch erfasst. Eine Erstversorgung linderte die größtenteils Not. Bedeutsam für die Ankommenden war auch die Erfahrung, von nun an nicht mehr dem Terror und der Willkür ausgesetzt zu sein.

Vom Grenzdurchgangslager wurde der Transport in die Kreisaufnahmelager geleitet. Im Landkreis Aalen war dies Wasseraalflingen. Von dort wurden die Vertriebenen in die vorgesehene „endgültige“ Unterkunft oder vorübergehend in „Flüchtlingslager“ gebracht.

Bis gegen Ende September 1946 lebten die Vertriebenen, die damals in der US-Zone von Württemberg-Baden Aufnahme gefunden hatten, im Zustand rechtlicher Ungewissheit. Am 26. September 1946 konnte das Innenministerium des Landes mit Genehmigung der Militärregierung „Vorläufige Richtlinien für die Betreuung der Flüchtlinge und Vertriebenen“ erlassen.²⁸ Nach einer Definition der Zugehörigkeit zum betroffenen Personenkreis wurde der „Zweck der Betreuung“ in § 2 eindeutig festgestellt.

„Der Zweck der Betreuung ist:

- a) den Flüchtlingen und Vertriebenen in ihrer beim Eintreffen bestehenden Notlage zu helfen und
- b) ihnen eine neue Heimat zu schaffen“

Wichtigst war die eindeutige Aussage über die rechtliche Gleichstellung mit der „alteingesessenen Bevölkerung“ (§ 9).

Die Beteiligung „an den von der Militärregierung genehmigten Vereinigungen politischer, sozialpolitischer, kultureller, religiöser, gesellschaftlicher und wirtschaftlicher Art“ war erlaubt. „Besondere Vereinigungen dieser Art können von den Flüchtlingen und Vertriebenen nicht gebildet werden“ (§ 5).

Mit diesen Richtlinien wurden landeseinheitliche

Maßnahmen vorgesehen, wurde Rechtssicherheit geschaffen, wurden die Voraussetzungen für die beabsichtigte dauerhafte Eingliederung vorbereitet. Kein halbes Jahr später wurden die zuerst festgelegten Grundsätze durch das Gesetz Nr. 303 über die Aufnahme und Eingliederung deutscher Flüchtlinge („Flüchtlingsgesetz“) vom 14. Februar 1947 präzisiert, ergänzt und erweitert.

„Am Beginn der gesetzlichen Regelung der Rechtsstellung und Eingliederung der Heimatvertriebenen stand das am 14. 2. 1947 vom Kabinett des Landes Nordwürttemberg-Baden auf Grund der „Autorität und der Anordnung der Militärregierung“ erlassene Gesetz Nr. 303 über die Aufnahme und Eingliederung deutscher Flüchtlinge (Flüchtlingsgesetz). Gemäß § 13 dieses Gesetzes wurde zur Unterstützung der Tätigkeit der unteren Dienststellen für das Flüchtlingswesen der Stadt- und Landkreise ein Ausschuss gebildet. Er bestand aus mindestens sechs Mitgliedern. In der 1. VO Nr. 337 des Innenministeriums zur Ausführung des Flüchtlingsgesetzes vom 3. 12. 1947 zu § Abs. 3 hieß es:

Die Kreisbeauftragten für das Flüchtlingswesen haben sich zur Verbindung mit den Flüchtlingen des Kreises der Flüchtlingsvertrauensleute zu bedienen. Auch in der Geschäftsordnung für den Gemeinderat der Gemeinden wurden in § 23 die „Flüchtlingsvertreter“ angeführt. Diese Interessenvertreter der Vertriebenen wurden meist als „Flüchtlingsobmann“ bezeichnet. Damit waren die ersten auf gesetzlicher Grundlage autorisierten Vertreter aus den Reihen der Vertriebenen selbst zur Mitsprache in den sie betreffenden Angelegenheiten herangezogen. Sie wurden zwar zunächst nicht auf demokratischer Grundlage durch Wahl bestellt, sondern von Kreisbeauftragten für das Flüchtlingswesen berufen. Die Berufung stützte sich aber doch weitgehend auf Vorschläge, die aus den Kreisen der Vertriebenen selbst im Einvernehmen mit den einzelnen Bürgermeistern ergingen, so dass der Vertrauensgrundsatz überwiegend zur Anwendung kam.“²⁹

Der § 2 des Flüchtlingsgesetzes definierte die „Eingliederung“.

„Die Eingliederung der Flüchtlinge soll ihr organisches Aufgehen in der einheimischen Bevölkerung gewährleisten“. „Die Vertriebenen und Flüchtlinge

sollten keine eigene soziale Gruppe bilden, sondern sich in die Gesellschaft des Aufnahmegebietes einfügen und in ihr aufgehen.“³⁰

Dies war das erklärte Ziel der amerikanischen Besatzungsmacht. Natürlich stand diese Absicht dem Wunsch der Heimatvertriebenen nach Rückkehr in die Heimat, nach Rückgabe ihres Besitzes diametral entgegengesetzt gegenüber. Durch das bestehende Koalitionsverbot aber war es den Vertriebenen und Flüchtlingen nicht möglich, in organisierter Form ihre Vorstellungen von der Lösung des Problems zu artikulieren, geschweige denn an deren Verwirklichung zu arbeiten. Andererseits zwang das Eingliederungsgebot die Verantwortlichen zu langfristiger Planung von Hilfsmaßnahmen anstelle von kurzfristigen Provisorien.

Entnazifizierung auch der Vertriebenen

Das Jahr 1946 brachte einige wesentlichen Maßnahmen zur besseren Bewältigung der Vertriebenenprobleme. Das alliierte Kontrollgesetz Nr. 18 führte die Wohnungszwangsbewirtschaftung in allen Besatzungszonen ein. Die Begriffe „Flüchtlinge, Vertriebene, Evakuierte“ wurden amtlich definiert. Ein „Flüchtlingsausweis“ wurde eingeführt. Die Schaffung einer „Flüchtlingssuchkartei“ erleichterte die Zusammenführung von Familien, die durch Lagerhaft, Flucht und Vertreibung auseinander gerissen worden waren und diente auch den Behörden als Auskunftsstelle. Der „Flüchtlingsausweis“ verhalf nicht nur zur Wahrnehmung gewisser Anrechte, sondern war für die vielen, die im Zuge der Vertreibung ihre persönlichen Dokumente verloren hatten, erstmals wieder ein amtliches Dokument, das ihre Existenz bestätigte.

Zu den Zielen der US-Militärregierung, gehörte neben der „Verhaftung von Kriegsverbrechern“, die „Ausrottung des Nazismus, Faschismus, des deutschen Militarismus, der Nazi-Bonzokratie und ihrer Mitarbeiter.“³¹ Dieses Ziel sollte durch die sogenannte Entnazifizierung erreicht werden. Wegen der rechtlichen Gleichstellung der Vertriebenen mit den Einheimischen, waren von diesen Maßnahmen auch die Vertriebenen betroffen. Mit Hilfe eines Fragebogens wurde festgestellt, ob der Erfasste sich

VIER-ZONEN-KARTE

mit Postleitgebieten



Nr.	Postleitgebiet	Zone	Nr.	Postleitgebiet	Zone	Nr.	Postleitgebiet	Zone
1	Berlin	J	15a	Thüringen (westl.)	S	21a	Westfalen-Nord	E
2	Brandenburg	S	15b	Thüringen (östl.)	S	21b	Westfalen-Süd	E
3a	Mecklenburg (westl.)	S	16	Großhessen	A	22a	RPD-Bez Düsseldorf	E
3b	Mecklenburg (östl.)	S	17a	Nordbaden	A	22b	Rheinpfalz	F
10a	Land Sachsen (östl.)	S	17b	Südbaden	F	22c	RPD-Bezirk Köln	E
10b	Land Sachsen (westl.)	S	18	Saargebiet	F	23	Gebiet Bremen	E
13a	Nordbayern	A	19a	Prov. Sachsen (südl.)	S	24a	RPD-Bezirk Hamburg	E
13b	Südbayern	A	19b	Prov. Sachsen (nördl.)	S	24b	RPD-Bezirk Kiel	E
14a	Nordwürttemberg	A	20a	RPD-Bezirk Hannover	E			
14b	Südwestfalen	F	20b	RPD-Bez. Braunschweig	E			

Stand vom 15.5.47



Hersteller und Vertrieb
Hermann Ludwig Fautz
St. Michaeli Werk
17b Schopphelm/Baden
Postfach 59 Tel. 689

vor einer „Spruchkammer“ über seine Tätigkeit während der NS-Zeit zu verantworten hatte. Die Beschuldigten wurden von der Spruchkammer in fünf Kategorien eingestuft. Hauptschuldige, Belastete, Minderbelastete, Mitläufer und Entlastete. Sühnemaßnahmen wurden entsprechend dieser Einstufung verhängt. Die Vertriebenen empfanden es mit Verbitterung, dass die Enteignung ihres gesamten Eigentums, die Vertreibung und Unrechtsmaßnahmen durch die Vertreiberstaaten nicht als Sühneleistung anerkannt wurden. Auch darf nicht übersehen werden, dass die Vertriebenen bezüglich des Verhaltens gegenüber dem Nationalsozialismus je nach Herkunftsland unterschiedliche Erfahrungen mitbrachten. Die Vertriebenen aus den zum Deutschen Reich gehörigen Ostgebieten hatten unter denselben Bedingungen wie die Einheimischen den Aufstieg des Nationalsozialismus erlebt, während die Sudetendeutschen damit erst ab Oktober 1938 in Berührung gekommen waren; wieder anders erlebten die Deutschen in den Ost- und Südosteuropäischen Staaten erst während des Krieges die Naziherrschaft.

Nur in diesem jeweiligen zeitlichen Rahmen konnten Mitarbeit und aktives Engagement erfolgen. Im Sommer 1948 galt die Entnazifizierung der Vertriebenen im wesentlichen als abgeschlossen.

„Flüchtlinge“ „Heimatvertriebene“, „Aussiedler“ und andere Begriffe

Im undifferenzierten Sprachgebrauch, vor allem von Seiten der einheimischen Bevölkerung, wurden sämtliche im Zuge der Kriegs- und Nachkriegsereignisse ins Land gekommenen heimatlos gewordenen Menschen als „Flüchtlinge“ bezeichnet. Selbst im behördlichen Sprachgebrauch wurde diese Bezeichnung verwendet. Bald erwies es sich aber als dringend erforderlich, Unterscheidungsmerkmale zu beachten, die durch das jeweilige persönliche Schicksal des Betroffenen, verursacht durch politische Fakten, bestimmend waren.

Die Begriffe Flüchtling, Heimatvertriebener, Vertriebener, Evakuierter, Displaced Person, Sowjetzonenflüchtlinge, Umsiedler, Aussiedler, Emigrant, Asylant, wurden und werden ereignisgeschichtlich de-

finiert und in diesem Sinne verwendet. Hier einige Deutungen:

Flüchtlinge sind unter ganz bestimmten Umständen „geflüchtet“, weil sie, z. B. bei Annäherung der Roten Armee, für Leib und Leben und Besitz fürchteten. Sie hofften, sich in anderer Umgebung in Sicherheit zu bringen.

Heimatvertriebene sind Deutsche, die in ihrer Heimat bleiben wollten, und gegen ihren Willen, unter Anordnung von Gewalt, meist sogar mit Gewaltanwendung und bei völliger Enteignung ihres Besitzes, zwangsweise aus ihrer Heimat in ein fremdes Land abtransportiert wurden, ohne die Möglichkeit zur Rückkehr zu besitzen. Die „wildern Vertreibungen“ der ersten Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg wurden nach dem „Potsdamer Abkommen“ der alliierten Siegermächte UdSSR, Großbritannien und USA vom 5. August 1945 durch die „offizielle Ausweisung“ abgelöst. Als „Heimatvertriebene“ gelten auch jene Deutschen aus Polen, der Tschechoslowakei und den anderen Ost- und Südosteuropäischen Vertreiberstaaten, die wegen Herannahen der Front kurzfristig geflüchtet waren und nach der Kapitulation des Deutschen Reiches nicht mehr in ihre Heimat zurückkehren durften.

Erst im Bundesvertriebenengesetz (BVFG) vom 19. Mai 1953 wurde der Terminus „Vertriebene“ offiziell gebraucht und definiert. Danach gilt derjenige als Vertriebener, der als deutscher Staatsangehöriger oder deutscher Volkszugehöriger am 31. Dezember 1937, oder einmal vorher seinen „Wohnsitz in den zur Zeit unter fremder Verwaltung stehenden Ostgebieten, oder in den Gebieten außerhalb der Grenzen des Deutschen Reiches“, nach dem Gebietsstande vom 31. Dezember 1937 hatte und diesen im Zusammenhang mit den Ereignissen des Zweiten Weltkrieges infolge Vertreibung, Ausweisung oder Flucht verloren hat. Hier wird also nicht unterschieden, ob der Betroffene geflüchtet ist oder vertrieben wurde, denn eine „äußere Veranlassung“ war stets gegeben.

Heimatvertriebener ist derjenige unter den Vertriebenen, der am 31. Dezember 1937 oder bereits einmal vorher seinen Wohnsitz in dem Gebiet desjeni-

gen Staates hatte, aus dem er vertrieben worden ist (Vertreibungsgebiet), wobei die Gesamtheit der Gebiete, die am 1. Januar 1914 zum Deutschen Reich oder zur Österreichisch-Ungarischen Monarchie oder zu einem späteren Zeitpunkt zu Polen, zu Estland, zu Lettland oder zu Litauen gehört haben, als einheitliches Vertreibungsgebiet gilt.

„*Flüchtlinge aus der Sowjetzone*“ sind Deutsche, die in der sowjetischen Besatzungszone bzw. der DDR ansässig geworden waren bzw. dort ansässig waren, dann aber aus politischen, gesellschaftlichen oder auch wirtschaftlichen Gründen Zuflucht im Westen gesucht hatten.

Evakuierter: Aus dem vom Bombenkrieg besonders in Mitleidenschaft gezogenen Gebiet des Reiches wurden Menschen in Gebiete „evakuiert“, die größere Sicherheit bieten sollten, z. B. aus Stuttgart oder dem Ruhrgebiet.

DP's - Displaced Persons: Heimatlose Ausländer, vorwiegend aus den Osteuropäischen Staaten, die zur Zeit des Hitler-Regimes zur Arbeitsleistung nach Deutschland gebracht worden waren, oder vor den Sowjetheeren hierher geflüchtet waren, und die aus den verschiedensten Gründen nach dem Ende der Feindseligkeiten nicht mehr in ihre ehemalige Heimat zurückkehren konnten, oder wollten, und für die sich bisher keine Auswanderungsmöglichkeiten ergeben hat. Sie wurden zuerst von der UNRRA, danach von der IRO betreut.

UNRRA, Abkürzung für United Nations Relief and Rehabilitation Administration 1943 – 1946, Organisation der UNO zur Unterstützung und Rück-

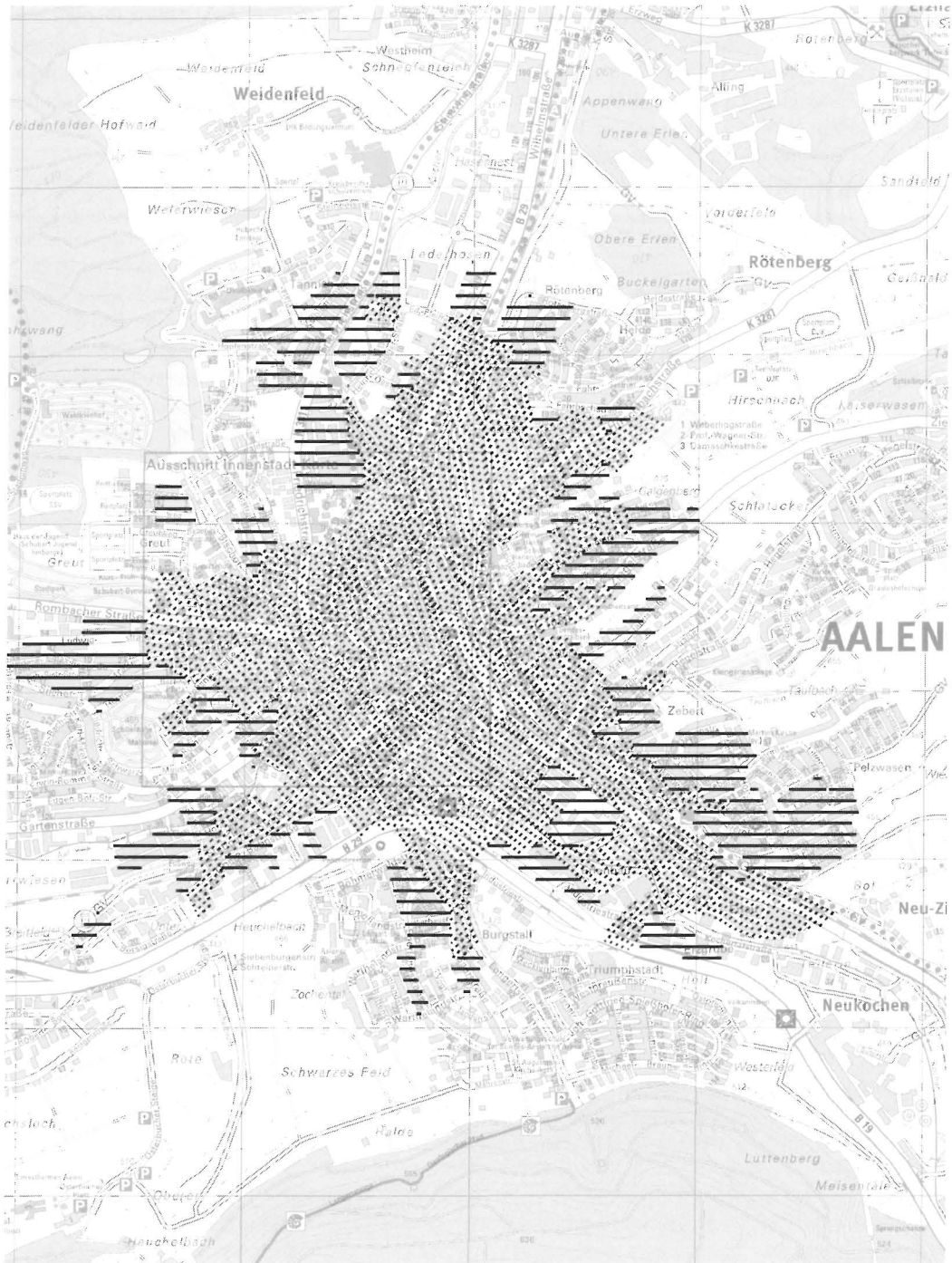
führung. Die Aufgaben der UNRRA wurden von 1947 – 1951 von der IRO (International Refugees Organisation – Internationale Flüchtlingsorganisation) und der WHO (World Health Organization – Weltgesundheitsorganisation) übernommen.

Umsiedler: Die ungleichmäßige Verteilung der Vertriebenen bei der Ankunft in Restdeutschland schuf in den Hauptaufnahmeländern Schleswig-Holstein, Niedersachsen und Bayern im Vertriebenenbereich die höchste Arbeitslosenquote, die höchste Quote berufsremd arbeitender Vertriebenen und die dringende Wohnungsnot, außerdem Familientrennung bei weit entfernter Berufsmöglichkeit und außergewöhnliche Belastung der Berufspendler durch weite Distanzen. Die Unterbringung erfolgte in überdurchschnittlichem Maße in Baracken, Lagern und Notunterkünften.

Mit 4 Umsiedlungsgesetzen versuchte die Bundesrepublik einen Bevölkerungsaustausch zur Schaffung einer ausgeglichenen Bevölkerungs- und Wirtschaftsstruktur vorzunehmen. Die betroffenen Personen wurden als Umsiedler bezeichnet. Die Aktionen erfolgten auf freiwilliger Basis.

Aussiedler (auch Spätaussiedler): Deutsche, die beim Stopp der Vertreibung in den Heimatländern zurückgehalten wurden, die aber für sich und ihre Familien in der Heimat keine Zukunftsperspektive besitzen, weil aus der einstigen Mehrheit eine kleine Minderheit geworden ist, und sie deswegen eine Aufnahme in der Bundesrepublik Deutschland anstrebten. Sie sind – so gesehen – „Die Nachhut der Vertriebenen“.

Alois Schubert



Stadtentwicklung von 1935 bis 1955 (schraffierte Bereiche).

Wohnungsnot und Wohnungsbau

Ein Kennzeichen prägt den Vertriebenen, den Flüchtling, den Heimatlosen in ganz besonderer Weise: Er besitzt kein Heim, keine Wohnung, kein Dach über dem Kopf. Damit hat er keinen Wohnsitz, keinen Wohnort, er ist „auf der Straße daheim“, ist ein Vagant.

Zu den wichtigsten und gleichzeitig schwierigsten Aufgaben der Verwaltung gehörte es, für die laufend neu ankommenden Vertriebenen Transporte und für die Flüchtlinge Wohnraum bereitzustellen. Dabei kamen die Heimatlosen in ein Land, das selbst durch Kriegshandlungen schwerst geschädigt, dessen Infrastruktur weitgehend zerstört war.

Wohnungsnot überall, auch in Aalen

In der Kreisstadt Aalen stellte sich die Situation wie aus einer Darstellung von Oberbürgermeister Dr. Karl Schübel zu entnehmen ist, wie folgt dar³²:

„In den letzten Wochen und Monaten des Zweiten Weltkrieges hatten auch in Aalen das Grauen und Entsetzen wahnsinniger Zerstörung Einkehr gehalten. Bei einem Großangriff auf Aalen am 17. April 1945 wurden neben den Bahnanlagen, dem Bahnhof, dem Postamt und anderen öffentlichen Gebäuden zahlreiche Wohn- und Geschäftshäuser und landwirtschaftliche Anwesen zerstört bzw. schwer beschädigt.

Den Bombenangriffen fielen insgesamt 192 Wohnungen zum Opfer; etwa 500 Personen waren dadurch obdachlos geworden, 59 Einwohner fanden den Tod. Die Einwohnerschaft, die in den Jahren zuvor 1100 Evakuierte aus den Städten des Rheinlandes und Stuttgart gastfreundlich aufgenommen hatte, musste nun selber in die umliegenden Gemeinden flüchten oder tage-, ja wochenlang in Kellern, Stollen und Wäldern kampieren. Der ge-

samte Verkehr, die Versorgungseinrichtungen und die Betriebe lagen still. Nach dem Einmarsch der Amerikaner wurden zudem die meisten verantwortlichen Männer in Verwaltung und Wirtschaft aus ihren Stellen entfernt.

Im Land sah die Statistik keineswegs besser aus:

Im damaligen Land Württemberg-Baden waren 161 000 Wohnungen total zerstört und 220 000 Wohnungen durch Kriegseinwirkungen unbewohnbar geworden. Dies stellte Innenminister Fritz Ulrich fest. Zusätzlich neben der einheimischen Bevölkerung befanden sich 260 000 Evakuierte aus den durch Bombenkrieg besonders betroffenen westdeutschen Regionen in den Regierungsbezirken Nordwürttemberg und Nordbaden. Im Land lebten außerdem 55 000 bis 60 000 Zwangsverschleppte und Ausländer (DP's).³³ Alle diese Menschen nahmen Wohnraum in Anspruch. Zusätzlich dazu belegten die Besatzungsbehörden weiteren intakten Wohnraum, ebenso auch Schulen und öffentliche Gebäude.

Seit Herbst 1945 kamen Sammeltransporte mit deutschen Heimatvertriebenen in das kriegszerstörte Südwestdeutschland, nachdem vorher schon tausende Flüchtlinge und Opfer der „wildten Vertreibungen“ ins Land geströmt waren. 2,25 Millionen Vertriebene sollte die amerikanische Zone laut Potsdamer Konferenz aufnehmen. Davon sollte Württemberg-Baden 22 % übernehmen. Das entsprach einer Anzahl von ca. 500 000 Menschen. In die französische Zone im deutschen Südwesten sollten 150 000 Menschen transferiert werden, jedoch erließ die französische Zone ein Zuzugs- und Aufnahmeverbot.

Angesichts dieser Situation forderte der Innenminister die Heimschaffung der Evakuierten und den beschleunigten Abtransport der Polen und sonstigen Ausländer und er bat die Besatzungs-

behörden um Rücksicht bei der Inanspruchnahme von Wohnungen und Schulen. Dringend appellierte er an die Besatzungsmacht, höhere Rationen an Baustoffen zu bewilligen, bzw. deren erweiterte Produktion durch Bereitstellung von mehr Kohlen zu ermöglichen. Die drückende Wohnungsnot konnte nur durch tatkräftige Förderung des Wohnungsbaus gemildert werden.

Die räumliche Verteilung auf die Landkreise geschah recht unterschiedlich, wobei die höhere Konzentration in jenen Landesteilen erfolgte, die weitgehend von den Kriegszerstörungen verschont geblieben waren. Dort rechnete man mit mehr verfügbarem Wohnraum. Nachteilig erwies sich gerade dort der Mangel an gewerblichen Arbeitsplätzen.

Auch der Landkreis Aalen gehörte zu den von hohen Kriegsschäden verschont gebliebenen Gebieten und wurde deshalb mit einer höheren Aufnahmequote (26,8 % Heimatvertriebene) bedacht. Es waren 32 000 Menschen unterzubringen. Der Kreis hatte 82 000 Einwohner. Die dezentralisierte Industrie des Kreises bot eine günstigere Ausgangslage für die berufliche Eingliederung der Vertriebenen, als die agrarisch geprägten Zonen bieten konnten.³⁴

Zunächst erfolgte die Unterbringung durch zusätzliche Einweisung in private Wohnungen. „Für die zahlreichen Vertriebenen, die seit Oktober 1945 in die amerikanische Zone kamen, stand nicht mehr genügend Wohnraum zur Verfügung. Sie mussten daher in Schulen, Turnhallen oder vergleichbaren öffentlichen Gebäuden in Massenlagern untergebracht werden.“³⁵

Vorteilhaft erwies es sich, wenn vorhandene Barackenlager, die vor und während des Krieges z. B. für den Reichsarbeitsdienst oder für Fremdarbeiter errichtet worden waren, als Unterkünfte weiter verwendet werden konnten. Ein solches Lager bot z. B. den aus Schönwald, Kreis Gleiwitz, per Treck geflüchteten Schlesiern nach ihrer Ausweisung aus Österreich, wohin sie auf ihrer Flucht gelangt waren, im September 1945 in Elchingen auf dem Härtsfeld Aufnahme.

Die Wohnungsnot in der Kreisstadt Aalen und ihr Anwachsen beschreibt Oberbürgermeister Dr. Karl Schübel im Jahr 1955 wie folgt³⁶:

„Die Wohnungsnot in der Stadt, in der es schon vor

und während des Krieges an Wohnungen mangelte, wurde durch Beschlagnahmen der Besatzungsmacht verstärkt. Schon kamen zu den Evakuierten, den frühen Heimatvertriebenen und den eine neue Heimat suchenden Soldaten, über Österreich die ersten geschlossenen Flüchtlingstransporte aus Schlesien nach Aalen.

In den Jahren 1946 und 1947 riss der Strom der Flüchtlinge nicht mehr ab. Wenn der Kreis Aalen nach dem Zusammenbruch die größte Flüchtlingsaufnahme des Landesbezirks Nordwürttemberg zu verzeichnen hatte, so wurde davon insbesondere die Kreisstadt betroffen. Bei einem Ansteigen der Einwohnerzahl von 15 890 im Jahre 1939 auf 17 771 am 1. Mai 1945 und auf 24 392 am 31. Dezember 1947 betrug der Anteil der Heimatvertriebenen zu diesem Zeitpunkt bereits 21,31 %. Mit einem weiteren Anwachsen der Stadt erhöhte sich der Anteil der Heimatvertriebenen bis auf 30,3 % zu Beginn dieses Jahres; er betrug am 30. Juni 1955 bei 28 498 Einwohnern 8512 Heimatvertriebene.

Nach den Erhebungen des Württ. Statistischen Landesamts ist Aalen die Stadt in unserem Bundesland mit der prozentual größten Bevölkerungszunahme gegenüber 1939.“

Eine besondere Last bezüglich der Wohnungsnot hatte Wasseralfingen in der frühen Nachkriegszeit dadurch zu tragen, dass 230 Familien – das entspricht etwa 1000 Personen – ab 18. Oktober 1945 durch Befehl der US-Militärregierung aus ihren Wohnungen ausgewiesen wurden. Beschlagnahmt wurden in der Alfing-Siedlung 84 Häuser mit 160 Wohnungen und in der Steigäckersiedlung 64 Häuser mit 71 Wohnungen, wobei ein Großteil von Möbeln und Hausrat in den Wohnungen zu verbleiben hatte. Durch die UNRA wurden ferner die Schillerschule und einige andere Gebäude beschlagnahmt. Die Gebäude dienten der Unterbringung von Verschleppten, die während des Krieges zwangsweise aus den besiegten Ländern nach Deutschland zur Arbeit deportiert worden waren.

Diese Polen wurden im Oktober 1946 abtransportiert. Ihnen folgten Juden aus Polen, die dort ausgewiesen worden waren und nun auf die Auswanderung nach den USA, Kanada, Australien

oder Palästina warteten. Tausende wurden durch diese Art von Durchgangslager geschleust, dabei von der UNRA betreut. Im Jahr 1949 wurden Schillerschule und Steigäckersiedlung, 1950 dann auch die Alfing-Siedlung zurückgegeben. Natürlich mussten auch die 230 wohnungslosen Familien für die Dauer von 4 – 5 Jahren untergebracht werden. Ein Teil fand Aufnahme bei Verwandten oder Bekannten, die Mehrzahl wurde in unterbelegte Wohnungen – mit mehr oder weniger Zwangseingewiesenen, solange zumindest, bis eigener Wohnraum geschaffen werden konnte, untergebracht. Trotzdem mussten auch in Wasser-

alfingen zusätzlich noch Heimatvertriebene aufgenommen werden.

Letztendlich konnte die Wohnungsnot nur durch ausgedehnten Wohnungsbau langfristig behoben werden. Der Mangel an Baumaterial verhinderte und behinderte zunächst einmal die Instandsetzung beschädigter Gebäude, machte Umbaumaßnahmen unmöglich, wo durch Eingriffe in die bestehende Bausubstanz zusätzlicher Wohnraum hätte gewonnen werden können. Nur allmählich konnte durch gezielte staatliche Maßnahmen und Hilfen die ärgste Not gelindert und schließlich behoben werden.



Die amerikanische Militärregierung ordnete zum 6. September 1948 die Räumung der Gartenschule an. Seit dem Frühjahr 1946 hatte das „Elendshaus Gartenschule“ als Massenquartier für Flüchtlinge und Vertriebene gedient. Zeitweise lebten drei Familien mit 20 Personen in einem Klassenzimmer.

Anteil der Heimatvertriebenen am sozialen Wohnungsbau³⁷

Von Diplomlandwirt Ohland

Die Wohnungsnot, verursacht durch die Zerstörung von Hunderttausenden von Wohneinheiten, und der ungeheure Neubedarf für die Millionen von Heimatvertriebenen hat die Regierungen des Landes und des Bundes sofort nach der Währungsreform veranlasst, dem Wohnungsbau durch Gesetzgebung und Bereitstellung von Mitteln eine umfassende Förderung angedeihen zu lassen.

In Württemberg wurden gleich nach der Währungsreform, im Jahr 1948, die ersten öffentlichen Mittel bereit gestellt, um durch diese den unrentierlichen Raum in der Finanzierung beim Wohnungsbau zu schließen und so eine tragbare Miete zu gewährleisten. Mit dem Inkrafttreten des Ersten Wohnungsbaugesetzes vom 27. 4. 1950 wurde die gesetzliche Grundlage für den sozialen Wohnungsbau geschaffen.

Durch besondere Gesetze des Landes wurden die Bereitstellung der Landesmittel und die Aufteilung des insgesamt zur Verfügung stehenden Finanzierungsmittel festgelegt.

Bei den Mitteln für den sozialen Wohnungsbau haben wir unter Mitteln aus dem allgemeinen Haushalt des Bundes und der Länder, aus dem Aufkommen nach dem Lastenausgleich und Mitteln für Sonderprogramme, z. B. für die Aufnahme von Umsiedlern, Sowjetzonenflüchtlings, zu unterscheiden.

Namentlich bei der Umsiedleraktion zur Entlastung der besonders stark mit Flüchtlingen aus den Ostgebieten belegten Länder Schleswig-Holstein, Niedersachsen und Bayern musste das Land erhebliche Kontingente von Umsiedlern aufnehmen.

Der Kreis hatte für zusätzlich 712 Umsiedlerfamilien Wohnraum zu schaffen. Dies bedeutete für die Gemeinden eine ungeheure Belastung, denn die hierfür erforderlichen Erschließungsmaßnahmen stellten große Anforderungen an die Gemeindekasse. Die Verteilung der übrigen freien

Fördermittel war an die Auflage gebunden, hiervon wenigstens 30 Prozent für die Eigentumsbildung zu Gunsten von Heimatvertriebenen zu verwenden. Gleichfalls waren 30 Prozent der erstellten Wohnungen für den gleichen Personenkreis zu binden.

Der Kreis Aalen konnte dieser Verpflichtung in jedem Baujahr nicht nur nachkommen, sondern sogar darüber hinaus mehr Wohnungen als gefordert für die Aufnahme von Heimatvertriebenen zur Verfügung stellen.

An öffentlichen Mitteln aus den verschiedenen Programmen standen dem Kreis in den Jahren 1949 – 1954 20 431 000 DM zur Verfügung. Hier von wurden in dem gleichen Zeitraum 5539 Wohnungen gefördert, teils als Wohnungen in Eigenheimen, teils als Mietwohnungen.

Die Heimatvertriebenen hatten einen besonderen Anteil an der Erstellung von Eigenheimen. Von den in der obigen Zeitspanne erstellten 1798 Eigenheimen wurden 814 Eigenheime von Heimatvertriebenen gebaut.

Diese Zahl muss besonders hervorgehoben werden, denn die Erstellung dieser Eigenheime bedeutete für die Bauherren große Opfer durch Einschränkung und Zurückstellung persönlicher Bedürfnisse auf ein Mindestmaß und unermüdliche Arbeit nach Feierabend. Man muss sich vor Augen halten, dass die Heimatvertriebenen mit fast leeren Händen in die neue Heimat kamen; ein großer Teil von ihnen scheute keine Arbeit, um wieder zu einem Haus und damit zu einer neuen Heimat zu gelangen. Man konnte dabei beobachten, dass ein vorbildlicher Gemeinschaftssinn auf den Baustellen herrschte.

In einer Gemeinde des Kreises konnten so in den Jahren 1951 bis 1953 elf Häuser erstellt werden. Alles half mit, alt und jung, und auch die einheimischen Bauern unterstützten das Werk durch Spann- und Arbeitsleistung. So waren hier auf einer Baustelle nach Feierabend noch 30 – 40 Leute bei emsiger Arbeit zu sehen. Dies ist wirklich ein nachahmenswertes Beispiel, das zeigt, was Gemeinschaftsgeist vollbringen kann.

Aber auch als Mieter fanden die Heimatvertriebenen besondere Berücksichtigung. In den Jahren

1949 bis 1954 wurden 3011 Mietwohnungen erstellt. In diese zogen 1627 Heimatvertriebene, 712 Umsiedler und 185 Sowjetzonenflüchtlinge. Es wurden also insgesamt 2554 Wohnungen von Heimatvertriebenen bezogen.

Um die Liebe zur Scholle zu erhalten, wurden vom Landesamt für Flurbereinigung und Siedlung für die Erstellung der sogenannten Nebenerwerbssiedlungen Sondermittel bereitgestellt. Mit diesen Mitteln wurden insgesamt 278 Nebenerwerbssiedlungen gebaut. 205 Heimatvertriebene wurden als Siedler angewiesen.

Zusammenfassend kann wohl gesagt werden, dass der Kreis Aalen sich seiner Aufgabe, den Heimatvertriebenen wieder eine Wohnstätte und damit vielleicht eine neue Heimat zu geben, voll bewusst war und ist und alles tut, um das schwere Los dieser Menschen zu lindern und eine echte Eingliederung zu gewährleisten.

Diese stolzen Leistungen legen Zeugnis ab vom Fleiß und der Sparsamkeit, der Lebenskraft und dem Lebenswillen der Bevölkerung im Kreis Aalen. Noch stehen wir mitten in der Durchführung der Maßnahmen zur Behebung der Wohnungsnot; trotz der bisherigen Erfolge und Anstrengungen sind noch viele in schlechten Behausungen untergebracht.

Diese Notstände zu beseitigen und gerade den einkommensschwachen Familien zu helfen, wieder zu einem geordneten Leben in gesunden Wohnungen zu kommen, wird auch fernerhin die vordringliche Aufgabe sein. Diese schwierige Aufgabe kann gemeistert werden, wenn alle für alle, Heimatvertriebene wie Einheimische, zusammenstehen.

Wohnungsbau in Aalen und im Umland

Der Zustrom von Heimatvertriebenen bereitete der Stadt Aalen große Probleme, verstärkte sich doch dadurch die Wohnungsnot ganz erheblich. Über Provisorien bei der Unterbringung und bei deren Behebung durch privaten, genossenschaftlichen und öffentlichen Wohnungsbau, über Wohnungsbauförderung berichtete OB Dr. Schübel im Jahre 1955³⁸:

„Von vornherein stand fest, dass die durch die Zuwanderung von Heimatvertriebenen in der Stadt entstandene katastrophale Wohnungsnot nur durch den Neubau von Wohnungen behoben werden kann. Die Inanspruchnahme von Schulen und Turnhallen und von fast sämtlichen Nebenzimmern der Gaststätten für Massenquartiere war nur für eine kurze Übergangszeit möglich. Trotz durchgreifender Beschlagnahmen und wohnungsmäßiger Beschränkungen bei den Altbürgern hatten die meisten heimatvertriebenen Familien ursprünglich nur einen Raum, in dem sie wohnen, kochen und schlafen mussten. Bis zur Währungsreform konnten jedoch unter denkbar größten Schwierigkeiten als Notbehelf nur eine größere Anzahl von Wohnungen in der ehemaligen Remontekaserne eingerichtet werden.

So ließ es sich nicht vermeiden, dass von den bis zu diesem Zeitpunkt bereits aufgenommenen 6200 Heimatvertriebenen mehr als 1000 Menschen unter primitiven Verhältnissen in Massenquartieren lebten. Die bereits im Jahre 1953 als Instrument der Stadt Aalen auf dem Wohnungsbausektor gegründete Wohnungsbau Aalen GmbH erstellte im ersten Jahr nach der Währungsreform unter Zuhilfenahme öffentlicher Mittel 51 Wohnungen. Von Jahr zu Jahr steigerte sich die Bautätigkeit, so dass zum Jahr 1954 819 Neubauwohnungen durch die Wohnungsbau Aalen GmbH entstanden. Gegenwärtig sind von der Wohnungsbau Aalen GmbH 79 Wohnungen im Bau.

Zur Frage der Bauform darf gesagt werden, dass der Wohnblock das rationellste und billigste Bauen erlaubt. Vor allem für sozial Schwache benötigen wir Wohnungen mit relativ billiger Miete. Die zinslosen staatlichen Zuschüsse müssten hier noch den Verhältnissen angepasst und erhöht werden. Die



Auch die Baracken auf dem Rötenberg wurden nach dem 2. Weltkrieg zur Unterbringung von Flüchtlingen und Heimatvertriebenen genutzt.

neuen Bauprogramme sind im Rahmen des Möglichen besonders auf Qualität der Wohnungen bedacht. Erstmals wurde in diesem Jahr durch die Wohnungsbau Aalen GmbH auch der Bau von Eigenheimen in Form von Reihenhäusern aufgenommen. Wenn diese Bauform auch für die Bauträger eine Zweigleisigkeit bedeutet, so ist die damit verbundene Förderung des Eigentums doch notwendig, um der Wohnungsnot Herr zu werden. Eine nicht weniger stolze Bilanz als die Wohnungsbau Aalen GmbH kann die im Jahr 1949 gegründete Heimstättengenossenschaft Aalen GmbH aufweisen, die schon im ersten Jahr ihres Bestehens 34 Wohnungen und bis zum Jahr 1954 auf dem Wege der genossenschaftlichen Selbsthilfe insgesamt 258 Häuser mit 520 Wohnungen erstellte. In diesem Jahr sind wiederum fast 100 Wohnungen im Bau. Rund 30 Prozent der Bauherren dieser Häuser sind Heimatvertriebene, ein Beweis für die

Schaffenskraft und den starken Lebenswillen der Vertriebenen, die sich trotz der Not, die sie durchzumachen hatten, nicht unterkriegen lassen.

Die Stadt Aalen selbst hat von 1952 bis 1955 insgesamt 192 Neubauwohnungen errichtet, die zum erheblichen Teil an Heimatvertriebene vermietet sind. Zu erwähnen sind daneben noch die Neubauten der Siedlungsbau Aalen GmbH, der Landesbaugenossenschaft Württ. Verkehrsbeamter und -angestellter, der Kreisbaugenossenschaft und die 30 Holzhäuser der Firma Gebr. Apprich, die im Jahr 1954 auf dem Grauleshof ausschließlich für Heimatvertriebene errichtet wurden. Um diese Siedlung hat sich Herr Stadtrat Hof besonders verdient gemacht.

Von 1647 mit öffentlichen Mitteln geförderten Wohnungen hat das Wohnungsamt seit dem Jahr 1949 mehr als 1000 Wohnungen an Heimatvertriebene vergeben. Daneben konnten mehr als 700

Altbauwohnungen den Heimatvertriebenen zugewiesen werden. Von den trotzdem noch immer als wohnungssuchend gemeldeten rund 1350 Familien sind 60 Prozent Heimatvertriebene und 40 Prozent Altbürger. Dabei wird insbesondere die Versorgung von jungen Ehepaaren mit Wohnungen immer dringender. Die Stadt wird weiterhin keine Möglichkeit auslassen, um die Neubautätigkeit im bisherigen Umfang fortzusetzen.

Eine wesentliche Förderung der Bautätigkeit zu Lasten der Stadt bedeutet neben der Bereitstellung des Baugeländes und den Erschließungskosten auch die zehnjährige Grundsteuerbefreiung beim sozialen und steuerbegünstigten Wohnungsbau, die für die Stadt einen beträchtlichen Steuerausfall ausmacht.“

Der Schaffung von Wohnraum widmeten sich eine Reihe von Baugenossenschaften, ohne deren Initiative und Unterstützung der Bauwilligen die erfolgreichen Baumaßnahmen nicht möglich gewesen wären. Die Namen folgender Institute sind bekannt geblieben, ähnliche Maßnahmen werden erwähnt:

- Wohnungsbau Aalen GmbH
- Heimstättengenossenschaft Aalen 1949 e. GmbH
- Kreisbaugenossenschaft Aalen eGmbH, Sitz Wasseralfingen
- Siedlungsbau Aalen GmbH
- Landesbaugenossenschaft Württ. Verkehrsbeamter und -angestellter
- Kochertal-Bau- und Siedlungsgenossenschaft Abtsgmünd
- Gemeinnützige Wohnungsbaugesellschaft Ellwangen
- Siedlungswerk der Diözese Rottenburg (Siedlung-Westhausen)
- Siedlungsbau GmbH der Gutehoffnungshütte Geislingen (im Rahmen von SHW Wasseralfingen)

- Triumph-Wohnungsbau-Gesellschaft Heubach (750 Wohnungen in der Triumph-Stadt in Aalen)
- Die Fa. Gebr. Apprich errichtete ausschließlich für HV auf dem Grauleshof i. J. 1954 30 Holzhäuser.
- Versch. Firmen errichteten Werkwohnungen für ihre Mitarbeiter.

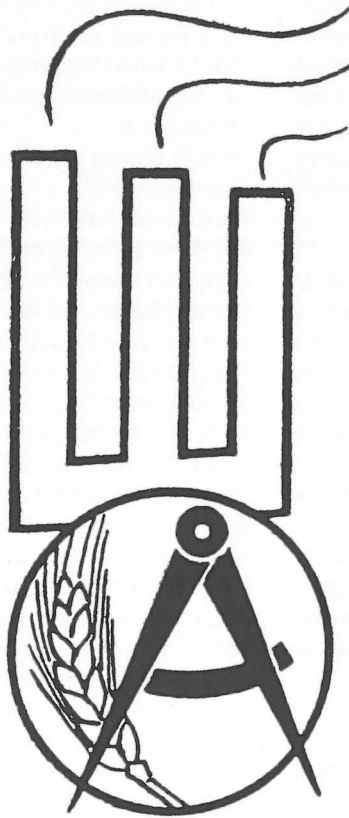
Die Bauwirtschaft blühte durch die Bautätigkeit auf, alle damit verbundenen Branchen entfalteten sich in gleicher Weise. Ein weites Geschäftsfeld öffnete sich für Banken und Bausparkassen. – Zehn Jahre nach dem Zweiten Weltkrieg betätigten sich neben 17 gut bekannten großen Bauunternehmungen und drei Straßenbaufirmen aus dem Handwerksbereich z. B. 21 Installationsbetriebe, 153 Malerwerkstätten, 245 Schreinerwerkstätten im Kreis Aalen.

Dieselben Aktivitäten im Wohnungsbau waren auch in den anderen Städten und Orten des Kreises zu verzeichnen. So entstanden z. B. in Wasseralfingen zwischen 1945 und 1956 700 neue Wohnungen. In Bopfingen baute die Stadt ein 8-Familien- und ein 5-Familienhaus.

Die Kreisbaugenossenschaft erstellte 3 Häuser mit 20 Wohnungen, die Lederfabrik Moellen ermöglichte den Bau von 14 Wohnhäusern als Arbeitersiedlung. In Trochtelfingen entstand die „Röhrbachsiedlung“, in Westhausen baute das Siedlungswerk der Diözese Rottenburg.

Es waren wohl vor allem Großfamilien mit sehr arbeitswilligen Mitgliedern die sich schon 1951 an den Hausbau wagten, dabei wie eine Familie in Unterschneidheim, den „Kalkdreck“ der Feldwege als Mörtel verwendete, die Steine auf den Feldern sammelte und für den Quadratmeter Baugrund 30 Pfennige bezahlte. Die Mithilfe von Freunden, Verwandten war selbstverständlich, die gegenseitige Mithilfe bei den Bauvorhaben Ehrensache.

Alois Schubert



SCHAFFEN IM KREIS AALEN

Es stellen aus:
INDUSTRIE · HANDWERK · LANDWIRTSCHAFT
UND FREISCHAFFENDE KÜNSTLER

WASSERALFINGEN

27. Aug. - 4. Sept. 1949

Umschlagbild der Begleitschrift zur Ausstellung „Schaffen im Kreis Aalen“, der ersten Gewerbeausstellung der Region nach dem 2. Weltkrieg, in Wasseralfingen.

Arbeit und Wirtschaft

Neue Bürger – neue Betriebe

Die Heimatvertriebenen waren bei ihrer Ankunft hier zugleich wohnungslos und arbeitslos. Neben das Problem Wohnungsbeschaffung trat also gleichzeitig das Problem der Existenzsicherung durch Arbeit. Die Arbeitsverwaltung sah es als ihre wichtigste Aufgabe an, den Heimatvertriebenen zu einem Arbeitsplatz und zu sicherem Verdienst zu verhelfen.

Arbeitsmarktp Probleme

Zuerst waren nur notdürftige und provisorische Lösungen möglich. Viele Landwirte sahen z. B. in den Heimatvertriebenen die notwendigen Hilfskräfte für bäuerliche Saisonarbeiten.

Nur allmählich vollzog sich die Neuorganisation des staatlichen und wirtschaftlichen Lebens. Einen starken Impuls zur Normalisierung setzte die Währungsreform. Neben die Wiederbelebungsbestrebungen der einheimischen Wirtschaft traten die Bemühungen heimatvertriebener Unternehmer, ihre verlorene selbstständige Existenz durch Neugründungen zu ersetzen.

Diese bedurften allerdings vielfältiger Unterstützung und Förderung, weil ihr Start ja von der Basis Null beginnen musste.

Andererseits belebte die Neuansiedlung von Unternehmen durch die Schaffung von Arbeitsplätzen neben dem steigenden Bedarf der alten Betriebe an Arbeitskräften den Arbeitsmarkt.

Somit boten sich auch zunehmend Chancen zur berufsrichtigen Unterbringung heimatvertriebener Arbeitnehmer.

„Über die Entwicklung der Eingliederung der Heimatvertriebenen – soweit es sich um Arbeitnehmer handelt – in das Arbeitsleben des Kreises Aalen geben folgende statistische Zahlen Aufschluss:

beschäftigte Arbeitnehmer

Ende September 1949	rund 33 000
Ende September 1955	rund 43 000

davon Heimatvertriebene

Ende September 1949	rund 9 000
Ende September 1955	rund 13 000

Zahl der Arbeitslosen

Ende September 1949	2 239
Ende September 1955	326

davon Heimatvertriebene

Ende September 1949	1 248
Ende September 1955	164

Diese wenigen Zahlen illustrieren in anschaulicher Weise nicht nur den Aufschwung, sondern auch den Anteil der Heimatvertriebenen an den Beschäftigten und an der Arbeitslosigkeit.³⁹

Der Eintritt in ein Arbeitsverhältnis konnte leichter in den an Arbeitsplätzen reicheren Zentren der Region erfolgen als auf dem „flachen Land“. Daraus erwuchsen neue Probleme.

Auch die US-Besatzungsmacht schuf Arbeitsplätze. Sie besetzte einen Teil des Alfling-Werkes in Wasseralfingen und richtete einen Instandsetzungsbetrieb für Heeresfahrzeuge ein, der Ende 1946 seinen Betrieb aufnahm. Die Zahl der Beschäftigten wuchs rasch an. Im Sommer 1948 beschäftigte der Rebuild Shop rund 1000 Arbeiter, darunter 70 Prozent Flüchtlinge und Heimatvertriebene. 1953 waren 1400 Beschäftigte in Arbeit und Brot. 1954 wurde der Rebuild Shop in Wasseralfingen geschlossen.

Weitaus schwieriger als Arbeitnehmern wieder einen Lohnarbeitsplatz schaffen oder zu vermitteln, war die Lage für die heimatvertriebenen Bauern, denn ihre selbstständige Existenz war an das Vorhandensein und die Verfügbarkeit von Grund und Boden gebunden.

Um so stärker war aber gerade bei den heimatvertriebenen Bauern und ihren Familien der Wunsch, in der Landwirtschaft tätig sein und auf eigener Scholle wieder selbstständig wirtschaften zu können.

Sozial deklassiert arbeiteten frühere Hofbesitzer nur teilweise als Landarbeiter, mitunter im selben landwirtschaftlichen Betrieb, wo sie wohnungsmäßig untergebracht worden waren. Somit war zunächst dort der Mangel an landwirtschaftlichen Arbeitskräften behoben, der durch die Heimkehr der „Fremdarbeiter“ und Kriegsgefangenen nach dem Krieg entstanden war. Teilweise füllten die aus dem Krieg heimkehrenden Soldaten diese Lücken. Nach der Währungsreform waren die einheimischen Bauern meist nicht mehr in der Lage, den heimatvertriebenen Bauern jene Löhne zu zahlen, die zur Existenzsicherung von deren Familien notwendig waren. Andererseits fehlten hin und wieder für auslaufende Betriebe tüchtige Betriebsführer. Hier bot sich eine Chance für heimatvertriebene Bewerber. So konnten bereits 1949/50 die ersten heimatvertriebenen Bauern mit ihren Familien als Pächter in bäuerlichen Betrieben eingesetzt werden, ein erfreuliches Ergebnis bester Zusammenarbeit zwischen Landratsamt, Bürgermeisterämtern, Flüchtlingsobmännern und dem Landwirtschaftsamt.

Eine weitreichende Ansiedlung von heimatvertriebenen Landwirten im ehemaligen Beruf war aus Mangel an frei verfügbaren landwirtschaftlichen Flächen so gut wie ausgeschlossen. Trotzdem gelang es bis zum Jahre 1955 durch Übernahme auslaufender Höfe, durch Einheirat oder die Schaffung von Pachtverhältnissen 126 Bauernhöfe an siedlungswillige heimatvertriebene Bauern zu vermitteln. Mit dieser Zahl erreichte der Landkreis eine Spitzenstellung im Lande Baden-Württemberg. Der Kreis Aalen wurde mit dieser Zahl nur noch von zwei weiteren Landkreisen übertroffen. Das Sechta-Ries-Gebiet war mit 34 Hofstellen an dieser stolzen Bilanz beteiligt. Folgende Orte waren mit 1 bis 3 Höfen betroffen: Baldern, Bopfingen, Hohenberg, Flochberg/Heidmühle, Kerkingen, Itzlingen, Lauchheim, Pflaumloch, Trochtelfingen, Utzmemmingen, Walxheim, Zipplingen, Zöbingen. In Kirchheim wurden 14 Bauernstellen geschaffen, weil die Fürstlich-Wallersteinische Gutsverwaltung im Rah-

men einer Bodenreformmaßnahme gezwungen war, eine Domäne aufzulösen und das Land zur Verfügung zu stellen.

Eine besondere Form der Wohnraumbeschaffung für einen ausgewählten Personenkreis war die Anlage von „Nebenerwerbssiedlungen“, wo einer ehemaligen Landwirtsfamilie neben der Bauförderung auch in geringem Umfang Agrarland (15 ar) zur Verfügung gestellt wurde, um das agrarische Potenzial zu fördern. Der Hauptverdienst der Familie musste allerdings durch Industriearbeit gesichert werden. Im Landkreis Aalen wurden 302 solcher Anlagen, wo neben dem Wohnhaus der Kleintierstall stand, errichtet. Damit wurden 604 Wohnungen gewonnen. Damit sollte in beschränktem Umfang der Bauernfamilien eine landwirtschaftliche Betätigung und auch eine Chance zur Existenzverbesserung gegeben werden.

Bauern, die nicht wieder eine landwirtschaftliche Existenz gründen konnten, waren gezwungen, in der Industrie, häufig im Bauhandwerk oder in anderen Bereichen ihr Unterkommen zu finden.

Von gleicher Existenznot wie die Bauern waren die ehemals selbstständigen Unternehmer betroffen. Enteignung und Heimatverlust hatten sie am schwersten getroffen, denn ihre wirtschaftliche und berufliche Existenz war an Grund und Boden, an Immobilien, an nicht mobile Werte in Form von Maschinen, Werkzeugen, Gerätschaften, aber auch an das Potenzial von Mitarbeitern mit spezifischen Fachkenntnissen, an Zulieferer wie Abnehmer, an bestimmte Ausrüstungsbetriebe, an Ansehen und Vertrauen, an den Bekanntheitsgrad der Produkte sowie Bedarf und Nachfrage, an den bestimmten wirtschaftlichen Verbund im vertrauten Umfeld geknüpft. Dies alles war mit dem Kundenstamm verloren. Trotzdem wagten viele der einst Selbstständigen den Versuch, auch unter gänzlich veränderten Bedingungen, sich wieder eine selbstständige Existenz aufzubauen. Als Ursachen für das Wagnis mögen erfolglose Bemühungen um einen angemessenen Arbeitsplatz, die Beobachtung von Mangel an bestimmten Produkten oder Dienstleistungen, das Fehlen geeigneter Konkurrenzangebote am jeweiligen Ort und die Hoffnung darauf, eine entsprechende Angebotslücke füllen zu können, gelten. Das Vertrauen in die eigene Qualifikation, in

Wissen und Können, Fleiß und Einsatzfreude, eventuell Verantwortungsbewusstsein für ehemalige Arbeitnehmer, die das Schicksal an denselben Ort verschlagen hatten, die unternehmerische Initiative an sich, Hilfsversprechungen und viele Gründe mehr mögen maßgebend für den Gründermut gewesen sein. Da auch die Mutigsten bar jeder Finanzmittel, ohne Maschinen und Werkzeuge, ohne Produktionsräume, ohne Werkstoffe dastanden, gehörte eine unbeschränkte Bereitschaft zum Risiko und zu übermenschlichem Einsatz als Grundvoraussetzung zu jeder selbstständigen Existenzgründung, erforderte sie die zuversichtliche Förderung durch kommunale und staatliche Instanzen, durch Banken, Kreditgeber, Lieferanten, aber auch durch Arbeitnehmer und die eigenen Familienangehörigen.

Somit wurden auch Produktionszweige in die hiesige Region verpflanzt, die hier nicht heimisch waren. Sie haben damit die Palette von Produktion und Angebot hierzulande erweitert.

Vom 27. August bis 4. September 1949 veranstaltete der Gewerbeverein Wasseraalengen die erste Ausstellung des Kreises Aalen nach dem Kriege unter der Devise „Schaffen im Kreis Aalen“ an sechs Plätzen in Wasseraalengen. Vom Kreis Aalen unterstützt, stellten Industrie, Handwerk, Landwirtschaft und freischaffende Künstler aus. Auch die im Kreis ansässigen zahlreichen „Flüchtlingsbetriebe“ sollten Gelegenheit erhalten, ihre Leistungen zu zeigen. Der Vertreter der Militärregierung begrüßte die Ausstellung, die auch ganz im Zeichen des Wiederaufbaus stand.

Landrat Dr. Huber wies auf die Aufnahme von 32 000 Heimatvertriebenen im Kreis hin und wünschte die Förderung des Einbaus der Heimatvertriebenen in das Wirtschaftsleben. Nicht wenige Hinweise in der Festbroschüre, die zur Ausstellung erschienen war, erwähnen sowohl Not wie auch Leistung der Heimatvertriebenen und machen damit deutlich, welchen Rang das Problem der Aufnahme der Heimatvertriebenen im öffentlichen Bewusstsein spielte.

In der vielseitigen Broschüre widmet Dipl.-Ing. Albert Bohn, der Referent für Gewerbeförderung, Industrieansiedlung und Statistik beim Landratsamt Aalen, den „Neugründungen seit Kriegsende“ im

VERANSTALTUNGS-PLAN			
SAMSTAG, 27. 8.	11.00 Uhr	Eröffnung der Ausstellung durch Herrn Präsidenten Pfleger, Ansprachen	
Erzstollen	16.00 Uhr	Fußballwettspiel (Vorentscheidung)	
Festzelt	20.00 Uhr	Festabend mit Tanz	
SONNTAG, 28. 8.	10.00 Uhr	Vorführung des Dressur-Vereins Wasseraalengen	
Spiesel	15.00 Uhr	Boxveranstaltung	
Festzelt	19.00 Uhr	Festabend mit dem Gesang-Vereinen Aalen - Wailingen	
MONTAG, 29. 8. TAG DER HANDWERKER			
Gastst. Schlegel	14.00 Uhr	Kundgebung	
Festzelt	15.00 Uhr	Forum	
	20.00 Uhr	Modellstud. d. Bekleidungs- u. Friseurhandwerks m. Tanz	
DIENSTAG, 30. 8.	20.00 Uhr	Unterhaltungsabend (Volksl. u. Schrammelmusik)	
Festzelt			
MITTWOCH, 31. 8.	18.30 Uhr	Fußballwettspiel (Vorentscheidung)	
Erzstollen			
DONNERST., 1. 9.	20.00 Uhr	Abend des Turnvereins Wasseraalengen	
Festzelt			
FREITAG, 2. 9.	15.00 Uhr	Jugendboxen	
Festzelt	18.30 Uhr	Fußball-Endspiel	
Erzstollen			
SAMSTAG, 3. 9.	14.00 Uhr	Bezirkstreffen des Siedler- und Kleingärtnerbundes	
Kellerhaus			
Quer durch Wailingen	17.00 Uhr	Radrennen	
Festzelt	20.00 Uhr	Tanzveranstaltung	
SONNTAG, 4. 9.		HEIMAT - TREFFEN der Schlesier und Nordostdeutschen	
Spiesel	10.00 Uhr	Feldgottesdienst	
Spiesel	14.00 Uhr	Kundgebung	
Festzelt	20.00 Uhr	Abchlussabend d. Aussteller und Besucher mit Tanz	
ÄNDERUNGEN VORBEHALTEN			

Der Veranstaltungsplan der Ausstellung schließt mit dem Hinweis auf das ganztägige Heimat-Treffen der Schlesier und Nordostdeutschen im Rahmen der Kreisausstellung.

Rahmen seines Aufsatzes „Industrieaufstieg und Handwerkerfleiß“ ein eigenes Kapitel. Wenngleich der Autor damals die Neugründungen zwischen einheimischen und heimatvertriebenen Unternehmen nicht konsequent auseinanderhält, so verweist er doch immer wieder auf die Herkunft der Unternehmer aus dem Heimatvertriebenenbereich, wobei deren hohe Zahl überrascht. Produktionszweig und Firmennamen sind auf diese Weise dokumentiert.

Aus dem Jahre 1955 stammt ein weiterer Beitrag von Albert Bohn über „Zehn Jahre Eingliederung der heimatvertriebenen Wirtschaft im Kreis Aalen“. Ohne Nennung von Betrieben oder einzelnen Problemfällen spiegelt der Bericht die Entwicklung und die Situation in diesem schwierigen Bereich des Fußfassens vertriebener Unternehmer im neuen Umfeld, die Schwierigkeiten und Hemmnisse, die Förderung und die Perspektiven.

Industrieraufstieg und Handwerkerfleiß⁴⁰

Wer den Kreis Aalen auf der Karte des Landes Nordwürttemberg-Baden sucht, der findet große landwirtschaftlich genutzte Räume, zwei sich kreuzende Hauptlinien der Bahn und eine vom Schnittpunkt Aalen abzweigende Nebenstrecke. Der Betrachter wird Ortsnamen finden, die einen alten, ehrwürdigen Klang in der Geschichte des Landes haben und daneben andere, deren Bedeutung untrennbar verbunden sind mit der in den letzten Jahrzehnten entstandenen Industrie.

Man muss am frühen Morgen oder in den Nachmittagsstunden nach Schichtschluss von Oberkochen über Aalen, Wasseralfingen nach Ellwangen fahren, oder den umgekehrten Weg wählen, um zu erkennen, wie groß der Berufsverkehr aus allen Teilen des Kreises zu den Hauptplätzen der industriellen Tätigkeit zieht. Wer die Möglichkeit hat, das Kreisgebiet mit einem Wagen zu durchfahren, der wird oftmals an Stellen, die auf den ersten Blick völlig unberührt zu sein scheinen vom Tempo industrieller oder handwerklicher Arbeit, neue Betriebe finden, deren Inhaber häufig in der Sprache der nach 1945 verlorenen deutschen Gebiete oder alten deutschen Siedlungsräumen sprechen. Denn neben den alten eingesessenen und in den Jahrzehnten nach dem Ersten Weltkrieg zur vollen Entfaltung gekommenen Betrieben stehen nun eine Vielzahl handwerklicher und industrieller Fertigungsbetriebe, die ent-

weder von Neubürgern hierher verpflanzt wurden oder in der Zeit nach dem zweiten verlorenen Weltkrieg geschaffen wurden, beide als Ausdruck einer nicht zu besiegenden Zuversicht und des Willens, aus dem Chaos wieder Neues zu gestalten. Im Folgenden soll von den alten und neuen Betrieben die Rede sein. Die Zeit wirtschaftlicher Depression, in der die Kreisausstellung in Wasseralfingen stattfindet, stellt an alle Betriebe Anforderungen, die häufig bis dicht an die Grenze einer noch erträglichen Belastung herangehen.

Die Gesamtwirtschaft des Kreises Aalen hat drei Forderungen, deren Erfüllung von entscheidender Bedeutung für ihre Weiterentwicklung sein werden!

1. Die kurzfristige Ansiedlung der in den großen Industrieorten Tätigen in der Nähe ihres Arbeitsplatzes durch Tausch mit jenen, die nicht an diesen Standort wirtschaftlich gebunden sind.
2. Den Ausbau der Verkehrsverbindungen in das Hinterland des Kreises, um den 9000 Personen, die täglich mit den verschiedenen Verkehrsmitteln hin und zurück pendeln, eine rasche Anfahrt und damit einen kürzeren Arbeitstag zu geben. Für nicht wenige dieser „Pendler“ beginnt der Tag morgens zwischen 4 und 4.30 Uhr und endet abends gegen 19 Uhr.
3. Die Durchführung eines Wunschprogramms, das endlich ein Mal nicht nur in der Presse und in amtlichen Verlautbarungen existiert.

Neugründungen seit Kriegsende⁴¹

Es seien im Nachstehenden zunächst die bedeutendsten Neugründungen erwähnt, welche industriellen Charakter tragen. Der Neuaufbau ist gekennzeichnet durch neue bedeutende Werke, welche durch ihre Belegungsziffer den Ausschlag geben und teilweise die Zahl von 1000 Arbeitskräften überschritten haben, die Ansiedlung neuartiger Industriezweige und die Schwerpunktbildung, welche sich durch Betriebsanhäufungen in einzelnen Gebäudekomplexen oder Ortschaften ergeben hat.

So konnte sich eine Schwerpunktbildung vor allem durch die Belegung ehemaliger Wehrmachtsgebäude oder Rüstungsbetriebe in Reichenbach-Westhausen, Aalen und Abtsgmünd herausbilden; neue Schwerpunktbildungen infolge Industrieanhäufung zeichnen sich in Neresheim, Wasseralfingen, Essingen, Ellwangen, Lauchheim und Pflaumloch ab.

Als bedeutendster Betrieb wurde ein Teil der weltberühmten optischen Werke von Carl Zeiß in Jena aufgebaut, 1200 Arbeitskräfte sind dort bereits am Werk, die allgemein begehrten optischen Erzeugnisse zu fertigen. Die immer beliebten elektrischen „Pertrix“-Batterien werden in Ellwangen in der „BMF-Batterie- und Metallwarenfabrik“ mit einer ähnlichen Belegungsziffer hergestellt.

Der Maschinenfabrik Alfin in Wasseralfingen ist nach dem Umbruch eine Reparaturabteilung für Fahrzeuge der amerikanischen Besatzungsmacht angegliedert worden, in welcher zahlreiche Arbeitskräfte aus dem Kreise Beschäftigung und Brot gefunden haben.

Und in Abtsgmünd ist die Strickmaschinenfabrik „Universal“ mit der Bedarfsdeckung der gegenwärtig so gesuchten Strickmaschinen beschäftigt. Im ehemaligen Verpflegungsmagazin in Aalen wurde einem Zweigwerk der aus Niederschlesien stammenden Firma „Greiff-Werke“ (Großwerk in Bamberg), der einst größten Berufskleiderfabrik Deutschlands, eine neue Heimstätte gegeben. Sie hat dort einen beachtlichen Umfang angenommen.

Heimatvertriebene aus dem Sudetengau, der ehe-

maligen CSR, aus Schlesien und den sonstigen Südostgebieten haben ganz neuartige, seither nur in ihrer früheren Heimat bodenständige Industriezweige, in den Kreis verpflanzt. So wurde im Jahre 1946 der Kreis Aalen zur Aufnahme der einst weltberühmten Gablonzer Glas- und Bijouterieindustrie vorgesehen. Zirka 25 Bijouterie-, Glasschliff- und Gebrauchsglasbetriebe haben sich in Aalen als Mittelpunkt, sowie in dessen näherer Umgebung niedergelassen. Der Aufbau einer Glashütte in Essingen ist im Werden. Als bekannteste Firmen sind zu nennen:

Die Maxhütte in Essingen, die Firmen John, Richter & Co., Schöffel, Massopust, Kretschmann, Kopal, Görner, Swarovski und Hasda in Aalen, Kaspar in Dewangen, Hanich und Hübner in Unterkochen und Reimann in Ebnat.

Die im Böhmerwald seit 400 Jahren heimische Klöppelindustrie hat mancher Heimarbeiterin Verdienst bringen können. Sie wird vertreten durch die Firmen Forster Aalen, Franke Röttingen, Glaszl Neresheim, die Heimindustrie Tannhausen und eine Abteilung der Vereinigten Textilwerke in Oberdorf.

Aus Katharinaberg und Umgebung (Sudetengau) kam die dort einst bedeutende Holzspielzeugindustrie als „Vereinigte Holz- und Spielwarenwerkstätte“ nach Lauchheim mit einer Filiale in Kirchheim am Ries. – Leider konnten diese, besonders auf den Export angewiesenen Industriezweige infolge Mangels an Absatzmärkten im Ausland sich nicht so entwickeln, wie dies ihren Anstrengungen entsprechend zu wünschen wäre und haben daher unter der gegenwärtigen Wirtschaftsdepression besonders zu leiden.

Im Schwerpunkt Aalen haben außer den genannten Greiff-Werken in demselben Gebäudekomplex die Textilfirmen Pelo-Pilz, Taschentücher- und Schalfabrikation, die Trikotwarenfabrik Zahn und die Gustav Winkler KG., Taschentuchfabrikation sowie eine Schiefertafelfabrik und in Gestalt der Normschliff-Glasgeräte GmbH, ein vor 100 Jahren in Thüringen gegründetes Glaswerk für medizinische Gläser und Glasgeräte, als einziges dieser Art in den Westzonen, sich angesiedelt. Einige Gablonzer Betriebe, die Firma

Tiede, welche medizinische- und Röntgengeräte herstellt und der Apparatebau Wörle haben in der ehemaligen Remonte eine Betriebsstätte gefunden. Die Firma Tiede erzeugt Röntgen-Umlegestative und solche für die Röntgen-Tiefen-Therapie. Außerdem ein „Galfastet“ und einen Kleinschlussapparat als elektromedizinische Apparate.

Von dem durch Bombenwurf stark zerstörten ehemaligen Nebenzeugamt ist nur ein Gebäude übrig geblieben, in welchem die einheimische Firma Otto Betzler Präzisionsteile und -Werkzeuge herstellt. Das dort vorzüglich gelegene Industriegelände wartet auf die Ansiedlung eines Großbetriebes.

Durch Übernahme eines Direktors einer der ehemals größten Tacks- und Schuhstiftfabriken Europas in der CSR konnte das Eisen- und Drahtwerk Erlau eine leistungsfähige neue Abteilung seinem Werke angliedern. Ferner birgt Aalen noch folgende nennenswerte neue Gründungen: Die aus Sachsen stammende Tabakpfeifenfabrik „Spezi-Werkstätten“-Fickenwirth fabriziert mit 60 Leuten 36 verschiedene Modelle Tabakpfeifen aus deutschem Edelmholz und Bruyere.

Die Firma exportiert z. Zt. in die Schweiz, die FLP-Herrenkleiderfabrik von Pfister, die Aalener-Bekleidungswerkstätten mit einem Zweigbetrieb in Espachweiler, das Joro-Werk für Metzgerei-Einrichtungen und eine im Entstehen begriffene Dental-Fabrik. Leider musste die noch bis vor kurzem in Betrieb gewesene Erzgrube, der „Faber du Faur“-Stollen stillgelegt werden.

Im Raum um Aalen sind zwei aufstrebende Werke, die Firma Fritz Leitz, Maschinenfabrik, welche hochwertiges Maschinenspielzeug für den Export herstellt und die Baumsägen- und Maschinenfabrik Fritz Leitz mit der Fertigung von neuartigen Werkzeugmaschinen und Eckbohrgeräten sowie zwei Krawattenherstellungsfirmen in Oberkochen zu erwähnen.

In Unterkochen haben sich die Webereien Pause und Schuster und die Strickerei Dörflinger niedergelassen. Aus Dresden kam die in Wasseralfingen ansässige Neugründung der Firma Lehmann, welche Maschinen für die Lebensmittelindustrie her-

stellt und aus Adelsdorf bei Freiwaldau (Sudeten) die Säge- und Werkzeugfabrik, welche vornehmlich Sägeblätter für die Holzindustrie fertigt. Die Brautenberg-Werkstätten in Wasseralfingen haben sich von der rein handwerklichen Fertigung zu einem Betrieb entwickelt, der neben Schmiede- und Treibarbeiten für Wohn- und Hallenbauten, Uhrengehäuse für die größten Schwarzwälder Uhrenfabriken und seit Monaten auch Geräte für holzverarbeitende Betriebe in rationeller Serienfertigung erzeugt.

Und in Abtsgmünd bilden die beiden Textilfirmen „Mech. Weberei Neuschmiede“ und die Herrenwäschefabrik von Gebr. Riechers zusammen mit der „Universal“ den Ansatz zu einer weiteren Industrieausweitung; in Fachsenfeld stellt das „Flüchtlingswerk“ Schultafeln und Holzwaren her.

Selbst Essingen hat Neugründungen zu verzeichnen. Da ist das aus Thüringen stammende Werk, die Glühlampenfabrik Fichtmüller, welche Zwerglampen herstellt, die Haarschneidemaschinenfabrik Gutzschebauch und die bereits angeführte „Maxhütte“ zu nennen; ein Obstverwertungsbetrieb ist im Entstehen.

Die Hallen in der ehemals größten Rüstungsanlage den Collis-Metallwerken in Reichenbach-Westhausen haben einen vielseitigen Komplex von Neugründungen aufgenommen, ein zweiter Schwerpunkt ist dort entstanden. Da beliefert als bedeutendstes Werk die Roco-Schuhfabrik die einschlägigen Geschäfte mit Damenschuhen aller Art weit über den Kreis hinaus. „Estig“-Eisen- und Stahlindustrie GmbH, fertigt Web- und Waschmaschinen und repariert dieselben, die Firma Stahl stellt Präzisionsmaschinenteile her und die Erzeugnisse der Württ. Betten- und Polsterwarenfabrik und der Wolltuchweberei Bergmann sind aus ihrem Namen ersichtlich.

In der Verladehalle der genannten Rüstungswerke werden von dem RAW-Betrieb von Dr. Schieber Eisenbahnwagen repariert und die Firmen Dipl.-Ing. Geiger, Präzisionsteilefabrikation und Hoch & Co., welche Unterkleider und Strümpfe liefern, ergänzen die Neuniederlassungen in diesem Raum.

Selbst das seither nur landwirtschaftlich genutzte Härtsfeld konnte sich dem Zuge der Neugründungen nicht verschließen und das seither so träumerisch gelegene Neresheim beginnt Geschmack an industriellen Unternehmen zu finden. Da ist die Zweigniederlassung der Firma Grupp, welche in Ebnat einen weiteren, nach den neuesten Fabrikationsmethoden aufgezogenen Betrieb zur Herstellung von Metallsägeblättern errichtet hat.

Ihr 25-jähriges Geschäftsjubiläum konnte die aus dem Riesengebirge kommende, ehemals bedeutende Elektrospulenkörper- und Papierwarenfabrik Weisser feiern und die in Neresheim ansässige Herrenkleider- und Hemdenfabrik Rippa, die Handschuhfabrik Fiebich, die Strickerei Bussmann, die bereits erwähnte Firma Glaszl sowie die Firma Klenk in Ebnat-Niesitz, Herstellerwerk für eine Schnellbauweise von Siedlungsbauten mit selbstentwickelten Preßholzwänden, vervollständigen das Bild der industriellen Neugründungen auf dem Härtsfeld.

Auch Ellwangen, der einstigen Beamtenstadt, war es vergönnt, in der ehemaligen Bergkaserne drei Neugründungen aufzunehmen, die Herren- und Kinderkleiderfabrik Goldbecker aus Erfurt, die Babywäschefabrik Arnold, welche in der Ostzone und im Rheinland größere Werke verloren hat, die keramischen Werkstätten von Otto Steidl aus Karlsbad, welcher neben Gebrauchsgeschirrkunstvolle Vasen und Krüge herstellt, sowie in einem anderen Gebäude die Majolika-Fabrik der Firma Fränzl & Herold.

Die frühere Nabenfabrik Alfing hat sich auf Uhrmachergeräte und sonstige feinmechanischen Werkzeuge und Geräte umgestellt. Im Raum um Ellwangen sind erwähnenswert je ein Süßstoffwerk in Goldshöfe und Buch, der Flüchtlings- und Versehrtenbetrieb Glassägemühle Gde. Schreizeheim, welcher Kleinmöbel und Holzwaren herstellt, die Firma Kerne in Rotenbach mit elektrischen Geräten und die neuerbaute Ziegelei in Konradsbronn bei Wört.

Im Raum um Bopfingen fabrizieren die Vereinigten Textilwerkstätten Endrich KG in der Hauptsache handgewebte Stoffe und Klöppelspitzenenerzeugnisse, die Möbelfabrik Czanzy liefert

Möbel für das Hinterland und in Pflaumloch wird in der Aalener Ersatzkaffeeabrik ein bekömmliches Kaffeemittel hergestellt, die Firma Schleicher fertigt dort Sonderkleidung (Trachten usw.) und Frank ist durch seine Präzisionsmaschinenteile bekannt.

In Lauchheim ist noch zu nennen die Firma Fasig & Sohn (Flüchtlingsmöbel und Holzbearbeitung) und die Süddeutsche Flaschenkisten- und Holzwarenfabrik. Die Firma Ferentzi & Keßler in Aalen begann im Sommer 1945 zunächst in ganz kleinem Rahmen, aus Kalbfellen Orthopädieleder herzustellen und gleichzeitig Kanin nach Leipziger Art für Pelzzwecke zuzurichten. Beide Arten dieser Artikel wurden in dieser Gegend noch nicht hergestellt. Im Herbst 1946 übersiedelte der Betrieb aus der ehemaligen Kreuzbrauerei in die frühere Reit- und Fahrschule und konnte sich dadurch räumlich ausdehnen.

Seit Aufhebung der Bewirtschaftung von Rohhäuten und Leder hat sich das Fabrikationsprogramm außerordentlich vielseitig gestalten können. Die beiden Inhaber stammen aus Siebenbürgen (Rumänien).

Ein imposantes Bild der Vielseitigkeit von Neugründungen ist abgewickelt. Drei Betriebe davon haben eine Belegschaft von über 1000 Köpfen, einige über 100 Arbeitskräfte, die Mehrzahl der Betriebe bewegt sich unter Berücksichtigung letzter Entlassungen auf Grund der gegenwärtigen Wirtschaftsdepression zwischen 10 und 100.

Bei dem Zuwachs handelt es sich somit außer einigen leistungsfähigen Groß- und Mittelbetrieben in der Hauptsache um entwicklungsfähige kleine Unternehmen. Im Vergleich zu benachbarten und ähnlich gestellten Kreisen ist der Flüchtlingsanteil besonders hoch.

Die Betriebe erreichten daher nicht so schnell, wie dies in manch anderen Kreisen der Fall war, die Position leistungsfähiger und wirtschaftlich gesicherter Mittelbetriebe. Der Ansatz hierzu ist jedoch vorhanden und wird durch die persönliche Initiative der Betriebsinhaber und ihre Mitarbeiter, neben der Förderung durch Militärregierung und Behörden und der Mithilfe einer ausgedehnten Altindustrie sicher zum Ziele gelangen. Manches

Werk wird vielleicht noch Rückschläge zu erdulden haben, manches verschwindet, doch die Mehrzahl der Betriebsinhaber wird durch ihren seither bezeugten Aufbauwillen zu einer gesunden Industrialisierung und damit zur Förderung der Arbeitsbeschaffung für die einheimische, die neuhinzugezogene, noch hinzuziehende und wachsende Bevölkerung die erforderliche Grundlage schaffen.

Am stärksten zeigten und zeigen sich vor allem nach der Gewerbefreiheit die Neugründungsbestrebungen beim Handwerk. Manchem im abgelegenen Dorf wohnenden Handwerker ist aus Mangel an Arbeitseinsatzmöglichkeiten auf dem Lande keine ausreichende Verdienstmöglichkeit gegeben. Mancher inzwischen Altgewordene wird als Geselle nicht mehr angenommen. Die Not und die rasche Möglichkeit der Selbstständigmachung nach Eintreten der Gewerbefreiheit dürften sicherlich einen nicht geringen Beitrag zur Zunahme von Handwerkerneugründungen gegeben haben. Dies betrifft in erster Linie Handwerksberufe, welche ohne größere Investierung eine Selbstständigmachung ermöglichen, wie Schuhmacher, Schneider und ähnliche. Allein über 400 Neubürgerneugründungen von Handwerksbetrieben können seit 1945 gezählt werden. Manche Lücke in gesuchten Handwerksbetrieben, so z. B. beim Färber-Handwerk, konnte durch Neugründungen von leistungsfähigen Firmen, wie z. B. Jesse & Co., Aalen und Bannasch, Ellwangen, aufgefüllt werden. An Niederlassungen in den freien Berufen sind vor allem Zugänge aus Flüchtlingskreisen nennenswert. Es sind dies seit 1945: 22 freipraktizierende Ärzte, 7 freipraktizierende Zahnärzte, 8 Dentisten, 9 Rechtsanwälte, 5 Architekten u. a. m. im Kreis.

Die gegenwärtige Wirtschaftsdepression wird allerdings auch bei all diesen Neugründungen ihre Ernte und Auslese halten und von den sich gegenwärtig mehrenden Stilllegungen von Betrieben sind Altbürger wie Neubürger betroffen. Wolle Gott, dass es sich hier nur um eine vorübergehende Erscheinung respektive einen Gesundungsprozess handelt, damit das so hoffnungsvoll begonnene Werk nicht gefährvoll gestört wird.“

Die Währungsreform vom 20. Juni 1948 bedeutete eine Wende für viele neugegründete Betriebe und beendete das erste, kurze „Wirtschaftswunder“. Der Kapitalmangel und das Wiederanlaufen alteingesessener Betriebe bedingten das Aus für so manchen Neuanfang.

Sechs Jahre später konnte derselbe Autor in seiner Eigenschaft als „Referent für Gewerbeförderung, Industrie-Ansiedlung und Statistik beim Landratsamt Aalen als bester Kenner der Materie eine Bilanz über „Zehn Jahre Eingliederung der heimatvertriebenen Wirtschaft im Kreis Aalen“ vorlegen. Der Aufbruchstimmung der Frühphase kann die erfolgte Konsolidierung nach einem Jahrzehnt, angefüllt mit sich stets wandelnden Bedingungen, gegenübergestellt werden.

Zehn Jahre Eingliederung der heimatvertriebenen Wirtschaft im Kreis Aalen⁴²

Von Dipl.-Ing. Albert Bohn, Referent für Gewerbe-
förderung, Industrie-Ansiedlung und Statistik
beim Landratsamt Aalen

Aus der angestammten Heimat vertrieben, ergoss sich nach Kriegsende 1945/46 ein besonders großer Strom von Flüchtlingen aus den ehemaligen Reichsgebieten, von vertriebenen Volksdeutschen aus den Gebieten der Siegermächte, von Auslandsdeutschen und zu einem späteren Zeitpunkt von an Leib und Leben Gefährdeten aus der Ostzone. Unter diesen Heimatvertriebenen befanden sich viele, welche in ihrer ehemaligen Heimat zum Teil beachtliche gewerbliche und industrielle Unternehmen oder sonst eine selbstständige Existenz ihr Eigentum nannten und nun durch die Vertreibung verloren hatten.

Sie kamen, mit wenigen Ausnahmen, mittellos an. Einzig und allein auf ihre Kenntnisse, Fähigkeiten und Erfahrungen als selbstständige Unternehmer gestützt, in dem Bestreben, in der neuen Heimat ihre Unternehmen wieder aufzubauen, um für sich, ihre Familien und zahlreiche Schicksalsgenossen aus der heimatvertriebenen Arbeitnehmerschaft eine Existenz zu schaffen. Sie trafen bei ihrer Ankunft zur Verwirklichung dieses Vorhabens in der neuen Heimat, dem Kreis Aalen, eine denkbar ungünstige wirtschaftliche Situation an.

Manche industriellen Werke, Betriebe und Geschäfte waren durch die Kriegseinwirkung beschädigt oder zerstört, ihrer Maschinen und Einrichtungen durch Demontage teilweise beraubt. Die Industrie befand sich in der Umstellung auf Friedensprodukte, Gewerbegebiete erwarteten zur Wiederinstandsetzung ihrer im Kriege heruntergekommenen Unternehmen sehnsüchtig den vom Kriegsdienst entlassenen Inhaber.

Für viele im Kriege altgewordene Arbeitnehmer oder nur für den Kriegsdienst Geschulte blieb zur beruflichen Umstellung kein anderer Weg übrig als der der Selbstständigmachung. Die Reichsmark begann zu entwerten, das Kompensations-

wesen nahm seinen Lauf; der Verkehr war unterbrochen oder ganz lahmgelegt, ein großer Kreis der heimatvertriebenen Wirtschaft stand selbst in Not.

Notwendigkeit und Probleme der Eingliederung

Allein schon im Hinblick auf den überaus starken Bevölkerungszuwachs konnte auf die Erhaltung des heimatvertriebenen Unternehmertums, als Voraussetzung zur arbeits- und berufsmäßigen Eingliederung ihrer Schicksalsgenossen, nicht verzichtet werden, abgesehen davon, dass der ansässigen Wirtschaft durch die Eigenart und besondere Struktur der heimatvertriebenen Wirtschaft neue Impulse und fruchtbringende Anregung gegeben werden konnten.

In dieser Zeit und Situation war somit zur sinnvollen Eingliederung der heimatvertriebenen Wirtschaft, der heimatvertriebenen Bevölkerung in den Arbeitsprozess, dem Kreis, den Einheimischen und Heimatvertriebenen gleichermaßen, den Behörden und Organisationen ein Problem gestellt, das in der seitherigen Geschichte kein Beispiel hatte, zur Schaffung von Existenzen als das entscheidende Problem anzusehen war und dessen Lösung zur Schicksalsfrage des gesamten Volkes und des Kreises Aalen geworden war und nach Erfüllung drängte.

Zehn Jahre sind nun inzwischen ins Land gezogen. Es dürfte daher nicht müßig erscheinen, Rückschau zu halten, was auf dem Gebiet der wirtschaftlichen Eingliederung der Heimatvertriebenen in diesem Zeitraum alles geschehen und inwieweit diese erfolgt ist, sowie die Bilanz zu ziehen über die Erfolge und Misserfolge auf dem Wege zur Lösung dieses besonders schwierigen Problems.

Anfangsschwierigkeiten, Station der Eingliederung

Nach der ernährungsmäßigen und notdürftigen wohnungsmäßigen Unterbringung der heimatver-

triebenen Bevölkerung galt es für dieselbe, zunächst sich von dem Schock der Vertreibung und den Strapazen der Flucht zu erholen und sich in den neuen, andersgearteten Lebens- und Wirkungskreis durch Kontaktaufnahme mit der Bevölkerung, für den Unternehmer insbesondere mit der einheimischen Wirtschaft, den Behörden und Organisationen, einzufühlen.

Dies ging – zumal am Anfang – nicht immer ganz reibungslos ab, denn es erforderte auch bei der einheimischen Bevölkerung die Aufgabe mancher lieb gewordenen Annehmlichkeit und erforderte manches Opfer.

Aber man fand sich verhältnismäßig rasch im gegenseitigen Verstehen, und die Vertriebenen gingen mit Mut, Energie, Feuereifer und Zähigkeit an die ihnen gestellte Aufgabe heran, so dass der Kreis Aalen 1946 bereits 91 Unternehmen von Heimatvertriebenen, worunter sich einzelne namhafte Werke in der Kreisstadt Aalen befinden, denen es gelungen war, noch einige Wirtschaftsgüter in die neue Heimat herüberzuretten, zu verzeichnen hatte.

Alle einschneidenden Stationen bzw. Epochen beim Wiederaufbau der Gesamtwirtschaft sind gekennzeichnet durch Gesetzesverordnungen des Staates zur Lenkung und Hilfeleistung und durch Maßnahmen der Besatzungsmacht, beide von besonderem Einfluss bei der Entwicklung des Wiederaufbaues der heimatvertriebenen Wirtschaft.

Die einzelnen Stationen waren folgende:

Die Einführung der Gewerbezulassungsregelung durch das mit Wirkung vom 5. November 1946 erlassene Gesetz Nr. 64 über die Errichtung gewerblicher Unternehmen (Lizenzierung), die Währungsreform vom 21. Juni 1948, das Anlaufen der finanziellen Gewerbebeförderung durch den Staat Ende 1948, die Einführung der nahezu uneingeschränkten Gewerbefreiheit durch die Besatzungsmacht zu Anfang des Jahres 1949 in der amerikanischen Zone und die Wiederaufhebung derselben beim Handwerk durch die Handwerksordnung des Jahres 1954.

Gewerbezulassung, behördliche Unterstützung

Zur Vermeidung einer Schädigung der Gesamtwirtschaft durch Pfuschertum, Fehlleitungen, unlautere Konkurrenz, Gewerbeübersetzung usw. waren nach dem Gesetz Nr. 64 die fachliche und persönliche Zuverlässigkeit des Unternehmers, die wirtschaftlichen Voraussetzungen, wie ausreichende Werkräume, Eignung der Einrichtung, genügender Kapitalbedarf, die örtliche Existenzmöglichkeit gegenüber der Konkurrenz (Bedürfnisfrage) vor der Gewerbezulassung zu überprüfen und nachzuweisen.

Zur zentralen Steuerung, Prüfung und Förderung aller wirtschaftlicher Eingliederungsfragen wurde deshalb schon im Jahre 1947 im Kreis Aalen durch die Initiative von Landrat Dr. Huber bei dem Landratsamt ein gesondertes Referat für „Gewerbebeförderung, Industrieansiedlung und Statistik“ errichtet, das mit gutem Recht als vorbildlich für die anderen Kreise bezeichnet werden kann und das sich als eine äußerst segensreiche Einrichtung erwies, vor allem durch Hilfeleistung bei der Beschaffung von Werkräumen, Maschinen und Einrichtungen, den Nachweis und die Vermittlung von Bezugsquellen und Geschäftsverbindungen, die Ausstellung von Bescheinigungen, die Prüfung und Begutachtung von Anträgen verschiedenster Art, durch Befürwortung und Abgabe von Stellungnahmen gegenüber den oberen Behörden und damit die oft schwierigen und langwierigen behördlichen Wege ebnen und beschleunigen half.

Nach dem Anlaufen der Kreditunterstützungsaktionen oblag diesem Referat die Beratung, Begutachtung und Verfolgung von Kreditanträgen für alle Sparten der Kreditarten. So wurden für Anträge für Kredite der Württ. Kredithilfe allein 443 technisch-wirtschaftliche Gutachten und für die übrigen Kreditarten, wie ERP-, Sonder-, staatsverbürgte Kredite und -Darlehen sowie die Kreditarten nach dem Lastenausgleichsgesetz (durchweg mit beantragten Kreditsummen über 10 000 DM) zur Unterstützung der mit der Bescheidung beauftragten Amtsstellen 220 derartige Gutachten ausgestellt.

Hemmende Faktoren

Die Währungsreform, von welcher die Gesamtbevölkerung des Kreises betroffen wurde, bildete für den Aufbau der heimatvertriebenen Wirtschaft ein besonders einschneidendes Hemmnis. Ihre Unternehmen befanden sich unter großen noch zu überwindenden Schwierigkeiten erst im Aufbau. Die alteingesessenen Unternehmen konnten auf erhalten gebliebenen Besitz an Wirtschaftsgütern, Gebäuden, Einrichtungen und größeren Kapitalien zurückgreifen, die heimatvertriebenen Unternehmen, denen in der kurzen Zeit ihres Bestandes keine Kapitalbildung möglich war, sind daher von der Kapitalabschöpfung besonders hart betroffen worden.

Finanzielle Förderung der heimatvertriebenen Wirtschaft

Um der durch die Währungsreform verursachten Kapitalnot der heimatvertriebenen Wirtschaft wirksam begegnen zu können, um den weiteren Aufbau zu gewährleisten und die aufgebauten Unternehmen zu erhalten und den besonderen Verhältnissen der Heimatvertriebenen Rechnung tragen zu können, war eine umfassende Stützung durch zinsvergünstigte Kredite unumgänglich notwendig geworden. Als erster Kreditgeber trat die Württ. Kredithilfe GmbH Stuttgart auf den Plan. Vielen heimatvertriebenen Unternehmern konnte durch Inanspruchnahme dieser Kreditmöglichkeit mit einem Zinssatz von 4 Prozent bei der Eingliederung zweifellos geholfen werden.

Die kurzfristige Rückzahlung nach drei Jahren, welche später eine Verlängerung auf sechs Jahre erfuhr, bedeutete für Unternehmen, welche noch nicht auf festen Füßen standen, ein unverkennbares Risiko, abgesehen davon, dass sich der Kapitalbedarf nur auf höchstens 5000 DM erstreckte und der Nachweis ausreichender Sicherheiten von Unternehmern, welche aus der ehemaligen Heimat kaum etwas retten konnten, oft schwierig zu erbringen war. Die erweiterte Kreditart der Württ. Kredithilfe, der sogenannte

Sonderkredit mit einem 1 Prozent höher liegenden Zinssatz, einem Höchstkapitalbetrag von 15 000 DM und einer Laufzeit bis zu zehn Jahren erbrachte wohl günstigere Möglichkeiten, die Anforderungen an die zu stellenden Sicherheiten blieben jedoch bestehen.

Von der ERP-Kreditaktion mit günstigeren Bedingungen im Bezug auf Zinssatz und Laufzeit konnte auf Grund der geringen zur Verfügung stehenden Mittel, welche nur einem bestimmten Personenkreis (Export) zugänglich gemacht wurden, im Kreis Aalen beschränkt Gebrauch gemacht werden.

Erst durch das Inkrafttreten des Soforthilfegesetzes vom Jahre 1949 und vornehmlich des Lastenausgleichsgesetzes vom Jahre 1952 standen der heimatvertriebenen Wirtschaft besonders günstige langfristige Kreditmöglichkeiten (2 bis 3 Prozent Zins) und vor allem die Möglichkeit, den Lastenausgleichsanspruch zur Absicherung mit in die Waagschale werfen zu können, zur wirksamen Eingliederung zur Verfügung, so die Existenzaufbaudarlehen bis zum Inkrafttreten des Lastenausgleichsgesetzes und nachher die Aufbaudarlehen, beschränkt bis zu einer Kreditsumme von 35 000 DM, die Arbeitsplatzdarlehen als Anreiz zur Schaffung von Dauerarbeitsplätzen mit einem Kreditsummenhöchstsatz von 5000 DM für den zu schaffenden Arbeitsplatz und ab 1954 für Ostzonenflüchtlinge und Spätheimkehrer die sogenannten Aufbaudarlehen aus dem Härtefonds.

Die Gewerbefreiheit

Zur Beschleunigung des ins Stocken geratenen Aufbaus der Gesamtwirtschaft verfügte im Dezember 1948 die amerikanische Militärregierung durch eine Direktive an die vier Direktoren des Landes eine Anordnung, dass alle Beschränkungen in der Gewerbezulassung mit Ausnahme des öffentlichen Gesundheitsdienstes, der öffentlichen Sicherheit und Wohlfahrt in der amerikanischen Zone aufzuheben sind.

Ein besonderes Gewerbezulassungsverfahren für das Betreiben eines Gewerbes bestand in dieser

Zone nicht mehr; jeder konnte, ohne besondere Genehmigung hierfür einzuholen oder eine Meisterprüfung abgelegt zu haben, ein Geschäft eröffnen oder ein Handwerk betreiben. Es wurde sogar soweit gegangen, die Überprüfung des Nachweises der wirtschaftlichen Notwendigkeit, der persönlichen Zuverlässigkeit des Antragstellers und des Vorhandenseins eines genügenden Betriebskapitals in Wegfall zu bringen. Die Befürchtungen des zahlenmäßigen Überhandnehmens von Unternehmen, vor allem durch den Zuzug von Unternehmern aus anderen Zonen, des qualitativen Rückgangs der Erzeugnisse durch das Zunehmen des Puschertums usw. waren sehr groß.

Diese Befürchtungen haben sich aber nicht erfüllt. Durch die zunehmende Konkurrenz sind in einem laufenden Reinigungsprozess die weniger tüchtigen Unternehmer ausgeschieden worden, so dass auch die Befürchtung der Qualitätsverminderung, insbesondere im Handwerk, gegenstandslos geworden war. Der zahlenmäßige Anteil der heimatvertriebenen Unternehmer an der Gesamtwirtschaft hält sich im Rahmen der Zunahme der heimatvertriebenen Bevölkerung.

Die neue Handwerksordnung

Die im Jahre 1954 in Kraft getretene Handwerksordnung bestimmte als Voraussetzung zum selbstständigen Betreiben eines Handwerks die Eintragung in die Handwerksrolle der zuständigen Handwerkskammer. Voraussetzung für die Eintragung war der Nachweis einer abgelegten Meisterprüfung im Handwerk bzw. eines Befähigungsnachweises zur selbstständigen Ausübung desselben aufgrund einer Ausnahmegewilligung.

Diese Gesetzesbestimmungen waren für das heimatvertriebene Handwerk von verhältnismäßig geringer Auswirkung. Zahlreiche heimatvertriebene Handwerker hatten inzwischen ihre Meisterprüfung nach deutschem Recht abgelegt, bzw. sich einen Befähigungsnachweis erwirkt. Der Nachwuchs hat sich inzwischen in die Verhältnisse des Landes eingelebt und legt in

Bezug auf die Erlangung des Nachweises zur Ausübung eines selbstständigen Handwerks keinen Wert auf Bevorzugung.

Das Pendlerproblem

Bedingt durch die Weiträumigkeit des der Fläche nach größten Landkreises Nordwürttembergs waren viele Bewohner im Kreis Aalen schon von alter Zeit her gezwungen, aus abgelegenen Gemeinden täglich von und zur Arbeitsstätte an den Verkehrszentren oft weite Wege zurückzulegen, der Kreis Aalen war von jeher als Pendlerkreis bekannt, die Beseitigung dieser für die Arbeitnehmer besonderen Belastung zum Problem geworden. Die Lösung dieses Problems wurde durch den großen Zustrom an Heimatvertriebenen und die Verlegung dieser in verkehrsabgelegene Ortschaften noch erheblich schwieriger gestaltet.

Durch die mit Energie durchgeführte Umsiedlungsaktion hat die Mehrzahl dieser Heimatvertriebenen inzwischen ihren Wohnort in die Industriezentren des Kreises oder durch Erstellung von Eigenheimen in Arbeiterwohnsiedlungen nahe der Industrieschwerpunkte Wohnmöglichkeiten gefunden. Ja, es ist heute schon festzustellen, dass viele entlegene Gemeinden des Kreises auch von der arbeitenden einheimischen Bevölkerung, welche Wohnmöglichkeit in der Nähe ihrer Arbeitsstätte gefunden haben, sich von dieser zu entvölkern beginnen und mit fortschreitender Lösung des Pendlerproblems sich durch die Bildung von Wohnsiedlungsballungsräumen ein neues Problem abzeichnet.

Bilanz der Eingliederung

Der Rückblick über die geschichtliche Entwicklung der Eingliederung mit den aufgezeigten Stationen und den besonderen Schwierigkeiten und Hemmnissen ist hiermit abgeschlossen. Die Bilanz weist die Eingliederung von 819 Unternehmen der heimatvertriebenen Wirtschaft auf, sie erstreckt sich auf alle Sparten der Wirtschaft:

auf das Handwerk mit 309 Unternehmen, die Industrie- und Kleinbetriebe mit 79, den gesamten Handel mit 257 Unternehmen, auf das Verkehrsgewerbe mit 7, das Gaststättengewerbe mit 30, die freien Berufe mit 97 und auf 40 sonstige Unternehmen. Im Durchschnitt beziehen sich diese Eingliederungen zu 87 Prozent auf Neugründungen, zu 10 Prozent auf übernommene Betriebe und Geschäfte und zu 3 Prozent auf ehemals stillgelegte und wiedereröffnete Unternehmen.

Wenn das erstrebte Ziel, die vollständige Eingliederung der heimatvertriebenen Wirtschaft, auch heute noch nicht endgültig erreicht ist, so kann doch mit Stolz auf das Ergebnis, welches sich prozentual im Rahmen der Eingliederung der gesamten Wirtschaft hält, ja in einzelnen Sparten darüber hinausgeht, verzeichnet werden und sich im Vergleich mit der Eingliederung der heimatvertriebenen Wirtschaft in anderen Kreisen Baden-Württembergs jederzeit messen.

Diese ungeheure Leistung im Kreis Aalen ist in erster Linie dem Fleiß und Können, dem Mut und der Tatkraft und nicht zuletzt dem Glück der Männer und Frauen, die sich unter Mühen und Entbehrungen wieder eine auskömmliche Existenz gezimmet haben, zu verdanken. Sie wäre jedoch nicht möglich gewesen ohne das Verständnis, die tatkräftige Hilfe und Unterstützung der einheimischen Bevölkerung des Kreises und seiner Bürgermeister, der Berufsorganisationen, des Staates und nicht zuletzt der Vertriebenenorganisationen und ihrer Verbände, an deren Spitze des BvD.

Viele Unternehmer haben die Erfordernisse der Selbstständigmachung und -erhaltung überschätzt und sind auf dem Wege geblieben, einzelne stehen noch im Kampfe des Aufbaues, eine große Zahl in der zweiten Etappe der Festigung ihrer Unternehmen. Manche werden durch Neugründung noch nachfolgen, ihre Vorgänger können ihnen dabei als Vorbild dienen.

Der Kreis Aalen hat durch die Eingliederung der heimatvertriebenen Unternehmen zahlen- und strukturmäßig einen wertvollen nicht mehr wegzudenkenden Kapazitätszuwachs erfahren.

Neben der Frage der Zweckmäßigkeit und Ren-

tierlichkeit stand bei den Neugründungen die Unterbringung wertvollster Facharbeiter und vieler Hilfskräfte im Vordergrund. Die weitgehende Beseitigung der Arbeitslosigkeit im Kreis Aalen ist somit nicht zuletzt der erfolgreichen Eingliederung der heimatvertriebenen Wirtschaft, in deren Betrieben und Unternehmen auch zahlreiche einheimische Arbeitskräfte beschäftigt sind und einige tausend Menschen Arbeit und Brot gefunden haben, zu verdanken.

Mancher heimatvertriebene ehemalige Unternehmer, welcher auf die Selbstständigmachung verzichten musste oder hat, hat inzwischen in maßgebender Stellung in der Industrie, im Handel, Handwerk oder sonst im Arbeitsprozess eine Existenz gefunden.

Zukunftserwartung

Die ursprünglich gehegten Befürchtungen und Besorgnisse der einheimischen Bevölkerung, dass durch die besonders starke Aufnahme der Heimatvertriebenen und die damit verbundene, notwendig werdende Eingliederung der Lebensraum der Bevölkerung des Kreises unerträglich beengt werde und die Gesamtwirtschaft in ihrem Wiederaufbau bedrohlich gefährdet werde, haben sich nicht erfüllt. Wenn heute von dem „Wirtschaftswunder“ in der Bundesrepublik und im Ausland gesprochen wird, welches sich in den vergangenen Jahren vollzogen hat, so kann der heimatvertriebenen Wirtschaft ihr dazu beigetragener Anteil, auch auf der Ebene des Kreisgebietes, nicht abgesprochen werden.

Wenn heute im Bundesgebiet und im Kreis Aalen nahezu Vollbeschäftigung und Facharbeitermangel herrscht, so kann daraus geschlossen werden, dass ohne den Zugang der heimatvertriebenen Bevölkerung, ihrer Unternehmer und Arbeitnehmer dieser Zustand kaum erreicht worden und der Facharbeitermangel noch wesentlich spürbarer geworden wäre. Wenn manche Kreise glauben, dass die Eingliederung der heimatvertriebenen Wirtschaft zum Teil ungenügend und nicht genügend rasch vollzogen ist, so ist dabei zu be-

denken, dass der Hauptstrom der vertriebenen Bevölkerung aus landwirtschaftlich ausgerichteten Gegenden kam, dass viele Frauen, alte und nicht mehr voll einsatzfähige Personen darunter waren und die tüchtigen altersmäßig leistungsfähigen Personen zum großen Teil von den Siegermächten nicht zur Flucht freigegeben, sondern kassiert worden sind.

Entgegen anderen Meinungen ist im Kreis Aalen noch genügend Platz für die endgültige Eingliederung der bereits ansässigen heimatvertriebenen Unternehmer wie für die Aufnahme des noch zu erwartenden Zustroms aus der Ostzone. Trotz der nahezu erreichten Vollbeschäftigung enthält der Kreis Aalen, wenn auch nicht in übermäßigem Ausmaße, noch nicht vollständig ausgeschöpfte Arbeitsreservoir zur weiteren Eingliederung und Industrieansiedlung.

Der Kreis Aalen kann sich mit dem Erfolg der Eingliederung der heimatvertriebenen Wirtschaft in den vergangenen zehn Jahren zufrieden geben und mit Stolz auf diesen Erfolg zurückblicken. Möge Gott uns den Frieden erhalten und dadurch die Zeit geben, dass das so verheißungsvoll begonnene und in den vergangenen zehn Jahren durchgeführte Werk einem glücklichen Ende zugeführt wird und das Erreichte in der Zukunft erhalten bleiben kann.

Öffentlicher Dienst

Mit dem Zusammenbruch des Deutschen Reiches mit Flucht und Vertreibung, hatten auch die bis dahin im öffentlichen Dienst Tätigen ihre Arbeit, ihren Wirkungsbereich und damit ihre finanzielle Sicherheit verloren. Ebenso erging es den im Ruhestand lebenden ehemaligen Staatsdienern.

Mit dem Untergang des Deutschen Reiches fehlte der Dienstherr, fehlte der Versorgungsträger. Auch sie waren im westdeutschen Aufnahmeland zunächst gezwungen, sich mit Handarbeit ihren Lebensunterhalt zu sichern.

Erst mit dem Inkrafttreten des Grundgesetzes der Bundesrepublik Deutschland am 25. Mai 1949 wurde im Artikel 131 eine Zusage zur Wiederver-

wendung analog der früheren Tätigkeit vor der Vertreibung gegeben. Diese Regelung machte es u. a. möglich, den nach dem Krieg herrschenden Lehrermangel durch den Einsatz von heimatvertriebenen Lehrkräften zu lindern. Gerade im Sechta-Ries-Gebiet des Kreises Aalen, aber nicht nur dort, war sehr bald eine beträchtliche Anzahl vertriebener Lehrerinnen und Lehrer im Einsatz.

Für diese war nicht nur die dienstliche Wiederverwendung attraktiv, auch wenn die Wiedereinstellung zunächst mit einem Anfangen „ganz unten“ und nur im Angestelltenverhältnis möglich war, sondern meistens war die Dienststelle im Dorf auch mit einer Dienstwohnung verbunden, so dass das Wohnungsproblem gleichzeitig gelöst war.

In einigen Orten wurden auch sehr bald die Schulleitungsfunktionen von vertriebenen Lehrkräften wahrgenommen. Es gab z. B. kaum einen Ort im Sechta-Ries-Gebiet, wo nicht Lehrkräfte aus den Vertreibungsgebieten in den Schulen wirkten.

Mit dem Lehramt waren nicht selten auch andere für die Dorfgemeinschaft wichtige Funktionen verbunden, wie z. B. der Organistendienst, die Chorleitung in Gesangsverein und Kirchenchor, und andere Vereinsaufgaben.

Mit der Übernahme dieser Funktionen vollzogen sich Integrationserscheinungen, die das Zusammenleben von Einheimischen und Vertriebenen förderten und günstig in beide Richtungen beeinflussten.

Auch Eisenbahn, Post und die öffentliche Verwaltung mussten die vertriebenen Beamten unterbringen. Die wohnungsmäßige Unterbringung konnte mit der zusätzlichen Einweisung in eine bereits von anderen Mietern bezogene Dienstwohnung verbunden sein.

Wichtiger war zunächst das Vorhandensein von freien Stellen, die besetzt werden mussten. Der immense Bevölkerungszuwachs selbst schuf den Bedarf an zusätzlichen Stellen, wie z. B. die Einrichtung einer „Flüchtlingsverwaltung“ auf allen Ebenen der staatlichen und kommunalen Verwaltung mit seither unbekannten Aufgabengebieten.

In allen Bereichen der Daseinsvorsorge, ob es sich um Schulen, Kindergärten, Krankenhäuser, Altersheime usw. handelte, wuchs das Aufgabenpotenzial.

Das „FWF – Flüchtlingswerk Fachsenfeld“

Einen authentischen Einblick in die Schwierigkeiten, beim Aufbau eines Betriebes anno 1946 gibt der folgende Bericht von Forstdirektor i. R. Wilhelm Koch, den dieser 1984 nach Fachsenfelder Archivunterlagen und nach Auskünften des Barons über Entstehung und Entwicklung der Firma „FWF – Flüchtlingswerk Fachsenfeld“ verfasste und 1984 in der Zeitschrift „Ostalb-Einhorn“ veröffentlichte. Dabei ist zu beachten, dass der einheimische Reinhard Freiherr von Koenig-Fachsenfeld die Initiative ergriff, um Vertriebenen in ihrer trostlosen Situation Hilfe zur Selbsthilfe zu bieten und der dabei auf eigene Ressourcen zurückgreifen konnte. Damit boten sich dem Flüchtlingswerk Fachsenfeld (FWF) bedeutend günstigere Startchancen als den meisten heimatvertriebenen Unternehmern beim Neuanfang gegeben waren.

„Wie war das denn damals, 1946? Erinnern wir uns: Der Krieg war zwar vorbei, aber nicht der Hunger. Millionen Deutsche wurden nach dem Willen der

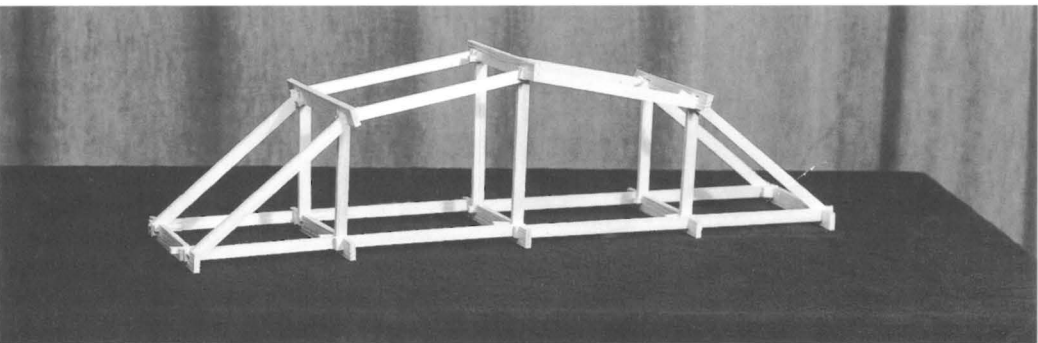
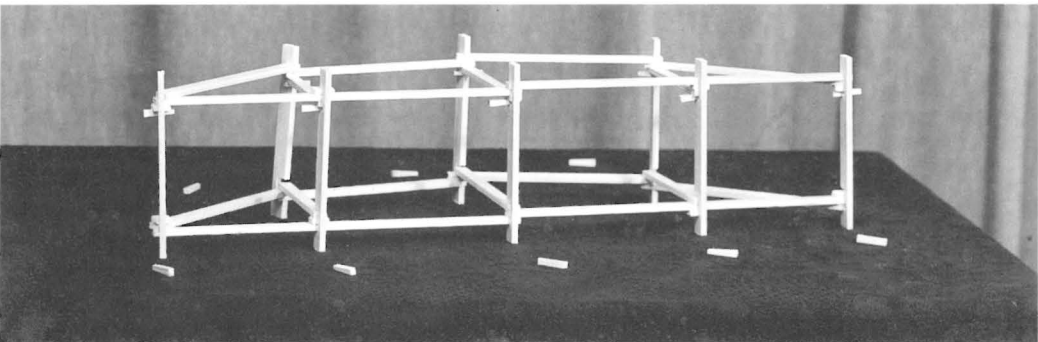
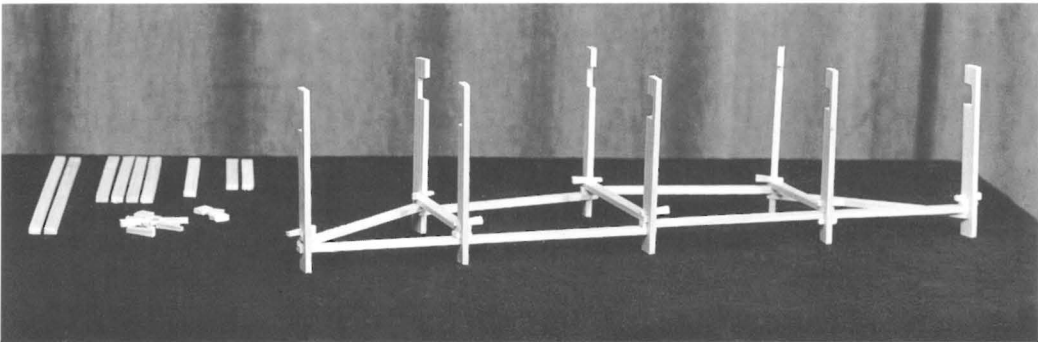
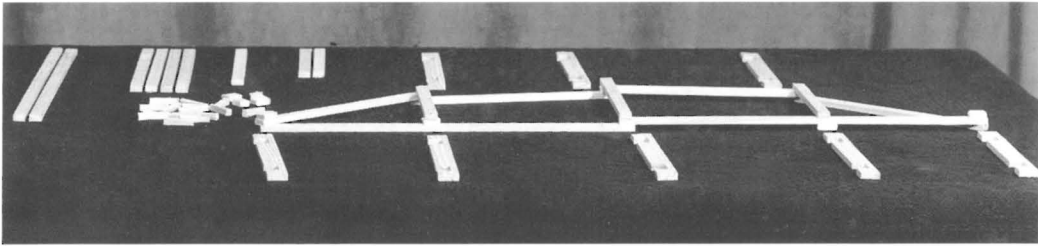
Sieger vertrieben, wurden heimatlos gemacht oder waren in der Angst geflüchtet. Viele Männer befanden sich noch in Gefangenschaft. Viele Familien waren ohne Verbindung, ja oft ohne jede Nachricht von ihren Angehörigen. Da saßen nun die Frauen mit ihren Kindern, kaum mit dem Notwendigsten an Gerät und Ausstattung versehen, im fremden Land. Oft mit sehr geringer Unterstützung. Und das Schlimmste: keine Ansprache, keine Aussprache. Scheinbar ohne Zukunft.

In diesen dunklen Stunden der frühesten Nachkriegsgeschichte entschloss sich Freiherr Reinhard von Koenig-Fachsenfeld in Fachsenfeld einzugreifen, soweit es in seinen Möglichkeiten lag. Arbeit wollte er beschaffen und Verdienst und damit das Gefühl, benötigt zu werden und die Überzeugung zu gewinnen, dass irgendwie ein neuer Anfang möglich sein werde.

Metall als Rohstoff durfte zunächst nach einer immer noch gültigen Kriegsverfügung nicht verwendet werden, doch Holz konnte „der Baron“ aus eigenem Wald und durch Eingriffe in den Schlosspark



Blick in den Produktionsraum des „Fachsenfelder Flüchtlingswerkes“, eine Gründung des Barons Reinhard v. Koenig-Fachsenfeld. Die Frauen sägen kleine Holzlatten für den FWF-Keilbalken.



Mit dem FWF-Keilbaukasten konnten alle Arten von baulichen Konstruktionen im Modell angefertigt werden. Für die kleine Bogenbrücke waren vier Arbeitsgänge notwendig.

beschaffen. Im Schloss Fachsenfeld wohnte damals der vom Militär entlassene Studienrat Rudolf Römer aus Duisburg, ein Bastler und Tüftler. Mit ihm arbeitete Baron Koenig die Entwürfe für „kleine Holzwaren“ aus. Als die Versuche erfolgversprechend verliefen, schlossen sich beide zu einer Arbeitsgemeinschaft, rechtlich gesehen zu einer Gesellschaft zusammen. Freiherr von Koenig gründete die Firma „Flüchtlingswerk Fachsenfeld“ – FWF.

Er vertrat das Flüchtlingswerk nach außen, gab die Räume, das nötige Startkapital, die Rohstoffe und übernahm auch die Verwaltung. Rudolf Römer leitete die Fabrikation. Als erstes wurde die Werkstatt von Schreiner Gottlob Simon gemietet, dazu ein Zimmer, der Holz trockenboden und ein Nebenraum für die Lagerung von Brennholz. Später zog man in eine Werkstattbaracke, die heute noch steht. Anfangs war auch geplant, das sich die bürgerliche Gemeinde Fachsenfeld an der Gesellschaft beteiligen sollte, doch sie lehnte ab.

Das Wirtschaftsministerium Württemberg-Nordbaden erteilte dem gemeinnützigen Werk gegen eine Gebühr von damals saftigen 100,- Reichsmark die Genehmigung zur „Errichtung eines Fabrikationsbetriebes in Fachsenfeld zur Herstellung von kleineren Holzwaren“, und am 2. Juli 1947 erhielt das Flüchtlingswerk endlich die Erlaubnis zur „Errichtung eines Versandhandels mit seinen eigenen Erzeugnissen“ - nochmals gegen eine Gebühr von 300,- RM. Damit waren die rechtlichen Grundlagen für den Fertigungsbetrieb gegeben

Keilbaukästen und Wechselrahmen

Die Erzeugnisse des Betriebes bestanden zunächst in Keilbaukästen und Wechselrahmen, einer neuartigen Eigenkonstruktion, mit der man Bauwerke und Konstruktionen der verschiedensten Art errichten, Türme und Brücken basteln konnte. Die Holzstäbe wurden – es gab ja keine Schrauben – mit kleinen Holzkeilen verbunden und gefestigt. Alle Einzelteile, über 300 Stück in einem Kasten, wurden zur Materialersparnis so verpackt, dass aus den großen Teilen ein Kasten entstand, der alle kleinen Teile umschloss und sicher verwahrte.

Das nächste und recht gut verkäufliche Objekt war

der „FWF-Wechselrahmen“ zur Umrahmung von Schul-Schreibtafeln. In den ersten Nachkriegsjahren war man recht froh, wenigstens eine Schiefertafel für die ersten Klassen der Volksschule zu haben. Das Neue und Besondere am Fachsenfelder FWF-Rahmen war, dass durch einen Schlitz an der Schmalseite die Platte gewechselt werden konnte. Bei einem Bruch der Tafel war also nicht zugleich auch der Rahmen wertlos!

Zur Zeit der Weihnachtsfeier 1946 waren im FWF 24 Personen beschäftigt. Sie erhielten als Weihnachtsgabe je 10,- RM, dazu eine gedrehte Holzschale, einen Rührlöffel, einen Löffel aus Glas und einen Topfreiniger. Für die Kinder gab es Spielsachen im Wert von etwa zwei Mark.

Bis Ostern 1947 waren nicht weniger als tausend Keilbaukästen hergestellt und verkauft. Die Nachfrage nach den Kästen konnte gar nicht befriedigt werden. Der Osterhase konnte als Gabe neun elektrische Kochplatten an die Mitarbeiter des Flüchtlingswerkes verlosen. Wer keine Platte zog, erhielt dafür den Gegenwert in Geld.

Weihnachtsfeier 1947: Freiherr von Koenig erinnerte bei seinem Rückblick daran, dass Rudolf Römer in der Anfangszeit die Feinsägen, Stechbeitel und sonstige Feinwerkzeuge jeden Abend habe nach Haus mitnehmen müssen, nicht etwa aus Misstrauen gegen die Mitarbeiter, sondern aus Furcht vor einem eventuellen Einbruch, denn mit dem Verlust der wichtigen und damals unersetzlichen Werkzeuge wäre die Produktion lahmgelegt worden.

Im Laufe des Jahres 1947 wurden eine Vielfachkreissäge und weitere kleine Holzbearbeitungsmaschinen hergestellt, alles im Eigenbau und natürlich ohne irgendeine Abnahmeprüfung und Kontrolle. Damit war es möglich, trotz der immer empfindlicher gewordenen Knappheit an Rohstoffen, den Betrieb das ganze Jahr hindurch aufrecht zu erhalten. Der Stundenlohn war zwar niedrig, aber man darf nicht übersehen: der Arbeitsraum war geheizt und das war in jener Zeit sehr wichtig.

Währungsreform! Ende September 1948 schied Herr Römer aus. Er kehrte in seine Heimat Duisburg und in den Schuldienst zurück. Herr Zima, ein Heimatvertriebener, übernahm die technische Leitung des Betriebs.

Nach der Währungsreform brauchte man neue Erzeugnisse. Plötzlich gab es auf dem Markt wieder Rohstoffe und Waren aller Art. Es gelang, schon unmittelbar nach der Währungsreform (statt verkürzt, wie befürchtet) mit Hochdruck zu arbeiten.

Man musste niemand entlassen, im Gegenteil, man konnte neue Arbeitskräfte einstellen. So konnten Weihnachten 1948 25 Mark in bar ausgezahlt werden, nun schon DM. Dazu gab es einen Zentner der immer noch seltenen Kohle und für die Kinder Spielzeug.

Erfüllte Notaufgabe

Der Betrieb ging gut. Dennoch ging nach der Währungsreform die Zahl der Beschäftigten langsam zurück. Das lag ganz im Sinn des Gründers: Wer anderswo eine sichere und besser bezahlte Arbeit finden konnte, sollte diese Möglichkeit ergreifen. Das Flüchtlingswerk Fachsenfeld war ja als Hilfsprogramm für die Not konzipiert, es sollte keine Dauereinrichtung werden.

Es darf festgehalten werden:

Von den 17 Beschäftigten im Juni 1948 waren die zwei ältesten in den Jahren 1875 und 1877 geboren. Sie waren also 73 und 71 Jahre alt, ohne irgendeinen Anspruch auf Altersversorgung – das war ja in ihrer Heimat und bei Ungelernten nicht üblich. Niemand hätte ihnen Arbeit gegeben. Der jüngste Mitarbeiter war damals 16 Jahre alt.

Er fand mit seinen technischen Vorkenntnissen leicht einen neuen Arbeitsplatz. Ein alter Stamm

von wenigen Mitarbeitern blieb weiter im Werk. Es wurde keinem, der weiterarbeiten wollte, gekündigt. Der Betrieb wurde nun auf den Bau von Leitern, Spezialleitern und Einholmleitern, umgestellt. Auch hölzerne Gartenmöbel wurden in die Produktion aufgenommen.

Ende August 1961 schied Herr August Zima aus, er konnte sich in einem größeren Werk verbessern. Ein neuer Betriebsleiter war nicht mehr nötig, denn immer wieder schieden Mitarbeiter aus Altersgründen aus, und wer andere Arbeit fand, wurde nicht gehalten. Da Flüchtlingswerk hatte die Aufgabe erfüllt, die es sich selbst gestellt hatte.

Ein Blick auf die Produktion. Neben vielen kleineren Artikeln wurden hergestellt: rund 3000 Keilbalken aus Holz bis zur Währungsreform; sie sind heute gesuchte Sammlerartikel. Später gab es auch Balken aus Metall und aus Plastik. Weitere Artikel waren: etwa 6000 Tabaksdosen aus Holz, 140 000 Rahmen für Schultafeln und rund 1300 Griffel- und Nagelbalken. An Spielzeug waren es etwa 3500 Rennwagen.

Dazu kam eine große Anzahl weiterer Artikel, so Kästen zur Aufbewahrung von Messgeräten, Ständer und Halter für Laboratoriumsgeräte usw. Nach der Währungsreform wurden Klappstühle, Klappische und Leitern aller Art hergestellt und mit Erfolg in den Handel gebracht. Die Firma Flüchtlingswerk Fachsenfeld besteht auch heute noch. Die Einrichtungen dienen jetzt dem Gutsbetrieb Schloss Fachsenfeld als Werkstatt.“

Alois Schubert

Hilfen zur Eingliederung der Vertriebenen

Wer sich die Lage der Heimatvertriebenen und der Flüchtlinge bildhaft so vor Augen hält, wie sie die folgende Schilderung aus dem Jahre 1946 beschreibt, der kann begreifen, wie nach der Nothilfe der ersten Stunden die folgende soziale Fürsorge mehr als notwendig war. „Uns genügt es, das Bild jener Menschen vor Augen zu haben, die in das vom Krieg verwüstete Westdeutschland kamen; Menschen, denen alles genommen war, was zum Existenzminimum gehört; Männer und Frauen, Greise und Kinder, die um ein Bett, ein Stück Brot, ein warmes Kleidungsstück bettelten; die als Fremde kamen und wie Fremde behandelt wurden, die aus allen Bindungen herausgerissen waren, die jeden familiären und heimatlichen Schutz entbehren mussten.“

Nur ein einziger dieser Transporte sei hier geschildert, um soziale Hilfe der ersten Stunde deutlich zu machen: „Gestern waren 2000 Flüchtlinge angekommen, registriert und wieder in die Züge gebracht worden. 2000 Menschen, Kinder und Greise, Frauen und Männer, Kranke und Schwache, Menschen, die ihre ganze Habe in der hohlen Hand tragen konnten, abgehärmt, heimatlos, hoffnungslos. Ohne Kraft, daran zu glauben, dass noch jemand bereit sei, ihnen zu helfen, so dankbar für ein gutes Wort, dass es fast beschämend war. Registrierung, Entlausung – nach vielen Tagen das erste warme Essen. Gierig schlangen sie es in sich hinein, glücklich jeder, der eine Konservendose sein eigen nannte und nicht warten musste, bis einer der 62 Blechnäpfe frei wurde, die laut Inventarverzeichnis dem Block C zur Verfügung standen . . . In wenigen Stunden mit dem dürrtügsten Gepäck hatten diese Menschen ihre Heimat verlassen müssen; sie trafen, in Güterzüge gesperrt, von Miliz gefilzt und gepeinigt, erst nach vielen Tagen in S. ein.“

Auf Wohlfahrt angewiesen

Es leuchtet ein, dass es viele Jahre brauchte, bis die letzten durch die Vertreibung verursachten Sozialhilfefälle gelöst waren.

Problem Nr. 1 war die Unterbringung. Dazu kamen Probleme der Ernährung, Kleidung, Heizung, Krankenversorgung, Beschaffung von notwendigsten Hausrat, Besorgung des Existenzminimums. – Wer vor der Vertreibung den Aufenthalt im Lager mit dürrtügtem Gepäck, die willkürliche Behandlung, den Terror und die Bedrohung, schließlich den Transport im Güterzug ins ferne, fremde Aufnahmeland überlebt hatte, den beflügelte die Ankunft in der neu gewonnenen Freiheit zu den ungewöhnlichsten Anstrengungen, um der neuen Not im Aufnahmeland zu begegnen. Die Bemühungen ums Überleben fanden nicht selten die Bereitschaft des Nächsten zur Hilfe, erlebten die Hilfe zur Selbsthilfe. Allmählich erfuhr das Ausland von der Not der Vertriebenen, und auch ausländische Wohlfahrtsverbände riefen Hilfsaktionen ins Leben, die mit vielerlei Maßnahmen gegen das Elend ankämpften. Die zahlreichen Hilfen von privater Hand dürfen nicht vergessen werden. Die beiden großen deutschen Kirchen hatten den Krieg und den Zusammenbruch als einzig feste Institutionen überstanden, waren in ihrer Haltung und mit ihrem Widerstand gegen das NS-Regime als unbeschädigte Einrichtungen anerkannt. Zusammen mit ihren karitativen Verbänden organisierten sie sehr rasch Hilfsmaßnahmen und waren erfolgreich bemüht, dank ihrer internationalen Verbindungen, auch ausländische Hilfen zu mobilisieren.

Der Großteil der Heimatvertriebenen strebte danach, aus eigener Kraft wieder seine Existenz zu bestreiten und zu sichern. Hilfe und Unterstützung von privater und öffentlicher Seite wurde dankbar

angenommen und sinnvoll eingesetzt. Alte und Kranke, die ja von der Vertreibung nicht verschont wurden, waren aber auf die langfristige Unterstützung durch die öffentliche Hand angewiesen. Von den Hilfsmaßnahmen der öffentlichen Hand im Kreis Aalen, also dem dafür zuständigen Kreisfürsorgeamt, sowie dem Kreisjugendamt und dem Lastenausgleichsamt berichtet der folgende Aufsatz.

Fürsorge für Heimatvertriebene und Flüchtlinge von 1946 bis 1955 ⁴³

von Kreis-Amtmann Eugen Köder

Zur Erledigung ihrer umfangreichen und vielseitigen Aufgaben auf dem Gebiet der sozialen Fürsorge haben die Kreise drei besondere Ämter zu unterhalten, und zwar

- a) das Kreisfürsorgeamt,
- b) das Kreisjugendamt,
- c) das Lastenausgleichsamt.

Das Kreisfürsorgeamt betreut diejenigen Heimatvertriebenen und Flüchtlinge, bei denen die Leistungen aus dem Lastenausgleich zur Deckung des notwendigen Lebensunterhalts nicht ausreichen, nach den allgemeinen Grundsätzen des Fürsorgerechts, insbesondere nach folgenden Rechtsgrundlagen:

1. Verordnung über die Fürsorgepflicht vom 13. 2. 1924 (RGB1. I S. 100),
2. Reichsverordnung über Voraussetzung, Art und Maß der öffentlichen Fürsorge vom 1. 8. 1931 (RGB1. I S. 439),
3. Fürsorgerechtsvereinbarung in der Fassung vom 3. 5. 1949

Beim Fürsorgeamt sind bis 31. 3. 1955 an Fürsorgeanträgen registriert:
12960 Heimatvertriebene,
1815 Evakuierte,

700	Zugewanderte aus der sowjetischen Besatzungszone und Berlin
180	Ausländer und Staatenlose und
387	Lagerinsassen im Nord- und Südlager Wasseraalfingen.

Um das Ausmaß der öffentlichen Fürsorge erfassen zu können, muss zunächst ein Wort über die verschiedenen Fürsorgearten gesagt werden. Man unterscheidet zwischen

a) offene Fürsorge;

hierunter fallen: einmalige und laufende Fürsorgeunterstützungen. Letztere werden fälschlicherweise von den Vertriebenen vielfach als „Rente“ bezeichnet. Weiter gehört hierher die gesundheitliche Betreuung, und zwar Krankenhilfe (Arzt-, Arzneimittel- und Krankenhauskosten sowie Zahnbehandlungskosten einschließlich Zahnersatz) und Wochenhilfe und die wirtschaftliche Betreuung insbesondere für Winterfeuerung, Kleidung, Beiträge zur Aufrechterhaltung der Anwartschaft in der Rentenversicherung und Bestattungskosten.

b) geschlossene Fürsorge;

hierunter fällt die Unterbringung in einem Heim oder einer Anstalt.

Für die Betreuung und Festsetzung der Höhe einer Unterstützung sind die Richtsätze maßgebend, die vom Innenministerium festgesetzt werden. Es ist eine weitverbreitete Meinung, dass diese Richtsätze für Vertriebene höher sind als für einheimische Hilfsbedürftige. Dies war noch nie der Fall. Damit nachstehende Aufstellung des Fürsorgeaufwandes besseres Verständnis findet, ist es unbedingt notwendig, dass man sich vor Augen hält, wie die Umsiedlung der Vertriebenen erfolgte. Die Aussiedlung ging verhältnismäßig rasch vonstatten. Es wurde dabei keine Rücksicht auf Alter oder Gesundheitszustand genommen. Die mitgebrachte Habe war zum überwiegenden Teil mehr als dürftig. Die umgesiedelten Leute hatten keine Barmittel und Haushaltsgeräte. Die wohnungsmäßige Unterbringung war vielfach zunächst unzureichend und dürftig.

Der Fürsorgeaufwand betrug:

Rechnungsjahr	Ausgaben					
	offene RM/DM	Fürsorge	geschlossene RM/DM	zusammen RM/DM	Einnahmen RM/DM	Reinaufwand RM/DM
1946	1552	230,02	168 327,78	1 720 557,80	60 869,85	1 659 687,95
1947	2516	966,54	344 303,38	2 861 269,92	228 197,71	2 633 072,21
1948 (RM)	601	998,45	118 178,18	720 176,63	109 857,83	610 318,80
1948 (DM)	1 638	322,80	221 593,75	1 859 916,55	166 820,93	1 693 095,62
1949	1 621	035,69	408 844,64	2 029 880,33	406 831,17	1 623 049,16
1950	694	306,83	432 090,48	1 126 397,31	323 315,17	803 082,14
1951	512	183,83	339 159,51	851 343,34	305 047,17	546 296,17
1952	709	539,10	336 292,50	1 045 831,60	288 815,26	757 016,34
1953	716	181,20	361 828,97	1 078 010,17	338 645,98	739 364,19
1954	745	510,04	351 581,43	1 097 091,47	247 795,32	822 296,15
zusammen:	11 308	274,50	3 082 200,62	14 390 475,12	2 503 196,39	11 887 278,73

An dieser Aufstellung ist bemerkenswert:

1. Das sprunghafte Absinken der Fürsorgeleistungen vom Rechnungsjahr 1950 ab infolge der Gewährung von Leistungen nach dem Soforthilfegesetz.
2. Das Ansteigen der Leistungen vom Rechnungsjahr 1952 ab. Dies ist auf die Erhöhung der Fürsorgegerichtsätze und der Verpflegungsgelder in den Heimen und Anstalten zurückzuführen.

Nach einer für das ganze Land Baden-Württemberg gefertigten Statistik steht der Kreis Aalen von 19 Landkreisen, was Fürsorgekosten anbelangt,

- a) bei der offenen Fürsorge an 3. Stelle,
- b) bei der geschlossenen Fürsorge an 9. Stelle,
- c) bei den sonstigen Leistungen an 7. Stelle.

Jeder 5. Einwohner in Baden-Württemberg ist ein Vertriebener oder Zugewanderter. Während bis jetzt nur von Aufgaben des Fürsorgeamtes berichtet

wurde, an denen ausschließlich Vertriebene und Flüchtlinge beteiligt sind, gibt es noch weitere Aufgaben, die nicht weniger wichtig sind, aber noch einem weiteren Personenkreis zugänglich sind, bei denen aber der Aufwand auf Vertriebene und Flüchtlinge nicht ausgeschieden werden kann. Es ist hier zu nennen (Beträge in DM):

1. Krankenversicherung der Unterhaltshilfe-Empfänger nach Lastenausgleichsgesetz
Aufwand im Rechnungsjahr 1953 223 169,67
Aufwand im Rechnungsjahr 1954 315 235,10
2. Übergangsbeihilfen an Heimkehrer
Aufwand im Rechnungsjahr 1954 für 23 Fälle 6 900,-
3. Beihilfen für staatlich gelenkte Umsiedlung
Aufwand im Rechnungsjahr 1953 für 577 Personen 14 644,95
Aufwand im Rechnungsjahr 1954 für 591 Personen 17 413,75
4. Beihilfen zur Auswanderung
Aufwand im Rechnungsjahr 1953 für 45 Personen = 29 Familien 2 808,92

- Aufwand im Rechnungsjahr 1954
für 15 Personen = 70 Familien 6 641,65
5. Beihilfen für die Rückführung von Evakuierten
Aufwand im Rechnungsjahr 1954
für 100 Personen = 36 Familien 8 473,85
6. Bearbeitung von 8797 Anträgen auf Bewilligung einer Winterbeihilfe (Kriegsfolgenhilfe-Empfänger und Einheimische)
Aufwand im Rechnungsjahr 1954 379 775,-
7. Desgleichen von 7975 Anträge auf Verbilligung von Hausbrandkohlen (Kriegsfolgenhilfe-Empfänger und Einheimische)
Aufwand im Rechnungsjahr 1954 129 445,-
8. Arbeitsplatz-Vermittlung für Schwerbeschädigte sowie Gleichstellung für Minderkriegsbeschädigte und Erwerbsbeschränkte ab 50% MdE.
9. Erholungsfürsorge für Mütter und Kinder.
10. Kapitalabfindungen gemäß Bundesversorgungsgesetz; im Rechnungsjahr 1954 wurden 107 Anträge bearbeitet.
11. Entgegennahme und Bearbeitung von Anträgen auf Darlehen von der Landeswohlfahrtskasse Württemberg in Stuttgart; im Rechnungsjahr 1954 wurden 143 Anträge bearbeitet.
12. Leistungen zur Erwerbsbefähigung und Berufsausbildung von Kriegswaisen und Kinder von Kriegsbeschädigten
Aufwand im Rechnungsjahr 1953
für 337 Jugendliche 140 309,91
Aufwand im Rechnungsjahr 1954
für 594 Jugendliche 239 219,02
13. Förderung der im Kreis Aalen in Jugendgemeinschaftswerken untergebrachten Jugendlichen aus der SBZ.
14. Befreiung von der Rundfunkgebühr. Zur Verfügung stehen 1500 Freistellen die restlos vergeben sind.
15. Wirtschaftliche Hilfe für Tuberkulosekranke und deren Familien; am 31. 3. 1955 standen
- a) in laufender Betreuung 136 Personen
- b) in einmaliger Betreuung 250 Personen
- Hierbei muss bemerkt werden, dass die Personen, die einer klinischen Behandlung bedürfen, unmittelbar vom Württ. Landesfürsorgeverband und der Landesversicherungsanstalt Württemberg in Stuttgart betreut werden.
16. Entschädigung ehemaliger deutscher Kriegsgefangener; bis 31. 3. 1955 sind 4 196 Anträge gestellt worden, von denen 73 Anträge von Spätheimkehrern entschieden und mit 263 790,- ausbezahlt wurden.
- Die gesamten Kosten der sogenannten Kriegsfolgenhilfe im Rechnungsjahr 1954 einschließlich Kriegsgefangenenentschädigung
- betragen 3 106 389,52
- Sie wurden restlos vom Bund und Land Baden Württemberg dem Kreis Aalen ersetzt. Daneben haben aber der Kreis und die Gemeinden für Einheimische im Rahmen der allgemeinen
- Fürsorge 870 626,57
- ausgegeben, für die kein Ersatz gewährt wird.“

Eingliederung durch Vermögensumschichtung

„Die Militärregierungen forderten die deutschen Regierungen sofort auf, die ankommenden Vertriebenen möglichst rasch in die Bevölkerung einzugliedern. Berufliche Eingliederung, rechtliche Eingliederung, sozioökonomische Belange spielten darüber hinaus eine wichtige Rolle.

Der Gedanke eines Lastenausgleichs, dass die über den Krieg erhalten gebliebenen Sachwerte zu Gunsten der durch den Krieg und seine Folgen Geschädigten belastet werden mussten, war Ausdruck einer von weiteren Kreisen der Bevölkerung geteilten Ansicht.

Eine Vermögensumschichtung konnte aber nur auf dem Boden der bestehenden Gesellschaftsordnung und des Wirtschaftssystems der Westzonen vorgenommen werden.“⁴⁴

Neben den Vertriebenen erwarteten zugleich 6 Millionen Fliegergeschädigte in den Westzonen die volle Entschädigung ihrer Kriegssachschäden auf Grund der Kriegssachschädenverordnung vom 30. November 1940. Die Zahlungen waren seit Sommer 1945 storniert worden.

Mit der Ankunft der Vertriebenen in den drei Westzonen wuchs das Problem der wirtschaftlichen Eingliederung der zusätzlichen Bevölkerungsmassen zu einem immer stärker werdenden Druck auf die regierenden Instanzen. Die wachsende Bedürftigkeit breiter Bevölkerungsschichten verlangte nach gesetzlicher Hilfe.

Die erste diesbezügliche Maßnahme war das sogenannte „Soforthilfegesetz“ vom 24. Mai 1949. Es regelte die Gewährung von verschiedenen Hilfen, insbesondere von Unterhaltshilfe an die Hauptgruppen der Geschädigten, an die Vertriebenen, Sachgeschädigten, Wohnungsgeschädigten, sowie an politisch Verfolgte.

Als der Bundestag am 14. August 1952 das „Gesetz über den Lastenausgleich“ (LAG) verabschiedete, legte er in der Präambel fest, dass das LAG „unter dem ausdrücklichen Vorbehalt, dass die Gewährung und Annahme von Leistungen keinen Verzicht auf die Geltendmachung von Ansprüchen auf Rückgabe des von den Vertriebenen zurückgelassenen Vermögens bedeutet“, beschlossen worden ist. Der Lastenausgleich konnte also keine Entschä-

digung für die Vertreibungsverluste darstellen, sondern sollte als Nutzungsentschädigung gelten und Hilfe zur Selbsthilfe ermöglichen.

Probleme, Fakten und Leistungen der Lastenausgleichsverwaltung im Kreis Aalen für den Zeitraum bis 1955 stellt der folgende Beitrag des damaligen Leiters des Lastenausgleichsamtes beim Landratsamt Aalen, Kreis-Amtmann G. Pfisterer sehr anschaulich dar⁴⁵:

Drei Jahre Lastenausgleich

Von Kreis-Amtmann G. Pfisterer

Am 1. September 1955 sind 3 Jahre vergangen, seitdem das Lastenausgleichsgesetz nach fast zweijährigen schwierigen und mühevollen Beratungen durch die gesetzgebenden Körperschaften in Kraft getreten ist.

In den drei Jahren vor dem 1. September 1952 war das Soforthilfegesetz in Kraft. Mit dem Lastenausgleichsgesetz hatte sich der Gesetzgeber eine umfassende Aufgabe gestellt; es galt, rund 16 Millionen Menschen – Vertriebene, Kriegssachgeschädigte und Flüchtlinge, zu denen noch die Sparer- und Altsparergeschädigten hinzukommen – in der Bundesrepublik und West-Berlin weiter einzugliedern und ihnen in einem bestimmten Umfange für ihre durch die Kriegs- und Nachkriegsereignisse eingetretenen Verluste Entschädigung zu gewähren.

Die Leistungen aus dem Lastenausgleich vereinigen in sich soziale und quotale Elemente. Während zunächst die wirtschaftliche und soziale Eingliederung der Geschädigten vordringlich zu behandeln ist, soll in einem späteren Zeitraum die Zahlung der Hauptentschädigung im Vordergrund stehen. Heute – nach 3 Jahren – ist die Fortsetzung der Eingliederung immer noch ein Hauptanliegen der Lastenausgleichsverwaltung. Daneben müssen die sehr schwierigen Arbeiten zur Schadensfeststellung als Voraussetzung für die später zu zahlende Hauptentschädigung laufend betrieben werden. Sie sind zu einem weiteren Zentralpunkt der Lastenausgleichsverwaltung geworden.

Nach Inkrafttreten der Lastenausgleichsgesetze konnte die Ausgleichsverwaltung auf der vorhandenen Organisation der Soforthilfeverwaltung aufbauen, die in den zurückliegenden 3 Jahren mehr als verdoppelt werden musste, um die an sie gestellten Aufgaben zu meistern.

Die Ausgleichsverwaltung hat zur Durchführung des Lastenausgleichs neben dem Lastenausgleichsgesetz das Feststellungsgesetz, das Währungsausgleichsgesetz und das Altspargergesetz anzuwenden.

Jedes dieser vier großen Lastenausgleichsgesetze führt in zahlreiche weitere Rechtsgebiete hinein, mit denen sich die Ausgleichsverwaltung laufend befassen muss.

Als das Lastenausgleichsgesetz ergangen war, waren die meisten der 16 Millionen Geschädigten der Meinung, dass sich ihre durch das Gesetz begründeten Hoffnungen schon alsbald nach seinem Inkrafttreten erfüllen würden; sie hatten keine Vorstellung von den außerordentlichen Anlaufschwierigkeiten, den verwaltungsmäßigen Möglichkeiten und den Folgen, die sich aus der Riesenzahl der Anträge und Gesuchsteller ohne weiteres ergaben.

Hinzu kommt, dass sich das Lastenausgleichsrecht in ständiger Weiterentwicklung befindet. Das Lastenausgleichsgesetz wurde inzwischen acht Mal, das Feststellungsgesetz drei Mal und das Währungsausgleichsgesetz vier Mal geändert. So kam es, dass in vielen Fällen das Ausgleichsamt dem Grunde nach berechnete Ansprüche von Geschädigten nicht so rasch befriedigen konnte, wie es von diesen erwartet wurde und wie es meinen Mitarbeitern und mir lieb gewesen wäre.

Wenn auch noch viele Wünsche offen sind, es wurde viel Not gelindert und ein großes Arbeitspensum bewältigt. Möge jeder, der nur seinen Fall als den dringendsten sieht, bedenken, dass bei Berücksichtigung seines Antrages ein anderer, der die Hilfe vielleicht dringender benötigt, zurückstehen muss.

Die Bediensteten des Ausgleichsamtes sind sich bewusst, dass ihnen weiterhin große Aufgaben bevorstehen und sie werden ihre ganze Kraft zu deren Bewältigung einsetzen.

Lastenausgleichsgesetz

Textausgabe

des Gesetzes und der hierzu erlassenen weiteren
Vorschriften (Feststellungsgesetz, Gesetz über einen
Währungsausgleich für Sparguthaben Vertriebenen)
mit Sachregister

Mit einer Einführung und hinweisenden Bemerkungen
von Ministerialrat Dr. Jung
und Beiträgen
von Ministerialrat Gessler
und
Amtsgerichtsrat Ehring
(sämtlich im Bundesjustizministerium.)

DEUTSCHER BUNDES-VERLAG
BONN

Die Kriegsschadenrente in den beiden Formen der Unterhaltshilfe und der Entschädigungsrente hat Tausende von Geschädigten, Vertriebenen und Sparergeschädigten aus der Fürsorge herausgehoben. Auf diese Leistungen haben die Alten und Erwerbsunfähigen einen Rechtsanspruch.

Die Unterhaltshilfe betrug zu Soforthilfe-Zeiten für einen Alleinstehenden 70,- DM, für ein Ehepaar 100,- DM inzwischen wurden diese Sätze auf 85,- DM beziehungsweise 122,50 DM und ab 1. 6. 1954 auf 100,- DM beziehungsweise 150,- DM erhöht.

Invaliden-, Angestellten-, Kriegsgeschädigten – und andere – Renten werden auf die Unterhaltshilfe nicht voll angerechnet. Entschädigungsrente wird bei größeren Vermögensverlusten oder beim Verlust höherer Einkünfte gewährt.

Zur Zeit beziehen im Kreis Aalen 3457 Vertriebene Unterhaltshilfe neben 709 Sparergeschädigten, Kriegssachgeschädigten und Ostgeschädigten. Insgesamt werden monatlich zirka

340 000,- DM ausgezahlt. Zu diesem Betrag kommen noch Aufwendungen für die Krankenversorgung und das Sterbegeld. Entschädigungsrente beziehen 76 Vertriebene.

Die Hausratentschädigung ist der „Lastenausgleich des kleinen Mannes“. In der Mehrzahl der Fälle ist sie der einzige Anspruch aus dem Lastenausgleich. Wer an den Sprechtagen des Ausgleichsamtes die große Anzahl der Besucher sieht und anhört, weiß, dass diese Hilfe vordringlich abgewickelt werden muss. Noch haben viele die erste Rate nicht erhalten.

Von 15 600 Anträgen sind erst 11 000 bewilligt. Das Bundesausgleichsamt hat es für richtig gefunden, die Zahlungen der II. Rate für die Alten, die Kinderreichen und einige andere Gruppen bevorzugt freizugeben. Wer die I. Rate noch nicht hat, will diese Maßnahme nicht verstehen. Die II. Rate haben bis jetzt 4350 Geschädigte erhalten. Insgesamt wurden seit Inkrafttreten des Lastenausgleichsgesetzes an Hausrathilfe im Kreis Aalen 6 509 000,- DM ausgezahlt.

Die Förderung der Jugendlichen durch die Gewährung von Ausbildungshilfe ist eine ausgezeichnete Maßnahme der Eingliederung. Es handelt sich um Lehrlinge in anerkannten Lehrberufen, Schüler von höheren-, Mittel- und Fachschulen sowie von Studierenden.

Voraussetzung ist jedoch das Unvermögen, die Ausbildungskosten aus den Einkünften des Unterhaltspflichtigen beziehungsweise des Jugendlichen selbst zu bestreiten. Im Jahre 1954 wurden an über 700 Geschädigte insgesamt zirka 250 000,- DM Ausbildungshilfe gezahlt. Für das Jahr 1955 ist mit denselben Aufwendungen zu rechnen.

Einen breiten Raum in der Arbeit des Ausgleichsamtes nehmen die Eingliederungsdarlehen ein, zu denen die Aufbaudarlehen für die gewerbliche Wirtschaft und die freien Berufe, die Aufbaudarlehen für den Wohnungsbau und die Aufbaudarlehen für die Landwirtschaft gehören.

Hinzu kommen noch die Eingliederungsdarlehen zur Schaffung von Dauerarbeitsplätzen, deren Bedeutung in letzter Zeit sehr zurückgegangen ist. Es ist hier nicht der Platz, auf die Voraussetzungen

einzugehen, die erfüllt sein müssen, wenn eines der angeführten Darlehen gewährt werden soll.

Mit Aufbaudarlehen für die gewerbliche Wirtschaft und die freien Berufe wurden bisher 198 Vertriebene gefördert, davon 33 mit über 10 000,- DM. Die Summe der bewilligten Darlehen 1 397 000,- DM. Während vor 3 und 4 Jahren die Darlehensanträge noch in großer Anzahl eingingen, ist die Zahl und Güte der Anträge sehr zurückgegangen. Wer sich fachlich und persönlich durchgesetzt hatte, dem konnte bei den wenigen Eigenmitteln und vielleicht einem kleinen Soforthilfedarlehen durch einige tausend Mark weiteres Darlehen zur Sicherheit seiner Existenz geholfen werden.

Es muss an dieser Stelle erwähnt werden, dass bei den vom Ausgleichsamt Aalen gewährten Darlehen bis jetzt mit einem Verlust von zirka 1% der bisher gewährten Darlehenssumme zu rechnen ist, also ein erstaunlich niedriger Betrag.

Für den Wohnungsbau sollten mehr Mittel zur Verfügung stehen. Es ist unbefriedigend, einem Bauherrn zur Errichtung eines Eigenheimes, vielleicht der wirksamsten Maßnahme der Eingliederung, ein Darlehen von nur 3000,- DM gewähren zu können. Insgesamt wurden an 732 Bauherrn und Mieter 1,84 Millionen Darlehen gewährt. Hinzu kommen 371 000,- DM für 228 Umsiedlerwohnungen.

Aufbaudarlehen für die Landwirtschaft wurden an 187 Geschädigte (davon 3 Sachgeschädigte) mit 1 766 200,- DM gewährt. Es befinden sich 106 Nebenerwerbsstellen darunter.

Das Gesetz über einen Währungsausgleich für Sparguthaben Vertriebener vom 27. 3. 1952 ist in gewissem Sinne eine Ausdehnung der Währungsreform auf Sparguthaben aus den Vertreibungsgebieten, die an sich von der Währungsreform im Bundesgebiet, also von der Umstellung nicht erfasst wurden.

Es gewährt Entschädigung zur Abgeltung von Verlusten, die an Sparguthaben Vertriebener im Zusammenhang mit der Vertreibung entstanden sind. Zum Nachweis des Sparguthabens nach Grund und Höhe sind nur bestimmte Beweismittel zugelassen.

In Kürze ist eine Durchführungsverordnung zu erwarten, die die Frage der Beweismittel abschließend klären wird, so dass sehr wahrscheinlich über die noch unerledigten Anträge, falls ihnen zugelassene Beweismittel beigelegt sind, in Bälde entschieden werden kann.

Bisher wurden von den Geldinstituten und dem Ausgleichsamt 6700 bewilligende Bescheide erteilt und damit 1 848 000,- DM Entschädigung gewährt.

Die Feststellung von Schäden erstreckt sich bei Vertriebenen auf land- und forstwirtschaftliche Vermögen, Grund- und Betriebsvermögen, Gegenstände der Berufsausübung oder der wissenschaftlichen Forschung, auf Schäden an Hausrat, Reichsmarkspareinlagen, andere privatrechtliche geldwerte Ansprüche und auf Anteile an Kapitalgesellschaften sowie an Geschäftsguthaben bei Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften. Andere Vermögensverluste wie etwa an barem Geld, Kunstgegenstände, Sammlungen und so weiter werden nicht festgestellt.

Die Schadensfeststellung wird die umfangreichste und schwierigste Arbeit des Ausgleichsamtes werden. Mühsam wird in den meisten Fällen an Hand von Zeugenaussagen, Plänen, Photos usw. das Wesentliche zusammengetragen werden müssen. Die Heimatauskunftsstellen, denen zahlreiche Unterlagen in Form von Güteradressbüchern, Markungskarten usw. zur Verfügung stehen, haben bereits im Jahre 1953 die Arbeit aufgenommen und in diesen Tagen sind den Ausgleichsämtern die ersten Bewertungsblätter für landwirtschaftliches Vermögen zugegangen.

An dieser Stelle wird an alle Geschädigten, die Anträge auf Schadensfeststellung gestellt haben, die dringende Bitte gerichtet, selbst alles zu unternehmen, was der einwandfreien Schadensfeststellung dient; insbesondere die an sie gerichteten Fragen erschöpfend zu beantworten. Damit ist ihnen selbst am besten genützt.

Von den insgesamt beim Ausgleichsamt Aalen eingereichten 17 300 Anträgen auf Schadensfeststellung betreffen 15 700 Vertreibungsschäden. Bis jetzt lag das Schwergewicht auf der Bearbeitung der Hausratschäden.

In Zukunft wird der Feststellung der übrigen Vermögensverluste größeres Gewicht beikommen, da wie bereits gesagt, nun auch die Arbeit der Heimatauskunftsstellen zu auswertbaren Ergebnissen führt. Formelle Feststellungsbescheide sind jedoch bis heute erst 44 ergangen.

Möge dieser knappe Bericht, es musste manches unerwähnt bleiben, dem Leser einen Einblick in die Arbeit des Ausgleichsamtes geben und möge es zum Verständnis der Arbeit der Angestellten und Beamten dieses Amtes, die in ihrer Mehrzahl selbst Geschädigte sind, beitragen.

Er möge auch zu bedenken geben, dass die Leistungen nach dem Lastenausgleichsgesetz nur bewilligt werden können, weil die entsprechenden Mittel von den Nichtgeschädigten oder weniger Geschädigten durch Lastenausgleichs-Abgaben aufgebracht werden, in vielen Fällen nur unter persönlichen Opfern und Einschränkungen.

Über die Höhe der Lastenausgleichsleistungen kursieren illusorische Vorstellungen. Ein ausgewiesener Kenner der Materie und Mitarbeiter an der Lastenausgleichsgesetzgebung, der langjährige Bundestagsabgeordnete Dr. Herbert Czaja, rückte die Leistungen anlässlich eines Vortrags in Schwäbisch Gmünd am 14. 10. 1995 ins rechte Licht.

„Der Lastenausgleich ist über Gebühr gelobt worden. Im Durchschnitt haben Berechtigte eine Hauptentschädigung von 4000,- DM bekommen, es gibt ganz wenige, die 50 und 60 000,- DM bekommen haben. Eine Aufstockung gab es durch die Zinsen ab 1952“.

Alois Schubert

Organisationen der Heimat- vertriebenen

Die Flüchtlinge und Heimatvertriebenen trafen in den neuen Aufnahmegemeinden nicht nur auf die für sie zunächst fremden Einheimischen, sondern auch die Schicksalsgefährten waren Fremde. Sie bildeten also in der Regel keine homogene Gruppe, sondern waren nach landsmannschaftlicher Herkunft, nach Sprache, Mentalität, Sitten und Gebräuchen, häufig auch nach dem religiösen Bekenntnis von unterschiedlicher Prägung. Eine Identität war nur durch das gleiche Schicksal, durch sehr ähnliche Erlebnisse und Erfahrungen, auch bei Aufnahme und Unterbringung, beim Mangel am Notwendigsten, durch die Probleme bei der Arbeitsplatzsuche, – durch das Anderssein als die einheimische Bevölkerung schlechthin – gegeben und dadurch fühlten sich die Vertriebenen miteinander verbunden.

Durch die Vertreibungen waren Familien- und Dorfgemeinschaften zerrissen worden, waren die Transportzüge ins Aufnahmeland Deutschland nach dem Streuprinzip in die unterschiedlichsten Regionen gelenkt worden. Die Suche nach Familienangehörigen, nach Verwandten, Freunden, Bekannten war zuerst ein wichtiges Anliegen. Suchdienste wurden organisiert, Vermittlung von Anschriften war eine bedeutungsvolle Aufgabe. Eine Zusammenführung war in der Regel nicht möglich, weil sie von der amtlichen Zuzugsgenehmigung abhängig war. Die wurde an Personen von außerhalb des zugewiesenen Kontingents nicht erteilt.

Mit der zunehmenden Dauer der Anwesenheit in einer Gemeinde, im Lande überhaupt, nahm unter den Vertriebenen das Bedürfnis nach der Bildung von eigenen Zusammenschlüssen aber zu. Dies hatte mehrere Gründe und zielte auch in verschiedene Richtungen. Im gemüthhaften und auch im kulturellen Bereich erwachten die aus der Heimat noch bestehenden Bindungen und verlangten nach Pflege

der Beziehungen, der heimatlichen Geschichte, des Brauchtums, der vertrauten Geselligkeit.

Über diese landsmannschaftlich geprägten Bedürfnisse hinaus, wurde es aber immer deutlicher klar, dass die gemeinsamen Interessen der Vertriebenen gegenüber dem Aufnahmeland, dass der Wille und die Bereitschaft zur Mitgestaltung beim Wiederaufbau, die Fähigkeit zur Durchsetzung von lebensnotwendigen Vorstellungen nur durch einen organisatorischen Zusammenschluss der Vertriebenen erreicht werden konnte.

Dem allerdings stand von Anfang an das Koalitionsverbot der Besatzungsmacht der Bildung von Zusammenschlüssen der Vertriebenen gegenüber. War die Furcht vor der möglichen politischen Radikalisierung von Millionen von Menschen dafür die Ursache? Andererseits stand die Maßnahme im eklatanten Widerspruch zum demokratischen Prinzip der Versammlungsfreiheit. Und Demokratie sollte ja eingeübt werden . . .

Der „Kreishilfsverband der Neubürger“

Am 10. 3. 1947 entschied die Militärregierung: „Den Vertriebenen wird die Bildung nichtpolitischer Organisationen in der amerikanischen Besatzungszone gestattet. Jede weitere Betätigung bleibt untersagt.“⁴⁶ Die gebotene Chance nutzend, entstand im Herbst 1947 in Aalen ein örtlicher „Hilfsverband“.⁴⁷ – Von dieser Initiative in der Kreisstadt ausgehend, wurden auch in den anderen Städten und Gemeinden des Kreises Aalen entsprechende Gremien gegründet; es waren immer und überall die gleichen Probleme, die zu lösen waren. Am 21. 2. 1948 fand in Aalen im Gasthof „Eintracht“ die gründende Hauptversammlung eines „Hilfsverbandes der Neubürger“ für den Kreis

Aalen statt. 63 Vertreter der Kreisgemeinden waren anwesend. Die Behörde bewilligte zur Unterstützung des neuen Verbandes einen Finanzbeitrag. Erster Kreisvorsitzender wurde Josef Bretz aus Unterkochen, Geschäftsführer Wilhelm Hof, dessen Vertreter Franz Langer, beide aus Aalen.

Im ersten Jahr des Bestehens des Kreisverbandes hatten sich bereits 21 Ortsgemeinschaften angeschlossen. In rascher Folge wurden weitere gegründet. An einem der wenigen Orte, die ohne eine Ortsgruppe blieben, hatte der Bürgermeister die Gründung behindert, weil er daraus Nachteile für die bestehenden örtlichen Vereine befürchtete. Er hatte die echte Hilfsfunktion des Verbandes nicht erkannt.

„Die Betreuungsarbeit begann zunächst in der Volksküche Aalen, erfolgte danach in der Bahnhofstraße 48 und ab 20. 8. 1948 in der Mittelbachstraße 13“ in Aalen. Die ehrenamtlichen Helfer wurden in vielfältiger Weise mit Anfragen, Auskünften, Vermittlungen, Anträgen, Behördengängen in Anspruch genommen. Die Behörden stützten sich auf die Mitarbeit des „Hilfsverbandes“ und unterstützten deshalb seine Tätigkeit vorbehaltlos, nahm er doch im Informationsbereich ihnen eine Menge Arbeit ab.

„Eine große Entlastung für die Kreisgeschäftsstelle in Aalen bedeutete die unermüdliche Tätigkeit des Ortsobmannes der Stadt Ellwangen, Stadtrat Johann Schulz, der in seiner Beratungsstelle, Priestergasse 16, auch die umliegenden Ortsgemeinschaften mitbetreute.“

Es war ein unbeschreiblich großes Potenzial an ehrenamtlicher Arbeit, das hier in selbstloser Weise von den Helfern des Hilfsverbandes geleistet wurde, ohne Entschädigung für den Aufwand, ohne Vergütung, zu Gunsten der Eingliederung der Vertriebenen, zur Schaffung besserer Lebensbedingungen für jeden einzelnen Fall.

„Am 4. Juli 1948 fand die erste Großkundgebung dieses Hilfsverbandes statt, an der einige tausend Menschen teilnahmen, so dass sie der Spritzenhaussaal gar nicht fassen konnte. Damit wurde auch erstmalig die Stärke der Vertriebenenorganisationen dokumentiert, welche auch den in der Zwischenzeit gewählten Vertretern der Vertriebenen in den Selbstverwaltungskörperschaften den notwendigen

Rückhalt für ihre verantwortungsvolle Tätigkeit schuf.

Nicht nur in Stadt und Kreis Aalen war die Tätigkeit des „Hilfsverbandes der Neubürger“ notwendig und erfolgreich.

Im Bereich von Württemberg-Baden entstanden zwischen September 1947 und August 1948 in allen Landeskreisen die „Hilfsverbände der Neubürger“. Bereits im August 1948 bildete sich eine Arbeitsgemeinschaft der „Hilfsverbände der Neubürger“ in Nordwürttemberg. Nach dem April 1949 schlossen sich die Kreisverbände dem 1949 von Dr. Linus Kather gegründeten „Zentralverband der vertriebenen Deutschen“ (ZdV) an. Landesvorsitzender wurde Dr. Karl Mockler aus Schwäbisch Gmünd. Die vier Landesverbände der Vertriebenen in Baden-Württemberg schlossen sich am 9. November 1952 zum „Bund der vertriebenen Deutschen“ (BvD) zusammen. Eine organisatorische Änderung führte 1958 zur Entstehung des BdV („Bund der Vertriebenen.“)⁴⁸

Über die weitere Arbeit des Hilfsverbandes und seine hervorragende Resonanz bei seiner Klientel bis zum Jahre 1955 gibt der Auszug aus einem Bericht des Kreisgeschäftsführers Butschek Auskunft:

„Den Vorsitz im Kreishilfsverband Aalen hatte nach Josef Bretz inzwischen Josef Metzke übernommen. Nachdem dieser krankheitshalber bei der nächstfolgenden Wahl im Jahre 1950 sein Amt zur Verfügung stellte, wurde Dr. Anton Grimmer zum Vorsitzenden des Kreishilfsverbandes gewählt.

Die Beratung in der Geschäftsstelle war sehr vielseitig. Nachdem am 1. April 1949 der Betrieb in die Helferstraße 1b verlegt wurde und die Arbeiten einen solchen Umfang angenommen hatten, dass sie ehrenamtlich nicht mehr zu bewältigen waren, entschloss man sich im September 1949 Kurt Gröger hauptamtlich als Geschäftsführer einzustellen, der sein Amt mit viel Erfolg geführt hat, wobei ihm das Gründungsmitglied Franz Langer zur Seite stand. Durch das Anlaufen des Soforthilfegesetzes und der Darlehensmöglichkeiten herrschte ein dauernder Hochbetrieb, und nur durch die aufopfernde Tätigkeit vieler Mitarbeiter war es möglich, einen reibungslosen Ablauf der Betreuung zu gewährleisten. In Anerkennung der großen Arbeit zum Wohle der Heimatvertriebenen und durch die damit

verbundene Entlastung der Behörde wurde auch von Seiten des Landratsamtes ein monatlicher Finanzbeitrag zur Verfügung gestellt.

Durch ein Entgegenkommen von Seiten der Herausgeber der Schwäbischen Post erfolgte am 1. November 1951 die Verlegung der Geschäftsstelle in die Remonte, und hier war auch die räumliche Möglichkeit, die Beratung und Betreuung zu vertiefen. Die Zahl der Ortsgemeinschaften konnte auf über 50 erhöht werden. Mit dem Inkrafttreten des Lastenausgleichsgesetzes vervielfachte sich die Arbeit in der Geschäftsstelle in fast nicht mehr zu überwindende Ausmaße. Es wurden im ganzen Kreis Schulungsaktionen für die Ausföhlhelfer durchgeführt, bei denen sich neben einigen Amtswaltern des Verbandes besonders die Herren Pfisterer und Oelmaier als die leitenden Kräfte des Ausgleichsamtes verdient machten. In diesen Monaten glich die Geschäftsstelle einem Bienenhaus, und nur derjenige, welcher mit der Materie vertraut ist, kann sich ein Bild von der großen Arbeit vorstellen, zumal auch die laufenden Agenden in der Geschäftsstelle ebenfalls stark zunahmen.

Der Verband wurde und wird von den Heimatvertriebenen in allen Lebenslagen in Anspruch genommen, und dies hat sich bis heute nicht geändert. Auf Grund von Absprachen mit den einzelnen Heimatgruppen und Landsmannschaften fand am 20. 9. 1952 im „Alten Löwen“ in Aalen eine Delegiertentagung der Vertriebenen statt, und im Mittelpunkt stand die Überleitung des Kreishilfsverbandes in den Bund der vertriebenen Deutschen, Kreishilfsverband Aalen. Bei der abgehaltenen Geheimwahl wurde Dr. Anton Grimmer, Lauchheim, wieder zum Kreisvorsitzenden gewählt. Am Nachmittag sprach in Anwesenheit der Behörden des Kreises und der Stadt sowie zahlreicher Gäste erstmals der Minister für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte, Eduard Fiedler, zu den Delegierten des Verbandes. Die Singgruppe Essingen, unter Emil Schneider, umrahmte diese Feier. Man war sich darüber einig, dass die produktive Arbeit zur Betreuung und Beratung auf wirtschaftlichem, kulturellem und sozialem Gebiet das Hauptaugenmerk aller Vertriebenenvertreter sein muss und die Rückgewinnung der Heimat oberstes Ziel bleibt.

Anfang 1953 übernahm der frühere Flüchtlings-

obmann von Zipplingen, Rudolf Butschek die Stelle des Kreisgeschäftsführers. Durch rege Versammlungstätigkeit und Aufklärungsarbeit in den einzelnen Ortsgemeinschaften, mit denen auch durch regelmäßige Rundschreiben ein ständiger Kontakt gehalten wird, konnte ein weiterer Ausbau des Verbandes erzielt werden, der in fast jeder Gemeinde des Kreises seine eigene Ortsgemeinschaft hat und damit als ein lebendiger Verband auf völlig überparteilicher und überkonfessioneller Grundlage nach den Grundregeln von der untersten Ebene bis zur Spitze organisiert ist. Der Kreishilfsverband umfasst in 55 Ortsgemeinschaften 4000 Haushaltungsvorstände und mit den Familienangehörigen zusammen mehr als die Hälfte aller Heimatvertriebenen des Kreises Aalen überhaupt.

Mit 1. Juli 1954 musste die Geschäftsstelle ihre bisherige Unterkunft in der Remonte räumen, da das Haus für Zwecke des Finanzamtes benötigt wurde. Durch ein Entgegenkommen der Kreisverwaltung bzw. des Kreisverbandes konnten neue, für die Betreuungsarbeit gut geeignete Räume im Gebäude des Kreisverbandes Aalen, Neue Heidenheimer Straße Nr. 38, gemietet werden.⁴⁹

Für die umfassenden Aufgaben staatlicher Daseinsvorsorge und Gesetzgebung bezüglich der Vertriebenenproblematik waren Landes- und Bundesverband Anreger, Interessenvertreter und unermüdlicher Mahner. Ohne diesen Einsatz wäre die Integration der Heimatvertriebenen und Flüchtlinge nicht so erfolgreich gelungen.

Landsmannschaftliche, kulturelle und Standesverbände

Weiter vorn wurde bereits auf die Bedürfnisse zur Bildung landsmannschaftlich orientierter Vereinigungen verwiesen. Die Bildung solcher Zusammenschlüsse konnte nicht ausbleiben, sofern nur ein entsprechend großer Kreis von Landsleuten aus dem eigenen, engeren oder auch weiteren Heimatbereich sich regelmäßig und leicht erreichbar zusammenfinden konnte. Erinnerungen an die vertrauten Bereiche der Heimat, deren Kultur, der Gebrauch der heimatlichen Umgangssprache oder Mundart, Austausch von Rezepten, von Back- und

Küchenerfahrungen, Erzählungen von Festen und Bräuchen, Berichte über Nachrichten „von daheim“ schufen die wohlthuende Atmosphäre von Verstehen und Verstandenwerden, schufen das Erlebnis „wieder daheim gewesen“ zu sein. Dazu kamen Lichtbildervorträge, Volkstumsabende, Dichterlesungen, gemeinsames Feiern von Festen und sonstige kulturelle Veranstaltungen.

Das Anspruchsniveau orientierte sich dabei an Anlass und Situation, entsprach nicht nur dem Bedürfnis nach Zusammenhalt und Gemütlichkeit. Die hohen kulturellen Werte aus den Heimatgebieten auch im Aufnahmeland zu vermitteln, war ein wichtiges Anliegen. An landsmannschaftlichen Vereinigungen entstanden vor allem in den Städten Aalen, Ellwangen, Wasseralfingen, Bopfingen u.a. folgende Gruppen:

- Sudetendeutsche Landsmannschaft
- Landsmannschaft der Ost- und Westpreußen
- Schlesische Landsmannschaft
- Ostdeutscher Heimatbund
- Landsmannschaft der Deutschen aus Ungarn
- Egerländer GmG
- Heimatgruppe Jeschken-Isargau
- Arbeitsgemeinschaft der Wischauer Sprachinsel
- „Bruna“-Heimatverband der Brünnener Deutschen
- Deutscher Böhmerwaldbund

In besonderer Weise nahm sich der Pflege des Liedgutes aus dem ostdeutschen Bereich die neu gegründete „Singgemeinde Oberkochen“ unter Leitung von Ing. Walter Tittor an. – In Essingen bildete sich eine Gruppe zur Pflege von Volkslied und Volkstanz. Die Mitglieder trugen die Trachten der Heimat, nannten sich aber Volkstumskreis Albuch. Wirtschaftlichen Interessen diente der Zusammenschluss von heimatvertriebenen Unternehmern, die mit der Gründung von Betrieben wieder Fuß zu fassen versucht hatten, in der Gruppe „Heimatvertriebene Wirtschaft“.

Standespolitischen Fragen ebenso wie der persönlichen Unterstützung bezüglich der Aufnahme in den Schuldienst des Landes Württemberg-Nordbaden widmete sich die „Arbeitsgemeinschaft sudetendeutscher Lehrer und Erzieher“ unter der Leitung von Oberschulrat i.R. Franz Habermann in Aalen.

Neben der Wiedereinstellung in den Schuldienst ging es um die Anerkennung der Dienstzeiten in der alten Heimat, um die von Prüfungen, von Verwendung in Leitungsstellen, aber auch um die Klärung von Versorgungsproblemen der Ruheständler und ihrer Angehörigen. – Darüber hinaus waren die Pflege des heimatlichen Kulturgutes und die Vermittlung von Kenntnissen über die verlorenen Heimatlandschaften der Vertriebenen wichtige Anliegen.

Der Arbeitsgemeinschaft der Wischauer Sprachinsel gelang es später, die Stadt Aalen für die Übernahme der Patenschaft über die Sprachinseldeutschen zu gewinnen und im Stadtmuseum eine Abteilung für die Ausstellung von Wischauer Spezifika zu erreichen.

Übrigens zeigt auch die Ostdeutsche Heimatstube im Heimatmuseum in Niederalfingen, Gemeinde Hüttlingen, Gebrauchs- und Erinnerungsstücke aus den deutschen Vertriebenengebieten.

Im Jahre 1980 übernahm die Stadt Ellwangen die Patenschaft für die Heimatvertriebenen aus dem Kreis Kaplitz im Böhmerwald.

Ein wichtiges Anliegen der Verbände war die Einbindung der Jugend in ihre Reihen. Spezielle Jugendgruppen entstanden, so wie auch in anderen Lebensbereichen die Bemühungen um aktive Jugendarbeit aufblühten. In Aalen war eine Gruppe von Böhmerwaldjugend unter Leitung des Lehrers Gustav Schuster aktiv. Nachfolgende Gruppen in Ellwangen und Wasseralfingen schlossen sich im Jahre 1953 mit den Aalenern in der „Deutschen Jugend des Ostens“ (DJO) zusammen. Katholisch orientierte Jugendliche trafen sich in Ellwangen, Aalen und Essingen in der „Junge Aktion“ der Sudetendeutschen Ackermann-Gemeinde.

Politische Bestrebungen der Heimatvertriebenen

Schon die „vorläufigen Richtlinien für die Betreuung der Flüchtlinge und Vertriebenen“ vom 26. September 1946 ermöglichten den Vertriebenen und Flüchtlingen die Beteiligung „an den von der Militärregierung genehmigten Vereinigungen politischer Art“, und zwar „wie die Alteingesessenen“, so der § 5. Die „Staatsbürgerlichen Rechte“ regelte der

§ 9: „1. Den Flüchtlingen und Vertriebenen, die die deutsche Staatsangehörigkeit besitzen, stehen die staatsbürgerlichen Rechte wie anderen neu zugezogenen Deutschen zu. 2. Flüchtlinge und Vertriebene, die nicht deutsche Staatsbürger waren, erwerben diese Rechte nach Maßgabe der Gesetze.“ Dies ermöglichte den Vertriebenen zumindest theoretisch, schon sehr früh, die Teilnahme an den Kommunalwahlen. Praktisch waren die Vertriebenen aber von den Kommunalwahlen im Januar 1946 und danach am 7. Dezember 1947, wenigstens zum Teil ausgeschlossen, weil das Wahlrecht eine mindestens 12 Monate währende Anwesenheit am Wahlort voraussetzte.

„Bereits in der Gemeinderats- und Kreistagswahl am 7. 12. 1947, wo erstmalig die Masse der Heimatvertriebenen das aktive und passive Wahlrecht erhielten, wurden in fast allen Gemeinden des Kreises Vertriebene in die Gemeindegremien gewählt. Es würde zu weit führen, alle Gemeinden aufzuzählen, und deshalb wollen wir uns auf die Kreistagswahlen und die Gemeinderatswahl in Aalen konzentrieren. Im Dezember 1947 wurden in den Kreistag drei Heimatvertriebene gewählt, nämlich Dr. Anton Grimmer, Lauchheim (zugleich Mitglied des Kreistrats), Ing. Wolfgang Nesbeda, Unterkochen, und Josef Weikert, Essingen. In den Stadtrat Aalen zogen Wilhelm Hof und der 1952 verstorbene Arthur John ein.“⁵⁰

Bei der gleichen Wahl kandidierte in Ellwangen neben CDU, Freie Wähler, SPD, KPD auch die „Freie Wählerversammlung ‚Gemeinschaft‘ (neue Wähler)“, eine Wählerversammlung heimatvertriebener Kandidaten. Von den 18 zu wählenden Gemeinderäten errang diese Liste 4 Mandate; damit lag ihr Anteil bei ca. 22,5 %.⁵¹

„Die Gemeinderatswahl 1951 brachte in Aalen den Vertriebenen drei Mandate, nämlich Wilhelm Hof, Arthur John (ab 1952 Werner Schneider) und Gustav Schuster. Die Wahlen im November 1953 ergaben eine wesentliche Erweiterung der Sitze, so dass heute im Stadtrat Aalen sieben Heimatvertriebene tätig sind (Wilhelm Hof, Gustav Schuster, Dipl.-Ing. Wilhelm Hausotter, Werner Schneider, Dr. Franz Markert, Franz Langer, Rudolf Kunze). Mitglieder des Kreistages sind heute: (1953 bis 1959) Dr. Anton Grimmer (zugleich Kreistrat), Emil

Schneider (zugleich Kreistrat), Dr. Georg Sadowski, Dr. Wilhelm Franzl, Johann Schulz, Max Bermgann und Kurt-Georg Katla.

Alle gewählten Vertreter der Heimatvertriebenen, ob in den Gemeinden oder im Kreis, werden immer bestrebt sein, die Belange der Gesamtgemeinde unter Berücksichtigung der besonderen Verhältnisse der Vertriebenen zu vertreten, damit zum Wohle des Kreises Aalen und seiner Bürger die kommunalpolitischen Ziele erreicht werden.“⁵²

„Nach der Aufhebung des Koalitionsverbots durch die Besatzungsmächte traten die Vertriebenen auf Landesebene bei der zweiten Landtagswahl in Württemberg-Baden am 19. November 1950 zum ersten Mal mit einer eigenen Partei in Erscheinung und erzielten einen beachtlichen Erfolg. Der DG-BHE zog mit 14,7 % der Stimmen bzw. mit 16 Abgeordneten in den Landtag ein.“ Der Kreis Aalen war durch den Abgeordneten Walter Trittor (bis 1952) vertreten.⁵³ Einen sehr engagierten Vertreter ihrer Interessen fanden die Heimatvertriebenen auch im Landtag jederzeit durch den einheimischen Aalener Landrat Dr. Anton Huber (CDU), der dem Landtag von 1950 bis 1972 angehörte. Ab 1953 bis 1964 vertrat Dr. Karl Mocker (BHE) die Interessen der Vertriebenen des Kreises Aalen im Landtag. Unterbrochen wurde seine Abgeordnetentätigkeit von 1960 bis 1962 durch ein Mandat für Franz Geppert (GDP = Gesamtdeutsche Partei).

Der Sudetendeutsche Dr. Karl Mocker war nach der Vertreibung seit 1948 als Rechtsanwalt in Schwäbisch Gmünd tätig. Entschieden trat er für die Rechte der Vertriebenen ein. Im Landtag von Baden-Württemberg zunächst als GB/BHE (= Gesamtdeutscher Block/Bund der Heimatvertriebenen und Entrechteten), ab 1971 Beitritt zur CDU. Als Staatssekretär für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte im Innenministerium des Landes hatte er Sitz und Stimme im Kabinett von 1972 bis 1976. „Dr. Mocker war die entscheidende Persönlichkeit der Vertriebenen in den Jahrzehnten nach Kriegsende.“ Als Landesvorsitzender des Vertriebenenverbandes (BvD, dann BdV) vertrat er von 1949 bis 1981 nachhaltig deren Anliegen.⁵⁴

1964 bis 1967 vertrat Adolf Hasenöhl, ein Sudetendeutscher, den Wahlkreis Aalen, neben Dr. Anton Huber (CDU), für die SPD. Das Mandat

hatte er über die Landesliste erhalten.⁵⁵ (Der Ostalbkreis, 1992 – S. 225)

Erwähnung verdient durch seinen Einsatz für die Heimatvertriebenen auch Dr. Konrad Theiss. Zwar aus der Lausitz/Niederschlesien stammend, hatten ihn Heirat und Beruf schon früh den Weg in's Schwabenland geführt. Als Caritasdirektor in Stuttgart gelang es ihm zwischen 1945 bis 1948 alte Häuser, verwaiste Schlösser und Baracken für Flüchtlinge und Heimatvertriebene anzumieten. Er gründete die „Caritas-Flüchtlingshilfe“ und war 1945 Mitbegründer des Landesflüchtlingsausschusses. Im Landtag war er von 1946 bis 1950 als Abgeordneter der CDU für Fragen der Flüchtlinge und Vertriebene beauftragt und zuständig. 1948 erhielt er zusammen mit dem aus Breslau stammenden Dr. Johannes Binkowski von der Militärregierung die Verlagslizenz zur Herausgabe der Zeitung „Schwäbische Post“ für den ostwürttembergischen Raum. Damit war der Umzug nach Aalen verbunden, von wo aus er weitere Arbeit bei der kulturellen Eingliederung der Vertriebenen leistete.⁵⁶

Im Ersten Deutschen Bundestag wurde der Wahlkreis Aalen/Schwäbisch Gmünd (bis 1956) durch einen Heimatvertriebenen, durch den aus Oppeln (Schlesien) stammenden Journalisten Dr. Rudolf Vogel vertreten. Es gelang ihm sehr bald, im Bundestag eine einflussreiche Position in der CDU-Fraktion und in den Ausschüssen zu erringen. Im Wahlkreis wurde seine rührige Aktivität gerühmt.⁵⁷ Politisch war das Jahr 1951 durch die Auseinandersetzung um die staatliche Neugliederung des deutschen Südwestens geprägt. Der DG BHE, der im Stuttgarter Landtag mit 16 Abgeordneten vertreten war, engagierte sich eindeutig für die Bildung des Südweststaates. Bei der Volksabstimmung am 9. Dezember 1951 nahmen die Vertriebenen erstmals an einer Volksabstimmung teil. Ihre hohe Wahlbeteiligung dürfte für den Ausgang der Ab-

stimmung zugunsten der Bildung des Südweststaates ausschlaggebend gewesen sein. Nach der Bildung des neuen Bundeslandes, das damals den Namen Baden-Württemberg erhielt, „haben die Vertriebenen durch ihren Landtagsabgeordneten Dr. Karl Mockler in der Verfassungsgebenden Landesversammlung in der Diskussion um die neue Landesverfassung durchsetzen können, dass in dieser das Menschenrecht auf die Heimat festgeschrieben wurde (16. Juni 1953).“⁵⁸ – Im ersten Hauptteil „Vom Menschen und seinen Ordnungen“ lautet der Satz (2) des Artikels 2 wie folgt: „Das Volk von Baden-Württemberg bekennt sich darüber hinaus zu dem unveräußerlichen Menschenrecht auf die Heimat.“

Der Einsatz für die Bildung des Südweststaates und das Bestreben, an der Verfassung des neuen Bundeslandes mitzuwirken und die eigene leidvolle Erfahrung vorsorglich zu Gunsten auch der zukünftigen Bevölkerung des Landes einzubringen, zeigt den Wunsch und das Bestreben nach politischer Mitwirkung der neuen Bürger. Wenn es Beachtung verdient, dass der Initiator solchen Einsatzes, Dr. Mockler, aus dem ostwürttembergischen Raum kam, so darf auch darauf hingewiesen werden, dass die ganz große und in ihrer Art einmalige Maßnahme, die Verkündung der „Charta der deutschen Heimatvertriebenen“ am 5. August 1950 vor dem Neuen Schloss in Stuttgart, unter Anwesenheit von Heimatvertriebenen auch aus unserem Kreis stattfand. Der feierlich erklärte Verzicht auf Rache und Vergeltung für das erlittene Unrecht, das Bekenntnis zur Schaffung eines geeinten Europas und die Bereitschaft, durch harte unermüdliche Arbeit am Wiederaufbau Deutschlands und Europas teilzunehmen, entsprang bester christlich-abendländischer Gesinnung und wies den positiven Weg in eine bessere Zukunft.

Alois Schubert



Heimatvertriebene als Wallfahrer auf dem Schönenberg bei Ellwangen. Sie kamen aus allen Himmelsrichtungen. Zu ihrer Beförderung setzte die Deutsche Bundesbahn sieben Sonderzüge ein.

Religiöses Leben, Kirchen – Caritas

Bei der Einweisung in die westdeutschen Aufnahmegebiete wurde auf die Konfessionszugehörigkeit der Heimatvertriebenen ebenso wenig Rücksicht genommen wie auf die Möglichkeiten von Großfamilien, von dörflichen oder sonstigen Gemeinschaften.

Konfessionelle Vermischung

Somit gelangten Katholiken in evangelische Gemeinden, Evangelische in ein katholisch geprägtes Umfeld. In die bis Kriegsende fast rein evangelischen Gebiete Nordwürttembergs wurden vor allem Sudetendeutsche, die fast ausschließlich katholisch waren, und Südostdeutsche, die überwiegend katholisch waren, verpflanzt; eine Stärkung des evangelischen Bevölkerungsanteils brachten die eher evangelischen Ostdeutschen in diesen Bereich. In das katholische Südwürttemberg gelangten zunächst keine Heimatvertriebenen, weil die französische Besatzungsmacht die Aufnahme von Vertriebenen verweigerte; dies unter Berufung auf ihre Nichtteilnahme an der Potsdamer Konferenz. Erst nach 1949 gelangten relativ wenige Vertriebene in die französische Zone, vor allem im Gefolge der Binnenumsiedlung.

Der Zuzug von Menschen mit fremder Konfession in eine seither religiös homogene Umgebung brachte vielfache Veränderungen mit sich, die zuerst unvorstellbar schienen. Es mag wohl so gewesen sein, dass zunächst alle, Einheimische wie Heimatvertriebene sich nicht vorstellen konnten, dass die Zuweisung so vieler fremder Menschen in die neue Umwelt von Dauer sein sollte, so wenig die Vertriebenen glauben wollten, dass das erlittene Unrecht von Enteignung und Vertreibung nicht revidierbar sein sollte.

Im religiösen Bereich hatten vielfach das erlittene Unrecht sowie die hoffnungslose Not und das Elend eine Rückbesinnung auf christliche Werte bedeutet. Dankbarkeit für das Bestehen von Gefahren, fürs Überleben, für das Erreichen von Freiheit und die Zuversicht auf erhoffte Gerechtigkeit und Hilfe öffneten auch verhärtete Herzen, und der alte Satz „Not lehrt beten“ erfuhr nicht selten neue Belebung. Im übrigen hatten sich die Kirchen als einzige Institutionen erwiesen, die ihren Bestand über Kriegs- und Nachkriegszeit hinweg ohne nachhaltige Einschränkungen, zumindest in den westlichen Besatzungszonen, gesichert hatten.

Der überwiegende Teil der vertriebenen Bevölkerung suchte damals auch seelischen Trost und erwartete ihn vom religiösen Halt und im Kirchenbesuch. Vor allem die Pflege heimatlich gewohnter Gottesdienstformen wurde gesucht. „Beten und singen wie daheim“ schenkte das Gefühl von Geborgenheit und vom Verstandensein in einer oft kalten und abweisenden Umgebung.

Wallfahrten

Immer schon trieb es Menschen zu Plätzen und Orten, an denen sich der gläubige Mensch Gott besonders nahe fühlte, wo Gott besonders geneigt ist, die Bitten der Gläubigen zu erhören – gemeint sind die Orte der Wallfahrer. Der Schönenberg bei Ellwangen ist ein solcher Ort. Sehr früh nach ihrer Ankunft im Aufnahmeland trieb es gläubige Vertriebene dorthin, um Hilfe zu erleben in ihren Nöten und Sorgen, um die Wende des Unglücks zu erbitten, aber auch um zu danken für das Überstehen von Gefahr und Verfolgung. Sehr rasch wurde der Schönenberg bei Ellwangen zum bevorzugten Ziel der Wallfahrten der Heimatvertriebenen, wenn

im Lande natürlich auch andere Wallfahrtsorte besucht wurden.

Schon im Jahre 1946 wallfahrteten katholische Vertriebene mehrfach auf den Schönenberg, trafen sich dort mit Landsleuten aus der alten Heimat und, wie es das Katholische Sonntagsblatt vom 27. Oktober 1946 beschrieb, um „wieder einmal katholische Heimatluft“ zu atmen. Die US-Militärbehörden beobachteten die Wallfahrtsbewegung mit großem Misstrauen. Auch in den Jahren 1947 und danach war der Schönenberg schon das Ziel großer „Flüchtlingswallfahrten“, die vorwiegend landsmannschaftlich organisiert waren; im Sommer 1947 besuchten 12 000 Menschen aus allen Heimatgebieten den Schönenberg. – Am 25. Juni 1950 folgten dorthin mehr als 25 000 Teilnehmer der Einladung zur Diasporawallfahrt mit dem neuen Bischof Dr. Carl Joseph Leiprecht, der ein großer Freund der Heimatvertriebenen war. Allmählich entwickelte sich eine regelmäßige Form für den Ablauf eines solchen Wallfahrtstages: Der festliche Gottesdienst am Vormittag am Berghang war stets mit einer Glaubenskundgebung verbunden. Von Bedeutung war für die Teilnehmer aber immer auch das Treffen mit Landsleuten. Der Tag klang stets mit einer Segensandacht in der Basilika in der Stadtmitte aus. Wichtig war der Gesang der aus der Heimat vertrauten Messgesänge und Lieder. Stets war der Zelebrant des Gottesdienstes entweder ein aus dem Heimatland bekannter und beliebter Priester oder ein Bischof mit besonderer Beziehung zu den Vertriebenen. Als Redner bei den Glaubenskundgebungen wechselten prominente Theologen und Politiker ab. Der prominenteste Redner war Bundeskanzler Dr. Konrad Adenauer am 1. Mai 1960. Ihn wollten sogar 50 000 Teilnehmer sehen und hören. Das war die höchste je erreichte Teilnehmerzahl einer Vertriebenenwallfahrt. Mit Sonderzügen und Omnibussen kamen die Wallfahrer aus allen erreichbaren Teilen des Landes hier zusammen. 20 000 bis 25 000 Teilnehmer waren im ersten Jahrzehnt die Regel. Der Schönenberg bei Ellwangen im Landkreis Aalen entwickelte sich zu einem der bedeutendsten Wallfahrtsorte der Heimatvertriebenen, nicht nur im Lande Baden-Württemberg, sondern in der ganzen Bundesrepublik. Diese Traditionswallfahrten werden bis in die Gegenwart weiter-

geführt und immer noch gelten sie in der Diözese Rottenburg-Stuttgart als die Wallfahrten mit der höchsten Teilnehmerzahl. Dazu trägt die Teilnahme von Spätaussiedlern aus den östlichen Staaten bei. Einen besonderen Akzent erhielten die Wallfahrten auf den Schönenberg auch dadurch, dass manche Teilnehmer in ihrer alten Heimattracht erschienen. Dort, wo die Tracht vor der Vertreibung noch die Alltagskleidung gewesen war, war sie auch das Kleid der Vertreibung geworden, und im neuen Aufnahmeland versuchten vor allem die Alten, die Traditionen zu wahren und sich in der Kleidung nicht mehr den aktuellen Modetrends anzupassen. An den Trachten oder Kleidersitten konnte man dann erkennen, woher diese Träger stammten, und die Landsleute erkannten sich auch in der großen Masse rasch am gemeinsamen Kleid. So fand manche Dorfgemeinschaft wieder zusammen. Meist gehörten der Rosenkranz, das sonntägliche Gebetbuch und auch das Taschentuch mit Spitze in der Hand zur Ausstattung vor allem der weiblichen Pilger. Mit dem Altern und Aussterben der Traditionsträger schwand allmählich diese bunte, belebende Bereicherung aus dem Bild der vertrauten Wallfahrt.

Die Wallfahrt auf den Schönenberg ist nicht die einzige Wallfahrt, die eine so lange Tradition weiterführt. Eine örtlich begrenzte Wallfahrt wird heute noch in Aalen-Ebnat gepflegt. Seit 1948 treffen sich am Nachmittag des Christi-Himmelfahrts-Tages die Pilger aus Oberkochen – Ebnat – Waldhausen und Unterkochen in Form einer Sternwanderung an der Waldkapelle „Maria Eich“ auf Gemarkung Aalen-Ebnat. In mehr als 50 Jahren ist daraus ein gern besuchtes Begegnungstreffen auch zwischen Alt- und Neubürgern geworden. Die Andacht hielten heimatvertriebene wie auch einheimische Geistliche. Von einer anderen Wallfahrt nach Maria Eich berichtet der Karpatendeutsche Alexius Moser aus Aalen: „Im Herbst 1949 bat ich Caritasdirektor Dr. Theiss, ob er nicht zu den Vertriebenen sprechen wolle. Unweit von Ebnat-Aalen sei eine Kapelle, wo wir zusammenkommen könnten. Voller Freude hat dies Pater Sorg (Pfarrer in Ebnat) begrüßt. Mit der Bahn sind wir dann von Aalen nach Ebnat gefahren und dann mit anderen Vertriebenen, den Rosenkranz betend, nach Maria Eich gepilgert. [...] Als

Heimatvertriebene!

Am Sonntag, dem 6. Mai 1956

beteiligen wir uns mit unserem Hochwürdigsten Herrn

Weihbischof Wilhelm Sedlmeier

an der diesjährigen großen

Wallfahrt

der Heimatvertriebenen auf den Schönenberg

10 Uhr:

Empfang und Einzug des Hochwürdigsten Herrn
Weihbischofs Wilhelm **Sedlmeier**.

Begrüßung durch Stadtpfarrer Msgr. Alfons **Härtel**
Pontifikalmesse und **Predigt**.

13 Uhr: Marienandacht

Predigt: Prälat Dr. Adolf **Kindermann**

Schlußwort des Hochw. Herrn **Weihbischofs**
und bischöflicher Segen.

Rückführung des Gnadenbildes in die Wallfahrtskirche.

Um die Wallfahrt innig und eindrucksvoll zu gestalten, werden die Teilnehmer gebeten, möglichst in Prozessionen auf den Schönenberg zu wallen.

Nach der Marienandacht ist Gelegenheit geboten, die Grabstätte des ehrwürdigen Diener Gottes **P. Philipp Jeningen** in der Stiftskirche in Ellwangen zu besuchen.

Diese Wallfahrt soll erneut unsere Liebe und Verehrung zur Gottesmutter zum Ausdruck bringen.

Ab 15 Uhr treffen sich die Teilnehmer nach Herkunftsländern in folgenden Gaststätten Ellwangers:

Ungarndeutsche: Wilder Mann, Turnhalle

Schlesier:
Weißer Ochs, Café Winter, Rose

Egerländer und Westböhmen:
Roter Ochs, Café Rieger, Gold. Kreuz

Böhmerwald: Goldener Fuchs,
Anker, Waldhorn, Café Schimmel

Ostböhmen und Schönhengstgau
(**Riesengebirge, Altvater**): Kanne,
Grüner Baum, Altdeutsche Weinstube

Nordböhmen:
Bahnhofrestaurant, Rosengarten

Nord- und Südmähren:
Weißbochenkeller, Mohrei, Engel

Karpaten- und Slowakendeutsche
Rumänien-, Jugoslawiendeutsche
Goldener Hirsch, Germania, Löwenkeller

Ostpreußen und Ostdeutsche:
Kronprinzen, Platz an der Rotenbacher
Straße links der Jagstbrücke

Alle heimatvertriebenen Katholiken sind zu dieser ihrer eigenen großen Wallfahrt herzlich eingeladen.

Caritas-Flüchtlingshilfe
Ackermann-Gemeinde

Hilfsbund Karpatendeutscher Katholiken

Eichendorffgilde
Gerhardswerk

Redner sprach der damalige Landtagsabgeordnete Dr. Theiss zu den Vertriebenen. – Ich stellte nach der Wallfahrt fest, dass man diese Veranstaltung als sehr erfolgreich bezeichnen könne und bat dann Dr. Leber aus Stuttgart, dass wir gemeinsam eine große Wallfahrt für alle Südostdeutschen veranstalten sollten und zwar am letzten Sonntag im April.⁵⁹ Gemeint war eine Wallfahrt auf den Schönenberg. Der Plan gelangte zur Ausführung. Am 24. April 1950 konnte die Wallfahrtskirche auf dem Schönenberg die Masse der Pilger kaum fassen und bei der Großkundgebung war die neue Turnhalle in Ellwangen eine Stunde vor Beginn bereits überfüllt. Stadt- und Kreisverwaltung waren anwesend, ebenso war der Staatsbeauftragte für das Flüchtlingswesen, Edmund Nowotny, aus Stuttgart gekommen. Als Redner bezeichnete Dr. Leber die derzeitige Unterbringung „großer Flüchtlingsmassen als einen völlig unhaltbaren Zustand. Die Wohnverhältnisse, unter denen heute noch Tausende von Flüchtlingen kümmerlich ihr Dasein fristen, seien geradezu unmenschlich.“⁶⁰ Alle Redner forderten den Bau von Wohnungen und Siedlungen und gaben den Zuhörern Hoffnung und Zuversicht bezüglich der Lösung ihrer dringenden Probleme. Mit der kleineren Wallfahrt nach Maria Eich bei Ebnat auf dem Härtsfeld hatte Alexius Moser auch einen Anstoß zur Gestaltung der bedeutungsvollen Wallfahrten auf den Schönenberg bei Ellwangen gegeben, indem er, den Wunsch vieler erkennend, diesen an die geeignete Instanz herantrug.

Folgen für die Kirchengemeinden

Waren die Wallfahrten singuläre Ereignisse des Jahres, bei denen heimatliche Lieder und Gebete an die verlorene religiöse Tradition der Heimat erinnerte, so war die Aufnahme der Heimatvertriebenen in ihren neuen Pfarrgemeinden eine andere Sache, aber eine solche von gewichtiger Bedeutung für viele. In diesem Bereich waren die unterschiedlichsten Erfahrungen zu machen. Überall war die Situation anders:

So waren z. B. im protestantisch geprägten Aalen einheimische Katholiken aus dem weiten katholischen Umland erst im 19. Jahrhundert durch die

Industrialisierung ansässig geworden. Erst 1868 wurde die neugotische Marienkirche als erstes katholisches Gotteshaus seit der Reformation erbaut und 1872 eine katholische Pfarrei errichtet. 1912 wurde die Salvatorkirche gebaut. Nach dem Zweiten Weltkrieg verschaffte ein überaus starker Zuwachs an heimatvertriebenen Katholiken der katholischen Gemeinde das quantitative Übergewicht in der Stadt.

In dem protestantischen Nachbardorf Essingen wohnten bis zum Zustrom katholischer Vertriebenen nur ganz wenige Katholiken. Diese gehörten früher zur Pfarrei Mögglingen, ab 1909 zur Pfarrei Hofherrnweiler. Schon früher hatte für ihre wenigen Gläubigen die Pfarrgemeinde im Ort ein Haus gekauft und darin eine kleine Kapelle eingerichtet. Der massenhafte Zustrom von Katholiken ließ das Bedürfnis nach dem Bau einer Kirche übermächtig werden, so dass bereits im Jahre 1947 die Grundsteinlegung für einen Kirchenbau erfolgte.

Von Seiten der einheimischen Katholiken geschah die materielle Hilfe, also die Besorgung von Baumaterial, seitens der Vertriebenen dann der tatkräftige Einsatz mit praktischer Arbeit, ein frühes Beispiel integrativer Zusammenarbeit. Ein neugebildeter Kirchenchor konnte anno 1949 bereits die Kirchenweihe begleiten.

Weil es an Notenmaterial fehlte, wurden die alten Lieder aus dem Gedächtnis niedergeschrieben und von einem Chorleiter aus der Wischauer Sprachinsel bearbeitet. Das Chorleiteramt blieb bis 1992 in derselben Familie und damit auch die Pflege des heimatlichen Liedgutes in der Pfarrei. Initiative und Zusammenarbeit dieser Gläubigen wurden durch Geistliche gestärkt, die selbst Heimatvertriebene, die Bedürfnisse ihrer Gläubigen kannten und verstanden.

Eine ganzheitliche Zusammenarbeit mit dem weltlichen „Hilfsverband der Neubürger“ war möglich. Die kirchliche Jugendarbeit identifizierte sich mit diesen Anliegen und ermöglichte die integrativen Kontakte mit Bündeln auf Landes- und Bundesebene.

Die Gemeinde Hüttlingen dagegen erlebte eine Veränderung in anderer Richtung. Gab es früher kaum ein Dutzend Evangelische, so stieg deren Zahl bis 1955 auf rund 500 Gläubige an. Es waren

Ungarndeutsche und nordostdeutsche Vertriebene, die diesen Wandel bewirkten. Hüttlingen wurde vom evangelischen Pfarrer aus Fachsenfeld betreut. Dorthin mussten ursprünglich auch die Kirchenbesucher zum Gottesdienst gehen. Dann durfte der Gottesdienst in einem Schulsaal abgehalten werden, dort stand sogar ein Harmonium zur Liedbegleitung zur Verfügung. Der katholische Pfarrer erlaubte danach die Abhaltung von Gottesdiensten in der kleinen historischen Friedhofskapelle. Im Jahre 1966 wurde die eigene evangelische „Versöhnungskirche“ gebaut.

Die genannten Beispiele sollen zeigen, dass auch in diesem Lebensbereich der Zustrom von Heimatvertriebenen nicht folgenlos geblieben ist. Mehrere Kirchenneubauten wurden im Landkreis Aalen notwendig, weil neue Pfarreien gegründet werden mussten, oder auch, weil die Zunahme an Gläubigen die Kapazität der alten Kirchen sprengte.

Bezüglich der Aufnahme der Heimatvertriebenen in die Kirchengemeinden gab es große Unterschiede, wobei es wesentlich davon abhing, ob der Pfarrer einheimischer Herkunft und Ausbildung oder selbst Heimatvertriebener war, ob es sich um eine bodenständige Gemeinde oder eine Diasporagemeinde oder gar um eine Pfarrgemeinde handelte, die erst durch Vertriebenenzustrom entstanden war. Die Erfahrungen der Vertriebenen konnten von Anteilnahme, besonderem Eingehen auf ihre Bedürfnisse, Verständnis, Hilfsbereitschaft bis zu Gleichgültigkeit oder gar kalter Ablehnung und Verachtung reichen, jeweils abhängig von der lokalen Situation. Wohl eher selten gingen Bräuche, die Vertriebene mitgebracht hatten und weiter pflegten, in den allgemeinen Gebrauch über.

So berichtet der schon vorher genannte Alexius Moser davon, dass der Brauch, an Allerheiligen auf den Gräbern am Friedhof Kerzen zu entzünden, bis dahin in Aalen nicht bekannt gewesen sei. Allmählich sei der Brauch dann immer mehr auch von Einheimischen übernommen worden.

Die Einweisung der konfessionsverschiedenen Heimatvertriebenen in der Diaspora bis in die letzten Häuser der Einheimischen zwang zu gegenseitigem Kennenlernen in intensiver Art und Weise. Dabei lernte man nicht nur gegenseitig von einander sogar Mundartausdrücke und Kochrezepte,

Verhaltensmuster und Gebräuche kennen, sondern beobachtete und erlebte religiöses Gedankengut, Sitten, Gebräuche und religiös motiviertes Handeln.

Es ist nicht zu bestreiten, dass das gegenseitige Kennenlernen, der Umgang miteinander, langfristige Folgen im Hinblick auf das Anerkennen der jeweils anderen Religionsbekenntnisse hatte. Manche Vorurteile wurden wohl auf diese Weise abgebaut, während die Vorstellungen von ökumenischer Zusammenarbeit der Konfessionen wuchsen.

Gewiss konnte von einer Reihe negativer Erlebnisse ebenso berichtet werden, von Zurückhaltung bis Abneigung und Zurückweisung, aber tendenziell darf wohl vom Abnehmen im Laufe der zeitlichen Entwicklungen gesprochen werden.

Eine positive Langzeitwirkung ging auch von gezielten Hilfsmaßnahmen der Kirchen aus, z. B. wenn der Minderheitenkonfession die Abhaltung von Gottesdiensten in der örtlichen Kirche gestattet wurde, oder wenn Caritas und Kirchliches Hilfswerk über Konfessionsgrenzen hinweg Bedürftige betreuten. Der bereits genannte Alexius Moser berichtet, dass ihm der evangelische Dekan in Aalen mit einer Geldspende von 50 Mark den Druck von Einladungsplaketen für die erste Wallfahrt in Ellwangen ermöglicht habe.

Solche vertrauensbildende Maßnahmen waren wohl entscheidende Grundlagen für das Aufeinanderzugehen auch im religiösen Bereich, das seinen Niederschlag im aktuellen Wunsch nach ökumenischer Zusammenarbeit der Kirche findet.

Hilfe durch die Caritas

Die beiden großen christlichen Kirchen leisteten mit ihren Hilfsorganisationen „Caritas“ und „Hilfswerk der evangelischen Kirche“ auch materielle Hilfe. Deren Dienste waren zwar nicht den Heimatvertriebenen ausschließlich vorbehalten, wurden aber meistens von ihnen in Anspruch genommen. Um bedürftigen Menschen zu helfen, existierten schon seit dem 19. Jahrhundert in einzelnen Pfarrgemeinden caritative Einrichtungen.

Ein systematischer Aufbau einer Caritasorganisation erfolgte vor und nach dem Ersten Weltkrieg.

Im „Dritten Reich“ behinderte das NS-Regime diese Arbeit weitgehend und erst nach dem Zweiten Weltkrieg zwang die Not der Zeit zum intensiven Auf- und Ausbau neuer Strukturen. Die ehrenamtliche Pfarrcaritas war überfordert, als der große Strom der Heimatvertriebenen aufzunehmen war. Für den Caritas-Verband von Württemberg war dies der Anlass, hauptamtliche besetzte Kreiscaritasstellen ins Leben zu rufen.

Für Aalen bestellte zum 1. April 1946 der damalige Caritas-Verwaltungsdirektor Dr. Konrad Theiss (später Verleger der Schwäbischen Post und Gmünder Tagespost), die aus Oberschlesien stammende Fürsorgerin Leni Berg als Leiterin der Caritas-Kreisstelle für den ganzen Landkreis Aalen und die drei „Flüchtlingslager“ in Wasseralfingen. Der Innendienst, der sich auf praktische Hilfen zur Eingliederung, auf Hilfe bei der Suche nach Wohnung und Arbeit und bei Behördenvorsprachen bezog, geschah zunächst vom Pfarrbüro St. Salvator aus, danach, als dieses dem Andrang nicht mehr gewachsen war, vom „Alten Löwen“ aus.

Um auch in den Dörfern tätig sein zu können, erhielt sie auf Bezugschein ein Fahrrad. Landrat Dr. Anton Huber unterstützte diese Tätigkeit engagiert. Eine weitere Aufgabe war die Organisation und Durchführung von Lebensmittelsammlungen, die als „Fasten- und Erntedankopfer“ zwei Mal im Jahr durchgeführt wurden.

Mit Lastwagen des Caritasverbandes in Stuttgart wurden die Lebensmittel eingesammelt und von Frau Berg bei ihrer Sprechstunde an bedürftige Personen verteilt. Zur Durchführung wurde ihr einmal bis zweimal pro Woche ein Auto mit Fahrer vom Landratsamt zur Verfügung gestellt. Diese Tätigkeit endete, als die größte Not durch den wirtschaftlichen Aufschwung behoben war.

Das Evangelische Hilfswerk.⁶¹

„Der Hunger klopft an unsere Türen. Durch die Häuser, durch die Städte, von Jammer verfolgt, schreitet das Unglück. Obdachlose, verzweifelte Menschen rufen um Hilfe – Darum lasst uns an die Arbeit gehen, glauben, beten und opfern.“ So rief Landesbischof Theophil Wurm von der evangelischen Kirche am 1. August 1945 zur Hilfe auf. Dies war auch das Startsignal für das Evangelische Hilfswerk.

Im Oktober 1946 wurde in Aalen Hermann Weller als Bezirkshelfer eingesetzt. Sein Aufgabenfeld war die Betreuung und Versorgung von 11 800 „Flüchtlings“ im Dekanat Aalen. Er wurde mit der Erlaubnis zu predigen und zum Leiten von Bibelstunden ausgestattet – ein Hinweis darauf, dass neben die materielle Betreuung auch die seelsorgliche treten sollte.

„Wir baten die Menschen, ihre Zuversicht auf Gott zu setzen. Mit den Händen aber waren wir ein Güterbahnhof, der ein- und auslädt.“ Im Remonte-Zentrum, auf dem Dachboden der heutigen Eichendorffschule, war die Ausgabe der Lebensmittel und Hilfsgüter eingerichtet.

Aber auch in die 25 Pfarrgemeinden des Dekanats im Umkreis von 40 km brachten der Bezirkshelfer und seine in gleicher Funktion tätige Tochter Erika „Schmierseife, Kaugummi, Schulhefte, Bekleidung, Schuhe, Geschirr – eben alles was gebraucht wurde.“ Es waren Spenden aus Amerika, aber auch von Aalens Geschäfts- und Privatleuten. Trotzdem war die Hilfe nur ein Tropfen auf den Stein.“ – Im Jahre 1952 kam es zum Zusammenschluss von Evangelischem Hilfswerk und Innerer Mission.⁶²

Alois Schubert

Aus der Sicht der US-Militär- behörden

Die US-Militärverwaltung betrachtete die Ankunft, Aufnahme, Betreuung und Unterbringung der „Flüchtlinge“ offiziell und ausschließlich als eine deutsche Angelegenheit, die von den deutschen Behörden zu bewältigen war.

Wie in allen anderen Bereichen blieb ihr aber auch in diesem die letzte Entscheidungs- und Weisungsbefugnis vorbehalten. Sie schenkte diesem Bereich sehr große Aufmerksamkeit und ergriff von Fall zu Fall auch die Initiativen zur Lösung der Probleme.

Dies geht aus den bisher nicht zugänglich gewesenen Unterlagen der Militärbehörden hervor. In wöchentlichen Berichten wurde an das Hauptquartier in Stuttgart über die Lage in Stadt und Kreis Aalen berichtet, wobei es erstaunlich ist, wie weit das Spektrum der Beobachtung vom allgemeinen Überblick bis zum individuellen Erleben einzelner Personen reicht.

Welche Themen wurden beobachtet und im Bericht beschrieben?

- Registrierung von Nachrichten über die bereits erfolgte oder bevorstehende Ankunft von Flüchtlingen oder von planmäßigen Vertriebenentransporten,
- Beurteilung von Aufnahmekapazitäten, von Versorgungsmängeln, von Unterbringungsproblemen in Stadt und Land, vom Gesundheitszustand der Ankommenden und ihrer diesbezüglichen hygienischen Betreuung, auch bezüglich bestehender Seuchengefahr, von Arbeitsmarktproblemen, von Differenzen zwischen Einheimischen und Heimatvertriebenen,

Das „Flüchtlingsproblem“ in den Berichten der Militärregierung Aalen⁶³

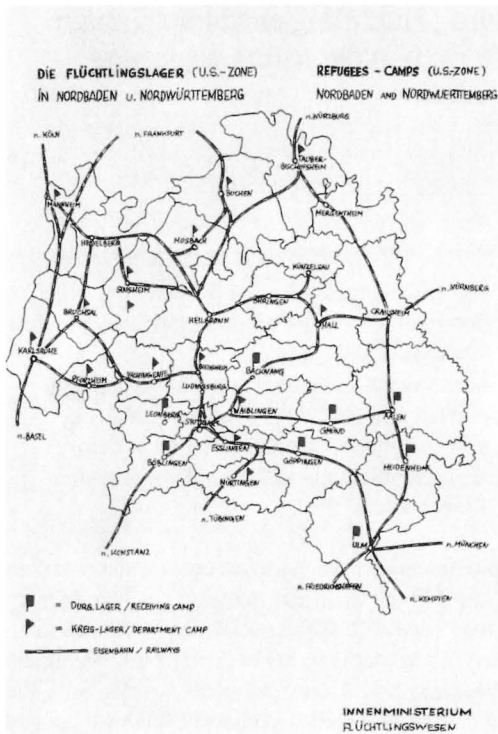
von Stimmungen unter der Bevölkerung, unter den Heimatvertriebenen im besonderen und dem Ansteigen von Klagen, vom Mangel an Herden und Ofenrohren, ein gravierendes Problem vor allem im Winter, von Verkehrsproblemen, die sich aus dem Berufspendlerturn ergeben und von weiteren Problemen.

Die Sammlung der Berichte entwirft ein detailreiches Bild der Zustände, die sich aus dem Hineinpferchen von 32 000 zusätzlichen Menschen in einen Lebensraum, der seither von 82 000 Menschen bewohnt, belebt und bearbeitet worden war, der höchstens bescheidene Lebensverhältnisse bot und dies in einer Zeit, in der der Mangel selbst am Lebensnotwendigsten überall vorherrschte, und Not und Elend nach der deutschen Niederlage dominierten.

Die Eindrücke müssen so einprägsam gewesen sein, dass selbst die Vertreter der Siegermacht Inhumanität feststellen und ankreiden und für Abhilfe sorgen. Der Wochenbericht vom 2. Januar 1946 hält Folgendes fest:

„21. Flüchtlinge und displaced persons
Flüchtlinge: Der Landkreis Aalen hat zur Zeit ungefähr 12 600 Flüchtlinge, die im gesamten Kreisgebiet verteilt sind. Von diesen kommen 4600 aus dem Osten, vertrieben aus Österreich, Schlesien und der Tschechoslowakei.

Die übrigen 8000 wurden aus den westlichen Teilen Deutschlands evakuiert. Ein weiterer Transport mit ungefähr 3600 Personen aus dem Osten soll in der ersten Januarwoche hier ankommen. Vorbereitungen, um diese Personen medizinisch zu untersuchen, unterzubringen und zu ernähren, wurden gemacht. Das Untersuchungs-



team besteht aus 8 Ärzten, 30 Krankenschwestern und 20 Helfern.

Die Unterbringung und die Ernährung der Flüchtlinge ist Aufgabe des Landrats. Nach der Erstuntersuchung und nach der Registrierung durch das Wirtschaftsamt [im Text als Food Registration Office bezeichnet] werden die Flüchtlinge im gesamten Kreis verteilt und in Privathäusern untergebracht. Die Zahl der Personen für jedes Haus hängt vom verfügbaren Stockwerkraum ab.“

Die folgenden Berichte registrieren die Ankunft von weiteren DP's und Flüchtlingen. Die Ankunft wird u. a. auch deshalb mit Sorge betrachtet, weil die Seifenration herabgesetzt wurde. Die Seife wird als lebenswichtig angesehen, um befürchtete Hautkrankheiten zu heilen oder zu verhindern. Die Unterbringung und Versorgung sowie die bessere Koordination zwischen den deutschen Behörden, über die Landesgrenzen hinweg, bereiten ebenfalls Sorgen.

„Bericht der Militärregierung Aalen vom 13. März 1946

1b Zusammenfassung der Situation:

Die Ankunft von deutschen Flüchtlingen aus dem Osten geht schneller vonstatten als die Personen anständig untergebracht werden können. Ein Zug mit 1272 Flüchtlingen kam an, während im Durchgangslager noch ungefähr 400 Personen auf den Weitertransport in andere Teile der Zone (des Kreises) warteten. Größere Bemühungen und eine bessere Koordination der deutschen Behörden auf Landesebene sind erforderlich, um dieses Lager so schnell wie möglich zu räumen.“

Hygienische Probleme spielten für die US-Armee eine bedeutende Rolle, weshalb die folgende Meldung wichtig erschien:

„21. Flüchtlinge und DP's:

Keine neuen Entwicklungen mit der Ausnahme, dass neulich eine Entlausungsstation der Wehrmacht entdeckt wurde, die sich in Wasseralfingen befindet und die gerade zum Gebrauch für Flüchtlinge repariert wird.“

Stimmungsberichte vom Mai, Juni und Juli 1946 zeugen von Unzufriedenheit, von falschen Hoffnungen, sogar von Hass gegen die Zugezogenen:

„Bericht der Militärregierung Aalen vom 14. Mai 1946

1b Zusammenfassung der Situation:

Die fortgesetzte Bewegung von Flüchtlingen in diesem Kreis beansprucht jedermanns Aufmerksamkeit. Die Leute in der Gegend ärgern sich über die weiteren Transporte und fürchten, dass dies die Lebensmittelrationierung verschärfen wird oder sie dadurch gezwungen würden, in ihre früheren Häuser zurückzukehren. Die Flüchtlinge sind darüber verärgert, dass sie ihre früheren Heime zu verlassen hatten, und die Geschäfte, wie auch die Situation ist alles andere als glücklich.“

„Bericht der Militärregierung Aalen vom 11. Juni 1946

1b Zusammenfassung der Situation:

Es gibt umlaufende Gerüchte, dass es bald eine

Auswanderungsmöglichkeit von deutschen Flüchtlingen nach Brasilien, Australien und in andere südamerikanische Länder geben wird. Flüchtlinge aus Schlesien sind voller Hoffnung, dass sie bald in ihre Heimat zurückkehren werden. Denn hier in Süddeutschland werden sie mehr oder weniger als Ausgestoßene betrachtet. Eine Flüchtlingsfrau aus Schlesien wurde von 5 Hausfrauen aus Aalen bedrängt und angegriffen bei der Öffnung eines Gemüseladens. Einige Bemerkungen gegenüber dieser schlesischen Flüchtlingsfrau waren: Geh dorthin zurück, wo du herkommst. Ihr Flüchtlingsschwein! Und andere Bemerkungen dieser Art.“

„Bericht der Militärregierung Aalen
vom 9. Juli 1946

1b Summary of the Situation

Das Nahrungsmittel-, Flüchtlings- und Unterbringungsproblem sind noch immer die drei Themen, die mit dem größten Hass diskutiert werden.“

„Bericht der Militärregierung Aalen
vom 16. Juli 1946

Der Kreistag kam am 10. Juli 1946 zu einer Sitzung zusammen, in der Wirtschaftsangelegenheiten und das Flüchtlingsproblem als Hauptthemen behandelt wurden. Eine angeheizte Diskussion entstand, als bekannt wurde, dass weitere 6000 Flüchtlinge noch im Kreis angesiedelt werden müssen und eine heftige Knappheit an Unterbringungsmöglichkeiten noch immer vorherrscht.

Ein Sprecher verbreitete sich über die Tatsache, dass eine aktive Widerstandsbewegung aus der Bevölkerung heraus entstehen könnte, wenn nicht in nächster Zukunft etwas getan werde, um die Bedingungen zu erleichtern. Die mangelhafte Zusammenarbeit zwischen Bayern und Württemberg beim Flüchtlingsproblem wurde von mehreren Sprechern betont.

Zahlreiche Vorschläge wurden gemacht, Schlösser und andere große Anwesen zu beschlagnahmen, um die zukünftigen 6000 Vertriebenen unterzubringen.“

Die folgenden Berichte stehen für sich. Die Notlage spitzt sich immer mehr zu und strebt ihrem Höhepunkt entgegen. Unzufriedenheit, Lascheit, Be-

quemlichkeit, ja sogar Bestechlichkeit und Günstlingswirtschaft behindern Problemlösungen:

„Bericht der Militärregierung Aalen
vom 20. August 1946

Die Flüchtlingssituation verbessert sich nicht. Dieses Büro wurde darauf aufmerksam gemacht, dass die Stadt Aalen überhaupt nicht mit dem Kreisflüchtlingskommissar kooperiert, dass große Zahlen von Vertriebenen in Turnhallen und ein Schulgebäude [Gartenschule] gesteckt und keine Bemühungen unternommen wurden, sie anständig unterzubringen. Eine persönliche Untersuchung durch den Verbindungs- und Sicherheitsoffizier hat dies bestätigt. In einer Schulturnhalle lebten annähernd 100 Personen jeden Alters und Gesundheitszustands ohne jede Koch- und Bademöglichkeit. In einer anderen gab es keine Matratzen und etwa 50 Personen schliefen auf dem Boden.

Einige Leute hatten in dieser Situation über acht Wochen ausgehalten, der überwiegende Durchschnitt zwischen drei Wochen und einem Monat.

In Anbetracht der Umstände war der Zustand der Personen überraschend sauber, die Moral war dagegen natürlich sehr schlecht. Dieses Gesundheitsrisiko wurde dem Bürgermeister Balluff gemeldet, der entgegnete, dass er in dieser Angelegenheit wegen der Knappheit an Unterbringungsmöglichkeiten wenig tun könne.

Auf die Anforderung hin, dass etwas getan werden müsse und dies sofort, sagte er, er müsse zunächst den Gemeinderat befragen. Die Situation ist noch immer nicht gelöst und Balluff wurde befohlen, über sein Handeln oder Nichthandeln innerhalb von drei Tagen diesem Büro zu berichten.

Die Behauptung, es gebe zu wenig Platz, ist nicht wahr. Die Stadt Aalen hat lediglich 2500 zusätzliche Vertriebene aufgenommen und dieses Büro weiß von der Günstlingswirtschaft und der laschen Umsetzung des Kontrollratsgesetzes Nr. 16.

Es sind viele Häuser bekannt, die überhaupt nicht entsprechend ihrer Möglichkeiten genutzt werden. Der Unterbringungsbeauftragte ist ein zu alter Mann für diese Position und er hat zu viele alte Freunde in der Stadt. Oft wird der Vorwurf gemacht, dass ein „Päckchen Zigaretten oder ein Pfund Butter zu einem Zimmer führt aber zu sonst nichts.“

„Bericht der Militärregierung Aalen
vom 27. August 1946

Keine Verbesserungen haben sich bei der Unterbringung von Vertriebenen in der Stadt Aalen im Vergleich zum Bericht von letzter Woche ergeben. Im Gegenteil, die Situation hat sich verschlechtert. Weitere Personen wurden in Turnhallen unter bedenklichen Bedingungen für die Gesundheit und Moral untergebracht. Die Zahl beläuft sich gegenwärtig auf 400.

Lediglich unwirksamste und erfolglose Versuche werden gemacht, um Unterbringungsmöglichkeiten für die Leute zu finden. Der Bürgermeister hat eine außerordentliche Sitzung des Gemeinderats einberufen, um über die Bedingungen zu beraten. Das Ergebnis war, dass „Etwas getan werden sollte“. (Diese Feststellung ist nicht spaßig gemeint, sondern eine wahrhaftige Wiedergabe des getroffenen Beschlusses).“

„Bericht der Militärregierung Aalen
vom 10. September 1946

Die Situation der Unterbringung der Vertriebenen in Aalen hat sich während der vergangenen Woche zu einem gewissen Grad entspannt. Ungefähr 100 Vertriebene wurden in privaten Häusern untergebracht, der Rest, weitere 100 werden bis Mitte dieser Woche in den Quartieren der Unteroffiziere und Mannschaften in der früheren Remonte-Kaserne untergebracht. Dieses Gebäude, das während des Krieges beschädigt wurde, ist repariert worden, um dieses Problem zu lösen. Ein großes Problem ist die Möblierung. Betten, Schränke, Tische und Stühle sind bestellt worden; bis jetzt wurden jedoch nur 40 Betten geliefert. Alle Vertriebenen, die in Massenquartieren in den Turnhallen für viele Wochen und Monate untergebracht waren, werden diese Woche in die Unterkünfte gebracht, bevor der neue Transport ankommt.

Das Wohnungsamt hat einen Ausschuss eingesetzt, der Privathäuser auf freien Wohnraum überprüft. In dem sie Nicht-Aalener für diese Arbeit einstellen, hofft der Ausschuss zu vermeiden, dass die oberen Klassen oder einflussreiche Bürger verschont werden, verfügbaren Raum zur Verfügung zu stellen. Durch Proklamation im Amtsblatt und über Flugblätter, die diese Woche mit Essensmarken verteilt

werden, wird jeder Haushalt angesprochen und angehalten, die schwierige Situation der Vertriebenen zu verstehen und ihren Teil der Last mitzutragen.

Das Vertriebenenproblem ist praktisch unlösbar. Mit dem kommenden Winter werden alle Städte und Gemeinden mit der größtmöglichen Einquartierung versehen sein. Viele Vertriebene, die mit den nächsten Zügen ankommen, werden in Schulen, Turnhallen und öffentlichen Hallen leben müssen. Zu dem Zeitpunkt, in dem alle gegenwärtigen Vertriebenen im Kreis privat untergekommen sind, wird es keine Unterkünfte mehr geben.

Das Problem hat eine Größenordnung erreicht, dass es sich in Zukunft tatsächlich zu einer Bedrohung der öffentlichen Gesundheit ausweiten kann. Praktisch alle der Vertriebenen leiden an einer psychischen Neurose und das gegenwärtige Umfeld trägt nicht das Geringste dazu bei, diesen seelischen Zustand zu beheben. Eine Anstellung für die Vertriebenen zu finden ist fast hoffnungslos, alle Bemühungen werden unternommen, um sie so bald wie möglich in die Kreiswirtschaft aufzunehmen.“

„Bericht der Militärregierung Aalen
vom 17. September 1946

Die Tatsache, dass immer neue Vertriebene ankommen, obwohl die alten Transporte noch nicht untergebracht sind, sowie die Tatsache, dass eine Endquote für den Landkreis noch nicht entschieden ist, führen dazu, dass eine Berechnung hinsichtlich Unterbringungsmöglichkeiten, Ernährung, Kleidung, Herde und anderer Notwendigkeiten ständig vernichtet wird.“

„Bericht der Militärregierung Aalen
vom 24. September 1946

Die Vertriebenen im Kreis werden jeden Tag zu einem größeren Problem (dieser Kreis erwartet einen weiteren Zug mit annähernd 1100 Vertriebenen um den 24. September). Alle zur Verfügung stehenden Unterbringungsmöglichkeiten sind voll belegt und der einzige Raum, der übrig bleibt, findet sich in Schulen, Baracken und öffentlichen Gebäuden. Es muss etwas getan werden, um die Deutschen Wiederaufbaupläne anzuregen und um Haushaltsgegenstände, Kleidung und Ausrüstung zu erhalten und das Arbeitslosenproblem zu lösen.“

„Bericht der Militärregierung Aalen
vom 30. September 1946

Vertriebenenproblem. Keine Veränderung außer ausgedehnten Klagen. Am 23. September 1946 wurde zwischen 9 und 15 Uhr im Spritzenhaussaal ein Treffen aller Bürgermeister des Landkreises veranstaltet. Auf der Tagesordnung stand auch die Unterbringung der Vertriebenen. Zitat: Unter Tagesordnungspunkt 3 eröffnete der Landrat den anwesenden Bürgermeistern die erwarteten neuen Vertriebenenzahlen.

Alle Bürgermeister beklagten, dass ihre Gemeinden überbelegt wären und es unmöglich sei, noch weitere Vertriebene unterzubringen. Dr. Huber bemerkte, dass, falls die Bürgermeister dieses Vertriebenenproblem nicht lösen könnten, die Militärregierung eingriffe und mehr als eine Familie empört sein würde. Nach einer kleinen Beratung beschlossen alle, dass es besser wäre, ihr Problem ohne Hilfe der Militärregierung zu lösen.“

„Bericht der Militärregierung Aalen
vom 5. November 1946

Dieses Büro hat die Inspektion des Kreises und seiner 65 Gemeinden abgeschlossen. Die Untersuchungen ergaben, dass viele der Bürgermeister Schwierigkeiten hatten, die Vertriebenen unterzubringen und die Polizei um Hilfe bitten mussten. Nur wenige der Bürgermeister berichteten, dass die Unterbringung der ihnen zugeteilten Vertriebenen einfach zu handhaben gewesen wäre.

Die meisten der Vertriebenen sind in unbeheizbaren Räumen untergebracht, weil es an Ofen und Ofenrohren fehlt [...]. Viele der Vertriebenen weigern sich mit den Einheimischen zusammen zu kommen, in der Hauptsache deswegen, weil sie ihnen Unbehagen zufügen indem sie ihre Gemeinden bevölkern.“

„Bericht der Militärregierung Aalen
vom 19. November 1946

Die Vertriebenen meinen praktisch alle, dass ihr Aufenthalt in Deutschland nicht zu lange dauern wird und ihnen früher oder später erlaubt wird, in ihre alte Heimat zurückzukehren. [...]. Eines der Hauptprobleme ist noch immer die unzureichende Unterbringung der Vertriebenen sowie die unzurei-

chende zur Verfügungstellung der wichtigsten Haushaltsgegenstände für sie. Das Fehlen von Öfen und Ofenrohren macht sich heftig bemerkbar.“

„Bericht der Militärregierung Aalen
vom 3. Dezember 1946

Eine große Anzahl von älteren und verkrüppelten Vertriebenen haben nahezu keinerlei finanzielle Reserven. Sie können keine schwere körperliche Arbeit verrichten, wie es etwa von Holzfällern gefordert wird. Das Geld, das sie zur Erleichterung erhalten haben, reicht nicht aus, um irgendeine Form von Behaglichkeit oder Wohlergehen zu erreichen.“

„Bericht der Militärregierung Aalen
vom 17. Dezember 1946

Es wird ein Versuch gemacht, Vertriebene, die von der Fürsorge leben und mehr als wahrscheinlich niemals mehr auf Grund der Tatsachen eine Arbeit finden werden, weil sie alt oder verkrüppelt sind, in den Gemeinden unterzubringen, in denen es keine Transportmöglichkeit gibt. Gleichzeitig sollen die Arbeiter näher zu ihren Arbeitsplätzen gebracht werden.

Die Bürgermeister sind gegen diesen Austausch, diese Aufteilung in eine Gruppe von Arbeitenden und eine Gruppe von Menschen, die dauernd von der Unterstützung leben. Die Stadt Aalen hat große Schwierigkeiten, Quartiere für ihre Vertriebenen zu finden, und hat nicht ein Mal ihre Vertriebenenquote erfüllt. Es wurde vorgeschlagen, dass leerer Fabrikraum herangezogen wird, um ihn in Wohnraum umzuwandeln.“

„Bericht der Militärregierung Aalen
vom 13. Januar 1947

[...] Der Kreis hat nun eine Durchschnittsbelegung von 1,8 bis 2 Personen pro Zimmer, damit ist bei den in Frage kommenden Räumen die höchstmögliche Kapazität erreicht. In Wasseraltingen gibt es Schwierigkeiten, Quartiere für Vertriebene zu finden, da die Gemeinde 178 Häuser für 2086 Juden zur Verfügung stellen musste. Es ist unmöglich, weitere Vertriebene dort unterzubringen. [...]

Die Zahl der Vertriebenen im Kreis beläuft sich nun auf 29 897. Zum größten Teil hoffen sie, dass sie eines Tages in der Lage sein werden, wieder in ihre

Heimat zurückzukehren. Viele von ihnen leiden unter dem kalten Wetter, da es ihnen an warmer Kleidung, Schuhen und passenden Quartieren fehlt. Viele der Landgemeinden sind bis zur Kapazitätsgrenze gefüllt und die Leute, die nun in diese Gemeinden gezwungen werden, leben unter unmenschlichen Bedingungen.

Es gibt immer noch 500 Vertriebene in Aalen in Durchgangsquartieren. Die Vertriebenen im Ruckenlager (Eingangszentrum) sind ein wenig besser dran als diese, die in anderen Durchgangsquartieren verteilt sind. Es gibt noch immer 5100 Flüchtlinge aus anderen Zonen und aus Stuttgart im Kreis.“

„Bericht der Militärregierung Aalen
vom 20. Januar 1947

Die Wohnsituation hat sich nicht im mindesten verbessert. Die Vertriebenenquartiere sind immer noch stark belegt. Eine Veränderung in diesem Bereich wäre erst möglich mit einer größeren Zuteilung von Baumaterialien. [...]

Der Zustrom der Vertriebenen ist eine große Gefahr für die Gesundheitslage. Viele der Vertriebenen sind an TB erkrankt. Die überfüllten Quartiere sind Brutstätten für alle Arten von Krankheiten, vor allem auch deswegen, weil viele der Quartiere unzureichende Waschmöglichkeiten und nur wenig oder gar keine Heizung besitzen. Die Vertriebenen-Kinder haben die Zahl der Schulkinder stark erhöht und dies hat wiederum zur Füllung der Klassenräume beigetragen.

Neue Räume können nicht gebaut werden und eine gleichbleibende Zahl von Lehrern muss sich um eine erheblich größere Zahl von Kindern kümmern. Die deutsche Wirtschaft des Kreises macht alle möglichen Versuche, um die Vertriebenen aufzunehmen.

So haben z. B. viele von ihnen in Aalen Arbeit in Geschäften und Betrieben gefunden. Es ist wahr, dass eine gewisse Anzahl von Vertriebenen noch immer ohne Arbeit ist, jedoch ist dies dem kalten Wetter und dem Mangel an Strom und Benzin zuzuschreiben. Viele Vertriebene beklagen, dass sie nicht im Kreisvertriebenenkomitee repräsentiert sind. Die Ärzte im Aufnahmезentrum in Wasseralfingen sind ebenfalls Vertriebene.“

„Bericht der Militärregierung Aalen
vom 27. Januar 1947

[...] Viele der Vertriebenen beklagen, dass die Haltung ihnen gegenüber immer feindlicher wird.“

„Bericht der Militärregierung Aalen
vom 3. Februar 1947

Das Unterkunftsproblem soweit es die Vertriebenen betrifft ist immer noch schlecht. Viele Vertriebene sind in Schulen untergebracht. In einigen Gemeinden sind die Quartiere, die den Vertriebenen zugewiesen werden, durch die Kältewelle, die mittlerweile eingesetzt hat, unbrauchbar.“

„Bericht der Militärregierung Aalen
vom 17. Februar 1947

Das Hausbauprogramm für Vertriebene ist zum großen Teil durch das kalte Wetter stark behindert [...]

Ungefähr 300 Vertriebene sind in Aalen immer noch zeitweise untergebracht. Sie würden sich bereits in Privatquartieren befinden, wenn das Wetter irgendwelche Bautätigkeit erlaubt hätte.“

Das „Flüchtlingsgesetz“ im Streit der Meinungen

Wie zu ersehen ist, haben sich im ganzen Zeitraum von 1946 bis zum Februar 1947 die Probleme in erster Linie um die Unterbringung und Versorgung der permanent in den Kreis strömenden Heimatvertriebenen gedreht, mit ca. 30 000 Zuwanderern auch eine kaum zu lösende Aufgabe.

Die rechtliche Grundlage für die Betreuung der Flüchtlinge und Vertriebenen wurde mit den am 26. September 1946 vom Innenministerium des Landes mit Genehmigung der Militärregierung veröffentlichten „Vorläufige Richtlinien für die Betreuung der Flüchtlinge und Vertriebenen“ geschaffen.

Mit diesen Richtlinien wurden die Flüchtlinge und Heimatvertriebenen „der alteingesessenen Bevölkerung gleichgestellt“. In § 2 wird der „Zweck der Betreuung“ wie folgt beschrieben: „Der Zweck der Betreuung ist a) den Flüchtlingen und Vertriebenen in ihrer beim Eintreffen bestehenden Notlage zu helfen und b) ihnen eine neue Heimat zu schaffen.“⁶⁴

Die Bildung von spezifischen Vertriebenenvereinigungen wurde nicht erlaubt.

Mit der Durchführung und Betreuung wurde ein „Staatskommissar für das Flüchtlingswesen“ beauftragt, dem ein Landesausschuss für Flüchtlinge und Vertriebene beigegeben wurde. Die Dienstaufsicht oblag dem Innenministerium. Landkreise und Bürgermeisterämter waren jeweils auf ihrer Ebene zuständig. Auf Kreisebene wurden Kreiskommissare für das Flüchtlingswesen sowie Kreisausschüsse eingesetzt.

Ein „Flüchtlingsgesetz“ (Gesetz Nr. 303) löste per 14. Februar 1947 auf Anordnung der US-Militärregierung die „Richtlinien“ ab. Der Begriff der Eingliederung definierte in § 2 das politische Ziel des Gesetzes: „Die Eingliederung der Flüchtlinge soll ihr organisches Aufgehen in der einheimischen Bevölkerung gewährleisten.“

Das Flüchtlingsgesetz wurde unter den Vertriebenen diskutiert und aus ihrer Sicht bewertet. Die Reaktion der Betroffenen war für die Militärregierung von höchstem Interesse:

„Bericht der Militärregierung Aalen
vom 3. März 1947

[Zur Erklärung: Major Palette führte zu bestimmten politischen Themen wochenweise Befragungen bei politisch maßgeblichen Personen durch. Die Ergebnisse dieser Befragungen wurden in der Rubrik II political Intelligence berichtet. Unter Punkt 3 in dem Bericht werden Dr. Vogel, Leiter des Arbeitsamtes Aalen (CDU), sowie ein Herr Spatzek (SPD Aalen) zum Vertriebenenengesetz befragt.]

3. Flüchtlingsgesetz:

Dr. Vogel: Das Flüchtlingsproblem hat viele Personen verbittert. Es wird immer darauf hingewiesen, dass die USA sich weigert, die sogenannten Displaced Persons aufzunehmen, da sie dafür nicht genügend Platz haben soll. Auf der anderen Seite wird Deutschland zum Vorwurf gemacht, dass es die enormen Zahlen der Vertriebenen aus den gesamten Ostgebieten nicht anständig unterbringen kann. Deutsche Behörden haben schon vor einer Weile gegenüber General Clay berichtet, dass es zu außerordentlichen Schwierigkeiten kommen wird, die Vertriebenen in einem so stark zerstörten Deutschland richtig unterzubringen. Es ist eine im allgemei-

ne als bitter empfundene Ungerechtigkeit, wenn General Clay nun Deutschland für die Beschlüsse des Kontrollrats verantwortlich macht, die die Vertriebung von Millionen von Deutschen aus der Tschechoslowakei, aus Polen usw. erlauben. Es ist bekannt, dass allein in der Tschechoslowakei mindestens 100 000 Häuser nicht bewohnt werden können, da es hierfür keine Leute gibt, dass die Polen trotz aller Bemühungen, es noch nicht geschafft haben, die früheren deutschen Provinzen zu besiedeln. Auf der anderen Seite wird uns zum Vorwurf gemacht, dass die Umwandlung Deutschlands in einen proletarischen Staat nicht schnell genug vorstatten geht. Es wird allgemein befürchtet, dass General Clay dadurch gegen seinen Willen kommunistische Interessen fördert, anstatt die Vertriebung zu stoppen. Dies wäre der einfachste und der vernünftigste Weg sich zu verhalten.

Mister Spatzek:

Es ist zu hoffen, dass das neue Flüchtlingsgesetz, das von der Militärregierung verabschiedet wurde schließlich zu der Gleichbehandlung von Alt- und Neubürgern führt, das bereits vor einigen Monaten versprochen wurde. Es wird empfohlen, dass den Vertretern der Vertriebenen die Möglichkeit zu Treffen in verschiedenen Kreisen gegeben wird, um einen Bericht für die Militärregierung zu ermöglichen, ob das Gesetz nur auf dem Papier besteht oder ob es von allen Betroffenen befolgt wird.“

„Bericht der Militärregierung Aalen
vom 17. März 1947

[Nochmals ein Interview zum Vertriebenenengesetz]
2. Vertriebenenengesetz

Spatzek: Das Gesetz entspricht nicht den Erwartungen der Vertriebenen. Die deutschen Bürgermeister und Landräte wählen die Vertreter, die ihnen passen, und benennen natürlich diese Personen, die aller Wahrscheinlichkeit am wenigsten etwas gegen die Entscheidungen unternehmen werden. Der richtige Weg wäre, dass die Neubürger ihre Vertreter in jeder Kommune durch eine geheime Wahl selbst bestimmen würden.

Ein Parteiloser: Das Flüchtlingsgesetz ist ein Kompromiss. Die Vertriebenen sind sehr unzufrieden, weil das Gesetz die halbherzige Unterstützung nicht beendet. Die Mehrheit der Vertriebenen hat

kein Vertrauen in die deutschen Kreisbehörden. Offen gesagt, man kann als Vertriebener nur etwas erreichen und bekommen über die örtliche Militärregierung. Die Militärregierung war verantwortlich dafür, dass die Vertriebenen von den Durchgangsquartieren in private Quartiere gebracht wurden. Die wirtschaftliche Situation der Vertriebenen hat sich nur auf Grund der Anstrengung der Militärregierung verbessert. Die Vertriebenen haben das Vertrauen in jegliche Hilfe von deutscher Seite verloren und wenden sich nach wie vor an die Militärregierung. Das Gesetz ist in keinsten Weise stark genug, um die schwäbische Engstirnigkeit zu überwinden.“

Koalitionsbedarf der Vertriebenen – politische Orientierung

Am 10. März 1947 hatte die amerikanische Militärregierung entschieden: „Den Vertriebenen wird die Bildung nichtpolitischer Organisationen in der amerikanischen Besatzungszone gestattet.“ Jede weitere Betätigung bleibt untersagt.⁶⁵

Wenige Tage vorher, am 6. März 1947 hatte die SPD in Neresheim eine Ortsgruppe gegründet. Die Veranstaltung wurde zum größten Teil von Heimatvertriebenen besucht. Über die nicht konfliktfreie Veranstaltung wurde am 24. März 1947 nach Stuttgart berichtet.

Auf jeden Fall wurden die Vertriebenen in ihren Aktivitäten, selbst im wirtschaftlichen Bereich, überwacht, wie der folgende Bericht beweist:

„Was die politische Betätigung der Vertriebenen angeht, liegt vom 24. März 1947 ein vertraulicher Sonderbericht vor, er folgt im Wortlaut: Eine Vertriebenenorganisation mit einer subversiven Tätigkeit konnte nicht festgestellt werden. Zur Zeit gibt es keine Organisation der Vertriebenen mit Vorsitzenden usw., obwohl schon zum wiederholten Male Versuche gemacht wurden, Erlaubnis für die Gründung einer solchen Organisation zu erhalten.

Sie wurden immer abgelehnt. Eine Gruppe von Schlesiern hat sich manchmal zu einem geselligen Treffen in einem Haus zusammengefunden, manchmal in einem anderen, ohne organisiert zu sein [...]

Die ungarischen Vertriebenen haben wenig Aktivität gezeigt irgend eine Organisation aufzubauen. Es gibt praktisch keine Zusammenarbeit zwischen den unterschiedlichen Vertriebenengruppen, insbesondere die Schlesier halten sich sehr abseits.

Die meisten der Sudetendeutschen sind entweder Mitglieder der SPD oder stehen ihr sehr nahe, während die Schlesier sich meistens zur DVP hingezogen fühlen. Das Zentrum der Vertriebenenaktivitäten ist Neresheim, wo erst kürzlich eine Ortsgruppe der SPD gegründet wurde, in der ausschließlich Neubürger als Mitglieder vertreten sind. Die anderen Einwohner von Neresheim sind Anhänger der CDU.

Diese neue Gruppe hat folgenden Vorstand: Als Vorsitzender Leo Falb, Sekretär Josef Heitzmann, als Schatzmeister Peter Worel, als Assistenten Luise Falb und Ulrich Skolil. Die Vertriebenengruppe in der SPD Aalen hat folgende Vorstandsmitglieder: Herr Kunze und Herr Spatzek, beide Vertriebene. Der Leiter des Kreisvertriebenenwohlfahrtskomitees, der Vertriebene Spatzek, SPD-Mann, hat in einer Anzahl von Gemeinden des Kreises Reden gehalten und ist gut bekannt.

Vor allem die Vertriebenen um Neresheim haben mit ihm sehr viel zu tun. Die Gründung der Erzgebirgswerkstätte in Lauchheim unter der Leitung von Wolf und Kramer hat die Vertriebenen aus dem Erzgebirge veranlasst, sich dort anzusiedeln, wenn auch ausschließlich aus industriellen Zwecken. In Neresheim gibt es die Spitzen- und Bortenindustrie unter der Leitung von Wilhelm Glazel sowie in Tannhausen unter der Leitung von Emma Koepf.

In Oberdorf hat eine Gesellschaft von Webern und Bortenmachern ihre Pforten für Vertriebene geöffnet. Obwohl all diese Organisationen ausschließlich Charakter haben, versuchen sie ausschließlich Vertriebene zu beschäftigen und abgeschlossene Gruppen zu schaffen. Diese Industriegruppen dürften jedoch in der Zukunft keine Sicherheitsbedrohung darstellen.

Die sehr starke Vertriebenengruppe innerhalb der SPD verdient jedoch nähere Beobachtung. Zum einen, weil diese Leute behaupten, dass sie niemals Nazis gewesen seien, sie waren alle Antifaschisten, und andere Vertriebene, die dies hören, oft nur

lächeln. So ein Fall wurde in Neresheim aufgedeckt und die Untersuchungen sind noch nicht abgeschlossen, um entscheiden zu können, ob zahlreiche Mitglieder des Komitees der neu gegründeten SPD-Ortsgruppe nicht, wie behauptet, frühere SS-Männer gewesen seien. Fast alle Vertriebene, die zu der Frage der Organisation befragt wurden, gaben ausweichende Antworten oder gaben zur Antwort, dass die Ablehnung der Militärregierung gegenüber einer Organisation der Vertriebenen der Hauptgrund gewesen sei, weshalb die Mehrheit der Vertriebenen lediglich hin und her geschoben würden und keine Rechte hätten.

Die Mehrheit behauptete auch, dass mit einer offiziell anerkannten Organisation es möglich wäre, die Zurückführung einer großen Menge von Vertriebenen in die Heimat öffentlich zu fordern. Das Vertriebenenkomitee, das von lokalen Autoritäten unterstützt wird hat nun einen offiziellen Status. Das Kreiskomitee jedoch besteht nicht nur aus Vertriebenen.

Hierzu zählen der Vorsitzende Dr. Huber und sein erster Assistent der gegenwärtige Vertriebenenkommissar für den Kreis. Weitere Mitglieder sind drei Vertriebene und zwei Bürgermeister. Der Leiter der Empfangszentrums in Wasseralfingen ist ein Flüchtling aus Schlesien, Herr Matt, die Ärzte sind Flüchtlinge aus dem Sudetenland, Dr. Weidel und Dr. Läufer. Jede Gemeinde hat nun ein Vertriebenenkomitee oder es gibt in ihr mindestens einen Vertreter der Vertriebenen. Es folgen die Namen eines oder mehrere Vertreter in jeder Gemeinde.“

Die Berichte bis zum September 1947 sind bestimmt durch Klagen wegen überfüllter Wohnräume, über Umzugsprobleme in zugewiesene Wohnräume, über die Entnazifizierung von „kleinen Nazis“, über die akute Tuberkulosegefahr, vor allem über die noch bestehenden Massenquartiere im Ruckenlager in Wasseralfingen mit 120 Personen und in der Gartenschule in Aalen mit 131 Personen, die sich dort schon seit dem letzten Frühjahr befinden.

Am 16. August 1947 nahmen ca. 600 Personen an einem von der SPD veranstalteten Vertriebenentreffen im Spritzenhaussaal in Aalen teil. Ein Sprecher betonte, dass es für die Vertriebenen keine

Rückkehrmöglichkeit in die alte Heimat geben werde. Vielleicht ist es eine mögliche Konsequenz, worüber der nächste Wochenbericht spricht:

„Bericht der Militärregierung Aalen vom 15. September 1947

Eine bemerkenswerte Veränderung der Neubürger ist festzustellen. Die Neubürger, die geduldig jede angebotene Arbeit übernommen haben, weil sie ihren Aufenthalt nur als begrenzt betrachteten, sind schließlich zu dem Ergebnis gekommen, dass sie nie mehr in ihre Heimat zurückkehren werden. Als Ergebnis ist festzustellen, dass sie aggressiver wurden und versuchen, ihre jetzige Stellung als einfache Arbeiter dahingehend zu ändern, dass sie in ihren alten Beruf zurück wollen.

In anderen Worten, Vertriebene die von Beruf Schuhmacher, Bäcker, Metzger usw. waren und die auf den Bauernhöfen als Hilfskräfte arbeiteten seitdem sie in Deutschland sind, wollen nun ihre eigenen Geschäfte aufmachen oder versuchen einen guten Arbeitsplatz in einem Industrieunternehmen zu finden.“

Eine neue Flüchtlingswelle

Eine neue Welle von Flüchtlingen strömt in die amerikanische Zone Deutschlands. Bereits mehr als 100 000 Personen haben illegal die Grenze überschritten und erwarten Aufnahme. Neuerdings werden Lager zur Unterbringung eingerichtet, wie z. B. das Ruckenlager in Wasseralfingen. Es sind Menschen „aus Jugoslawien, Rumänien usw.“ Sie wollten nicht in die russische Zone gesandt werden, weil sie befürchteten, von dort in die Sowjetunion geschickt zu werden.

Am 16. März 1948 informiert die Militärregierung Aalen in einem Sonderbericht über die „Ankunft von Verfolgten aus der Tschechoslowakei in Aalen. „Es handelte sich dabei um tschechische und slowakische Flüchtlinge, die nach der Machtübernahme durch die Kommunisten ihr Land in Richtung Bayern verlassen hatten. Sie tendierten dazu, in westliche Länder weiterzureisen.

Am 25. Juni 1948 lebten im Tschechenlager in Wasseralfingen insgesamt 491 Personen, davon

357 Männer, 85 Frauen und 49 Kinder. Zwischen den 50 Slowaken und den Tschechen kam es zu Reibereien im Lager. Vertriebene Sudetendeutsche hatten unter den neu angekommenen Verfolgten Personen erkannt, die an der Vertreibung beteiligt waren. Die Angelegenheit wurde von der Militärregierung außergerichtlich geregelt. Es gab keine offene Gewalt zwischen beiden Gruppen.“

Einige Personen wollten in die Tschechoslowakei zurückkehren, nachdem dort Gottwald eine Amnestie versprochen hatte. Andere waren in westliche Länder gereist. Der Bericht vom 17. September 1948 sagt aus: „Die politischen Flüchtlinge aus der Tschechoslowakei haben ihr Lager in Wasseraltingen verloren und befinden sich nun in der Artilleriekaserne in Schwäbisch Gmünd.

Dieser Angelegenheit wurde seitens der Militärregierung in jeder Hinsicht besondere Aufmerksamkeit geschenkt.

Politische Aktivitäten - weiterhin Wohnungsnot

Der Bericht vom 24. November 1947 befasst sich mit politischer Agitation der KDP unter den Vertriebenen, versucht aber auch einen Gesamtüberblick über politische Neigungen im Vertriebenenbereich zu vermitteln:

„Bericht der Militärregierung Aalen vom 24. November 1947:

Es ist wahrscheinlich, dass sich die örtliche KPD um die Wählerstimmen der Vertriebenen bemüht. Dies geschieht hauptsächlich durch die Flüsterkampagne. Nach außen hin geschieht es dadurch, dass die KPD betont, dass sie jetzt und schon immer gegen die Vertreibung gewesen sei. Die Flüsterkampagne versucht hierfür die geizige Bevölkerung verantwortlich zu machen, die an der Grenze zu Deutschland lebt und die lediglich mehr Raum und Wohlstand für sich selbst wollen und nur dadurch bestraft werden können, indem die Unterstützung der Westmächte gestoppt würde.

Die Frage der deutschen Ostgrenze wird auf dieser Ebene nicht diskutiert. Parteioffizielle erklären, dass dies als eine Frage zu betrachten sei, mit der sich le-

diglich hochrangige Politiker, die vollkommen vertraut mit Außenpolitik seien, zu kümmern hätten. Es gibt kein Versprechen zur Frage der Grenzziehung oder zur Rückkehr der Vertriebenen. Zudem gibt es keine Belege für einen KPD Kandidaten unter den Vertriebenen. Hermann Hamann, Leiter der Aalener KPD Ortsgruppe, hat den meisten Einfluss unter den Vertriebenen im Kreis.

Obwohl er relativ neu in der KPD Ortsgruppe ist, scheint er die größte Unterstützung von ihnen zu erhalten. Obwohl zum gegenwärtigen Zeitpunkt eine vollständige Analyse seiner Aktivitäten nicht vorgelegt werden kann, steht bereits fest, dass dieser Mann beobachtet werden muss. Die lokale Militärregierung koordiniert ihre Aktivitäten mit dem CIC (Counter Intelligence Corps, Spionageabwehr) und es ist zu erwarten, dass in der nächsten Zukunft ein vollständiger Bericht vorgelegt werden kann. Die KPD hat zwischen 35 und 40 neue Mitglieder in die Partei aufgenommen. Dies ist nicht alarmierend, jedoch bleibt festzustellen, dass die meisten dieser Personen kommunistische Sympathisanten sind.

Sowohl die CDU wie auch die SPD sind erfolgreicher in ihren Versuchen, die Vertriebenen zu gewinnen. Die Zahl der Vertriebenen im Landkreis Aalen beläuft sich auf 31 214, dies sind 28 Prozent der kompletten Bevölkerung. Gemäß der Ausführungen des CDU-Landrates verteilen sich die Wählerstimmen der Vertriebenen:

CDU = 55 %
SPD = 20 %
DVP = 20 %
KPD = 5 %

Die Haltung der KPD gegenüber führenden Nazis scheint im Vergleich zu anderen Parteien nicht freundlicher zu sein. Ganz im Gegenteil, es sieht so aus, als ob die CDU die meisten früheren Nationalsozialisten gesammelt hat. Es gibt auch frühere Parteimitglieder, die nicht aktiv sind.“

Politische Agitation scheint sehr bald eine Rolle gespielt zu haben, wie aus dem bereits oben genannten Bericht über die SPD-Veranstaltung in Neresheim vom 24. März 1947 hervorgeht. Im Gegensatz

zu gemachten Anschuldigungen und Vorwürfen konnte in Neresheim eine positive Bilanz der Vertriebenenbetreuung vorgelegt werden: Die Mehrheit der Vertriebenen lebte in anständigen Quartieren. Ein Flüchtlingsunternehmer darf im Rathaus arbeiten. Er beschäftigt eine große Anzahl von Heimatvertriebenen als Arbeiter. Die neu gegründete Spitzen- und Bortenindustrie hatte im Rathaus eine Ausstellung sehr erfolgreich veranstaltet. Überhaupt hat die Spitzen- und Bortenindustrie einen so großen Fortschritt gemacht, dass an die Eröffnung einer Schule für Spitzen- und Bortenmacher gedacht sei, wird am 28. April 1947 berichtet.

Um Arbeitsplätze in Neresheim zu erreichen, plante Bürgermeister Hegele die Einrichtung einer Buslinie in die entfernten Dörfer. Dies würde 60 Personen dazu verhelfen, nicht von Unterstützung leben zu müssen. Allerdings ergeben sich Schwierigkeiten bei der Vorsorge für Benzin und Reifen (Bericht vom 29. September 1947).

Von einer sehr positiv aufgenommenen Maßnahme des Kreisbeauftragten für das Flüchtlingswesen, von einer echten good-will-tour, lautet der Bericht vom 8. Dezember 1947.

„Herr Gentner, der Vertriebenenbeauftragte, hat ein Programm entwickelt, das der örtlichen Bevölkerung gefällt und das vielleicht auch denjenigen nützt, die in anderen Bezirken mit der öffentlichen Wohlfahrt betraut sind. Es ist im Grunde ein Programm zur Aufklärung der Öffentlichkeit. Wenn es die Zeit und die Transportmöglichkeiten erlauben, treffen sich die Wohlfahrtsbeauftragten in den verschiedenen Gemeinden und sprechen mit den Flüchtlingen, den Vertriebenen und/oder anderen betroffenen Personen.

Sie erklären ihre Arbeit und die Probleme, die sie zu beheben versuchen. Sie berichten darüber, wie hoch ihr Budget ist und zu welchem Zweck wo und warum die Mittel verbraucht wurden. Im Anschluss gibt es die Möglichkeit zur Diskussion bzw. Klagen oder Vorschläge, die gerne akzeptiert werden, vorzubringen.

Bevor das Treffen bzw. die Sitzung geschlossen wird, nehmen sie von den örtlichen Nöten Kenntnis, protokollieren sie sorgfältig und versuchen sie in ihr zukünftiges Programm mit aufzunehmen.

Diese Tätigkeit weckt das Vertrauen gegenüber den Verantwortlichen und hat im allgemeinen eine positive Auswirkung auf die Moral. Es spielt eine große Rolle in der allgemeinen Haltung „hoffnungsvoll in der Armut“, die in dieser Gegend vorherrscht. Politische Themen sind in diesen Sitzungen nicht zugelassen bzw. nicht ein Mal erwünscht.“

Dieser positiven Maßnahme standen jene zahllosen unerträglich Notfälle gegenüber, die erst sehr spät eine Lösung fanden. Einen solchen schildert der Bericht vom 11. Februar 1949:

„Flüchtlingsfall in Aalen belegt den Bedarf nach mehr Unterkünften.

Der folgende Brief wurde von einer Flüchtlingsfrau geschrieben, die über ihre Unterbringungssituation so verzweifelt ist, dass sie die Kühnheit fand ihre Klage der Militärregierung zu unterbreiten. Dieser Fall, so schockierend er sich anhören mag, ist kein Einzelfall, es gibt in diesem Kreis viele Flüchtlinge, die unter denselben inhumanen Bedingungen leiden, die es aber nicht wagen, sich gegenüber der Militärregierung oder gar gegenüber dem Landratsamt zu beklagen aus Furcht vor Vergeltung oder „Schwierigkeiten“, die ihnen von den Bürgermeistern oder Gemeindebediensteten gemacht werden könnten.

Dieser Fall wird hier deswegen besonders hervorgehoben, um die Tatsache zu betonen, dass Gemeinde und Kreis offiziell in zu vielen Fällen sich als unwillig erwiesen haben, einen ehrlichen Versuch zu unternehmen, die zur Verfügung stehenden Unterbringungsmöglichkeiten, einigermaßen zu verteilen.

Sie haben ständig die Vertriebenen und Flüchtlinge in Unterbringungsangelegenheiten diskriminiert und werden dies auch weiterhin tun, solange die Militärregierung nicht eine Unterbringungsdirektive erlässt, die es in sich hat.

Aus humanitärer Perspektive ist die gegenwärtige Situation eine schwerwiegende Ungerechtigkeit und aus politischer Sicht ist sie möglicherweise gefährlich. In vielen Versammlungen in der jüngsten Vergangenheit kam es zu ärgerlichen Ausbrüchen gegen diese Art von Behandlung. Dies sind Anzeichen für die Stimmung in der sich die Flüchtlinge und Vertriebenen befinden.

Wenn auch dieser Fall schwerwiegender als die meisten ist, so glauben wir doch, dass allein in diesem Kreis mehrere hundert Fälle existieren, die genau so schlimm sind.

Weiterhin glauben wir, dass die Deutschen den überwiegenden Teil dieser Härtefälle, die der Grund für die meiste Bitternis, Unzufriedenheit und menschliches Leid sind, lösen könnten und dieses auch tun würden, auch wenn die Militärregierung an den Funktionsträgern ein Exempel statuieren würde, die offensichtlich den Wortlaut und die Absicht der bestehenden Direktiven missachten. (Im Folgenden der Brief).

An die Militärregierung Aalen, Gaishardt,
18. Januar 1949.

Bitte vergeben Sie mir, wenn ich Sie mit der folgenden Beschwerde belästige und Sie um ihre Hilfe bitte. Da ich von deutschen Stellen keine Hilfe bekomme bitte ich Sie dringendst, Ihren Assistenten zu uns hinaus zu schicken, um Ihnen die unmenschlichen Bedingungen zu verdeutlichen, unter denen wir leben.

Wir sind drei Personen, meine Tochter, mein Schwiegersohn und ich. Wir leben alle zusammen in einem sehr kleinen Zimmer, das 5,9 Quadratmeter groß ist.

In diesem kleinen Zimmer ist lediglich Raum für ein Bett, für einen Tisch, für zwei Stühle und einen kleinen Herd. Daher muss meine Tochter zusammen mit mir in einem Bett schlafen. Ihr Ehemann muss auf dem Boden nächtigen.

Seit Jahren bin ich behindert und habe Schwierigkeiten mit meinem Herzen, ansonsten würde ich auf dem Boden schlafen, um meinem Schwiegersohn, der im Krieg und für neuneinhalb Jahre in Gefangenschaft war, ein Bett zu geben, das er, wie ich denke, verdient. Unser Zimmer liegt genau über dem Eingangsbereich. Der Boden ist hohl, mit Zwischenräumen und Löchern darin. Es gibt einen andauernden Zug aus dem eiskalten Eingangsbereich. Mein Schwiegersohn ist, wenn er morgens aus seinem Notbett auf dem Boden aufsteht, fast vor Kälte gelähmt.“

Die Militärregierung stellte daraufhin eine Untersuchung im Dorf an und dokumentierte die zahlrei-

chen Bemühungen der schlesischen Familie um Besserung der Lage, die Schritte und Mittel der Verweigerung, den Verzicht des Bürgermeisters auf das Mittel der Beschlagnahme von Wohnraum aus Angst vor den Bauern. Erst der Einsatz der Militärregierung löst schließlich das Problem zu Gunsten der „Flüchtlings-Familie“.

In den folgenden Berichten, die an die Abteilung II Politische Überwachung gerichtet sind, geht es um die Beobachtung von Koalitionsbestrebungen der Heimatvertriebenen.

Der erste diesbezügliche Bericht vom 26. Mai 1949 behandelt eine CDU-Delegiertenversammlung bei Anwesenheit hoher und höchster Vertreter der Landes-CDU. „Als Antwort auf die dringende Forderung eines Teils der Vertreter nach einer eigenen Vertretung billigte die Delegationsversammlung die Gründung der ‚Union der Vertriebenen‘ eine Gruppe innerhalb der CDU, die den Vertretern die Möglichkeit geben soll, sich politisch zu betätigen und ihren Einfluss zu erhöhen.“

Mit Bericht vom 21. Juli 1949 an die Sektion II politische Überwachung beschreibt der Berichtersteller die Abhaltung eines Treffens der „Union der Vertriebenen“ in Aalen am 16. Juli 1949.

„Wahl der Vorstandschaft und des Kreiskomitees erfolgten bei Anwesenheit von Landrat Dr. Huber und Dr. Vogel, den beiden Hauptrednern des Tages. Der Kreisvorsitzende Hof der UdV wünschte keine eigene Vertriebenenpartei, sondern die Vertretung der Vertriebeneninteressen durch die vorhandenen Parteien.

Der Redner Bill stellte einen 10-Punkte-Forderungskatalog auf, um die dringendsten Probleme der Vertriebenen zu lösen. Der nächste Redner, Dr. Vogel, bekannte sich zum Anspruch auf deutsche Gebiete und zur Vertretung der Vertriebenen durch die bestehenden Parteien. Landrat Dr. Huber erklärte, dass die Hilfsorganisation der Neubürger vollkommen überparteilich sei und nicht beabsichtige eine eigenständige Gruppe zu bilden.

Die Schlüsselfrage für die Lösung des Vertriebenenproblems ist nach wie vor die Quartierfrage und die zukünftige Bundesregierung sollte dies zu einem Hauptthema machen.“

Kreishilfsverband der Neubürger – politische Parteien – Vertriebene Unternehmer

Beim Hinweis des Landrats auf die o. g. „Hilfsorganisation“ bezog er sich auf den am 21. Februar 1948 in Aalen gegründeten „Kreis-Hilfsverband der Neubürger“. Nachdem am 23. Mai 1949 das Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland verkündet worden war, sollte am 14. August 1949 die Wahl zum 1. Deutschen Bundestag erfolgen. Am 30. Juni 1949 forderte die Militärregierung Württemberg-Baden die Militärregierung in Aalen auf, über die Bundestagskandidaten der hiesigen Parteien zu berichten, die aus Kreisen der Vertriebenen stammen.

Der daraufhin vorgelegte Bericht vom 30. Juni 1949 Thema „Vertriebenenkandidaten“, gibt einen interessanten Überblick über die Einschätzung der Lage. Der im Folgenden zitierte Bericht beantwortet die eingereichten Fragen:

„1. Drei Kandidaten (jeweils einer bei der CDU, DVP und SPD)

2. Lediglich ein unabhängiger Kandidat wurde bis heute im Kreis durch die Notgemeinschaft benannt.

3. Bis heute keiner (Die Frage ist nicht bekannt)

4. Die CDU hat die „Union der Heimatvertriebenen“ gegründet. Ihr einziger Zweck besteht darin, Vertriebeneninteressen zu vertreten innerhalb des Rahmens der CDU.

Die Union ist eine „Beigeordnetengruppe“ mit einer eigenen Führung. Vertriebene haben auch Funktionärsaufgaben übernommen. In der CDU beläuft sich der Anteil der Vertriebenenmitglieder auf 20 %.

Die SPD hat drei Vertriebene in ihrem Exekutiv Ausschuss und 45 % ihrer Mitglieder sind Vertriebene. Von den 10 Mitgliedern des Exekutiv Ausschusses der DVP sind zwei Vertriebene und 20 % ihrer Mitglieder sind Vertriebene.

Von den 12 Mitgliedern des Exekutiv Ausschusses der KPD sind zwei Vertriebene. Ungefähr 8 % ihrer Mitglieder stammen aus den Kreisen der Vertriebenen.

5. Alle drei Parteien zeigen dieselbe ablehnende Haltung gegenüber unabhängigen Kandidaten genauso wie sie eine eigene Vertriebenenpartei ablehnen. Das geschieht im Allgemeinen aus dem selben Grund: Sie denken eine solche Gruppe zu gründen wäre politisch nicht sinnvoll und würde eher die Kluft zwischen Alt- und Neubürgern verbreitern und auch im parteipolitischen Sinn dazu führen, das deutsche Volk aufzusplittern.

6. CDU und SPD befürworten die Wiedererlangung der verlorenen Gebiete im Osten und fordern ähnlich wie die KPD dazu auf, dass sich die Vertriebenen in die deutsche Wirtschaft eingliedern, bessere Unterbringungsmöglichkeiten erhalten und Gleichheit hergestellt wird. Die Notgemeinschaft wendet sich nicht nur an vertriebene und an kriegsversehrte Gruppen, sondern auch an „Opfer der Entnazifizierung“.

7. Im Allgemeinen zwischen 60 und 80 % (Fragestellung nicht bekannt)

8. Bei der geschätzten Zahl der von Vertriebenen abgegebenen Stimmen für jede der Parteien wie auch für die unabhängigen Kandidaten ergibt sich nach Meinung des KPD Kandidaten Anton Säckler folgende Reihenfolge: 1. CDU,

2. SPD

3. Notgemeinschaft,

4. DVP,

5. KPD.

Nach einer Einschätzung der DVP erhält die CDU 40 %, die SPD 30 %, DVP 20 %, die restlichen für die KPD, die Notgemeinschaft bzw. ungültige Stimmen.

9. Die CDU wird gewinnen (der Kreis ist sehr kirchlich) vor SPD, DVP, Notgemeinschaft und KPD.

10. Im Allgemeinen ist die Haltung der Altbürger wie sie von den Hauptparteien gezeigt wird. Siehe Punkt Nr. 5

11. Die größeren Parteien veranstalten Wahlversammlungen, verteilen Flugblätter und Plakate. Die KPD plant einen Lautsprecherwagen zu mieten.

Die Notgemeinschaft sammelt Unterschriften allerer, die sich für eine Protestresolution interessieren und um zu beweisen, dass die Gründung der Partei einem allgemeinen Wunsch entspricht, der sich folgendermaßen liest: Alle Personen, die diese Resolution unterschreiben, Vertriebene, Ausgebombte, Rückkehrer und Versehrte fordern das überparteiliche Recht sich zu vereinigen, wie es den Menschenrechts- und den Bestimmungen der Verfassung entspricht. Da erwarten sie die Genehmigung der Gemeinschaft als einer politischen Organisation.

12. Die Forderung nach einer Vertriebenenpartei ist ein Anzeichen für die großen Schwierigkeiten und zugleich ein Beweis dafür, dass die alten Parteien es nicht geschafft haben, die Lebensumstände der Vertriebenen zu verbessern. Dennoch, eine allgemeine Vertriebenenpartei ist sicherlich nicht die richtige Lösung wie die hiesigen Kirchenführer behaupten – es wird die Gegensätze zwischen Alt- und Neubürgern vermehren. Über unabhängige Vertriebenenkandidaten wird auch die Stirn gerunzelt. Es wird allgemein befürwortet, dass die Vertriebenenvertretung aus den bestehenden Parteien hervorgehen soll. Eine Stärkung der Notgemeinschaft wird erwartet aber nicht gebilligt. [...]

Die Notgemeinschaft begann ihren Bundestagswahlkampf offensichtlich in Aalen, letzte Woche, indem sie eine Massenzusammenkunft von 450 Neubürgern übernahm, die scheinbar vom Hilfsverband der Neubürger durchgeführt wurde. Diese Versammlung, die im Namen des Hilfsverbands für Sonntag, den 17. Juli in Aalen einberufen wurde, führte Besucher aus dem ganzen Kreis, die mit Sonderzügen und Bussen kamen, nach Aalen.

Der Präsident des Hilfsverbands eröffnete die Veranstaltung mit der Bemerkung, dass das Treffen vom Hilfsverband durchgeführt würde und dass zwei Gastredner, Dr. Franz Ott von Esslingen und Prof. Holuba aus Stuttgart, eingeladen worden waren, um gegenwärtige Flüchtlingsprobleme zu diskutieren.

Dr. Ott übernahm das Rednerpult und stellte sofort fest, dass das Treffen von der Notgemeinschaft durchgeführt wurde. Dann wandte er sich an die

Vertriebenen, an Personen, die Nachteile durch die Währungsreform erfahren hatten, an die Ausgebombten und an die, wie er sagte Opfer der Entnazifizierung.

Zu den Opfern der Entnazifizierung stellte er fest: ‚Wenn sich die Militärregierung bis jetzt noch nicht selbst zum Gegenstand des Gelächters gemacht hat, so hat sie mit ihrem Entnazifizierungsgesetz sicherlich dazu eingeladen. Natürlich bin ich für die Bestrafung der großen Naziverbrecher, aber sie sollten vor einem deutschen Gericht eine Verhandlung erhalten.‘

Diese Äußerung war nicht nur eine Kritik an der Entnazifizierung im Allgemeinen, sondern vor allem am Nürnberger Kriegsverbrecherprozess. Er deutete an, dass unter denen, die von der Entnazifizierung betroffen wären, die Kriegsverbrecher aus der Notgemeinschaft ausgeschlossen würden, dass aber alle anderen willkommen seien.

Diese Bemerkungen wurden von der Zuhörerschaft mit ansehnlichem Beifall bedacht.

Dr. Ott fuhr fort, die Hauptprobleme der Vertriebenen herauszustellen und er betonte die Tatsache, dass die Interessen einer Benachteiligtengruppe nur durch eine starke Partei dieser Gruppen geschützt und vertreten werden könnten.

Dann übernahm Prof. Holuba das Rednerpult und rief die Zuhörerschaft dazu auf, die Notgemeinschaft zu unterstützen.

Kommentar:

Insofern die Versammlung durch den Hilfsverband einberufen worden war und es sich dabei nicht um eine Veranstaltung der Notgemeinschaft handelte, brachten die Mitglieder des Hilfsverbands ihre Überraschung und ihre Verärgerung darüber zum Ausdruck, dass Dr. Ott und Professor Holuba die Veranstaltung in ein Treffen der Notgemeinschaft umwandelten.

Die Ansprache der beiden Redner waren an die weniger intelligenten Wählerklassen gerichtet. Angriffe gegen die bestehenden Parteien und insbesondere gegen die Besatzung wurden mit starkem Applaus durch das Publikum aufgenommen.“

Die besondere Aufmerksamkeit, die die Militärregierung dieser Angelegenheit schenkte, hat ihre

besonderen Gründe: „Am 15. Juni 1949 hatten sich die westlichen Militärgouverneure zu einer Konferenz getroffen, wo sie beschlossen, vor den Wahlen zum Bundestag keine neuen Parteien zu lizenzieren.“ Der Militärgouverneur von Württemberg-Baden hatte den Vertriebenen bereits am 10. Juni 1949 ausdrücklich verboten, eine eigene Partei zu gründen.

Dazu veröffentlichte die weitverbreitete Wochenzeitung „Christ und Welt“ am 23. Juni 1949 einen Leitartikel unter der Überschrift „Ostvertriebene und Wahlen“. ⁶⁶ Darin wurden auch die Gründe für die Aufstellung eigener Kandidaten der Vertriebenen genannt.

„Die von den Alliierten wieder ins Leben zurückgerufenen Parteien werden von vielen Deutschen, vor allem von denen unter vierzig, eher als Überbleibsel einer missglückten Vergangenheit denn als Verheißung einer besseren Zukunft betrachtet, und die Mehrzahl der Zwangsvertriebenen sieht in ihnen Organisationen, die sich jahrelang zu wenig um das Schicksal der Flüchtlinge kümmerten.“

Damals hatte z. B. die SPD als erste Partei ihre Kandidatenliste für Württemberg-Baden veröffentlicht. Sie enthielt unter 17 aufgeführten Kandidaten keinen einzigen Ostvertriebenen. Auf der Landesliste stand ein alter sudetendeutscher Sozialdemokrat erst an vierter Stelle. Ob ihn die Vertreter als „Flüchtlingsvertreter“ ansehen würden, war fraglich; er war 1938 ins Ausland emigriert, war also im Sinne der Heimatvertriebene kein Schicksalsgenosse.

Die lizenzierten Parteien vertraten die Meinung, dass einheimische Kandidaten eine stärkere Zugkraft als Heimatvertriebene oder Flüchtlinge hätten. Dagegen strebten sie danach, die Stimmen der Ostvertriebenen für die eigene Partei zu gewinnen. Die Vertriebenen aber erwarteten „die völlige Gleichstellung mit den Einheimischen und entsprechende verantwortliche Mitwirkung im öffentlichen Leben einschließlich Gesetzgebung“.

Als Reaktion auf die ablehnende Haltung der Parteien entschlossen sich Vertriebene acht Wochen vor dem Wahltag unter der Bezeichnung „Notgemeinschaft“ auf Kreisebene zur Wahl anzutreten.

Der Militärregierung wie auch den etablierten Parteien konnte der Schachzug nicht recht sein. Des-

halb wurde den Aktivitäten besondere Aufmerksamkeit geschenkt.

Der ausführliche Bericht vom 30. Juni 1949 fand noch eine Fortsetzung durch die Wiedergabe von Interviews, die nach der Veranstaltung durch Untersuchungsbeamte der Militärregierung gemacht wurden:

„Die Bemerkungen von Dr. Ott, dass die entnazifizierten Personen in der neuen Partei aufgenommen werden sollen, wurde mit dem größten Applaus beachtet. Interviews, die nach dem Treffen mit Zuhörern geführt wurden, zeigen, dass fünf von sechs Vertriebenen den Ideen der Notgemeinschaft zustimmen. (Quelle: Militärgouverneur).

Die folgende Übersicht über Einzelmeinungen zeigt, dass der Kreisvertriebenenkommissar und der Hilfsverband die Notgemeinschaft unterstützen, während Mitglieder der bestehenden Parteien stark gegen die Notgemeinschaft eingestellt sind.

Vertriebenenkommissar Deppner, Aalen: „Die Notgemeinschaft ist nicht eine politische Partei sondern eine Wirtschaftspartei. Für den Fall, dass sie erlaubt wird, erwarte ich, dass viele unzufriedene Elemente im Hinblick auf die Bundestagswahlen beitreten, da diese meinen, dass die politischen Parteien für sie zu wenig unternommen hätten. Unglücklicherweise – und das ist meine persönliche Meinung – sind die führenden Personen der Notgemeinschaft schlecht gewählt.“

Oberbürgermeister Balluff, Aalen: „Die Notgemeinschaft versucht, Wählerstimmen zu fangen, in dem sie krumme Methoden anwendet. Ich glaube nicht, dass die Notgemeinschaft – sollte sie denn zugelassen werden – bei den kommenden Wahlen sehr erfolgreich sein wird.“

Vizepräsident der Neubürger – Hilfsgemeinschaft, Herr Halleger: „Die Vertriebenen und alle diejenigen, die sich in gewisser Weise unterprivilegiert fühlen, sind keineswegs mit dem Wenigen zufrieden, das bis heute für sie getan wurde. Warum soll man ihnen nicht eine Partei geben, die ihre eigenen Interessen repräsentiert! Ich betrachte die Notgemeinschaft als eine Art Sicherheitsventil.“

Sollte die Zulassung verwehrt werden, dann würden die Konsequenzen katastrophal sein. Die Gründung einer Partei würde sie vor einer radikalen

Richtung bewahren. Wir wollen keine Kommunisten werden.'

Präsident des Kreiskomitees der Notgemeinschaft, Tittor: ‚Wir wissen sehr gut, dass unsere Hoffnungen und Erwartungen sehr dünn sind, wenn uns, wie gegenwärtig, lediglich erlaubt wird, auf Kreisebene zu arbeiten. Allerdings sind wir dazu in der Lage, den Beweis durch die Unterschriften, die wir sammeln, dafür anzutreten, dass die große Mehrheit der Vertriebenen eine eigene Partei erwartet. Was haben die anderen Parteien bisher für uns getan?‘ Hauptkommissar der Landespolizei Bormann, Aalen: ‚Ich denke, dass die Gründung einer eigenen Vertriebenenpartei ein politischer Fehler wäre. Es besteht eine viel größere Chance, beachtet zu werden, wenn die Interessen der Vertriebenen von Vertriebenenkandidaten, die von respektierten Parteien aufgestellt werden, vertreten werden.‘

Andererseits ist es wahr, dass eine Vertriebenenpartei – obwohl ich nicht glaube, dass es so weit kommt – dass also eine Vertriebenenpartei ein heilsames Gegengewicht im Parlament bilden könnte. Ich habe zudem den Eindruck, dass die westlichen Besatzungsmächte gegen die Gründung einer Vertriebenenpartei sind, um zu verhindern, dass die Vertriebenenfrage zu einer internationalen Angelegenheit wird. Sie bevorzugen dagegen, immer wieder zu betonen, dass es sich dabei um eine rein innerdeutsche Angelegenheit handelt.'

Landrat Dr. Huber, Aalen: ‚Die Aufsplitterung unter den Neubürgern ist groß genug, und sie brauchen keine eigene Partei, um diese Kluft noch zu vergrößern. Ich glaube nicht, dass die Notgemeinschaft eine Bedeutung hat oder in Zukunft eine große Bedeutung gewinnen wird.‘

Die kommenden Wahlen werden eine Abnahme in der Stärke der bestehenden Parteien mit sich bringen, aber es wird nicht der Fall eintreten, dass die Notgemeinschaft davon profitiert. Ich habe den Hilfsverband der Neubürger sehr stark unterstützt in diesem Kreis, weil ich ihn für eine Organisation gehalten habe, die mit dem Bauernverband in der Vertretung eigener Interessen zu vergleichen ist.

Es sieht für mich nun so aus, als ob dieser Hilfsverband der Notgemeinschaft eingegliedert werden soll – und im übrigen glaube ich, dass es dumm ist, wenn die Neubürger eine eigene politi-

sche Partei wünschen.' (Quelle: Untersuchungsbeamte der Militärregierung).“

Im Bericht vom 28. Juli 1949 beschäftigte sich der Aalener Militärgouverneur erneut ausgiebig mit der „Notgemeinschaft“, ihrem Auftreten in Aalen und mit ihren Zielen.

„Die Führer der Aalener Notgemeinschaft fordern die Zulassung und diskutieren Teilziele mit der Militärregierung.

Der neugewählte Präsident der Notgemeinschaft, Herr Tittor, und der Parteikandidat für den Wahlkreis Aalen – Schwäbisch Gmünd, Herr Nesbeda, präsentierten letzte Woche der Militärregierung ihren Antrag, als politische Partei anerkannt zu werden und diskutierten ausführlich ihr Programm mit uns.

Sie stellten fest, dass die Notgemeinschaft in der Hauptsache all die Personen ansprechen wollte, die nicht mit den gegenwärtigen politischen Parteien übereinstimmten (Personen mit Kriegsschäden, Vertriebene, Ausgebombte, Kriegsversehrte, Kriegswitwen usw.)

In einer Rede, die Dr. Franz Ott hier letzte Woche gehalten hatte, hatte er direkt die Opfer der Entnazifizierung angesprochen und zu dieser Frage äußerte Herr Tittor, dass die Notgemeinschaft alle Opfer der Entnazifizierung willkommen heißen würde außer den Hauptbetroffenen und dass diese Leute nicht wählen dürften.

Die Antwort auf diese Frage fiel sehr vage aus, und obwohl die Vertreter jegliche direkte Werbung für die Opfer der Entnazifizierung verneinten, stellte sie fest: ‚Die Notgemeinschaft ist eine politische Bewegung, die darauf abzielt, die Lasten, die von der Wiederherstellung des politischen Lebens hervorgerufen werden, gerecht zu verteilen.' Herr Tittor behauptete auch, dass ein tiefes Gefühl der Resignation und Unzufriedenheit unter allen Arten von Leuten sich verbreitet habe, so weit es die bestehenden politischen Parteien betrifft, und dieses Gefühl nicht nur unter Flüchtlingen und Vertriebene vorherrsche.

Die Notgemeinschaft – so sagte er – bemüht sich um diese Leute und will verhindern, dass sie Kommunisten werden.“

Auf die Frage, wie die Notgemeinschaft beabsich-

tigt, über die Kreisgrenzen hinauszuwirken, antwortet Herr Tittor: ‚Die weitere Entwicklung der Notgemeinschaft hängt von dem Ergebnis dieser Wahl ab. Wenn wir in dieser Wahl nicht auf Landesebene zugelassen werden, dann wird die Notgemeinschaft nach der Wahl verschwinden. Wenn wir die Zulassung erhalten, und unter der Voraussetzung wir erhalten genügend Stimmen, dann kann die Notgemeinschaft wie eine normale Partei arbeiten.‘

Mit Blick auf Gerüchte, dass die Notgemeinschaft ihre Stärke einsetzen könnte, um andere politische Parteien zu unterstützen, in dem Fall sie keine Zulassung auf Landesebene erhielte, sagte Herr Tittor: ‚Wir haben keine Absicht, unsere Stärke irgendeiner Partei zur Verfügung zu stellen.‘ Die Parteiführer wiesen darauf hin, dass der Bundestagswahlkampf in Aalen durch Reden, Plakate und die zweimonatige Zeitung ‚Das Gewissen‘, die in Esslingen herausgegeben wird, vorangebracht werden müsste.

Im Hinblick auf die Wahlchancen behauptete Herr Tittor, dass die Notgemeinschaft 25 Prozent aller Wählerstimmen erhalten würde. Diese Stimmen, so glaube er, würden hauptsächlich aus der Arbeiterklasse, den Vertriebenen und den Kriegsbeschädigten, den Kriegsversehrten kommen. Der größte Teil ihrer Wähler würde von Vertriebenen kommen, die bis zu diesem Zeitpunkt Mitglieder im Flüchtlingsflügel der CDU gewesen seien, obwohl die Verteilung der Vertriebenenstimmen noch nicht vollständig analysiert worden sei.

Die Repräsentanten glauben auch, dass der Einfluss der Notgemeinschaft auf die SPD und KPD gering sei.“

Am 14. August 1949 hatte die Wahl für den ersten Deutschen Bundestag stattgefunden. Als Abgeordneter für den Wahlkreis Aalen – Schwäbisch Gmünd war der Oberschlesier Dr. Rudolf Vogel gewählt worden.

Bald nach der Bundestagswahl vom 14. August 1949 veranstaltete der Gewerbe-Verein Wasseralfingen vom 27. August bis 4. September 1949 in Wasseralfingen die erste Leistungsschau nach dem Krieg für Industrie, Handwerk, Landwirtschaft und freischaffende Künstler unter dem Motto „Schaffen im Kreis Aalen“. Auch die im Kreis ansässigen „Flüchtlingsbetriebe“ erhielten Gelegenheit, ihre

Leistungen zu zeigen. Der letzte Tag der Ausstellung war ein Heimat-Treffen der Schlesier und Nordostdeutschen gewidmet. Im „Spiesel“ in Wasseralfingen sollte der Tag um 10.00 Uhr mit einem Feldgottesdienst beginnen, um 14.00 Uhr sollte eine Kundgebung folgen. Über den Verlauf liegt ein Bericht der US-Militärregierung Aalen vor:

„Bericht vom 8. September 1949 Abteilung IV – Gesellschaft – Vertriebenen-Massentreffen in Wasseralfingen:

Bundestagsabgeordneter Dr. Vogel (CDU) erklärt: ‚Die Annektion von Gebieten jenseits der Oder-Neiße-Linie ist nicht nur ein Akt der Ungerechtigkeit, sondern eine wirtschaftliche Idiotie.‘

Ein Massentreffen von Vertriebenen wurde bei der Wasseralfenger Handels- und Industrieausstellung am 4. September als Schlusspunkt veranstaltet. Annähernd 5000 Besucher aus Schlesien und den nordöstlichen deutschen Gebieten fanden sich auf dem Sportplatz zusammen, um prominenten Sprechern zuzuhören, die sie darin bestärkten, sich an ihr Recht auf ihr Heimatland zu erinnern. Das Treffen begann mit einem Gottesdienst um 10.30 Uhr, der von katholischen Vertriebenen sehr gut besucht wurde.

Am Nachmittag wurde die Veranstaltung fortgesetzt mit Dr. Schreiber, Vorsitzender des Vertriebenenbüros der Bizonenverwaltung, Dr. G. Baron von Manteufel, Vorsitzender der Vertriebenenvertretung bei der Bizonenverwaltung und Dr. Vogel, Bundestagsabgeordneter.

Baron von Manteufel hob hervor, dass in diesen Tagen die Aufmerksamkeit der Bevölkerung auf Bonn gerichtet ist, weil man von dort Rettung erwartet. ‚Ich warne vor einer solchen Haltung‘, erklärte er, ‚erwarten sie von Bonn nicht zu viel. Dieses Parlament repräsentiert lediglich „Restdeutschland“ und überziehen sie nicht die Forderungen gegenüber ihren Vertretern in Bonn, weil die Vertriebenenfrage nicht nur ein deutsches Problem ist, sondern ein Europäisches und es betrifft zudem die ganze Welt.‘

In seinen weiteren Ausführungen sagte Manteufel, dass die Lösung des Problems es erfordere, die Vertriebenen aus der Enge, die ihnen von Restdeutschland geboten würden, hinauszuführen aus einem

Land, das sogar ohne sie bereits überfüllt ist. Die Leute auf der ganzen Welt sollten mit dieser Notwendigkeit bekannt gemacht werden, auf eine behutsame und vernünftige Art und Weise und sollten dazu gebracht werden, die Bedürfnisse der Vertriebenen zu erkennen.

Dieses, so denkt der Sprecher – ist die einzige Möglichkeit, um dieses Problem zu lösen.

Dr. Vogel, ein Vertriebener aus Schlesien, war der nächste Redner. Er erinnerte die Zuhörer daran, dass Schlesien aus der Tradition heraus die rechtmäßige Heimat der Flüchtlinge ist, die aus diesem Teil Deutschlands vertrieben wurden.

Deutsche Pioniere hätten dieses Land auf friedliche Art und Weise kultiviert. Sie haben es keinem genommen. Wenn Versuche in einigen Teilen der Welt unternommen werden, um durch Reden, Zeitungen und Flugblätter das Gegenteil zu belegen, so stimmen diese Behauptungen mit den tatsächlichen Fakten nicht überein.

„Ich fordere sie als Zeugen auf, vor der Welt zu belegen, dass dieses Land (Schlesien) zu uns gehört. Und wer schweigt, wenn Unrecht ausgeübt wird, macht sich zum Komplizen“, rief Dr. Vogel aus. Er fuhr fort, die Zuhörer zu drängen, niemals ihr Recht auf ihr Heimatland aufzugeben.

Und sie sollten nicht ihre Meinung durch falsche Prophezeiungen beeinflussen lassen. Er rief die Vertriebenen dazu auf, wirtschaftliche und politische Stärke zu gewinnen, um ihr Endziel zu erreichen. Die Rückkehr in ihre Heimat. Er führte aus, dass die deutsche Bevölkerung mit einer Zahl von 66 Millionen Personen im Herzen von Europa nach der Wiederherstellung seiner Wirtschaft einen Faktor darstellt, der vom Rest der Welt nicht übersehen werden kann. Der Bundestag ist nun ein passendes Instrument, um der Welt zu zeigen, was die Oder-Neiße-Linie tatsächlich bedeutet.

Dr. Vogel verdeutlichte den Zuhörern, dass die Abtrennung der Gebiete jenseits der Oder-Neiße-Linie nicht nur eine politische Ungerechtigkeit, sondern eine wirtschaftliche Idiotie ist. Es ist unmöglich, ohne diese Gebiete die wirtschaftliche Unabhängigkeit des deutschen Volkes selbst in einem kleinen Umfang zu erreichen. Die Erkenntnis dieser Tatsache wird eines Tages die politischen Führer veranlassen, diese falsche Entscheidung zu revidieren.

Jedoch, so betonte der Sprecher, dürfen die Vertriebenen nicht vergessen, dass ihre Heimat lediglich durch friedliche Mittel zurückgewonnen werden kann.

Der Redner schloss, indem er betonte, dass der Bundestag einerseits die Aufgabe hätte, die Basis für die Rückkehr der Vertriebenen zu schaffen, dass der Bundestag aber auch andererseits der Welt die Frage vorlegen müsse, wo denn die 4 Millionen Deutschen sind, die zwar vertrieben wurden, jedoch niemals hier ankamen. Diese Frage muss auch denen gestellt werden, die in Nürnberg den kleinen Gerichtshof eingerichtet haben und die Urteile sprechen. Letztendlich wird die wahre Gerechtigkeit immer siegen.

Dr. Schreiber, Vorsitzender des Vertriebenenbüros der Bizonenverwaltung war der letzte Sprecher. Seine Ausführungen konzentrierten sich auf die enorme politische Bedeutung des ostdeutschen Gebietes für das Wohl des christlichen Westens. Zahlreiche Erfinder und andere führende Geister kamen aus Ostdeutschland, worauf jedermann stolz sein kann.

Dies verdeutlicht, dass die Ostgebiete immer ein wichtiger Bestandteil von Deutschland gewesen sind und nicht als Kolonien betrachtet wurden. Auch er drängte die Zuhörerschaft, ihre Gemeinschaft zu stärken und ihr Heimatrecht nicht aufzugeben.“

Am 9. Oktober 1949 wurde in Westdeutschland erstmals der „Tag der Heimat“ von den Vertriebenen mit Treffen und öffentlichen Veranstaltungen gefeiert. Die Devise „Gebt uns unsere Heimat wieder“ sollte die Öffentlichkeit auf das Unrecht der Vertreibung aufmerksam machen.

Auch in Aalen fand eine Veranstaltung statt, über die die Militärregierung einen Bericht an das Hauptquartier in Stuttgart vorlegte:

„Bericht vom 13. Oktober 1949 Abteilung IV – Gesellschaft – Tag der Heimat im Kreis Aalen:

Öffentliche Versammlung abgehalten mit der Botschaft ‚Gebt uns unsere Heimat wieder‘. Am 9. Oktober 1949 am Tag der Heimat in Westdeutschland veranstalteten Vertriebene öffentliche Treffen und Kundgebungen auch in Aalen. Am

Nachmittag dieses Tages versammelten sich zwischen 700 und 800 Vertriebene in der Orthsalle in Erinnerung an ihre verlorene Heimat. [...]

Der Kreispräsident des Verbandes der vertriebenen Deutschen Aalen, Herr Metzke, war der erste Redner. Er nannte diesen Tag einen Tag der Trauer und des Leids, einen Tag der Erinnerung und der Sammlung, einen Tag des Friedens und der Liebe. Er ging in Gedanken zurück zu den Toten, die die unmenschliche Vertreibung aus dem Heimatland nicht überlebten.

„Wir sollten niemals müde werden“, so der Sprecher, „das Schweigen zu brechen, das diese Verbrechen überdeckt und wir sollten niemals müde werden, den Kampf für eine Rückkehr in unsere Heimat fortzusetzen.“

Der nächste Redner war selbst ein Vertriebener und Mitglied des Kreisrats, Dr. Grimmer. Er führte aus, dass 16 Millionen Deutsche vertrieben wurden, dass aber lediglich 12 Millionen an ihrem Bestimmungsort ankamen.

Er warf die Frage auf: „Wo sind die restlichen 4 Millionen?“ Mit Bezug auf das Tribunal in Nürnberg meinte der Sprecher, dass Verbrechen, die gegen das deutsche Volk begangen wurden, ebenfalls vor einen internationalen Gerichtshof gebracht werden sollten. Die Geschichte duldet es nicht, wenn ein einzelnes Blatt aus ihrem Buch gerissen wird, besonders dann, wenn es mit so viel Blut geschrieben ist, wie die Seite über die Vertreibung der Deutschen.

Dr. Grimmer erklärte, dass Deutschland niemals das Recht auf die Oder-Neiße-Linie aufgeben werde. Die Forderung nach einer Rückgabe dieser Gebiete ist der Regierung in Bonn in einer unmissverständlichen Weise aufgegeben worden. Selbst in den Vereinigten Staaten gab es Meinungen, dass diese Gebiete Deutschland zurückgegeben werden sollten.

Landrat Dr. Huber, der das Treffen beendete, führte aus, dass: „Die Welt sich fortbewegt und ein Verbrechen wie dieses, das gegen Millionen von Deutschen begangen wurde, in dem man sie aus der Heimat vertrieb, nach Wiedergutmachung verlangt. Der Lauf der Geschichte hat bewiesen, dass, selbst wenn der Prozess der Wiedergutmachung langsam ist und kurvenreich, so wird er nichts desto weniger

doch eines Tages kommen. Die Vertriebenen repräsentieren das deutsche Volk gegenüber der Welt, was ihnen genommen wurde, wurde dem deutschen Volk genommen.

Deshalb sollten die Deutschen in die Forderungen der Vertriebenen einstimmen. Wenn diese Forderungen gehört werden sollen, so bedeutet dies jedoch eine große Verantwortung für das ganze Volk. Die Haltung eines jeden sollte für die Zukunft so sein, dass er die ganze Welt überzeugt, dass die Deutschen sich gewandelt haben.

Bemerkungen: Alle Kundgebungen im Kreisgebiet, in den Städten wie in den Dörfern waren ruhig und würdevoll. Sie hatten ein Thema „Gebt uns unsere Heimat wieder“.

Der letzte Bericht der vorliegenden Reihe stammt vom 8. Dezember 1949 und beschäftigt sich mit einem Treffen von Vertriebenen-Unternehmern. Daraus ist zu erfahren, dass sich die vertriebenen Unternehmer organisatorisch zusammengeschlossen haben, um ihre Anliegen verstärkt vorzutragen. Deutlich wird aus den behandelten Themen, dass die Finanzierungsprobleme die wichtigste Bedeutung für die Firmen haben, dass die Unternehmer dringend auf Kredithilfen angewiesen waren.

„Bericht vom 8. Dezember 1949 Sektion IV – Gesellschaft – Treffen von Vertriebenen-Unternehmern:

Erleichterung der Kreditbestimmungen für Vertriebenen-Unternehmen. Durchschnittlich 18 Kreditanfragen pro Monat.

Die Aalener Organisation der Vertriebenen-Unternehmen, die im Jahre 1949 für Württemberg-Baden gegründet wurde, traf sich am 6. Dezember um aktuelle Fragen zu besprechen. Der Präsident des Verbandes der Vertriebenen Deutschen Aalen, Ingenieur Halliger, stellte die Probleme von allgemeinem Interesse in einem Überblick dar.

Er sprach zu dem über die Freiheit von Handelsprovisionen und über Einzelheiten der neuen Kreditbestimmungen. Durch das Eingreifen der Organisation der Vertriebenen-Unternehmen waren nun kurzfristige Kredite zwischen 5000 und 15 000 Mark den Vertriebenen-Unternehmen gewährt, ohne dass das Wirtschaftsministerium beteiligt werden muss und Sicherheiten gestellt werden

müssen. Zudem wurde die Organisation damit betreut, Unternehmen zu wählen, die in den Genuss von Krediten aus dem ERP-Programm kommen sollten. Die Lösung des Vertriebenenproblems, so erklärte er, wird dadurch ermöglicht, in dem den Vertriebenen geholfen wird, eine neue Existenz zu gründen und sie mit Arbeit und Wohnungen zu versorgen.

Dr. Grimmer, Rechtsberater der Organisation, erklärte, die Voraussetzungen, um die Kredite zu erlangen und ging zudem auf Details bei der Antragsstellung ein. Der letzte Sprecher war Ingenieur Bohn aus dem Landratsamt, der mit seiner Agentur Vertriebeneninteressen vertritt. Er führte aus, dass der Kreis Aalen mit seinen Vertriebenen-Unternehmen und ihre Unterstützung hervorsteht.

Die durchschnittliche Zahl von Kreditbewerbungen pro Monat von Vertriebenen-Unternehmen, die vom Kreis gefördert werden, liegt zwischen 15 und 20.“

Aus allen Berichten kann entnommen werden, wie genau die Militärregierung den Sektor der heimatvertriebenen Bevölkerung beobachtete, aber wie korrekt auch über die herrschenden Sorgen, Nöte, Stimmungen, befürchtete Gefahren berichtet wurde. Aus der Summe der Berichte zog das Hauptquartier seine Konsequenzen und veranlasste entsprechende Maßnahmen, bestimmte damit die Entscheidungen, die offiziell als innerdeutsche Angelegenheiten galten.

Alois Schubert



Auch die Baracken auf dem Rötenberg wurden nach dem 2. Weltkrieg zur Unterbringung von Flüchtlingen und Heimatvertriebenen genutzt.

Persönlich erlebt:

Flucht – Vertreibung – Neuanfang

Die Schönwälder und ihr Treck – von Oberschlesien aufs Härtsfeld

Schönwald in Oberschlesien gelegen und dessen Kreisstadt Gleiwitz war, grenzte bis 1939 östlich und südlich an polnisches Gebiet. Von Fürsten gerufen kamen im 12. Jahrhundert Siedler nach Schlesien. In diese Zeit reicht auch die Gründung von Schönwald zurück. Dieses Land war reich an Wäldern und Auen, es galt zu roden und den Boden fruchtbar zu machen.

Jahrhunderte lebten hier die Bauern im Einklang mit der Natur; erst das aufkommende Industriezeitalter hat den Waldreichtum in Oberschlesien bis zur Unkenntlichkeit zerstört. Nach der Gründung des Klosters Rauden durch die Zisterzienser im Jahre 1098 lebten die Schönwälder in deren Herrschaftsbereich und wurden von diesen religiös betreut. Als Reihendorf angelegt, hatte es eine Länge von 6 km und 1945 nahezu 6000 Einwohner.

Die Pfarrkirche, in der Mitte gelegen, teilte die Ansiedlung in das Nieder- und Oberdorf. Die Bewohner waren Bauern und Handwerker und mit Beginn des Industriezeitalters teils in Erzhöfen und Kohlengruben beschäftigt. Der Schönwälder Dialekt war unsere Umgangssprache, die Amtssprache natürlich Hochdeutsch, welches in 3 Volksschulen vermittelt wurde.

Die Schönwälder Tracht war ein Zeichen des selbstbewussten Bauerntums, deren Farben sich an denen des Kirchenjahres orientierte. Über die Grenzen Schlesiens waren die Stickereien bekannt, diese waren zunächst Bestandteil und Schmuck der Frauentracht. Berühmt geworden ist ein Vorhang im Stadttheater in Gleiwitz, dessen Stickerei von der Schönwälder Stickstube ausgeführt worden ist.

Das Brauchtum wurde in mehreren Vereinen gepflegt. Die Kultur trat bei Festen und Feiern in

Erscheinung, eingebettet in das religiöse Leben des katholischen Glaubens. Jährliche Wallfahrten führten die Dorfbewohner in die Wallfahrtsorte Annaberg und Tschenstochau. Das Ablassfest als Patrozinium der Dorfkirche war schließlich Höhepunkt des kirchlichen und dörflichen Lebens eines Jahres. Die Vorkriegszeit der Dreißigerjahre sowie die Kriegsjahre 1939 – 1945 hatten das Dorfleben bereits verändert.

Doch mit dem 28. Januar 1945 war eine 700 Jahre währende Kulturgeschichte des Dorfes Schönwald gewaltsam beendet worden. Heute leben keine 20 Personen der deutschen Bevölkerung in der alten Heimat. Die jetzigen Einwohner sind als Umsiedler aus Ostpolen gekommen und haben völlig andere Lebensweisen in das Dorf gebracht.

In den noch vorhandenen Kirchenbüchern sind die Namen der einstigen Bewohner nachzulesen. Die Dorfkirche und die Bürgerhäuser zeugen noch von der deutschen Vergangenheit. Die Schönwälder Dorfbewohner aber leben in den verschiedenen Ländern unserer Bundesrepublik. Sie haben sich dort eine neue Heimat geschaffen und nicht selten, wie hier im Ostalbkreis, ein Eigenheim gebaut und etwas Wohlstand erarbeitet.

Außergewöhnliche Erlebnisse haften in der Erinnerung wie ein Magnet am Metall. Das einzigartige Geschehen tritt immer wieder aus der Erinnerung an die Oberfläche der Gedanken.

Für alle Heimatvertriebenen war die Flucht aus der Heimat jenes Erlebnis, das ein Leben lang nicht mehr aus dem Bewusstsein entweicht. Deshalb sei hier nochmals aus der Erinnerung erzählt, wie die Schönwälder ihre Flucht aus der Heimat erlebten und bewältigten.

Am 1. September 1939 hatte der Krieg nur wenige 100 Meter vor den Wohnungen und Feldern der Schönwälder begonnen. Nur einige Stunden später,

nach dem Angriff unserer Armeen in den frühen Morgenstunden mussten in den Schönwälder Schulen bereits die ersten verwundeten Soldaten verbunden und gepflegt werden. Die Front aber verschob sich schnell nach Osten. Die Schönwälder konnten aufatmen, – sie waren nochmals davongekommen. Wer aber hätte damals an ein Geschehen in umgekehrter Richtung gedacht.

Im Herbst 1944 konnten die Wehrmachtsberichte nichts Gutes vermelden, diese Nachrichten lasteten schwer auf dem Gemüt der deutschen Bevölkerung, – der Krieg kam zurück – die Front rückte näher. Noch wollte niemand daran glauben, dass letztendlich eine Flucht oder Vertreibung aus der Heimat bevorstand. Diesen Herbst flogen amerikanische Bomber täglich Einsätze gegen Rüstungszentren in Oberschlesien.

Doch keine Bombe fiel auf die Kohlenzechen in unserer Nähe. In ruhigen und klaren Winternächten 1944 vernahm man die ersten Kriegsgерäusche, noch war es verhaltener Geschützdonner, das Aufblitzen in der Ferne gleich einem Wetterleuchten beunruhigte erstmals die Schönwälder. In den ersten Januartagen spitzte sich die Lage an der Ostfront gefährlich zu. Russische Tiefflieger erreichten ab und zu die naheliegende deutsche Grenze. Zurückflutende Soldatenverbände waren Zeichen genug für die sich anbahnende Katastrophe.

Trotz dieser Anzeichen und einer verständlichen inneren Unruhe, gingen die Bauern und Arbeiter ihrer gewohnten Tätigkeit nach, auch an diesem denkwürdigen Montag, dem 22. Januar 1945. Die Bauern hatten den Tag über in der Scheune ihr Korn gedroschen, als kurz vor Einbruch der Dunkelheit die Nachricht eintraf, das Dorf innerhalb von 3 Stunden zu verlassen. Arbeiterinnen und Arbeiter kamen von der Schicht und freuten sich auf den Feierabend trotz bedrohlicher Nachrichten aus dem Rundfunk.

Nun plötzlich gegen 16 Uhr die Aufforderung des Bürgermeisters innerhalb von Stunden zu flüchten. Die Kirchenglocken läuteten, um die Bedrohung zu melden. Augenblicklich erstarb jedes Lächeln in den ohnehin besorgten Gesichtern. Das Abendbrot wollte niemand schmecken und doch sollte ein jeder gestärkt und nicht mit leerem Magen diesen schweren Weg antreten. Die Gedanken begannen

zu kreisen, die Handlungen zu rotieren. Die Wagen wurden aus den Remisen gezogen, – nimmt man den schweren kräftigen Wagen oder tuts auch der etwas leichtere. Hat der Wagen seine Bremse – wo bleibt die Kette für alle Fälle? Nachbarn liefen zusammen, berieten, um dann wieder unschlüssig auseinander zu gehen.

Vielfach bedurfte es großer Anstrengung, um vor allem den älteren Menschen die Flucht als die einzige Möglichkeit darzustellen. Versetzer am Wagen mit Stricken festbinden. Stroh als wärmendes Lager auf den Wagenboden legen. Heu und Hafer für die Pferde, zum Tränken der Zugtiere den Eimer nicht vergessen – der Futtersack fehlt noch, – wo bleibt der Holzkoffer mit den wichtigsten Papieren? – Schon immer war dieser bei Fliegeralarm im Luftschuttkeller dabei.

Warme Kleidung, feste Schuhe, auch die Handschuhe sind sehr wichtig. – Das Durcheinander kannte keine Grenzen. Dann der kleine Bruder, dem seine neuen Schlittschuhe äußerst wichtig waren, die unbedingt auf den Wagen mussten. Schließlich musste streng entschieden werden, nur das Lebensnotwendige fand endlich auf dem Wagen Platz.

Die Pferde waren bei Eintreffen der Hiobsbotschaft noch reichlich mit Hafer gefüttert worden. Die Zeit drängte, rasch wurde eingespannt. Auch für die Pferde war diese Zeit ungewohnt, doch es musste sein. – Endlich saßen alle auf dem Wagen, Großvater, Großmutter, Mutter, Tanten, Buben und Mädchen, – nicht selten zehn Personen. Schnell noch die abgedunkelte Sturmlaterne anzünden und dann ging's weinend hinaus aus dem Hof, dem Dorf, – auf die verschneite Straße, in die eisig kalte Mondnacht.

Die Kinder fragen? Warum gehen Vater und Onkel nicht mit? – Doch die mussten zurückbleiben; – als Männer des Volkssturms sollen sie die Heimat in letzter Minute vor dem Feinde retten. Aus allen Nebenstraßen fahren die Wagen in die einzige Hauptstraße des Dorfes.

Wagen an Wagen, in langer Reihe setzt sich der Treck gegen Westen in Bewegung. Die Uhr zeigt 21 Uhr, das Thermometer 28 Grad Minus. Nun drängen auch Arbeiterfrauen mit ihren Kindern und Kleinkindern aus den Häusern, deren Männer im

Krieg Dienst tun. Kinderwagen schieben sie vor sich her. Im knirschenden Schnee versuchen sie mit den fahrenden Wagen Schritt zu halten. So konnte ihnen eine Flucht nicht gelingen. Sie bitten um Aufnahme in den Pferdewagen, – dies wurde ihnen gewährt. Die Jugendlichen steigen ab und gehen fortan zu Fuß, während die Mütter mit ihren Säuglingen in wärmenden Kissen auf den Wagen Platz finden. Draußen auf der Landstraße, wo sich die Fahrspuren verwischen, rutschen Wagen in den Graben. Mit viel Mühe werden diese herausgezogen und wieder flott gemacht.

Mit zunehmender Entfernung verliert sich das Heimatdorf und ist nur noch als Schatten wahrzunehmen. Einzelne verlieren ihren Mut, sie fühlen sich den Anstrengungen nicht gewachsen und kehren wieder zurück, um am folgenden Tag in letzter Minute erneut zu fliehen. Mehrere Familien bleiben in der Heimat; sie ereilt ein härteres Los, – viele werden erschossen oder verwundet, – den Frauen wird Gewalt angetan. Nach all diesen Opfern dürfen auch sie nicht in der Heimat bleiben.

Monate später werden auch diese Familien ausgewiesen und finden sich in Mecklenburg wieder. Der Treck hat seinen Weg über Rauden Richtung Ratibor genommen. Jahrhunderte war Schönwald mit dem Kloster Rauden verbunden. 40 Kilometer hatte der Treck in dieser ersten Etappe zurückgelegt, als gegen 16 Uhr in Ratibor erstmals gerastet wurde.

In Schulen, Gaststätten oder Privathäusern wärmten sich die Flüchtlinge auf. Kleinkinder verlangten nach warmer Milch. Die völlig erschöpften Pferde tranken gierig das bereitgestellte Wasser – ihre schweißgebadeten Körper dampften. Mit wärmenden Decken versuchte man die Tiere vor Erkältung zu schützen. Die sonst so kräftig wirkenden Rösser ließen ihre Köpfe bis zum Boden hängen.

Nach wenigen Stunden, gegen Morgen verließen die Wagen Ratibor in Richtung Altstett. Die Straßen waren überfüllt mit Fahrzeugen und flüchtenden Menschen. In der Gegenrichtung fuhr Panzer und sonstige Kriegsfahrzeuge.

Nur mühselig kam der Treck voran. In den Mittagsstunden desselben Tages stoßen plötzlich unsere Väter und Männer zu uns. Mit Fahrrädern hatten sie den Fluchtweg bis hierher zurückgelegt. Sie, die noch daheim bleiben mussten, hatten auf

weitere Befehle der Parteileitung gewartet. In den Morgenstunden musste schließlich auch dort die Ausweglosigkeit erkannt worden sein. Plünderer hatten bereits in dieser letzten Nacht nach fremdem Hab und Gut gesucht.

In den frühen Morgenstunden schaffte man noch Futter in den Stall und ließ die Tiere frei, um schließlich traurig das Heimatdorf zu verlassen. Als die Männer bei uns waren, trat ein Hoffnungsschimmer in die Gesichter der Frauen und Kinder, – jetzt würde vieles leichter und besser werden.

Die Männer übernahmen fortan die Fuhrwerke und die Frauen kümmerten sich um das Verteilen der mitgenommenen Speisen. Brot, Wurst, Speck und Eier mussten gut eingeteilt werden, denn niemand vermochte zu sagen, wie viele Wochen der Treck unterwegs sein würde.

In Altstett waren die Fuhrwerke bei Einbruch der Nacht. Die Bewohner des Dorfes nahmen uns Flüchtlinge herzlich auf. Nicht selten stellten sie ihre eigenen Betten zur Verfügung, um selbst auf dem Küchenboden zu schlafen.

Hier wurde erstmals darüber beraten, welcher Fluchtweg die Flüchtenden in Richtung Österreich bringen würde. Einzelne Trecks mit 15 bis 20 Wagen bildeten sich. Ein Treckführer wurde benannt, welcher sich mit der zuständigen Kreisleitung in Verbindung setzen musste, um den Tagesweg und den Ort der Übernachtung vorab festzulegen. Die überbesetzten Straßen wurden damit entlastet und eine Doppelbelegung des Übernachtungsortes vermieden.

Als unser Treck nach 3 Tagen in Löwitz hielt, um 5 Ruhetage einzulegen, keimte bei vielen die Hoffnung, wieder umdrehen zu dürfen und in die verlassene Heimat zurückzukehren. Die ersten Tage verliefen ruhig, die Kinder widmeten sich dem Wintersport.

Die Erwachsenen versuchten hier und da bei den Gastgebern Kleidung zu kaufen. In der Eile der Flucht waren notwendige Kleidungsstücke vergessen worden. Sie halfen bereitwillig, denn auch sie würden bald zu jenen gehören, die ihre Heimat verlassen müssen.

Draußen auf den Landstraßen ging es bewegt zu; Militärfahrzeuge waren teils auf dem Rückmarsch und teils auf dem Weg zur Front. In den ruhigen

Nachtstunden horchte so mancher in östlicher Richtung. Das Brodeln des Krieges war leise zu vernehmen. Es wuchs in den nächsten Tagen eher etwas an. Für eine vorzeitige Rückkehr gab es keine Hoffnung. Am 1. Februar verließen die Wagen Löwitz in Richtung Türmitz, Jägerndorf.

Ein wenig milderes Wetter mit Schneetreiben hatte die ruhigen kalten Tage und Nächte abgelöst. Der Schnee fiel in die offenen Wagen, denn nur vereinzelt waren diese mit Planen abgedeckt. Das flache Land wechselte über in hügeliges Gelände, – die Ausläufer des Altvatergebirges und die nachfolgenden Gesenke, stellten enorme Anforderungen an unsere Pferde.

Menschenkraft half die Wagen schieben. Außerdem mussten fast täglich einheimische Bauern mit ihren Pferden den Flüchtlingen helfen, ihre schweren Wagen über die Höhen zu ziehen. Gefährvolle Situationen entstanden, wenn bergab die Wagenbremsen den Anforderungen nicht genügten und die Fuhrwerke mehr rutschten als fuhren.

Neben den Truppenbewegungen, die in besonderen Maßen in Jägerndorf und den nachfolgenden Strecken anzutreffen waren, stießen wir nunmehr auch auf die langen Kolonnen KZ-Häftlinge. Auch sie waren schon mehrere Wochen auf dem Weg in Richtung Westen.

Vom Wagen reichten unsere Frauen, trotz eigener Not, den Häftlingen auf ihr Betteln hin Brot. Augenblicklich war der Wagen umringt und verzweifelte hungrige Menschen rissen einander die kärglichen Stücke aus den Händen.

Konnten wir bis ans Ende der deutschen Grenze noch bei Familien übernachten, so wurden jetzt Schulen oder andere öffentliche Räume unsere Quartiere. Zu diesem kam keine gute Verpflegung. Die Pferde fanden in größeren Scheunen Platz. Pferdefutter musste fast immer organisiert werden. In den Scheunen standen die Pferde dicht beisammen. Die ungewohnte Nachbarschaft führte oft zu Verletzungen durch Hufschlag, die wiederum eine tägliche Wundbehandlung notwendig machten.

In den Dörfern, die wir durchfuhren, war die deutsche Militärpolizei allgegenwärtig. Oft durchkämmten sie Haus um Haus, um entlaufene Soldaten dingfest zu machen. Deserteure brachte man durch Erhängen zu Tode. Diese Handlungsweise

erschreckte auch unsere Männer, ihre Sorge wuchs Tag um Tag, nochmals zum Volkssturm rekrutiert zu werden. Eine Woche waren wir von Jägerndorf aus unterwegs, als wir in Hohenstadt eine Ruhepause von sieben Tagen einlegten.

Die vergangenen Tage hatten von einem jeden von uns alles abverlangt. Für die Jüngeren war es ein aufreibender Fußmarsch gewesen. Die Frauen wussten oft nicht wie die hungrigen Mäuler satt gemacht werden sollten. Für 7 Tage war nun ein Hotelsaal die Wohnung für alle.

Auf engstem Raum mußte jeder auf den anderen Rücksicht nehmen. In einer Großküche bereiteten die Frauen das Essen für uns alle. Hafer und Heu für die Pferde stellte das Proviantamt zur Verfügung. Hohenstadt füllte sich mehr und mehr mit flüchtenden Menschen. Einwohner und Flüchtlinge waren gereizt, die Stimmung allgemein auf dem Nullpunkt angelangt.

Unser Treck war nun 22 Tage unterwegs und noch immer kein Ende der Flucht abzusehen als wir in Hohenstadt aufbrachen in Richtung Ölmütz. Vor uns lag wieder flaches Land, die Straßen waren mäßig verschneit, so dass die Fuhrwerke schneller vorankamen.

In Olmütz vernahm man wieder das „Röhren“ des Krieges, der in den Wirren der letzten Tage fast vergessen schien. Das weitere größere Ziel würde Krems heißen – nach Znaim, Pulkau und Horn, führte der Weg entlang des Flusses Kamp. Im Schatten der Manhartsberge verlief die Straße sehr kurvenreich.

Auf Steinschlag bei den überhängenden Felsen mußte bei nun einsetzendem Tauwetter geachtet werden. Als wir nach 7 Tagen in das Donautal bei Langenlois einbogen, lagen Frühlingstemperaturen über dem Land. Bauern bestellten hier schon ihre Felder, – bei diesem Anblick traten unseren, auf der Flucht sich befindenden Bauern Tränen in die Augen. Ihre Gedanken wanderten zurück in die Heimat, deren Felder ebenso bereit gewesen wären für die Frühjahrssaat.

In Krems überquerte unser Treck die Donau. Der Winter war dem Frühling gewichen, das Wetter war für Luftangriffe gut. Noch war Krems nicht angegriffen worden von den Fliegern, die nunmehr täglich kamen. Aber einen Tag nach unserer Übernachtung

in Krems wurde diese Stadt bombardiert. Für unseren Treck bestand täglich höchste Gefahr – Tiefflieger beharkten nicht selten Einzelpersonen auf freiem Feld mit ihren Bordkanonen. Einen solchen Luftangriff hatten wir zu überstehen, zum Glück wurde dabei niemand verletzt, große Bäume boten uns Schutz und Deckung.

Von Melk aus erreichten wir nach 3 Tagen Sierning bei Steyr, es war der 28. März 1945. 36 Tage waren seit dem 22. Januar 1945 vergangen – an 22 Orten hatten wir, die Flüchtlinge aus Schönwald, übernachtet und in dieser Zeit fast 500 Kilometer mit den Fuhrwerken zurückgelegt. Ein älterer Mann war unterwegs an einer Lungenentzündung gestorben. Menschen und Tiere waren bei fast täglich 40 Kilometer Tagestouren bis an den Rand der Erschöpfung strapaziert worden. Einige Pferde erkrankten schwer.

Mehrere Jugendliche und junge Frauen unseres Trecks waren teilweise mit Militärfahrzeugen die Tagesstrecke vorausgefahren und verloren dadurch oft den Anschluss mit uns, ihren Eltern und Geschwistern, aber in Sierning fanden sich alle wieder zusammen.

Unserem Treckführer Franz Puscher sen. und weiteren Männern des Trecks, die ihm zur Seite standen in diesen schweren Wochen war es zu danken, dass alle die Flucht heil hinter sich gebracht haben.

In Sierning verteilte man die Familien auf die einzelnen Bauernhöfe. Sie nahmen uns mit gemischten Gefühlen auf, sorgten aber in vorbildlicher Weise für Kost und Unterkunft.

Noch war der Krieg nicht zu Ende, unseren Männern und Pferden erlaubte man nur eine kurze Erholungspause, um in jedem Falle die Pferde beim Schmied frisch beschlagen zu lassen. Wenige Tage nach der Ankunft in Sierning wurden die Männer mit ihren Pferden für den Kriegsdienst herangezogen.

In den Wäldern dieser Gegend lagen riesige Mengen an Munition, diese mußten in Nachtfahrten in die Nähe der Front gebracht werden, die zu diesem Zeitpunkt in der Nähe von Wien lag.

Die Jugendlichen ab 15 Jahren fanden sich in der Kaserne in Steyr wieder. Eingekleidet in Flakhelferuniformen absolvieren sie eine Ausbildung an Schnellfeuerwaffen und der Panzerfaust.

Das Einrücken der Amerikaner bewahrte sie Ende April vor einem Kampfeinsatz in Linz. Die Schönwälder hatten sich bei den österreichischen Bauern als Landarbeiter angeboten, mit diesen Arbeiten waren sie vertraut, über den Sommer und Vorherbst halfen sie bei Erntearbeiten.

Die Kinder hatten bereits den hiesigen Dialekt angenommen. Plötzlich erfolgte die Ausweisung aller Flüchtlinge aus Österreich durch die Regierung, veranlasst von der Besatzungsmacht der Amerikaner. In aller Eile mussten Pferde und Wagen verkauft oder verschenkt werden, was die Familien nochmals sehr hart traf.

Nach dem Verlust der Heimat nun auch die Trennung vom letzten Hab und Gut. Vorhandene Bettdecken durften ebenso nicht mitgenommen werden, – es wurde uns nur 1 Koffer je erwachsene Person erlaubt. Fahrräder zerlegte man in ihre Einzelteile, wickelte diese in Decken, um sie durch die Kontrolle zu bringen.

In Viehwagen transportierte man uns Mitte Oktober 1945 ins Reich. Nach einer wahren Irrfahrt gelangte unser Zug über Salzburg, Regensburg, Amberg nach Aalen. Recht und schlecht hatten die Amerikaner auf verschiedenen Stationen für Verpflegung gesorgt. Es waren 2000 Personen in dem Zug, davon 185 Schönwälder.

In Aalen wurden wir mit anderen Flüchtlingen auf Lastwagen verladen und in die einzelnen Gemeinden gebracht. 78 Schönwälder kamen nach Elchingen, weitere Landsleute verteilte man in die übrigen Härtsfeldgemeinden. In den Holzbaracken, die für den Arbeitsdienst gebaut wurden und während des Krieges den Gefangenen als Unterkunft dienten, wurden die meisten Schönwälder am 26. Oktober 1945 untergebracht, – es begann für sie ein neuer Lebensabschnitt, zerstreut war die Gemeinde Schönwald. Mit Spendenaktionen halfen die Härtsfeldbewohner so gut sie konnten, viele Kinder nahmen sie in ihre Familien auf und entlasteten so die auf engstem Raum lebenden Flüchtlinge in den Baracken und Wohnungen. In ihre geliebte Heimat konnten die Flüchtlinge nicht mehr zurück. Die Gemeinden des Härtsfeldes sollten fortan ihr neues Zuhause werden.

*Gottfried Kaschek,
Neresheim-Elchingen*

Vertreibung aus Kutscherau

Ein deutsches Dorf der Wischauer Sprachinsel bei Brünn in Mähren.

„Als die Russen kamen“

Am 27. April 1945 war die Bevölkerung wieder bei den wirklich unsinnig befohlenen Schanzarbeiten in der Nähe des Dorfes. Sie wurden von einem Hauptmann und einigen Unteroffizieren geleitet. Die Nachbardörfer wurden von Tieffliegern mit Bomben und Bordwaffen angegriffen – deshalb brannten in Rostenitz, Hobitschau und Wischau einige Häuser. Nachmittags wurden die Schanzarbeiten eingestellt und im Laufschrift erreichten die Leute ihre Häuser und Keller.

Beim Bahnhof Lultsch-Nemojan – etwa 3 km von Rosternitz entfernt – flog ein deutscher Munitionstransportzug durch russische Tieffliegerangriffe in die Luft. Um 17.00 Uhr verließen die letzten deutschen Soldaten unser Dorf. Von Austerlitz her, etwa 10 km von Kutscherau entfernt, hörte man heftigen Gefechtslärm, denn hier verteidigten sich noch deutsche Truppen.

Vom Windberg herunter rollten russische Panzer, ihnen folgte Infanterie, das Dorf war wie ausgestorben, nicht einmal ein Hund bellte, alles hatte sich „verkrochen“. In kurzer Zeit war Kutscherau voller russischer Fahrzeuge, Panzer und Soldaten. Trotz Einschlägen und Waffenlärm durchkämmten die Russen in einzelnen Trupps jedes Haus nach deutschen Soldaten, jedoch vergeblich.

Wir ahnten alle schon was auf uns zukommen wird. Drei Tage flogen die Granaten und Geschosse hin und her. Die Frauen und Mädchen haben sich nachts in den Feldern oder Scheunen versteckt, der Gemeindegarten war voller Menschen, denn er war angeblich granatensicher. Unsere Familie befand sich im eigenen Keller. Wir Mädchen lagen unter den Betten und die Eltern und Großeltern saßen auf diesen. Auch die Nachbarn Legner suchten Schutz bei uns im Keller. „Überall war es gefährlich“

Wir waren auch in der Scheune versteckt, doch die Russen suchten mit dünnen Eisenstäben im Stroh nach Mädchen und Wertgegenständen. Deshalb liefen wir in die Bochalitzer Felder und staunten über die große Anzahl der bereits anwesenden Dorfbewohner.

Durch die wieder aufflammende Gefechtsstätigkeit mussten wir auch dieses Versteck bald aufgeben. Am frühen Nachmittag verbargen wir uns, sieben an der Zahl, bei meiner Freundin Liese in der Vorratskammer, auf deren Falltüre eine Truhe gestellt wurde. Eine Bäuerin kam gelaufen und schrie: „Meinen Mann habm's erschossen“; es war der Metzgermeister Johann Butschek, das erste Todesopfer unseres Dorfes in diesen schweren Tagen.

Ebenso wurden 3 deutsche Soldaten als Gefangene von den Russen durchs Dorf geführt und am Anger erschossen, Ortsbewohner haben sie bestattet. Auch russische Soldaten sind gefallen, sie wurden an beiden Seiten des Kriegerdenkmals beerdigt, jedoch im Winter 1945/46 ausgegraben und nach auswärts überführt.

Obwohl die kirchlichen Gewänder der Pfarrkirche vor dem Einmarsch der Russen vergraben wurden, haben sie fast alles gefunden, Kultgegenstände und Messgewänder lagen im Straßengraben im Schmutz und Dreck, eingetreten in den Morast.

Zum 1. Mai wurde eine Kundgebung angesagt und alle Dorfbewohner mussten mit einem roten Fähnchen teilnehmen. Ein russischer Kommissar hielt beim Gemeindegasthaus eine Ansprache, die von einem Dolmetscher übersetzt wurde. Er gab zu verstehen, dass die Verhältnisse wieder normal würden und jeder seiner Arbeit nachgehen soll.

Durch diese erlaubte bzw. befohlene Zusammenkunft erfuhren wir, was alles in Kutscherau passiert ist, es war grauenhaft. Eine Familie hat sich mit 4 Kindern auf dem Strohboden verbrannt, weil die Russen die Frau und Tochter holten. – Ein junges Mädchen hat sich in der Scheune erhängt, weil die Russen über sie herfielen. – Im Haus Nr. 50 wurden 2 deutsche Soldaten aufgestöbert und gleich niedergeschossen. – In Hobitschau wurden 2 12-jährige Mädchen von den Russen so schwer verletzt, dass der Vater, der Genesungsurlaub hatte, alle 2 Familien mit 9 Personen beim Strohschober erschossen hat.

Nach 14 Tagen wurde es etwas ruhiger, wir kehrten aus unseren Verstecken zu den Eltern zurück. Bei uns im Hof war die Wäscherei eingerichtet und meine Eltern und Großeltern mussten mithelfen. In der Schule und im Pfarrhaus war ein Lazarett eingerichtet. Von den Tschechen hatten wir nichts zu be-

fürchten, solange das Lazarett und die Wäscherei bei uns blieben. Die älteren Leute mussten wieder auf den Feldern arbeiten und wir Jüngeren jeden Tag um 8.00 Uhr zur Arbeitseinteilung antreten. Aufräums- und Verschönerungsarbeiten wurden ausgeführt, Dunggruben beseitigt usw. In dieser Zeit geschahen fast keine Übergriffe, die Soldaten hatten wahrscheinlich den ausdrücklichen Befehl, sich ordentlich zu verhalten.

An eine Vertreibung dachte niemand. Für die Russen mussten wir ganze Berge von Kartoffeln schälen. Pferde gab es keine mehr im Dorfe, die Rindviecher wurden immer weniger, Schweine und Hühner waren eine Seltenheit. Mit einem großen Lastwagen wurden Mädchen und Frauen für einige Tage nach Hradschitz ins Schloss zum Aufräumen gefahren. Man behandelte uns wie Arbeitsklaven, eine Bezahlung für die Arbeiten gab es natürlich nicht. Es ist damals in den Ortschaften der Wischauer-Sprachinsel viel Leid geschehen, aber warum, wusste niemand, denn wir haben niemandem etwas getan.

Mitte Juni 1945 verließen alle sowjetischen Truppen Kutscherau, die Gemeinden der ganzen Sprachinsel waren schutzlos den tschechischen Partisanen ausgeliefert. Eine Frau, die von einem Bordwaffengeschoß am Arm schwer verwundet wurde, hat man in Wischau im Krankenhaus nicht behandelt – das russische Lazarett war inzwischen abgezogen.

Ein tschechischer Bürgermeister übernahm die Gemeindeverwaltung. Als die ersten Tschechen kamen und ein Hof hat ihnen gefallen, konnten sie gleich einziehen. Manche deutsche Familie musste in wenigen Stunden Haus und Hof und Betrieb verlassen, durfte nur das Notwendigste mitnehmen; denn die „Hausaussucher“ kamen mit Listen und Aufstellungen des ganzen Hausstandes. Es war bestimmt ein schönes Gefühl für die tschechischen Tagelöhner, wenn sie sich ins gemachte Nest setzen konnten.

Das Grausamste war, dass man die Familien getrennt hatte, manche alten Leute durften im Ausgedinghaus bleiben, aber die Bauersleute und Häusler mussten alles liegen und stehen lassen und gehen. Die jungen Arbeitskräfte wurden weit weg in tschechische Dörfer als Landarbeiter gebracht, und

die Kinder wurden von den Müttern getrennt. Einen Tag im Monat wurde ein Besuch zu Hause erlaubt, jedoch nur mit einer Bescheinigung des Bürgermeisters. Viele junge Frauen wurden unterwegs von den Tschechen schwer verprügelt. Alle Deutschen mussten einen weißen Fleck auf der linken Brustseite mit einem schwarzen „N“ (Nemec = deutsch) tragen.

Die kleine Ortschaft Thereschau gehörte zur Gemeinde Hobitschau. Am 9. Mai 1945 um 6.00 Uhr wurde jedes deutsche Haus von Tschechen besetzt und zugleich bekanntgegeben, dass sämtliche deutschen Bewohner für ein bis zwei Tage nach Wischau zum „Verhör“ vorgeführt werden müssten. Wie eine Viehherde wurden Männer und Frauen, Kinder und Greise, unter Prügeln und wüsten Beschimpfungen ins Lager getrieben.

Die Erwachsenen hat man zur Arbeit eingeteilt, die Kinder kamen in ein „Heim“. 1946 musste man diese gequälten und geschundenen Menschen freigeben, denn es durften nur vollständige Familien „ausgesiedelt“ (= vertrieben) werden.

Die „Lager“ in Wischau waren alle überfüllt und es sind viele Deutsche darin umgekommen. Das größte und gefürchtetste Lager war ursprünglich im „Alten Schloss“, später in einem größeren Rohbau untergebracht.

Wie die Heringe so dicht haben die Menschen auf dem Fußboden geschlafen – mit skrupelloser Grausamkeit wurden die Gefangenen bis zur Bewusstlosigkeit gequält und geschlagen. Stellvertretend für viele Ermordete sei ein Mann genannt, der Zuckerfabrikant Dr. jur. Baron Wolfgang von Mannern.

Durch die schlechte Verpflegung war er bis auf das Skelett abgemagert. Am 24. Januar 1946 um 17.00 Uhr starb er auf einem Strohsack. Viele Funktionäre hat man nach der Einlieferung sofort erschossen, andere wurden zu 20 und 25 Jahren für die Festung „Myran“ verurteilt.

Der seinerzeitige katholische Priester und Postminister der CSR-Regierung in Prag, Pater Hála aus Draschowitz, unweit der Sprachinsel sagte: „Die roten Strümpfe müssen aus dieser Gegend verschwinden“; das waren die Strümpfe der Trachten unserer Frauen und Mädchen. Anfangs des Jahres 1946 wurde es uns zur Gewissheit, dass wir aus unserer

Heimat vertrieben werden. Wir Deutschen waren Freiwild, rechtlos und schutzlos mussten wir alle Demütigungen über uns ergehen lassen.

So musste z. B. das spärliche Essen meistens im Stall eingenommen werden. Zuerst sollten nur Familien mit wenig Arbeitskräften abgeschoben werden. Meiner Familie ist es aber doch gelungen mit dem ersten Transport herauszukommen. Die sogenannten „blauen Briefe“ waren der Befehl, dass uns die Tschechen, bei denen wir arbeiteten, freigegeben mussten und wir uns im Sammellager in Wischau einzufinden hatten.

Mit einer Geburtsurkunde und dem spärlichen Gepäck, höchstens 70 kg pro Person, wurden wir von den „neuen Besitzern“ unserer Höfe in das Lager gebracht. Viele Leute hatten durch die vielfachen Plünderungen gar nicht mehr soviel Wäsche und Kleider um das Erlaubte auszuschöpfen. Das Sammellager war derselbe Rohbau, der monatelang als Konzentrationslager diente – wir schliefen auf unseren mitgebrachten Habseligkeiten. Morgens gab es Kaffeewasser mit einem Stückchen Brot, mittags Pferdegulasch und abends Kraut- oder Kartoffelsuppe.

Nach zweitägigem Aufenthalt wurden wir in das gefürchtete Todeslager in Brünn verbracht. Dieses Barackenlager war ganz mit Wanzen verseucht. Die tschechische Lagerverwaltung ließ uns nur Hass spüren – so höhnte man bezüglich der Salatköpfe aus dem dortigen Gemüsegarten, „die wären deshalb so schön groß, weil da viele Deutsche begraben seien“.

Es wurden uns sämtliche Personalpapiere und Dokumente, z. B. Sparbücher, abgenommen und auf einen Haufen geworfen, wir würden sie ja doch nicht mehr gebrauchen. Schmuck, Uhren, Ringe, selbst Ohringe, wurden uns restlos abgenommen und immer wieder an allen Körperteilen danach gesucht.

Der „Nobelzug“, der uns angekündigt war, bestand nur aus geschlossenen Viehwaggons von denen später jeder mit 35 Personen besetzt wurde. Dazu kam das Gepäck für die 35 Personen und 2 Eimer, einer mit Trinkwasser, der andere für menschliche „Bedürfnisse“.

Nur gut, dass die Familien beisammen sein konnten. Als wir losfuhren, hatte man die Schiebetür ei-

nen Spalt offengelassen, damit wir etwas Luft bekommen. Am meisten haben mir 2 Kleinkinder leid getan, denn sie waren erst 5 Monate alt. Die Mütter hatten viel zu tun, sie mussten den Kleinen das Brot vorkauen, da es keine Milch gab. Unser Transport ging über Böhmisches Trübau, Pardubitz, Kolin, Prag – dort blieb der Zug am Stadtrand plötzlich stehen – die Waggons wurden geöffnet und wir durften zum Austreten aussteigen.

Sehr schnell hat sich eine große Menge Tschechen versammelt, um dieses „Schauspiel“ anzusehen – Jugendliche warfen mit Steinen nach uns und viele drohten mit geballten Fäusten. Wir sind ganz schnell wieder in den Zug geklettert und hatten den einzigen Wunsch nur schnell über die Grenze zu kommen. Unser Transport ging weiter über Pilsen und Taus.

Die Amis konnten es nicht fassen, dass so viele Menschen in den Viehwaggons zusammengepfercht waren. Die Krankenschwestern haben sich um die Kinder und die Alten gekümmert, es gab auch für uns alle Eintopf. Nach dem Essen mussten wir nacheinander in Gruppen in einen fensterlosen Raum zur Entlausung. Nach dieser Prozedur wurden wir mit weißem Puder eingestäubt. Über Furth im Walde rollte unser Transport weiter in den nordöstlichen Zipfel des Schwabenlandes.

Im Ruckenzug in Wasseraltingen blieben wir 8 Tage, obwohl es auch da sehr bescheiden war, konnten wir uns dennoch etwas erholen. Jetzt waren wir wieder unter normalen Menschen, ohne einen „narodni vybor“ oder einen „Dozorec“. Mit Lastautos wurden wir dann auf die Dörfer im Altkreis Aalen verteilt.

Vor dem Rathaus wurden wir in praller Sonne in Zipplingen abgeladen, der Bürgermeister war nicht anwesend. Dort schliefen wir auch die erste Nacht auf unseren Habseligkeiten. Die Einwohner des Dorfes fragten uns, warum wir nicht zu Hause geblieben sind – nun ja, sie wussten ja nichts von dem unendlichen Leid, das uns angetan worden war.

Am nächsten Tag kamen wir in die Kochschule, es war ein großer Raum, aber zum Kochen gab es nichts und wir wurden wieder zusammengepfercht. Am Nachmittag brachte der Bürgermeister einen Sack voll Kartoffeln und die Mütter bettelten bei den Bauern um Milch für ihre Kinder.

Am Sonntag wurden die 3 Kleinsten zur Familie Stempfle zum Essen geholt. Nach 3 Tagen wurden die Familien auf die Bauernhäuser verteilt. Wir Jungen arbeiteten wieder bei den Bauern in der Landwirtschaft und es erinnerte uns manchmal sehr an die Zeit wo wir bei den tschechischen Bauern arbeiten mussten.

Wir waren wieder Menschen zweiter Klasse und jeder war bemüht aus diesem Kessel heraus zu kommen. Wir Sprachinsler waren von unserer frühesten Jugend an Arbeit gewöhnt – wir hatten wohl nur einen kleinen Wohnraum, aber wer bei den Bauern zupackte, der bekam auch genügend zum Essen. Die Männer haben auch auf der Straße oder im Wald gearbeitet.

Inzwischen wurde Rudolf Butschek zum Flüchtlingsobmann ernannt, der für die Kinder der Heimatvertriebenen eine Weihnachtsfeier mit einer Bescherung veranstaltete. In der Hauptsache erhielten die Kleinen Lebensmittel, die von den Einheimischen gespendet wurden.

Im Januar 1947 kamen in Zipplingen Zwillinge zur Welt, aber die Eltern aus dem Böhmerwald hatten nicht eine einzige Windel für die Neugeborenen. Aber die lebendige „Notgemeinschaft“ hat geholfen.

Nach der Währungsreform und Dank unserer an Arbeit gewohnten Hände schöpften wir wieder etwas Hoffnung und Zuversicht – es ging langsam aufwärts.

Einige Bauern aus unserem Dorf Kutscherau bekamen schon 1950 die ersten Bauernhöfe von der Landsiedlung zugeteilt. Aber viele, die zu Hause Bauern waren, mussten auf andere Berufe umsteigen, denn es war eben nicht genügend Grund und Boden vorhanden. In den Jahren 1951 bis 1953 wurden die ersten Siedlungshäuser mit sehr viel Eigenleistungen, gegenseitiger Hilfe und großen Entbehrungen gebaut.

Es bleibt der Wunsch und die Hoffnung, dass unsere Kinder und Enkel keine Vertreibung erleben und in Frieden aufwachsen dürfen.

Rudolf und Elisabeth Butschek, Aalen

Vertreibung aus Gödre, Kiskeresztur und Baranya aus der Baranya/Ungarn und Ankunft im Lager Wasseralffingen

Am 2. August 1945 wurde in Potsdam die Ausweisung der Deutschen beschlossen. Doch erst Ende Mai/Anfang Juni 1946 wurde uns von einer sogenannten „Aussiedlerkommission“ mitgeteilt, welche Familien für die Ausweisung bestimmt werden. Aus den genannten Dörfern wurden die deutschen Familien für einen Transport aufgenommen.

Die Betroffenen waren ausschließlich deutschsprachig, denn unsere Vorfahren waren ja aus Deutschland hierher ausgewandert. Die Ausweisung wurde nach dem damaligen Aussiedlergesetz durchgeführt. Es durften einige Familien daheim verbleiben, – einige hatten alles daran gesetzt um sich herauszukaufen, um daheim bleiben zu dürfen.

Viele waren froh, dass es endlich so weit war, dass sie „ausgesiedelt“ wurden; – denn sie waren oft nur als „Freiwild“ betrachtet und waren von Haus und Hof schon längst vertrieben. Sie mussten bei Verwandten oder Freunden Unterschlupf suchen.

Am 5. Juni 1946 war der Tag des Abschieds gekommen, und wir mussten schweren Herzens unsere Heimat verlassen. Haus und Hof mit dem Vieh und alles was unser Eigentum war, blieb zurück. Etwa 150 kg durften wir pro Familie mitnehmen. In der Aufregung wusste man gar nicht, was wichtig war einzupacken. – Lebensmittel, welche wir im Bauernhaus hatten, – Kleider, Bettzeug, etwas Geschirr und Gläser, einige Bilder, Handwerker dachten an ihre wichtigsten Werkzeuge, das alles wurde in Bündel, Säcke, Körbe, kleine Kisten usw. eingepackt. Aber das meiste blieb zurück.

Die Dörfer wurden am frühen Morgen oder auch bereits am Vorabend von Polizisten umzingelt, damit sich von der Vertreibung ja niemand entziehen konnte.

Manche verabschiedeten sich bei den Daheimgebliebenen mit einem „Auf Wiedersehen“ oder einem letzten Zuwinken. Einige begaben sich zu einem Abschiedsgebet in die Kirche. Morgens um 9 Uhr fuhren die ersten Wagen mit unserer letzten Habe unter Glockengeläut zum Dorf hinaus. Wir wurden von Beauftragten von den ungarischen Nachbardörfern mit Fuhrwerken zum Bahnhof Sasd

gefahren. Die Wagen wurden auf der Strecke zum Bahnhof von ungarischen Beamten kontrolliert. Je nach Laune wurden uns von ihnen sperrige Gegenstände wie Stühle, Spinnräder oder gar Nähmaschinen sowie Lebensmittel, wie geräucherte Schinken und Speck, weggenommen und auf den Haufen neben den Straßenrand geworfen.

Auf dem Bahnhof Sasd waren für uns geschlossene Güterwaggons bereitgestellt. In einem Waggon wurden zwischen 20 und 30 Personen untergebracht, vielfach waren Verwandte oder einige Nachbarn im gleichen Waggon untergebracht. – Es dauerte einige Stunden, bis jede Familie ihre letzten Habseligkeiten eingeladen hatte. Wir mussten einsteigen, die Türen wurden zugeschoben und am Nachmittag fuhr der Zug in Richtung Dombóvár ab. Groß verabschiedet wurden wir hier am Bahnhof nicht.

In einem Waggon in der Mitte des Zuges war eine Begleitmannschaft von 5 bis 6 Polizisten, oder solche die es sein wollten, untergebracht. Wie sich ein befragter Herr G. aus Baranyajenő erinnern kann, ging die Fahrt weiter nach Kaposvár – Csurgo – Murakeresztúr – Nagykanizsa – Szombathely – Sopron. Nach 2 bis 3 Tagen an denen hauptsächlich bei Nacht gefahren wurde, bei Tag stand der Transport meistens irgendwo auf der Strecke, gelangten wir an die ungarisch-österreichische Grenze.

Am 4. Tag wurde der Transport nahe der Ortschaft Harkakophaza bei Ödenburg (Sopron) auf freier Strecke neben einem ausgeschossenen Güterzug abgestellt. Bis hierher brachte uns eine ungarische Lokomotive, – die Lok wurde abgekoppelt und fuhr zurück. Keiner von uns wusste, ob von irgend einer Seite wieder eine Lokomotive kommen wird, – was mit uns geschieht oder wohin die Fahrt weitergehen soll. Wie wir erst später erfahren haben, wollten die Amerikaner vorerst keine Transporte mehr annehmen.

So dauerte es 3 bis 4 Tage ehe von unserer Begleitmannschaft geklärt wurde, wie es mit uns weitergeht. Am fünften Tag sahen wir von weitem eine Lok gefahren kommen. Diese war tatsächlich für unseren Weitertransport bestimmt. Die Sachen, welche aus den Waggons ausgeladen waren, wurden schnell zusammengerafft und eingeladen. Es hieß alles einsteigen, der Zug fährt weiter.

Es wurden keine Wagen abgehängt und somit blieb unser Transport mit den Familien bis zur Endstation beisammen. Der Zug passierte den Grenzübergang Ödenburg (Sopron). Auf der Brücke eines Grenzflusses zwischen der russischen und amerikanischen Zone hielt der Zug mitten auf der Brücke an, dann wurden die Begleitpapiere kontrolliert, der Transport wurde von der russischen Wache den Amerikanern übergeben.

Die Fahrt ging weiter in das Durchgangslager Piding. Der Aufenthalt hier 1½ Tage, – wir wurden „entlaust“ (mit Puder eingestäubt), hierfür wurde uns sogar eine Bescheinigung ausgestellt. Hier bekamen wir zum ersten Mal gute, warme Verpflegung. An den Wänden und Lichtmasten waren verschiedene Suchanzeigen angebracht. Es war auch angeschlagen, dass unser Transport für das Endziel „Lager Wasseralfingen“ im Kreis Aalen/Württemberg bestimmt ist.

Die „Reise“ vom Heimatort bis Wasseralfingen dauerte 10 Tage. Hier wurden wir schon menschenwürdig in mehreren Baracken untergebracht. Uns wurde gute, warme Verpflegung gereicht. Unsere Personalien wurden aufgenommen und möglichst nach Familien den Städten Aalen, Ellwangen, Bopfingen, Neresheim und den Gemeinden Wasseralfingen, Hüttlingen, Hofen, Unterkochen, Neubronn, Neuler, Westhausen, Aufhausen, Schrezeheim und Essingen zugeteilt. Das Lagerpersonal war freundlich und nett zu uns. Auf das hatten wir schon seit langem verzichten müssen.

Wir wurden mit unserer mitgebrachten Habe von Fuhrwerken und Lastwagen im Lager abgeholt und nach Hüttlingen zum Rathausplatz und Schulhof gefahren. Von hier wurden wir durch eine Wohnungskommission in Wohnungen oder Zimmer in Hüttlingen und den Teilgemeinden eingewiesen. Oftmals waren es Zimmer mit etwa 10 qm Größe für 3 – 5 Personen. In diesem Raum wurde gekocht, gegessen und geschlafen.

Im alten Schulhaus wurden 2 Schulsäle als Notunterkunft für uns Heimatvertriebene freigegeben. Mit dem mitgebrachten Bettzeug wurden auf dem Fußboden primitive Schlafplätze für kurze Zeit eingerichtet. In Hüttlingen waren schon Heimatvertriebene aus Ungarn, und zwar aus Perbal, Soroksár und Bataapati.

Es kamen noch weitere Schicksalsgefährten aus dem Sudetenland, Schlesien, Pommern, Ost- und Westpreußen hier an. Die letzten Familien mussten hier im Schulhaus warten, bis auch für sie eine Unterkunft gefunden wurde.

Im westlichen Schulhof wurden einige primitive Kochstellen eingerichtet, – 3 zusammengestellte Backsteine genügten, dass man einen Kochtopf daraufstellen konnte, um etwas zu kochen. Bei Regenwetter musste eine Person den Schirm über den „Herd“ halten, damit das Feuer nicht ausging. Männer, Frauen und Kinder holten in der nahegelegenen „Sulzdorfer Klinge“ oder in den Wäldern Holz zum Feuern. Bei den Bauern bettelten wir Kartoffeln und auch andere Lebensmittel. Die Frauen kochten Kleinigkeiten mit den hauptsächlich von daheim mitgebrachten Lebensmitteln.

Diese Armut wurde von der Gemeindeverwaltung gesehen und die Frauen durften nach einiger Zeit die Gemeinschaftsküche im Rathaus abwechselungsweise benutzen. Viele Menschen waren gut zu uns und hatten auch Verständnis für die Not der Heimatvertriebenen. Sie waren auch hilfsbereit, soweit es in ihren Kräften stand; obwohl auch sie nichts im Überschuss hatten.

Das Rathaus war für uns wohl die wichtigste Einrichtung. Wir erhielten von dort die erste finanzielle Unterstützung, damit wir uns überhaupt Lebensmittel kaufen konnten. Lebensmittelkarten, Bezugsscheine für Kleider, Schuhe, Decken, Schränke, Tische, Stühle, Öfen, Betten, Holz usw. wurden ebenfalls hier beantragt und an das Landratsamt Aalen weitergegeben. Ein großes Problem war das Wohnungsproblem.

Dies konnte von den Bürgermeistern Angstenberger und später Brobeil auch gelöst werden. Für alle Leute, – egal woher sie auch kamen, – wurde mit Ausdauer und manchmal auch gegen Widerstände, – eine Wohnung bereitgestellt, – auch wenn sie noch so klein war.

Diejenigen Frauen, welche ihr Spinnrad von Zuhause mitbringen konnten, verschafften sich Wolle zum Spinnen. Mit Stricken von Socken, Gapsen (das sind gestrickte Hausschuhe mit aufgenähten Leinensohlen), – Pullover und anderem mehr konnten sie durch Tausch Lebensmittel erwerben. Manchmal konnten sie die Stricksachen auch ver-

kaufen. Die Frauen fuhren mit der Bahn bis ins Remstal, um die selbstgefertigten Waren loszuwerden.

In der Erntezeit ging die ganze Familie auf die abgefahrenen Felder zum „Ährenlesen“. Die Ähren wurden ausgeklopft, gereinigt und in der Mühle gegen Mehl eingetauscht. Im Herbst sind wir bis zum Brauenberg gelaufen, um „Buchele-Körner“ (Buckeckern) zu sammeln. Diese tauschten wir in der Ölmühle für Öl ein.

Ebenfalls im Herbst sammelten wir nach einem kräftigen Wind oder Sturm herabgefallenes Obst am Straßenrand zusammen. Mit einem geliehenen „Wägelchen“ gingen wir in den Wald, um Tannenzapfen zu lesen. Abfallholz und Äste fand man kaum mehr in den Wäldern, – denn diese waren schon wie ausgefegt. Wenn jemand kein Wägel auftreiben konnte, musste er sein Holz heim tragen. Das wichtigste war für uns, hier Arbeit zu finden um Geld zu verdienen, damit wir unseren Lebensunterhalt selbst bestreiten konnten.

Wir waren hauptsächlich selbstständige Landwirte. Auch Handwerker wie Tischler, Schuster, Schneider, Friseure, Weber, Maurer, Schmiede, Zimmerleute, Ofensetzer waren bei uns vertreten. In den Handwerksbetrieben und Fabriken in Wasserralfingen und Aalen konnten wir Arbeit finden, – ebenso bei Bauern in der Umgebung.

Der Lohn war 70 Pfennig bis 1,20 Reichsmark pro Stunde, die meisten haben aber nur 60 Pfennig bekommen. In der Landwirtschaft gab es noch weniger Geld, aber dafür mehr an Naturalien und das war sehr wichtig. So wurde Hüttlingen unsere neue Heimat.

Die älteren Menschen konnten sich nur schwer mit unserem Schicksal abfinden und das überwinden, was mit uns geschehen ist. Den jüngeren Menschen fiel das etwas leichter. Wir mussten uns alle gegenseitig aneinander gewöhnen, – im Umgang, mit der Sprache, der Kleidung usw. So sind es nun fast vier Jahrzehnte, dass Hüttlingen unsere neue Heimat ist.

Johann Renner, Hüttlingen

„Zuweisung und Eingliederung der Flüchtlinge“

Die Beschlüsse der Alliierten von Jalta und Potsdam haben in Mitteleuropa, Osteuropa und besonders in Deutschland eine Volksbewegung in Gang gesetzt, die ihresgleichen auf diesem Erdkreis sucht. Auch nicht die kleinste Gemeinde in den vier Besatzungszonen wurde hiervon verschont.

Die wahren Ziele dieser Vertreibung der Deutschen aus ihrer früheren Heimat wurden nie bekanntgegeben. Diese Abgabeländer werden heute vielleicht anders als damals über die unmenschlichen Maßnahmen denken. Zu den bombengeschädigten weiten Bevölkerungskreisen mussten nun die vielen Millionen Vertriebenen aufgenommen werden. Als die ersten Flüchtlingszüge in unseren Bereich im Sommer 1946 kamen, war ich leitender Beamter der Stadtverwaltung Crailsheim und somit auch als Ortspolizeibehörde für die Unterbringung der Neubürger mit dem Wohnungsamt zuständig.

Die Verwaltung hatte für die Beschaffung der erforderlichen Wohnräume alle verfügbaren und geeigneten Räume nach den Vorschriften des Kontrollratsgesetzes Nr. 18 (Wohnungsgesetz) zu erfassen und ggf. unter Anwendung staatlichen Zwangs zu belegen. Obwohl die einheimische Bevölkerung, durch die schweren Kriegsjahre selbst auf die große Wohnungs- und materielle Not vorbereitet, im Allgemeinen großes Entgegenkommen und Verständnis bei der Erfassung, Beschlagnahmung und Belegung durch die Flüchtlinge zeigte, kam es doch laufend zu Zwangseinweisungen durch das Rathaus mit Unterstützung und Schutz durch die Polizei.

Es mussten Glastüren oder Zimmertüren mit Polizeischutz geöffnet und rabiate Hausbesitzer oder Wohnungsinhaber vorübergehend zur Einweisung und Unterbringung der neuen Mieter vorsorglich entfernt werden. Die Zwangsfestsetzung der Miete für die Zimmer und Gegenstände, Strom und Wassergebühren, evtl. Küchenbenützung waren in diesen Fällen die Folge. Auch die Friedensgerichte hatten in der Folge zahlreiche Streitigkeiten zu schlichten.

Eine weitere gesetzliche Grundlage zur Unterbringung der Neubürger war das Gesetz Nr. 303 Flüchtlingsgesetz vom 14. 2. 1947. Dies war auch

die Grundlage für die Eingliederung dieses Personenkreises in unser Land Württemberg-Baden, wie es damals hieß.

Bei der Amtsübernahme im März 1948 als Bürgermeister in Hüttlingen, noch vor der Währungsreform, waren etwa $\frac{3}{4}$ der Flüchtlinge oder Vertriebenen notdürftig untergebracht. Aus den verschiedensten Gründen waren aber immer wieder Korrekturen erforderlich.

Die auseinander gerissenen Familien wollten zusammen ziehen, viele unternahmen Eigeninitiativen und suchten sich eine andere Bleibe oder tauschten untereinander. Diese Maßnahmen wurden, wenn es je vertretbar war, genehmigt. Langsam kam die einheimische Wirtschaft im Raum Aalen-Wasseralfingen wieder in Gang und die erste Beschäftigung der Neubürger, die zum großen Teil aus den ländlichen Gegenden des Ostens und Südostens stammten, war die Mithilfe auf dem Bauernhof, wo es Wohnung und Essen gab, und diese wurde nach und nach aufgegeben.

Es wurden oft nur Einzelzimmer mit Kaminanschluss für eine kleine Familie bereitgestellt. In einzelnen Fällen wurde der Rauchabzug durch das Fenster geleitet, indem eine kleine Scheibe durch ein Blech mit Öffnung für das Rauchrohr ersetzt. In die freien Unterkünfte der Landwirte in den Außenbereichen zogen gewöhnlich andere Vertriebene aus den ungünstig gelegenen Gemeinden von der bayrischen Grenze oder Ellwanger Hinterland nach, die auch im Raum Aalen arbeiteten.

Zwei Klassen im alten Schulhaus waren noch Massenquartiere, die im Frühjahr 1948 auf Anordnung vom gemeinsamen Oberamt in Schulsachen (Landrats- und Schulamt) geräumt werden mussten. Auch waren in den Lehrdienstwohnungen noch pensionierte Lehrkräfte wohnhaft, die diese Wohnungen an die aktiven Kräfte räumen mussten. Diese Maßnahme setzte wieder einige Zwangsräumungen und Zwangstausch von Wohnungen voraus.

Der Vollzug wurde an einem Tag mit Hilfe der motorisierten Polizeistreife Aalen in den einzelnen Gebäuden vorgenommen. Auf dem Dorfplatz kam es zu einem kleinen Auflauf von Neugierigen, die das Geschehen mit verfolgten.

Da es sich in einigen Fällen um Hausbesitzer handelte, die sich seither erfolgreich gegen eine Belegung ihrer Zimmer und Wohnungen behaupten konnten und jetzt zwangsweise Belegung bekamen, war die Sympathie auf meiner Seite.

Die Polizei schützte mich vor Gewalttätigkeiten. Die Beamten fuhren mit mir in einem früheren Wehrmachts-Krad BMW mit Beiwagen von Einsatzstelle zu Einsatzstelle.

Der örtliche Wohnungsausschuss und die übergeordnete Stelle beim Landratsamt Aalen hatte der Maßnahme zugestimmt. Ohne die strengen Bestimmungen des Wohnungszwangswirtschaftsgesetzes KG 18 wären solche Maßnahmen undurchführbar gewesen. Eine eingereichte Beschwerde hatte keine aufschiebende Wirkung. Beschimpfungen übler Art waren an der Tagesordnung, man nahm sie in Kauf ohne Privatklage zu erheben.

Die auch 1948 und später zugewiesenen Flüchtlinge oder Vertriebenen kamen von den Wasserralfinger Lagern „Rucken, Kappelberg und SHW.“ Sie wurden vom Landratsamtflüchtlingsbeauftragten zugewiesen und wurden auf Lastwagen mit Holzvergaser angefahren.

Die Koffer und Habseligkeiten (Kisten und Schachteln) waren aufgeladen und die Zugewiesenen saßen darauf und wurden vor dem Rathaus abgeladen, sicherlich voll banger Erwartung, was nun geschieht. Die Blicke verrieten es mir. Der Gemeindeschlepper übernahm die Fracht zu den bestimmten Wohnungen, die vorher schon erfasst waren, ich fuhr mit dem Kleinkraftkrad „Quickly“ voraus und kündigte die Ankunft an. War ich verhindert, besorgte dies der Angestellte des Wohnungsamtes.

Wohnungstausche außerhalb der Gemeinde und auch außerhalb des Kreises oder sogar Württemberg-Badens kamen auch häufig im Wege der Zusammenführung vor. In der Regel wurde Kopf gegen Kopf getauscht, Kleinkinder blieben außer Ansatz. Die Hausbesitzer haben in der Regel zugestimmt.

Ein besonderer Fall soll nicht unerwähnt bleiben. Zwei Frauen (Mutter und Tochter) hatten in einem Bauernhaus einen ebenerdigen, von der Straße aus zugänglichen Abstellraum als Wohnung zugewie-

sen bekommen, der elektrische Strom ging auf den Zähler des Bauern, die Toilette im Haus war mitzubenutzen. Von dem Hauseigentümer wurde laufend der Strom der Frauen abgeschaltet und die Toilette zugesperrt.

Trotz Einschreiten seitens der Gemeinde kam dies laufend wieder vor. Die Ausgesperreten haben sich dann vor der Zimmertüre des Landwirts schadlos gehalten. Das Amtsgericht Aalen hatte sich dann unter Gelächter im Zuschauerraum mit dem Fall zu befassen. Die Frauen beantragten dann einen Wohnungstausch in die Gegend von Augsburg gegen den Zuzug von einem über siebzig Jahre alten Vertriebenenhepaar.

Ein Fuhrunternehmer führte mit einem Lastwagen den Tausch morgens durch. Der örtliche Polizeistellenleiter und ich schlossen nach dem Auszug das Zimmer ordnungsgemäß ab und versiegelten es. Abends als man einziehen wollte, war der Boden (Bretter) entfernt. Der Hausbesitzer brach ein Loch in die Zwischenwand von seinem Rübenkeller aus und entfernte den Bretterboden durch die Bruchstelle.

Die Einweisung scheiterte nur einen Tag, tags darauf wurde unter Polizeischutz der Boden wieder eingebaut und das Loch zugemauert. Lange waren die alten Leute nicht in der schlechten Behausung, sie hielten es vor Schikanen nicht aus. Das tägliche Zusammenleben in den gemeinsamen Küchen und die Benützung der gemeinsamen Toiletten brachte viele Privatklagen auf dem Rathaus ein.

In einer Teilgemeinde wurde eine Vertriebenenfamilie mit drei kleinen Kindern in ein Bauernhaus in ein Zimmer ohne Kaminanschluss mit Küchenbenützung eingewiesen. Von Anfang an versuchte der Jungbauer durch Drohungen und massive Tätlichkeiten die Familie wieder auf die Straße zu setzen. Die Fensterscheibe wurde beschädigt, sie wurde von den Vertriebenen im beschädigten Teil durch Pappe ersetzt und im Herbst wurde um 18 Uhr das Licht abgeschaltet, die Klotüre im ersten Stock wurde zugenagelt und davor ein Bett in den Gang gestellt, in dem er nachts schlief.

Mit der Axt versuchte er die Zimmertüre zu den Vertriebenen aufzubrechen. Nachbarn bemerkten dies und verständigten das Rathaus. Mit Polizeieinsatz wurde schnell Einhalt geboten.

Bei nächster Gelegenheit beschaffte sich die Familie eine andere Notunterkunft und das Martyrium der Familie war beendet.

Sowohl die Wohnung des Bürgermeisters im Rathaus wie das Pfarrhaus und auch sämtliche Lehrerdienstwohnungen hatten große Vertriebenenfamilien mit sechs bis acht Personen innerhalb der Glastüre oder in den anderen Nebenräumen aufzunehmen.

Ein Arbeitszimmer für die Lehrer konnte nicht den Betroffenen zugestanden werden. Auch die Lehrmittelzimmer in den Schulhäusern waren mit Personen belegt. Auf diese Weise ging die örtliche Obrigkeit mit dem guten Beispiel voran. Dies wurde von der Bevölkerung auch gebührend anerkannt.

Der Druck der Wohnungsnot war so stark geworden, dass die Bürgermeister der Kochertalgemeinden, Theo Fröhlich, Abtsgmünd, Eugen Opferkuch, Fachsenfeld und ich in Hüttlingen, sich entschlossen, eine eigene Baugenossenschaft zu gründen. Wir hatten sofort 1948 über hundert Genossen, die in Eigenleistung ein eigenes Haus erstellen wollten. Später kam dann noch die Gemeinde Dewangen mit Bürgermeister Franz Handschuh dazu. Wir sahen nur im sofortigen Wohnungsbau die langsame Errettung aus der Wohnungsnot.

Die Kochertal Bau- und Siedlungsgenossenschaft wurde in Abtsgmünd gegründet und diese Einrichtung hat dann fast dreißig Jahre lang den Wohnungsbau in diesen Gemeinden geprägt und den Aufschwung und das Anwachsen der Bevölkerungszahl durch den Zuzug aus den entfernten Gebieten unseres Kreises in unseren Industrieraum gefördert.

Die staatlichen Mittel zur Förderung des Wohnungsbaues flossen langsam, denn die Ballungsgebiete und die Städte, die den Wohnungsbau infolge der Industriesiedlungen (z. B. Oberkochen, Zeiss) stark forcierten, bekamen die meisten Mittel. Die Verteilung auf dem Landratsamt zwischen den Städten, Gemeinden und Baugenossenschaften war nicht einfach.

Da in unserem ländlichen Raum viele Vertriebene Landwirte waren, konnten wir regelmäßig ein Nebenerwerbssiedlungsprogramm durch das Landessiedlungsamt Ludwigsburg bekommen. Es

waren Bedingungen, wie ganz niedere Bauplatzpreise, 0,50 DM bis 3,- DM je Quadratmeter, zunächst keine Erschließungskosten, dann pauschal bis 1000 DM je Siedlerstelle, mit Flüchtlingsausweis. In Ausnahmefällen durften einheimische kinderreiche Familien im Verhältnis sieben Vertriebene zu drei Einheimischen mitbauen.

Zuerst wurden aus dem Kocher der Bachkies als Baumaterial für die Fundamente und Kellerböden verwendet. In Handarbeit wurde an seichten Stellen der Kies ausgeschauelt und auf Bauernfahrzeuge und Karren verladen. Hier haben auch einheimische Landwirte Spanndienste zur Verfügung gestellt. Der Bauaushub war eine Gemeinschaftsarbeit von allen – auch Frauen und Kinder haben sich beteiligt.

So wurde das ganze Haus im Rohbau erstellt. Die Zimmerarbeiten wurden meistens vergeben. Es wurde Bims im Großen eingekauft und an Ort und Stelle in Formen Bimssteine durch Handstampfen, später durch eine Rüttelplatte für den Hausbau hergestellt. Die Formen hierzu wurden in den Werken der Umgebung durch die Mitglieder selbst hergestellt oder eingekauft. Die Genossenschaft hatte die Bauhütte erstellt, ebenfalls in Gemeinschaftsleistung, und hier wurden der Zement und Kalk sowie alle anderen Baumaterialien gelagert und an die Bauenden abgegeben.

Um den Geschäftsanteil von 300,- DM und weiteres Eigenkapital anzusparen, kassierte ein Mitglied jede Woche Kleinbeträge von 5,- DM und 10,- DM. In Ausnahmefällen haben wir Siedler bauen lassen, die nicht ein mal den Genossenschaftsanteil von 300,- DM angespart hatten, nur weil sie kinderreich und in völlig unzumutbaren Wohnungen waren. Die Häuser kosteten 20 000,- bis 25 000,- DM einschließlich Eigenleistungen, die Darlehensaufnahme etwa 15 000,- bis 18 000,- DM je nach Eigenkapital und Eigenleistung.

Der Architekt fertigte die Pläne und überwachte die Eigenleistungen zwei bis drei Mal wöchentlich auf der Baustelle. Nach einigen Jahren wurden die Bimssteine im Großen in Neuwied jährlich gemeinsam eingekauft. Beim Verlassen der Lastzüge in Neuwied wurde das Bürgermeisteramt verständigt und wir konnten das Abladen organisieren. Oft habe ich mit den Siedlerfrauen und Kindern und mit

ein oder zwei Schichtarbeitersiedlern die Lastzüge abgeladen.

Die Richtfeste wurden im Anfang groß mit Musik gefeiert. Der Direktor des Landessiedlungsamtes Ludwigsburg kam einige Male selbst dazu. Diese großartige Gemeinschaftsleistung hat den Zusammenhalt in der Genossenschaft und in der Gemeinde gefördert, dies war eine der Ursachen des wirtschaftlichen Aufschwungs.

Neben der Wohnungszwangsbewirtschaftung war die Beschaffung der Lebensmittel und aller Konsumgüter sowie jeglicher Produktion der Wirtschaft eine große Belastung. An die Lebensmittelkarten hatten sich alle schon während des Krieges gewöhnt.

Die schwindenden Rationen der Zuteilung 1946 bis 1947 stellten viele vor große Probleme. Auf irgendeine Weise versuchte jeder zu überleben; ich will auf die Methoden des schwarzen Marktes hier nicht eingehen. Im ländlichen Bereich ging es durch die Zuteilung von Kleingärten und den Möglichkeiten bei den Bauern, wenigstens in kleiner Menge, etwas zu erhalten so einigermaßen weiter. Meine Familie freute sich in Crailsheim 1946/1947 wenn wir von der „Freibank“ gelegentlich eine Sonderzuteilung bekamen.

Alles war mit dem Bezugschein erfasst und diese waren selten zu bekommen. Auch hier war ein Ausschuss zur Unterstützung des Bürgermeisters eingesetzt, der aus Vertriebenen und Einheimischen besetzt war. Vom Landratsamt wurden die Bezugscheine den Gemeinden zugewiesen. Hier lagen Hunderte von Anträgen, und fünf oder zehn Stück wurden zugewiesen.

Ein unmögliches Unterfangen hier den Bedürfnissen oder den Bevölkerungsgruppen gerecht zu werden. Lange Sitzungen, bei denen am Ende wenig herauskam, waren die Regel und Auseinandersetzungen im Ausschuss blieben nicht aus, z. B. Fahrradmäntel und Fahrradschläuche konnten gewöhnlich nicht gleichzeitig vergeben werden.

Alle Bewirtschaftung war ein Fass ohne Boden. Es wurde vieles eben nach dem Motto „ich suche das ..., biete das ...“, gehandelt, oder auch von einigen Händlern zurückgehalten und nach der Währungsreform 1948 auf den Markt geworfen.

Die neue DM war für einige der Anfang zu neuem Wohlstand in den fünfziger Jahren. Jeder fing mit 40,- DM doch ungleich an.

Heute, nach über fünfundfünfzig Jahren, sieht vieles anders aus. Auch die damalige Zeit erscheint in einem anderen Licht, manches wirkt nur noch schemenhaft und fast unglaublich. Die tatsächliche damalige augenblickliche Situation muss mit den Augen der damaligen Verhältnisse und Begebenheiten gesehen werden.

Es kann aber im Rückblick doch mit Befriedigung und einem gewissen Stolz festgestellt werden, dass alle deutschen Bevölkerungsgruppen, die fast nicht für möglich gehaltene Eingliederung von Millionen Menschen in ein ausgeblutetes, armes Land, im gegenseitigen Verständnis und in gegenseitiger Rücksichtnahme gemeistert haben. Hier hat sich das deutsche Volk in seiner Gesamtheit als eine Einheit erwiesen.

*Albert Brobeil,
Bürgermeister i. R., Hüttlingen*

Mein weiter Weg

Von Ungarn Komitat Baranya – Gemeinde Baranya-jenő über Krasnodar im Kaukasus – Ural – Breslau – sowjetische Zone – Ulm.

Mitte Dezember 1944 geht der Bote mit der Trommel durch das Dorf und verkündet, dass alle Frauen von achtzehn bis vierunddreißig Jahren und alle Männer von achtzehn bis fünfundvierzig Jahren sich im Gemeindehaus melden und für vierzehn Tage Essen und gute warme Kleidung mitbringen müssen. Viele junge Frauen mussten ihre kleinen Kinder zu Hause bei den Großeltern oder in Heimen lassen, da die Männer ja an der Front oder schon in Gefangenschaft waren.

An dem Tag wurden wir von unserer Gemeinde zur nächsten Kleinstadt Sásd unter Aufsicht von Posten mit Gewehren getrieben. Anderntags wurden wir wieder unter Aufsicht der Posten mit Gewehren mit Pferdefuhrwerken ins über 30 km entfernte Pecs = Fünfkirchen, die Landeshauptstadt, gebracht. In der Lagics-Kaserne wurden wir gefangen gehalten, mussten aber jeden Morgen antreten zum Appell und zählen, und das vierzehn Tage lang.

Nach vierzehn Tagen wurden wir wieder abgeholt und in Baja mit der Fähre über die Donau gebracht, da schon alle Brücken gesprengt waren. Dort kamen wir wieder in eine Kaserne in der weder Fensterscheiben noch Türen waren, auf ein bisschen Stroh mussten wir schlafen, überall hat es gezogen, so dass sich dort schon viele sehr erkältet haben. Aber wir wurden nicht mehr so scharf bewacht und es waren einige ältere Männer, die nach Fluchtmöglichkeiten an anderer Stelle über die nicht ganz zugefrorene Donau gesucht haben; drei vom Ort kamen durch und mussten nicht mit ansehen und durchmachen was dann auf uns zukam; denn dann begann der große Leidenszug nach Russland. Wir wurden wie Schafe in die Waggonen gepfercht und unsere Notdurft konnten wir nur verrichten, indem ein Loch in den Boden des Waggonen geschnitten wurde. Waschen konnten wir uns nur, wenn mal der Zug auf freier Strecke gehalten hat, dann konnten wir raus und mit Schnee unsere Gesichter und Hände einreiben. Zu essen bekamen wir von den Russen nichts auf der Fahrt, nur das was wir uns von zu Hause mitgenommen haben. Im Januar 1945 ka-

men wir nach Krasnodar im Kaukasus, dort wurden wir aufgeteilt mit anderen Leidensgenossen.

Wir kamen zum Wasser- und Ölleitungen graben, die Norm war, je nach Bodenbeschaffenheit, vier Meter lang und bis zu zwei Meter tief – und das jeden Tag. Wir taten uns sehr schwer, denn wir bekamen nicht viel zum Essen; morgens eine Wassersuppe und 100 g Brot, Wassersuppe $\frac{1}{2}$ Liter, das Brot musste den ganzen Tag reichen – mittags gab es nichts – nur eine Stunde Pause – abends wieder $\frac{1}{2}$ Liter Kraut- oder Burischsuppe. Wenn was übrig geblieben war, aber das war selten, konnten wir nachfassen, solange der Vorrat reichte.

Durch diese schwere Arbeit und das wenige Essen ist in einem Jahr fast die Hälfte gestorben. Wir mussten das mit ansehen und dachten, wer wird der Nächste sein? Die Toten wurden notdürftig in ein Tuch gewickelt und begraben. Im Frühjahr kamen wir zwischenzeitlich auf eine Kolchose zur Feldbestellung und in ein Nebenlager, wo wir wieder zum Ölleitungsgraben herangezogen wurden. Im Juli 1946 kamen wir in den Ural, und zwar nach Ufa, weil dort die Sterbeziffer viel höher war wegen der Kälte und des großen Hungers. Für mich kam die Nachricht, dass ich nach Hause darf wegen Krankheit, Malaria, das war im September 1946. Im November 1946 kamen wir dann nach Breslau und dort erfuhren wir, dass unsere Angehörigen in den Westen ausgewiesen wurden. Ich kam dann über die sowjetische Zone und durch Mithilfe „schwarz“ über die Zonengrenze nach Ulm, von dort holte mich mein Vater ab. Aber für viele meiner Landsleute dauerte es noch vier bis fünf Jahre ehe sie aus Russland zurückkamen.

PS: Wenn wir abends von der Arbeit zurück ins Lager kamen und nach dem Essen uns zusammensetzten und die Läuse und Wanzen, von denen wir noch zusätzlich geplagt wurden, zerdrückt haben, dann kam sogar Humor auf und wir dichteten das Lied und sangen oft:

„Vor der Kaserne vor dem Russenhaus
sitze ich des abends und such mir eine Laus
die mich den ganzen Tag gequält
und mir vom Russendreck erzählt.“

(Wir sind alle vier Wochen entlaust worden).

Elisabeth Barth geb. Laska, Essingen

Hausfrauen-Probleme in den ersten Nachkriegsjahren

Einen Haushalt zu führen, war in den ersten Jahren nach dem Zweiten Weltkrieg für alle Frauen schwierig, weil es eben viele Dinge gar nicht, nur manchmal, oder nur in sehr begrenzten Mengen gab.

Für uns Heimatvertriebene kamen aber dazu noch die unterschiedlichsten Verständigungs-Schwierigkeiten, die ihre Ursachen nicht nur in dem fremden Dialekt hatten. – Wer von uns wusste schon, dass „Traible-Gsälz“ unsere Johannisbeer (Ribisl) Marmelade ist. Dafür kannte hier im Schwabenland niemand unsern geliebten „Povidl“ = Pflaumen-Mus, welches besonders steif eingekocht wird und nur wenig Zucker enthält.

Dadurch eignet es sich besonders zum Füllen unserer wohlschmeckenden „Buchteln“, „Povidl-Tascherln“ und „Germ“(Hefe)-Knödeln. Weil dieses Pflaumen-Mus völlig ohne Geliemittel so fest eingekocht wurde, konnte es als Fülle der genannten Mehlspeisen nicht herauslaufen wie andere Marmelade, wenn diese Süßspeise gebacken oder im Wasser gegart wurde.

Weil die Fleischrationen, die es auf die Lebensmittellisten gab, nicht sehr üppig waren, erinnerten sich die meisten Hausfrauen an alte Mehlspeisen, z. B. „Liwanzen“, das sind kleine Küchlein aus einem dünnen Hefeteig, die man mit Zucker und Zimt oder mit Marmelade isst.

Dazu braucht man aber eine bestimmte Stielpfanne mit sechs kleinen Vertiefungen und eben diese Pfanne gab es hier nicht zu kaufen, weil ja diese Speise völlig unbekannt war. Nach einiger Zeit bekam ich eine solche Liwanzen-Pfanne von meinen Schwiegereltern aus Esslingen. Dort hatte sich ein findiger Handwerker dieses Problems angenommen und diese Stielpfannen aus Spritzguss hergestellt.

Zum Glück bekam man in Essingen fast immer genügend Obst zu kaufen, z. T. sogar geschenkt. Also gab es ab Spätsommer jede Woche „Zwetschgen-Knödel“, ein hier völlig unbekanntes Essen. Im gleichen Haus mit mir wohnte damals ein alleinstehender Österreicher, dem ein älteres einheimisches Fräulein den Haushalt führte.

Als diese hörte, dass ich Zwetschgen-Knödel koche, bat sie mich, immer für ihren „Herrn“ welche mitzukochen, denn der kannte dieses Gericht ja aus seiner österreichischen Heimat. Das Fräulein brachte mir alles, was ich für die Knödel brauchte, denn sie stammte von einem Bauernhof. So hatte ich für viele Wochen für meine Familie jede Woche ein Essen ganz umsonst.

Nach der Zwetschgen-Zeit kam der „Apfelstrudel“ dran, natürlich aus dem dünnen „gezogenen“ Teig. Weil die Backröhre zu viel von dem knappen Heizmaterial verbrauchte, trug ich alles, was zu backen war, zum guten Bäcker Schänzel (pro Blech oder Form 20 Pfg.).

Der doch wirklich erfahrene alte Bäckermeister bestaunte fast ehrfürchtig diesen dünnen Teig und konnte sich gar nicht vorstellen, wie wir einfachen Hausfrauen dieses kleine Wunder fertig bringen. Ähnlich bewunderte er dann vor Weihnachten die „Striezel“, auch ein Fremdwort im Schwabenland. Dieses traditionelle Weihnachtsgebäck aus Hefeteig wird kunstvoll geflochten, sei es aus sieben Flechten oder dreilagig: unten vier Rollen, dann drei geflochten und oben eine Kordel, gedreht aus zwei dünnen Rollen.

Weitere Schwierigkeiten gab es immer wieder beim Einkaufen. Beim Gärtner verlangen wir „Petesilie“ und bekamen diese Büschel grüner krauser Petersilie und wir meinten doch die Wurzel-Petersilie, die hier niemand kannte. Nach einiger Zeit wurde diese von den Ungarn-Deutschen-Landsleuten angebaut, ebenso wie der Mohn, den wir vergeblich hier zu kaufen versuchten.

Dass unser „Karfiol“ – Blumenkohl – heißt, der „Kapust“ Wirsing – und „Kren“ Meerrettich, das lernten wir ja bald. Aber dass man mit Zwiebeln auch einen Kuchen backen kann, das befremdete doch sehr. Trotzdem freuten wir uns, wenn wir so ein saftiges Stück Zwiebelkuchen von einer guten schwäbischen Hausfrau bekamen und nach den ersten skeptischen Versuchen schmeckte er sogar. Beim Metzger (bei uns Fleischer oder Schlachter) hat eine ältere Frau ihre spärliche Fleischration gekauft und legt das Geld und die erforderlichen Lebensmittelmarken auf den Ladentisch.

Die Verkäuferin nimmt beides entgegen und fragt nun noch: „Hänt Sie au a Gugg dabei?“ Darauf

natürlich verständnisloses Achselzucken der Frau. Eine Neben-Kundin klärt sie auf, dass die Verkäuferin nach einer Tüte gefragt habe, um das Fleisch einzupacken, denn es gab ja damals zu wenig oder gar kein Einwickelpapier – man brachte eben eine kleine Schüssel oder eine Tüte = „Gugg“ – von zu Hause mit. Dass „a Vierling“ Wurst = $\frac{1}{2}$ Pfund = $\frac{1}{8}$ kg = 125 g bedeutet, hatte die alte Frau aber inzwischen gelernt.

Im Lebensmittelgeschäft verlangte ich je ein Pfund weichen (Rundkorn) und harten (Langkorn) Reis. Zur Antwort bekam ich: „Des hänt mir net, bei uns gait's bloß oi Sort Reis, wenn mir überhaupt oin hänt!“ So kaufte ich mehrere Jahre meinen harten Langkorn-Reis bei der Firma Henne, zuerst über meine Eltern in Heidenheim, später in Aalen.

Beim Bäcker in Aalen verlangt ein etwa zehnjähriges Mädchen fünf „Schrappen“. Das Mädchen war aus dem Brandenburger Raum. Als die Verkäuferin sie nicht versteht, versucht sie es mit dem Wort „Semmeln“, wieder kein Verständnis. Schließlich deutet das Kind auf die im Korb liegenden Brötchen.

Darauf: „Ach Wecke willst Du?“ – Darauf das Kind: „Nein, das haben wir!“ – Sie hatte nämlich verstanden: „einen Wecker“. Zum Schluss zog die Kleine aber doch mit fünf Brötchen = Wecken ab.

Beim Bäcker Schänzel konnte man auch Sauerteig kaufen. Als ich schon mehrmals welchen geholt hatte, fragte er mich, wozu ich eigentlich Sauerteig brauche, da ich doch niemals Brot zum Backen bräuchte. Das war schnell erklärt: Ich koche damit „Kübelsauer“, das ist eine kräftige, säuerliche Suppe.

Dazu verrührt man den Sauerteig mit etwas lauem Wasser, eventuell noch etwas Roggenmehl dazu, gibt ihn dann in kochendes Salzwasser, dem man Kümmel und wenn man hat, Trockenpilze zugefügt hatte. In die Suppenteller kamen dann Röstkartoffeln und etwas Rührei und darauf goss man die fertige gut durch gekochte Suppe, eventuell noch ein wenig braune Butter. Das war im Riesengebirge ein Fasten-Essen oder die sättigende Suppe vor einer Mehlspeise.

Natürlich brachte ich dem Bäcker Schänzel bei der nächsten Gelegenheit eine Kostprobe und sie hat ihm sogar geschmeckt.

Sicher haben andere Hausfrauen und Familien wieder andere „Pannen“ mit der Verständigung erlebt, aber mir sind eben gerade die oben genannten eingefallen und deshalb habe ich sie zur Erinnerung an diese Zeit aufgeschrieben.

Edeltraud Weigend, Aalen

„Eingliederung“

Am 26. September 1946 konnte das Innenministerium des Landes Württemberg-Nordbaden mit Zustimmung der Militärregierung „Vorläufige Richtlinien für die Betreuung der Flüchtlinge und Vertriebenen“ erlassen. Dies war die erste rechtliche Grundlage für die Aufnahme und Behandlung der „Flüchtlinge und Vertriebenen“ im amerikanisch besetzten Gebiet von Württemberg-Baden.

Im I. Abschnitt § 2 wird bestimmt:

„Der Zweck der Betreuung ist:

- a) den Flüchtlingen und Vertriebenen in ihrer beim Eintreffen bestehenden Notlage zu helfen und
- b) ihnen eine neue Heimat zu schaffen.“

Die folgenden Paragraphen bestimmen die Gleichstellung mit den Einheimischen in jeder Hinsicht. Das Verbot der Bildung von eigenen Vereinigungen weist auf die beabsichtigte Tendenz einer raschen Integration in das Aufnahmeland hin.

Die gestattete Teilnahme an Parteien- und Vereinsleben der Alteingesessenen lt. § 5 dagegen sollte dieser Absicht förderlich sein. Die Aussage „ihnen eine neue Heimat zu schaffen“ bestätigt endgültig den Verlust der „alten Heimat“ und die Aussichtslosigkeit der Hoffnung auf eine Rückkehr dorthin. Auch für die einheimische Bevölkerung wird damit einsichtig, dass eine Wiederherstellung der Zustände, wie sie vor dem Zustrom der Vertriebenen waren, nicht mehr möglich sein würde. Die dauerhafte Eingliederung der Heimatvertriebenen in das Wirtschaftsleben sollte lt. § 15 den Vollzug der Eingliederung beenden.

Das Gesetz Nr. 303 (Flüchtlingsgesetz) vom 14. Februar 1947 löste die „Vorläufigen Richtlinien“ ab. Dort wurde im § 2 festgelegt, was unter Eingliederung zu verstehen sei. „Die Eingliederung der

Flüchtlinge soll ihr organisches Aufgehen in der einheimischen Bevölkerung gewährleisten.“ In dieser Definition wird das politische Ziel der amerikanischen Besatzungsmacht, die das Gesetz Nr. 303 anordnete, deutlich. Die Vertriebenen und Flüchtlinge sollten keine eigene soziale Gruppe bilden, sondern sich in die Gemeinschaft des Aufnahmegebietes einfügen und in ihr aufgehen.“⁶⁷

Die erschreckend hart empfundene Forderung vom „organischen Aufgehen“ in der einheimischen Bevölkerung wurde nicht nur mit der Angst vor dem absoluten Identitätsverlust beantwortet. Die meisten Vertriebenen fühlten sich durch die Vertreibung zutiefst in ihrem Rechtsempfinden verletzt und wollten nicht hinnehmen, dass die westliche Wertegemeinschaft Vertreibung und Enteignung in solchen Dimensionen auf Dauer hinnehmen würde.

Diese Hoffnung bestärkte den Wunsch nach Rückkehr in die alte Heimat, von der man sich auch die Lösung der Probleme im Aufnahmeland erwartete. – Allerdings zwang die akute Not zum Handeln, zur Improvisation, zur Selbsthilfe, weil das Überleben das vorrangige Ziel war. Daraus entwickelte sich eine Haltung, die zwar keine Aktivitäten zur ständigen Verbesserung der provisorischen Lebensumstände im Aufnahmeland ausließ, aber immer noch einem „Sitzen auf gepackten Koffern“ entsprach, mit der Bereitschaft zur Rückkehr in die alte Heimat.

Es war aber keine Bereitschaft „unter allen Umständen“. Die Bereitschaft zur Rückkehr in die Heimat unter kommunistischer Herrschaft bestand nicht. Für den Erhalt der Freiheit war man bereit, Opfer zu bringen.

Die Verhärtung der kommunistischen Herrschaft, die Verdichtung des „Eisernen Vorhangs“ waren dann wohl auch Momente, die bei den Vertriebe-

nen neben anderen Momenten die Einsicht zur wachsenden Bereitschaft zur Eingliederung im Aufnahmeland stärkten. Diese Bereitschaft setzte sich zusammen aus einer großen Portion Mut zu Neuem, verbunden mit einem beharrlichen Trend zur Bewahrung des Heimatlichen, des Bewährten und den Versuchen, alle sich bietenden seriösen Chancen zu nützen. Treffend umschrieb der sudeutsche Sozialpolitiker Hans Schütz, der sich größte Verdienste um die Verbesserung der Chancen für die Eingliederung seiner Schicksalsgefährten erwarb, die Situation: „Nichts wird wieder so werden, wie es einmal war; aber auch nichts wird so bleiben, wie es jetzt ist.“

Die Eingliederung erfolgte und vollzog sich auf vielfältige Weise, auf unterschiedlichsten Wegen. Sie war ein sehr individueller, persönlicher Vorgang, wie auch ein ganz allgemeiner Prozess, der sich in den verschiedensten Strukturbereichen vollzog, dessen Ende im Einzelfall bestimmbar, dessen allgemeiner Vollzug wohl als geschehen bezeichnet werden kann.

Ihren Beitrag zum Gelingen der Eingliederung leisteten mit unterschiedlicher Gewichtung alle Lebensbereiche: Unterkunft, Wohnung, Ernährung, Kleidung, Arbeit und Berufstätigkeit, soziale Sicherheit, gesellschaftliche Stellung, Ausbildung, familiäre Bindung, Freundeskreis, religiöse Bindung, politische Orientierung, Rechtsstellung u.v.a. mehr.

Eingliederung bedeutet auch das Eintreten in bestehende Ordnungen, Verfasstheiten, Beziehungen, die oft von alten Traditionen geprägt sind. Eingliederung setzt beiderseitige Offenheit voraus, das

Angenommenwerden, das Verstandenwerden und die Bereitschaft zu Veränderungen auf beiden Seiten. Die Eingliederung der Heimatvertriebenen konnte nur mit der Bereitschaft der Heimatverbliebenen und unter ihrer Mitwirkung gelingen.

Ablehnung, Desinteresse, Verächtlichmachung, Zurückweisung dagegen sind Elemente, die die Annäherung und Eingliederung beträchtlich erschweren, wenn nicht gar unmöglich machen. Belastet vom Trauma des Terrors und der Vertreibung war die Verletzlichkeit der Vertriebenen größer als die von Menschen, die im Vollbesitz von Eigentum und vertrauter gesellschaftlicher und rechtlicher Position geblieben waren.

Der Wille zur Selbstbehauptung, eine übergroße Anstrengungsbereitschaft, Zusammenhalt in Familie und Freundeskreis, das Streben nach Wiedergewinnung verlorener Positionen, ein hoher Bildungsstand, Bereitschaft zum Verzicht zu Gunsten höherrangiger Ziele waren individuelle Voraussetzungen für das Gelingen der Integration. Vielfältige Fördermaßnahmen seitens der öffentlichen Hand unterstützten das persönliche Engagement. Die allgemeine Aufbruch- und Aufbaustimmung bot allem Tun das richtige Fundament.

Die gelungene Eingliederung im Aufnahmeland musste die tiefe Bindung an die alte Heimat nicht verdrängen oder gar lösen. Neben diese Bindung aber konnte die wachsende Zuneigung zum neuen Lebensraum treten, sich ständig verstärkend durch lebendige Bezüge zur „neuen Heimat.“

Alois Schubert

Anmerkungen

- ¹ Hierzu wie zum Folgenden: Marion Frantziach, Udo Ratzo, Günter Reichert (Hrsg.). 40 Jahre Arbeit für Deutschland – die Vertriebenen und Flüchtlinge. Ausstellungskatalog, Frankfurt am Main und Berlin, 1989, S. 20 ff.
- ² Alfred Theisen, Die Vertreibung der Deutschen. Ein unbewältigtes Kapitel europäischer Zeitgeschichte. Bonn 1995, S. 15.
- ³ (wie Anm. 1), S. 24.
- ⁴ ebd. S. 31
- ⁵ Charles L. Mee, Die Potsdamer Konferenz 1945. Die Teilung der Beute. München 1975, S. 311.
- ⁶ Alfred M. de Zayas, Die Anglo-Amerikaner und die Vertreibung der Deutschen. Frankfurt/Main, Berlin, 1996, 8. Aufl. S. 28 f.
- ⁷ Karlheinz Beuer, Ein Außenkommando des Konzentrationslagers Natzweiler in Wasserralfingen. Zu: Aalener Jahrbuch 1984. Aalen 1984, S. 360.
- ⁸ ebd. S. 373.
- ⁹ ebd. S. 364.
- ¹⁰ Anton Huber, Die Aufnahme und Eingliederung der Heimatvertriebenen im westlichen Ries. In: Rieser Kulturtage. Dokumentation VII/I. Nördlingen, 1988, S. 432 ff.
- ¹¹ Franz Habermann, Zehn Jahre danach . . . 1945 bis 1955. Hrsg. v. BVD – Bund der vertriebenen Deutschen und den Landsmannschaften des Kreises Aalen. Aalen, 1955, S. 111.
- ¹² ebd. S. 73 bis 75
- ¹³ STAA A76: Redetext v. 19. 9. 1945.
- ¹⁴ ebd. Redetext v. 17. 1. 1946.
- ¹⁵ ebd.: Redetext v. 27. 1. 1947 und dazugehörige Berichte städtischer Ämter.
- ¹⁶ ebd.: Rück- und Ausblick zum Jahresende 1948.
- ¹⁷ Karl Schübel, Not und Aufstieg eines Jahrzehnts. In: (wie Anm. 11) S. 61 bis 66.
- ¹⁸ Josef Fischer, Ellwangen – Die gute Stadt. Ein Heimatbuch. Ellwangen 1961, S. 156 f.
- ¹⁹ Alexandra Ilg, Die Nebenerwerbssiedlung Braune Hardt in Ellwangen/Jagst. Ein Beispiel für die Ansiedlung vertriebener Landwirte nach dem Zweiten Weltkrieg. Manuskript im STAE, S. 2.
- ²⁰ ebd. S. 7.
- ²¹ ebd. S. 9 f.
- ²² (wie Anm. 18), S. 156 f.
- ²³ STAE, Gemeinderatsprotokoll Band 76, § 36 v. 24. 1. 1947.
- ²⁴ (wie Anm. 18), S. 156
- ²⁵ Immo Eberl, Eheschließungen Einheimische – Vertriebene. Erhebungen für die Stadt Ellwangen 1945 – 1972. Manuskript im Stadtarchiv Ellwangen.
- ²⁶ (wie Anm. 18), ebd. S. 157.
- ²⁷ Adolf Hasenöhl, Die Vertriebenenverwaltung im Land Baden-Württemberg. In: Sepp Schwarz, Drei Jahrzehnte. Die Heimatvertriebenen in Baden-Württemberg. Hrsg. Bund der Vertriebenen, Landesverband Baden-Württemberg, Stuttgart 1975, S. 59.
- ²⁸ HSTAS EA 1/920 Bü 667.
- ²⁹ Rudolf Butschek, Die Organisationen der Vertriebenen im Kreis Aalen. In: (wie Anm. 11) S. 101.
- ³⁰ Immo Eberl, Flucht, Vertreibung, Eingliederung. Baden-Württemberg als neue Heimat. Begleitband zur Ausstellung. Hrsg. v. Innenministerium Baden-Württemberg. Sigmaringen 1993, S. 101.
- ³¹ Der deutsche Südwesten zur Stunde Null. Zusammenbruch und Neuanfang im Jahr 1945 in Dokumenten und Bildern. Bearb. v. Hansmartin Schwarzmaier u.a. Karlsruhe 1975, S. 120.
- ³² (wie Anm. 11), S. 61.
- ³³ (wie Anm. 27) S. 52.
- ³⁴ (wie Anm. 30) S. 115.
- ³⁵ ebd. S. 123
- ³⁶ (wie Anm. 11), S. 61 ff.
- ³⁷ Ohland, Anteil der Heimatvertriebenen am sozialen Wohnungsbau. In: (wie Anm. 11) S. 81 f.
- ³⁸ (wie Anm. 11) S. 64 f.
- ³⁹ (wie Anm. 11), S. 77.
- ⁴⁰ Schaffen im Kreis Aalen, Hrsg. v. Gewerbeverein. Wasserralfingen, 1949, S. 61-63.
- ⁴¹ ebd. S. 89-109.
- ⁴² (wie Anm. 11), S. 91 ff.
- ⁴³ Eugen Köder, Fürsorge für Heimatvertriebene und Flüchtlinge von 1946 - 1955: In (wie Anm. 11), S. 97 ff.
- ⁴⁴ (wie Anm. 30), S. 188.
- ⁴⁵ G. Pfisterer, Drei Jahre Lastenausgleich. In: Franz Habermann, ebd. S. 83 ff.
- ⁴⁶ (wie Anm. 27) S. 65.

- ⁴⁷ Rudolf Butschek, Die Organisationen der Vertriebenen im Kreis Aalen. In: (wie Anm. 11) S. 102. Im folgenden ebd. S. 103 f.
- ⁴⁸ (wie Anm. 30) S. 268.
- ⁴⁹ (wie Anm. 47) S. 105.
- ⁵⁰ ebd. S. 107.
- ⁵¹ (wie Anm. 30) S. 167.
- ⁵² (wie Anm. 47) S. 107.
- ⁵³ (wie Anm. 30) S. 169.
- ⁵⁴ ebd. S. 178.
- ⁵⁵ Eugen Hafner, Der Ostalbkreis vom Ende des alten Reiches bis zur Gegenwart. In: Diethelm Winter (Hrsg.), Der Ostalbkreis. Stuttgart und Aalen, 1992, S. 225.
- ⁵⁶ (wie Anm. 30) S. 235 f.
- ⁵⁷ Dr. Rudolf Vogel vgl. den Beitrag von Eugen Hafner in diesem Band. S. 199 f.
- ⁵⁸ (wie Anm. 30) S. 177.
- ⁵⁹ Rudolf Fath, Die Anfänge der Vertriebenenwallfahrten (1946 – 1951). In: Ludwig Zettl, Kirche – Heimat. Über 40 Jahre Wallfahrt der Vertriebenen und Aussiedler zum Schönenberg bei Ellwangen. Hrsg.: Arbeitsgemeinschaft der Katholischen Vertriebenenorganisationen der Diözese Rottenburg-Stuttgart. Stuttgart 1988, S. 11.
- ⁶⁰ ebd. S. 13.
- ⁶¹ Dietmar Meder, Integration oder Assimilation? Eine Feldstudie über den Beitrag der Kirche zur Integration der Heimatvertriebenen vor Ort in der Diözese Rottenburg. Stuttgart 2000, S. 52 ff.
- ⁶² Bibeln und Winterpullover, Diakonische Bezirksstelle feierte im Gemeindehaus das 50-jährige Bestehen. In: Schwäbische Post v. 16. 9. 1995/Nr. 215, S. 16.
- ⁶³ HSTAS OMGWB RG 260, 12 197 - 11-7. Mein besonderer Dank gilt an dieser Stelle Stadtarchivar Dr. Schurig für die Übersetzung der Quellen.
- ⁶⁴ (wie Anm. 30). S. 138.
- ⁶⁵ (wie Anm. 27) S. 65.
- ⁶⁶ „Aus Protest gegen die jetzigen Zustände!“ Zu: Unsere Heimat v. 20. 7. 1949 nach Wochenzeitung „Christ und Welt“ v. 23. 6. 1949.
- ⁶⁷ (wie Anm.), S. 138.
- ⁶⁸ Erlebnisberichte nach Manuskripten im Kreisarchiv Aalen.

Weitere Beiträge